Landtag von Baden-Württemberg

34. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 14. November 2002 • Haus des Landtags

Beginn: 9:31 Uhr

Schluss: 18:54 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	2111	3. Vereidigung eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs	2136
Begrüßung des Botschafters der Republik Ungarn und seiner Begleitung	2127	4. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 2. Juli 2002 – Bericht über die Europapolitik der Landesregierung im Jahre 2001/2002 – Drucksachen 13/1141, 13/1376	2152
Begrüßung einer Delegation des Großen Rates des Kantons Aargau	2137	Abg. Dr. Reinhart CDU	2152
1. Aktuelle Debatte – Haushaltsentwicklung bei Land und Kommunen aufgrund verfehlter Rahmendaten der Bundespolitik – beantragt von der Fraktion der CDU	2111	Abg. Maurer SPD	2154
Abg. Oettinger CDU	2111, 2121	Abg. Theurer FDP/DVP	2158
Abg. Schmid SPD	2113	Abg. Kretschmann GRÜNE	2160
Abg. Pfister FDP/DVP	2114	Minister Dr. Christoph Palmer	2162
Abg. Heike Dederer GRÜNE	2116	Beschluss	2166
Minister Stratthaus	2117	5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Umweltverträglichkeitsprüfung und anderer Gesetze – Drucksache 13/1227	
Abg. Drexler SPD	2123, 2133	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr – Drucksache 13/1452	2166
Abg. Theurer FDP/DVP	2124	Abg. Schebesta CDU	2166
Abg. Kretschmann GRÜNE	2125, 2135	Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD	2167
Ministerpräsident Teufel	2127	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	2167
2. Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Situation des Strafvollzugs in Baden-Württemberg – Drucksache 13/566	2137	Abg. Boris Palmer GRÜNE	2169
Abg. Sakellariou SPD	2137, 2151	Minister Müller	2170
Abg. Zimmermann CDU	2139	Beschluss	2171
Abg. Hofer FDP/DVP	2141		
Abg. Oelmayer GRÜNE	2144		
Minister Dr. Goll	2146		

6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Neuordnung der Straßenbauverwaltung – Drucksache 13/1372	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr – Drucksache 13/1453	2172
Abg. Scheuermann CDU	2172
Abg. Göschel SPD	2173
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	2174
Abg. Boris Palmer GRÜNE	2174
Minister Müller	2175
Beschluss	2177
7. Fragestunde – Drucksache 13/1475	
Mündliche Anfrage des Abg. Herbert Moser SPD – Änderung des Erschließungsbeitragsrechts zur Vermeidung von Härten durch Mehrfacherschließungen	2152
Abg. Moser SPD	2152
Staatssekretär Dr. Mehrländer	2152
8. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes – Drucksache 13/1424	2178
Abg. Christa Vosschulte CDU	2178
Abg. Kleinmann FDP/DVP	2179
Abg. Zeller SPD	2180
Abg. Renate Rastätter GRÜNE	2181
Ministerin Dr. Annette Schavan	2182
Beschluss	2184
9. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesbe-soldungsgesetzes – Drucksache 13/1431	2184
Beschluss	2184
10. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Ausführung des Grund-sicherungsgesetzes und zur Änderung des Finan-zausgleichsgesetzes – Drucksache 13/1436	2184
Minister Dr. Repnik	2185
Abg. Alfred Haas CDU	2185
Abg. Ursula Haußmann SPD	2186
Abg. Dr. Noll FDP/DVP	2187
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	2188
Beschluss	2188
11. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Multimediaoffensive für die Schulen – Drucksache 13/372	2188
Abg. Käppeler SPD	2188
Abg. Röhm CDU	2190
Abg. Kleinmann FDP/DVP	2190
Abg. Renate Rastätter GRÜNE	2190
Staatssekretär Rau	2191
Beschluss	2193
12. a) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Sanierung und Instandhaltung von Bahnhof- und Haltepunktanlagen im Schienenpersonennahverkehr – Drucksache 13/430	
b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Vergabe von Leistungen des Schienenpersonennahverkehrs in Wettbewerbsverfahren – Drucksache 13/907	
c) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Verwendung der Regionalisierungsmittel für den Schienenverkehr nach der erfolgten Neufestlegung der Zuweisungen des Bundes – Drucksache 13/1054	2193
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	2193, 2196
Abg. Boris Palmer GRÜNE	2194
Abg. Hauk CDU (zur Geschäftsordnung)	2195
Abg. Kretschmann GRÜNE (zur Geschäftsordnung)	2195
Abg. Schebesta CDU	2195
Abg. Kaufmann SPD	2195
Staatssekretär Mappus	2197
Beschluss	2199
13. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr zu der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt und Verkehr vom 26. September 2002 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Mitteilung der Kommission „Besteuerung von Personenkraftwagen in der Europäischen Union – Handlungsmöglichkeiten auf nationaler und gemeinschaftlicher Ebene“ (KOM(2002)431) – Drucksachen 13/1362, 13/1457	2199
Beschluss	2199
14. Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 2. Oktober 2002 – Energiebericht 2001 – Drucksachen 13/1368, 13/1402	2199
Beschluss	2199

<p>15. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport zu der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 23. Juli 2002 – Entwurf einer Änderung der Verordnung über die Schultypen des Gymnasiums – Drucksachen 13/1234, 13/1400 ... 2199 Beschluss 2199</p> <p>16. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 20. September 2002 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2003 bis 2006 – Drucksachen 13/1346, 13/1419 2200 Beschluss 2200</p> <p>17. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu der Mitteilung der Landesregierung vom 21. Mai 2002 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Einzelplan 14 des Staatshaushaltsplans 2002/2003 – Bericht zur Organisationsstruktur des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Drucksachen 13/1001, 13/1339 2200 Beschluss 2200</p> <p>18. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 10. Juli 2002 – Bericht der Landesre-</p>	<p>gierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Förderung der Vertragsforschungseinrichtungen an Universitäten – sog. An-Institute – und der Institute der Hahn-Schickard-Gesellschaft für angewandte Forschung e. V. – Drucksachen 13/1212, 13/1405 2200 Beschluss 2200</p> <p>19. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 9. Oktober 2002 – Tauschvertrag Polizeirevier Metzingen – Drucksachen 13/1385, 13/1404 2200 Beschluss 2200</p> <p>20. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/1438, 13/1439, 13/1440, 13/1441, 13/1442 2200 Beschluss 2200</p> <p>21. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/1401 2200 Abg. Heinz CDU 2200 Abg. Fischer SPD (zur Geschäftsordnung) 2200 Beschluss 2201</p> <p>Nächste Sitzung 2201</p>
--	---

Protokoll

über die 34. Sitzung vom 14. November 2002

Beginn: 9:31 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 34. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Heute sind dienstlich verhindert der Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Herr Professor Dr. Frankenberg, sowie Herr Staatssekretär Rückert und – heute Nachmittag – Herr Innenminister Dr. Schäuble.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Haushaltsentwicklung bei Land und Kommunen aufgrund verfehlter Rahmendaten der Bundespolitik – beantragt von der Fraktion der CDU

Es gelten die üblichen Redezeiten von fünf Minuten je Fraktion für die einleitenden Erklärungen und für die zweite Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Zunächst zolle ich den Kollegen Drexler und Kretschmann meinen Respekt dafür, dass sie hier anwesend sind. Alle Achtung!

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Heiterkeit der Abg. Dr. Inge Gräßle und Seimetz CDU)

Sie hätten ja auch sagen können: Bei diesen Schlagzeilen des Tages büxen wir aus. Ich mache mir im Rückblick die Stichworte „Wahlbetrug“, „geschönte Zahlen vor der Bundestagswahl“ gar nicht zu eigen; das machen die Tageszeitungen besser, als jeder andere das könnte: „Rabenschwarzer Tag für Deutschland“, „Schwarzer Tag für Rot-Grün“, „Deutschland in schwerer Finanzkrise“, „Finanzminister steht vor Scherbenhaufen“, „Vernichtendes Zeugnis für Rot-Grün“.

(Abg. Drexler SPD, auf die Überschrift eines Artikels einer Tageszeitung deutend: „Besser als Wai-gel“! – Heiterkeit)

Klar ist: Deutschland ist seit dem gestrigen Tag ein Sanierungsfall. Ich möchte behaupten, die parlamentarisch-politischen Beratungen der nächsten Jahre werden geprägt sein durch das Datum Mittwoch, 13. November 2002.

(Abg. Seimetz CDU: Schwarzer Mittwoch!)

Wir, liebe Kollegen, leben über unsere Verhältnisse – Baden-Württemberg deutlich weniger als die Länder im Durchschnitt, der Bund deutlich mehr. Wir haben uns noch in den letzten Wochen durch die Bundesregierung im Grunde genommen vorhersagen lassen müssen, alles sei vorübergehend, die Konjunktur werde anlaufen. Bundesminister Eichel sagte noch im Juni des Jahres 2002 wörtlich:

Alle konjunkturellen Daten lassen jetzt erwarten, dass sich die Steuereinnahmen im weiteren Jahresverlauf weiter erholen werden.

Pfeifendeckel!

Mit dem deutlichen Zeichen einer positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und wachstumsfördernden Auswirkungen der Steuerpolitik werden wir 2004 einen nahezu ausgeglichenen Gesamthaushalt haben und ab 2006 ohne Schulden in die Haushaltsberatungen gehen.

Meine Bitte: Gestehen Sie zähneknirschend zu, dass Sie sich getäuscht haben – was Sie ehren würde; von Wahlbetrug rede ich nicht. Dann gehört ab sofort eine völlig nüchterne und objektive, perspektivische Bundespolitik hinzu. Mit dieser Regierungserklärung von Schröder, mit diesem Regierungsprogramm wird der Standort Deutschland weder Arbeitsplätze schaffen noch jemals in die Lage kommen, dass die Haushalte von Kommunen, Ländern und Bund auch nur annähernd ausgleichbar sind.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Das Schlimme ist: Ich glaube, Rot-Grün wird vier Jahre lang regieren.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Pfister FDP/DVP: Ist zu befürchten!)

Das heißt, ich mache mir keine Hoffnungen, dass sich da rasch etwas in der Regierungsfarbe verändert. Wir sind also davon abhängig, dass bei Ihren Parteien ab dem gestrigen Tag endlich eine Umkehr geschieht und dieses Konzept, das derzeit gefahren wird, aufgegeben wird. Die Steuerausfälle sollen bundesweit in diesem und im nächsten Jahr 37 Milliarden € betragen. Diese Beträge fehlen uns. In Baden-Württemberg fehlen – der Finanzminister hat es gestern Abend vorgelegt – in diesem Jahr 1 Milliarde € und im nächsten Jahr 1 Milliarde €.

(Abg. Schmiedel SPD: Aha!)

(Oettinger)

Ein Weiteres: Ich glaube, dass keine konjunkturelle Erholung kommt. Ich glaube, dass wir im Jahr 2002 in einem durchschnittlichen Wirtschaftsjahr sind, schlechter als im letzten Jahr und besser als im nächsten Jahr. Die Prognosen der Wirtschaftsweisen sagen für das nächste Jahr ein Wachstum von gerade noch 1 % voraus. Meine Vermutung ist, dass Deutschland ein Sanierungsfall bleibt, wenn nicht auf allen Ebenen, zuallererst beim Bund, endlich Handlungswille einkehrt.

Wir benutzen die Debatte heute Vormittag primär dazu, um zwei Fragen und eine Bitte an Sie zu richten.

Frage Nummer 1: Werden Sie die Mehrwertsteuer erhöhen? Ja oder nein? Ich glaube, dass die Bürger in den nächsten Wochen zu Recht die Frage stellen werden, ob die entscheidende Verbrauchssteuer, die Steuer für die Haushalte und die Bürger, nämlich die Mehrwertsteuer, bei 16 % bleibt und ob Sie mit allem Einfluss, den Sie haben oder auch nicht, darauf einwirken, dass sie bleibt, wie sie ist, oder ob Sie nach dem 2. Februar eine Erhöhung der Mehrwertsteuer planen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Schmiedel SPD: Was wollen Sie denn?)

Meine Vermutung ist: Sie planen eine Erhöhung um nicht nur einen Prozentpunkt, sondern um zwei Prozentpunkte. Hier müssen Sie ehrlich sein. Sind Sie neben dem, was derzeit steuerpolitisch läuft, willens, ohne Steuererhöhungen in die nächsten Jahre zu gehen, oder kommt in Wahrheit das, was bei Ihnen längst beraten wird, nämlich eine Mehrwertsteuererhöhung? Wie stehen, Kollege Kretschmann und Kollege Drexler, Ihre Fraktionen zu diesem entscheidenden Punkt?

Eine Bitte. Der einzige Sparvorschlag, den ich von Ihnen immer höre, heißt: Verkaufe die Landesbank, veräußere den Landesanteil an der Trägerschaft!

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Von der SPD!)

– Noch ist die SPD größer als ihr.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Aber nicht gescheiter!)

Der Vorschlag heißt immer: Gehe von 39,5 % auf 25 % zurück! Lieber, geschätzter Kollege Drexler, wer soll denn den Anteil kaufen? Wenn wir ihn auf den Markt werfen wollen, geht das nur in der Rechtsform der AG. Bei der derzeitigen Ausschüttung kauft ihn aber kein Privatanleger. Also ist doch nur eine Veräußerung an die Kommunen, an die Sparkassen in kommunaler Hand möglich. Damit ist der Vorschlag ein Nullsummenspiel. Denn wenn wir uns bereichern würden, würden die Kommunen damit entreichert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Alles, was die Sparkassen bezahlen müssten, würde nämlich den Kommunen und den Landkreisen in Baden-Württemberg im Wert oder in der Ausschüttung fehlen.

Deswegen ist meine Bitte: Lassen Sie diesen Vorschlag außen vor! Er ist nicht neu. Und er ist unseriös. Er kommt immer wieder und löst unsere strukturellen Haushaltspro-

bleme überhaupt nicht. Hören Sie bei diesem Punkt auf Dederer & Co. KG. Die Grünen sind in diesem Punkt weiter als Sie.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Aber was sagt die FDP/DVP, Ihr Koalitionspartner? – Abg. Drexler SPD: Da klatscht nicht einmal die FDP/DVP! – Abg. Schmid SPD: Aber Sie haben die Umwandlung in eine AG ins Spiel gebracht! – Weitere Zurufe)

– Die Liberalen sind in diesem Punkt zumindest im Landtag vernünftiger als Sie.

(Beifall des Abg. Dr. Lasotta CDU – Lachen bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Was? Das kann man doch zum Kollegen Pfister so nicht sagen!)

Es mag ja sein, dass dieser Punkt parteipolitisch ab und zu kommt. Aber alle Anträge im Landtag, die eine Veräußerung der Landesanteile an der Landesbank fordern, tragen die Handschrift der SPD und sonst keiner Fraktion.

(Beifall des Abg. Seimetz CDU – Abg. Drexler SPD: Und Sympathie FDP/DVP!)

Ich habe eine weitere Frage an Sie. Ihr Parteifreund Wowerit schlug vor einigen Tagen vor, dass die Beamtenbesoldung, das heißt alles, was im Grunde genommen das Verhältnis des Arbeitsgebers, des Dienstherrn zum Beamten und zu den Angestellten anbelangt, in die Verantwortung der Länder übergeben werden soll. Meine Frage lautet ganz konkret: Wie halten Sie es denn mit dem Weihnachtsgeld und mit dem Urlaubsgeld?

(Abg. Schmiedel SPD: Was wollen denn Sie?)

Sind Sie denn bereit –

(Zurufe von der SPD)

– Augenblick! Augenblick!

(Abg. Schmiedel SPD: Man muss doch konstruktiv sein, auch in der Opposition! – Weitere Zurufe)

– Kollege Schmiedel. – Sind Sie denn bereit, wenn die Kompetenz hierfür durch den Bundesrat und den Deutschen Bundestag auf die Länder übertragen wird und wir die Kompetenz nutzen und Einsparvorschläge im Personalbereich vorschlagen, diese mitzutragen,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Schmiedel, nicht eiern, antworten! – Gegenruf des Abg. Braun SPD: Solange Sie nicht wissen, was Sie wollen!)

oder verweigern Sie sich dann genauso billig wie in allen anderen strukturellen Fragen, die in den nächsten Wochen und Jahren auf uns zukommen? Meine Bitte ist: Legen Sie nach dem schwarzen Tag gestern, nach dem Konkurs von Rot-Grün in Berlin, im Landtag von Baden-Württemberg die Karten seriös auf den Tisch.

(Beifall bei der CDU – Abg. Birzele SPD: Wie beantworten Sie diese Frage, die Sie uns gestellt haben? Wie beantworten Sie diese Frage? – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Der Herr Oberlehrer!)

(Oettinger)

Der Bundesfinanzminister spricht von einer „Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“. Verehrte Kollegen von Rot-Grün, mit dieser Aussage, das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht in Deutschland sei gestört,

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

haben wir eine Erkenntnis, die vor der Wahl verschwiegen worden ist.

(Abg. Kübler CDU: Jawohl!)

Damit haben wir eine brutale Aussage, die diametral gegen alles steht, was im August und September von Ihnen und Ihren Bundeskollegen gesagt worden ist.

(Abg. Kübler CDU: Richtig!)

Deswegen sage ich abschließend: Wir brauchen mehr Ehrlichkeit.

(Abg. Bebber SPD: Wenn Sie es früher wussten, warum haben Sie es früher nicht gesagt? – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Rosstäuscher!)

Die rot-grüne Bundesregierung hat nur durch eine geschönte Bilanz – in Wahrheit durch Wahlbetrug – erreicht, was sie jetzt verantworten muss. Ich glaube, dass noch mehr Opposition von Rot-Grün aus dem Land gegen die Berliner Regierung notwendig ist.

(Abg. Seimetz CDU: Schröder gleich Lügenbeutel! – Abg. Wieser CDU: Rosstäuscher! – Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Kollege Drexler, die Kürzung der Eigenheimzulage ist nur ein bescheidener Anfang. Stehen Sie auf gegen das, was Ihre Kollegen Kuhn und Schröder dem Standort Deutschland derzeit in Berlin antun. Ich glaube, dass wir die Verhältnisse in den nächsten Wochen und Jahren völlig anders beurteilen werden. Die Politik im Land und im Bund findet ab sofort unter völlig veränderten Umständen statt.

Ich sage abschließend: Baden-Württemberg, CDU und FDP/DVP in Baden-Württemberg sind willens, das ihnen Mögliche zu tun.

(Abg. Birzele SPD: Und was ist das? – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Das werden wir sehen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wir werden ab heute Nachmittag 14:30 Uhr Einsparmöglichkeiten ausloten und alles dafür tun.

(Abg. Bebber SPD: Was ist denn „alles“?)

Aber in Wahrheit wird das Umfeld von Ihrer verfehlten, unmutigen, geschönten und unehrlichen Politik von Rot-Grün in Berlin bestimmt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD – Abg. Walter GRÜNE: Das war aber eine Nullemission! Der Wahlkampf ist doch vorbei!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmid.

(Abg. Wieser CDU: Ein sympathisches Gesicht!)

Abg. Schmid SPD: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich frage mich, wer hier in diesem Hause Opposition und wer Regierung ist, Herr Oettinger.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

Sie haben Fragen und Bitten vorgetragen, als wären wir der Adressat dafür, als wären wir Regierungspartei in Baden-Württemberg. Uns würde das gefallen, denn dann würden wir Vorschläge machen. Aber Sie sind ja noch nicht einmal so weit, dass Sie Ihren eigenen Landeshaushalt in Ordnung bringen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der CDU)

Sie haben noch nicht einmal im eigenen Laden für Ordnung gesorgt und Ihre Streichliste vorgelegt. Ich bin gespannt darauf. Es ist Ihre Aufgabe, die Streichliste vorzulegen. Der Bund hat das schon getan. Sie haben es noch nicht getan.

(Abg. Hauk CDU: Nur keine Sorge! – Abg. Pfisterer CDU: Das ist eine Frechheit! Unglaublich! – Weitere Zurufe von der CDU)

Sie haben im Bund einen Schuldenstand hinterlassen, der unglaubliche historische Ausmaße angenommen hat.

(Abg. Hauk CDU: Deutlich unter 3 % des Inlandsprodukts! – Zuruf des Abg. Pfisterer CDU – Unruhe)

Wir haben in vier Jahren Regierungszeit die Neuverschuldung kontinuierlich zurückgeführt und sind jetzt nach der neuen Steuerschätzung auf dem Level von Waigel 1998, und das in einer konjunkturellen Tiefphase.

(Abg. Hauk CDU: Sie machen doch reine Hausfrauenrechnungen! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Was ist denn das für ein Angriff auf die Hausfrau? – Zuruf des Abg. Behringer CDU)

Das heißt: Im Gegensatz zum Land hat der Bund seine Verpflichtung zur Konsolidierung erfüllt, während Sie in den letzten vier Jahren bei der Reduzierung der Nettoneuverschuldung überhaupt keinen Fortschritt erreicht haben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie sind im Jahre 2002 nach der neuen Steuerschätzung sogar noch über dem Level von 1998. Das heißt: Wir haben da, wo wir regieren, unsere Hausaufgaben gemacht.

(Lachen bei der CDU)

Wir haben das gekonnt, Sie nicht.

(Beifall bei der SPD – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Ich will noch zur Mehrwertsteuererhöhung sagen: Wer hat denn die letzte Mehrwertsteuererhöhung gemacht? Das war die CDU-Bundesregierung. Wir sind in den letzten vier Jahren ohne Mehrwertsteuererhöhung ausgekommen. Bisher gibt es auch keine Anzeichen dafür, dass wir sie bräuchten.

(Abg. Dr. Birk CDU: Jetzt wird sie fällig wie das Amen in der Kirche!)

(Schmid)

Das heißt: Wenn Sie sie fordern, dann stehen Sie dazu! Wir haben eine klare Position dazu. In den letzten vier Jahren gab es keine Mehrwertsteuererhöhung.

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Sie waren die Steuererhöhungspartei und nicht wir.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Ein Satz zur Beamtenbesoldung: Unsere Fraktion ist der Auffassung, dass eine 10-%-Regelung nicht nur nach unten, sondern auch nach oben gelten muss.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Damit schließen wir uns der bayerischen Position an. Wir sind auf Ihre Auffassung gespannt.

Zur Frage der Landesbank darf ich in Erinnerung rufen, dass Sie es waren, Herr Oettinger, der nach der Regierungserklärung von Herrn Teufel zu Beginn der Legislaturperiode selbst die Variante der Umwandlung in die Rechtsform der AG ins Spiel gebracht hat.

(Abg. Oettinger CDU: Aber keinen Verkauf!)

Werfen Sie uns das nicht vor! Wir sind der Auffassung, man sollte dem bayerischen Modell folgen, eine Holdingstruktur zu schaffen. Dann könnte man die Landesbank auch an private Dritte veräußern und hätte Spielraum. Herr Kretschmann hat übrigens im Finanzausschuss unserem Vorschlag zugestimmt. Deshalb glaube ich, dass sich die Grünen hier öffnen werden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Dreh- und Angelpunkt ist doch: Sie stellen Fragen, liefern aber keine Antworten. Sie sind nicht einmal bereit, bei der Frage des Sparpakets des Bundes eigene Alternativvorschläge zu machen. Sie sagen nur, dass Sie alles nicht haben wollen. Dabei ist doch klar, dass auch das Land im nächsten Jahr von diesem Sparpaket profitieren wird; denn es sind auch Mehreinnahmen in Höhe von 300 Millionen € für das Land zu erwarten. Diese Mehreinnahmen brauchen Sie doch, wenn Sie die Neuverschuldung nicht ins Unermessliche steigen lassen wollen. Ich warte auf Ihre Aussage, ob Sie auf diese 300 Millionen € verzichten wollen oder nicht. Herr Finanzminister, ich bin gespannt, wie Sie das Loch in Höhe von 1 Milliarde € decken wollen, wenn Sie Sparvorgaben in Höhe von 300 Millionen € machen, die im Gegensatz zu denen im Bund noch nicht einmal konkretisiert sind. Sie hätten noch die Chance, Mehreinnahmen in Höhe von 300 Millionen € durch das Sparpaket zu erreichen. Jetzt bin ich gespannt, wie Sie damit umgehen wollen. Oder sagen Sie: „Wir lassen es bei diesen 700 Millionen € mehr für das nächste Jahr“? Da warte ich auf Ihre Antwort.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Jawohl, dann warten Sie!)

Es kann auch nicht angehen, dass wir im Land seit Jahren eine Haushaltspolitik nach dem Motto machen: Im Landshaushalt wird gespart, aber die Landesstiftung vergibt die Weihnachtsgeschenke schon im November. Dieser Grund-

fehler hindert uns daran, eine solide Finanzpolitik zu betreiben, meine Damen und Herren. Diesen Fehler müssen Sie korrigieren. Kehren Sie vor der eigenen Tür, bevor Sie in Berlin große Versprechungen machen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn heute die Zeitungen „Schwarzer Tag für Deutschland“

(Abg. Schmiedel SPD: Und für die FDP! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

und Ähnliches mehr titeln, dann könnte ich damit leben, wenn ich wüsste und eine Hoffnung haben könnte, dass sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt, in der Wirtschaftspolitik auf absehbare Zeit verbessert. Nur: Wirtschaft ist zu 50 % Psychologie. Es kommt darauf an, dass aus dem politischen Umfeld positive Signale nach außen gehen. Es kommt darauf an, dass geeignete Impulse nach außen gehen.

(Abg. Bebber SPD: Leisten Sie Ihren Beitrag!)

Es kommt darauf an, dass Zuversicht entwickelt wird,

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

damit in absehbarer Zeit auch wieder wirtschaftliche Dynamik einkehren kann, damit in absehbarer Zeit wieder Wirtschaftswachstum entstehen kann.

Meine Damen und Herren, nur dann, wenn es uns gelingt, durch eine geeignete Politik dieses Wirtschaftswachstum wieder anzuregen, werden wir eine Chance haben, die Arbeitslosen von der Straße zu bekommen, werden wir eine Chance haben, mehr Beschäftigung zu erreichen, werden wir eine Chance haben, die Steuereinnahmen zu verbessern und damit auch unsere Haushalte bei Bund, Ländern und Kommunen in Ordnung zu bringen, und nur dann werden wir auch eine Chance haben, unsere Sozialversicherungssysteme zu stabilisieren und in Ordnung zu bringen. Dazu braucht man ein positives Umfeld. Dazu braucht man entsprechende Impulse. Genau diese haben wir nicht.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Herr Kollege Schmid, wenn Sie davon sprechen, dass Sie im Bund oder im Land die Hausaufgaben gemacht hätten, um dieses positive Umfeld zur Verfügung zu stellen,

(Lachen des Abg. Hofer FDP/DVP)

dann ist dies der Treppenwitz der Nation.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Schmid SPD: Wer hat die Streichliste vorgelegt, Sie oder wir? Wo ist Ihre Streichliste?)

Sie haben Ihre Hausaufgaben nicht gemacht, sondern Sie haben in Ihrer Politik gegen alle Grundwahrheiten und alle Prinzipien einer vernünftigen Wirtschafts- und Finanzpolitik verstoßen.

(Pfister)

(Abg. Drexler SPD: Das heißt Treppenwitz der Geschichte, nicht der Nation!)

Das Herbstgutachten hat es ja im Grunde auf den Punkt gebracht. Das Herbstgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Institute sagt, dass die Anhebung der Steuern und der Abgaben genau das Gegenteil von dem ist, was wachstumspolitisch geboten ist. Da ist alles gesagt, meine Damen und Herren. Deshalb bleibt es dabei: Alles das, was Sie jetzt in Ihrer Regierungserklärung, alles das, was Sie in Ihrer Koalitionsvereinbarung niedergelegt haben, ist Gift für die Konjunktur. Das ist leicht nachzuweisen: Allein die Punkte, die Sie jetzt beschlossen haben, die für den Bund gelten, die aber natürlich auch auf Baden-Württemberg und auf die Gemeinden herunterbrechen, werden dazu führen, dass wir durch diese Maßnahmen einen Wachstumsverlust von 0,5 Prozentpunkten bekommen werden, und ein Wachstumsverlust von 0,5 Prozentpunkten macht zum Beispiel in den Kassen des Landes Mindereinnahmen in der Größenordnung von 5 Milliarden € aus. Das ist Ihre Politik, das haben Sie zu verantworten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Bundeskanzler Schröder sagt und schreibt in seiner Regierungserklärung als Überschrift: Diese Politik ist eine Politik des intelligenten Sparens. Jetzt frage ich, meine Damen und Herren: Was hat intelligentes Sparen mit einer zusätzlichen Steuerbelastung zu tun? Was hat intelligentes Sparen damit zu tun, dass die Abgaben erhöht werden, dass wir, wie es im Augenblick aussieht, im Jahr 2002 trotz Ökosteuern eine Abgabenlast von 42,2 % und damit einen Höchststand haben? Was hat intelligentes Sparen damit zu tun, dass die Schulden erhöht werden? Und was hat intelligentes Sparen damit zu tun, dass die Defizitquote auf 3,8 % erhöht wird?

Dies hat nichts mit intelligentem Sparen zu tun. Dies ist das Werfen von Nebelkerzen. Dies ist eine Verdummung der Bevölkerung. Dies ist eine babylonische Sprachverwirrung, die Sie anrichten. Dies ist aber vor allem auch der beste Weg, die wirtschaftliche Dynamik abzubremsen. Das Gegenteil muss geschehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Lesen Sie bei Helmut Schmidt, Bundeskanzler a. D., nach.

(Abg. Drexler SPD: Den habt ihr gestürzt!)

Dieser sagt Ihnen in einer der letzten Ausgaben der „Zeit“, wie unsere Wirtschaftsdynamik wieder erreicht werden kann. Er nennt Ihnen Beispiele dafür, wie Sie den Arbeitsmarkt zubetoniert haben, und er weist Sie darauf hin, welcher Unsinn es war, die 630-DM-Geschichte abzuschaffen. Jetzt robben Sie sich mühsam wieder an 400 oder 500 € heran, vergessen aber dabei, dass es nicht ausreicht, dies nur auf den engen Bereich der privaten Haushalte zu beschränken. Wir brauchen eine Regelung für den Niedriglohnbereich. Hätten Sie damals die 630-DM-Geschichte gelassen, dann hätten Sie in diesem Bereich viel für mehr Beschäftigung getan.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Dann hätten wir Millionen von Frauen ohne Rentenanspruch! Das haben Sie gestern nicht gesagt? Heute sagen Sie es!)

– Kollege Drexler, es gibt jetzt in der Hartz-Kommission eine Ich-Kommission. Manche nennen sie auch eine Wir-Kommission.

(Zurufe: Ich-AG! – Abg. Drexler SPD: Was? Eine Ich-Kommission?)

Ich kann nur sagen: Wer kommt auf einen so unsinnigen Gedanken, auf der einen Seite eine Ich-AG – Entschuldigung – ins Leben zu rufen, aber drei Jahre vorher ein Scheinselbstständigkeitsgesetz zu schaffen, mit dem nichts anderes erreicht worden ist,

(Abg. Dr. Birk CDU: Ein Scheinheiligkeitgesetz!)

als jungen Unternehmern, die sich selbstständig machen, das Leben so schwer wie irgend möglich zu machen. Hätten Sie auf das Scheinselbstständigkeitsgesetz verzichtet, dann hätten wir mehr jungen Unternehmern eine Chance gegeben, sich selbstständig zu machen. Das ist die Voraussetzung für mehr Arbeitsplätze und für mehr wirtschaftliche Dynamik.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Dann kommt da zum Beispiel auch die Frage der Rentenreform. Der Bundestagsabgeordnete Fritz Kuhn hat dieser Tage erklärt, dass es in dieser Legislaturperiode darum gehen müsse, in unser Rentenversicherungssystem endlich einen demographischen Faktor einzubauen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, wenn Fritz Kuhn dies sagt, gibt er gleichzeitig zu, dass er vier Jahre voll verschlafen hat.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Quatsch!)

Er hätte besser vier Jahre nicht geschlafen, und Rot-Grün hätte besser daran getan, das Rentenreformgesetz

(Zurufe – Unruhe)

von Bürgerlich-Liberal 1998 nicht abzuschaffen; denn dieses alte Gesetz von Bürgerlich-Liberal hatte 1998 bereits diesen demographischen Faktor, den Sie jetzt mühsam wieder einführen wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Bitte hören Sie jetzt auch auf, zu behaupten, der Bund betreibe eine Politik, die von der Devise ausgehe, er werde den Ländern in dieser schwierigen Situation selbstverständlich helfen. Gestern haben wir eine Debatte über das Thema Ganztagschulen geführt und über das Angebot des Bundes diskutiert, den Ländern 4 Milliarden € für Ganztagschulen zur Verfügung zu stellen. Das ist alles gut und recht, aber Sie vergessen dabei, dass der Bund zum gleichen Zeitpunkt, nur wenige Wochen vorher, den Ländern und Kommunen durch die Gewerbesteuerumlagerungserhöhung genau diese 4 Milliarden € weggenommen hat, die jetzt wieder verteilt werden sollen.

(Abg. Drexler SPD: Was?)

(Pfister)

Ich kann Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren: Betreiben Sie in Berlin eine neue Politik, die davon ausgeht, dass Sie den Menschen das Geld in der Tasche lassen!

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Menschen, die Arbeitnehmer, die Arbeitgeber, die Menschen im Lande, auch die Kommunen, alle wissen mit Geld besser umzugehen als ein Heer rot-grüner Bürokraten.

(Oh-Rufe von der SPD)

Deshalb sage ich, meine Damen und Herren: Wenn wir uns heute in einer schwierigen Situation der Landespolitik befinden und wenn wir ab heute Nachmittag allergrößte Anstrengungen unternehmen müssen, um dieses finanzielle Desaster wieder einigermaßen in den Griff zu bekommen, dann muss aber auch klar sein, dass eine wesentliche Ursache für die Situation eine verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik ist,

(Abg. Drexler SPD: Wie immer!)

die uns vom Bund aufgezwungen worden ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Ja, ja! – Weitere Zurufe)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dederer.

Abg. Heike Dederer GRÜNE: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Pfister, verehrter Herr Oettinger,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Oi!)

Sie haben sich heute Morgen um konkrete Aussagen gedrückt und haben mit Worthülsen gegläntzt. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um konkreter zu werden.

„Wir werden die Ökosteuer abschaffen.“ „Wir werden ein Familiengeld einführen.“ „Wir werden einen Kinderbonus bei der Sozialversicherung einführen.“

(Abg. Dr. Birk CDU: Schön, dass ihr das alles wollt!)

„Wir werden den Verteidigungsetat erhöhen.“ „Wir werden mehr Geld für den Straßenbau und auch mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau ausgeben.“

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Alternative Energien fördern!)

„Wir werden die Gewerbesteuerumlage für Kommunen senken.“ Und, und, und. – Tolle Partei, kann ich da nur sagen.

(Abg. Hauk CDU: Das ist Dynamik, keine Statik! – Weitere Zurufe von der CDU)

Aber ein wichtiger Punkt ist bei diesem Programm vergessen worden, nämlich die Frage der Gegenfinanzierung. Diese ist aber nicht ganz unwesentlich.

(Abg. Drexler SPD zur CDU: 86 Milliarden €! Ihr habt doch wohl einen Schaden! – Abg. Hauk CDU: Das ist doch eine rein fiskalische Betrachtung, wie Sie es machen! – Unruhe bei der CDU)

Ich habe – und Sie hören es schon an den Reaktionen der Herren – aus dem Märchenbuch der CDU vor der Bundestagswahl zitiert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie haben Steuergeschenke, Wohltaten vom Weihnachtsmann in Höhe von 76 Milliarden € versprochen, und jetzt stehen Sie, Herr Oettinger, mit einem Heiligenschein hier und wollen uns etwas von seriöser Finanzpolitik erzählen. Da kann ich nur lachen. Sie sind unglaublich unwürdig.

Herr Kollege Hauk, die Finanzierung eines Haushalts nur auf eine Scheindynamik der Wirtschaft aufzubauen, das ist unseriös. Da können Sie weder uns noch der SPD etwas vorwerfen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Wir haben keine Zeit für Märchen, Herr Kollege Hauk; denn die finanzpolitischen Realitäten, vor die wir heutzutage gestellt sind,

(Abg. Hauk CDU: Nein, vor die Sie sich gestellt haben!)

sind schwierig. Und wir haben diese Realitäten erkannt. Sie wissen doch selber: Wir haben es mit Altlasten zu tun,

(Lebhafte Unruhe bei der CDU)

wir haben es mit strukturellen Problemen zu tun,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

und wir haben es – davor können auch Sie die Augen nicht verschließen –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

mit einer weltweiten Konjunkturschwäche zu tun. Sagen Sie doch einfach mal, woher Sie das Geld nehmen wollen! Von Ihnen kommen keine Vorschläge.

(Abg. Drexler SPD: Null!)

Sie bleiben unkonkret, und stattdessen fordern Sie weitere Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger. Aber in der letzten Legislaturperiode haben Sie unseren Reformen zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger nicht zugestimmt. Unsere Einkommensteuerreform, die die Steuersätze bis zum Jahr 2005 deutlich senkt, haben Sie im Bundesrat abgelehnt.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Wir haben die Gewerbekapitalertragsteuer abgeschafft, und wir haben die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer möglich gemacht und damit vor allem den Mittelstand entlastet. Auch das haben Sie abgelehnt.

Tun Sie nicht so, als hätten wir von Finanzpolitik keine Ahnung. Von Ihnen kommt hier gar nichts.

Meine Damen und Herren, ich habe die Situation der öffentlichen Haushalte beschrieben. Wir müssen handeln, und wir haben nun in Berlin konkrete Vorschläge gemacht. Wir kür-

(Heike Dederer)

zen schlicht und ergreifend Steuersubventionen. Da müsste der FDP doch das Herz aufgehen,

(Abg. Bebber SPD: Die hat doch kein Herz!)

vielleicht nicht zu 100 %, aber wenigstens zu 18 %. Stattdessen kommt von Ihnen auch hier kein Beifall, obwohl Sie natürlich genau wissen, dass die jetzt vorgeschlagenen Reformen auch unsere Steuereinnahmeausfälle im Land mildern, und zwar macht das im Jahr 2003, Herr Oettinger, 200 Millionen DM aus.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Euro!)

– 200 Millionen €. – Deswegen möchte ich Sie eindringlich bitten, den Änderungen im Bundesrat zuzustimmen. Sonst kommen Sie in die prekäre Lage, auch diese Beträge noch ausgleichen zu müssen. Da möchte ich nicht in Ihrer Haut stecken.

Die Eigenheimzulage mit 9,5 Milliarden € ist die größte Steuersubvention, die wir jetzt umstrukturieren wollen. Wir haben als Grüne noch weiter gehende Vorschläge gemacht. Wir hätten gern eine ökologische Komponente gehabt. Das war mit der SPD nicht machbar. Aber es ist richtig, dass wir diese Subvention anpassen und in eine Familienförderung umwandeln.

Zum Thema Lohnnebenkosten, das Sie ausgelassen haben: Das ist in der Tat für uns kein erfreuliches Thema. In diesem Fall ist der schwarze Peter ein roter Peter. Aber ich habe den Eindruck, wenn ich die Presse lese, dass hier bisweilen Alzheimer grassiert.

(Abg. Dr. Birk CDU: Die kraftstrotzenden Grünen!)

Ich erinnere mich daran, bei welchem Beitragssatz wir im Jahr 1998 bei der Rentenversicherung standen. Das waren 20,3 %. Durch die rot-grünen Reformen in Berlin ist der Beitragssatz auf 19,1 % gesunken. Hier steht es schwarz auf weiß. Diese Spitze haben Sie zu verantworten und nicht wir.

Ein Hinweis: Der Vorwurf, man hätte das Rentensystem schon in den letzten vier Jahren reformieren können, schlägt auf Sie zurück. Denn man hätte dieses Rentensystem bereits Anfang der Achtzigerjahre ohne Probleme reformieren können. Ich darf Ihnen einmal eine kleine Skizze zeigen. Damals kamen auf einen Rentenempfänger fünf Beitragszahler. Da wäre es ein Leichtes gewesen, die Rentenkassen aufzufüllen. Das haben Sie versäumt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Alles Konjunktiv! – Abg. Scheuermann CDU: Sie lügen sich doch in die eigene Tasche!)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Land. Was machen Sie im Land, Herr Oettinger? Sie standen hier und haben keine konkreten Vorschläge gemacht. Ich vermute, Sie haben auch noch kein Konzept. Sie haben von einem ausgeglichenen Haushalt für 2005 und 2006 gesprochen. Haben Sie aus den Haushaltsberatungen die mittelfristige Finanzplanung nicht mehr im Kopf? Ich habe sie noch genau im Kopf. Da klaffen nämlich Deckungslücken von bis zu 1 Milliarde €. Dazu haben Sie nichts gesagt. Das ist für mich kein ausgeglichener Haushalt.

Stattdessen – wir haben es diese Woche wieder mit der Landesstiftung erlebt – werden die Milliönchen verteilt: 180 Millionen € GVS-Erlös hätten diesem Landeshaushalt sicher gut getan. Sie haben einen anderen Weg gewählt und müssen nun mit dem Landeshaushalt dafür bluten.

Ihre Aufgabe ist es, Herr Oettinger und Herr Pfister, dafür zu sorgen, dass unsere Finanzverwaltung schlagkräftig ist und die Einnahmen sichert. Ihre Aufgabe ist es, hier im Land für strukturelle Reformen zu sorgen. Wir haben schon im Mai unsere Mitarbeit in der Haushaltsstrukturkommission angeboten, wohl wissend, dass es im Landeshaushalt schmerzhaft Einschnitte geben wird. Diese Mitarbeit haben Sie abgelehnt. Wir bieten diese Mitarbeit heute nochmals an und werden mit unseren Verbesserungsvorschlägen gerne dazu beitragen.

Ich wiederhole noch einmal unsere Aufforderung an Sie: Blockieren Sie die notwendigen Reformen jetzt nicht im Bundesrat. Herr Oettinger, Sie haben selber in einem Zeitungsinterview gesagt: Wir können nur mit konkreten Verbesserungsvorschlägen überzeugen. Dann handeln Sie auch danach, und zwar auch hier im Parlament, und nicht so wie heute, dass keine Vorschläge von Ihnen kommen. Das war ausgesprochen blutleer, aber das ist nach der Aktion gestern vielleicht auch kein Wunder.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich dem Herrn Finanzminister.

Finanzminister Stratthaus: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist überhaupt keine Frage: Wir befinden uns auf dem absoluten Tiefpunkt der Finanzpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

Ein so hohes Maß an Steuerausfällen hat es noch nie gegeben. Ich habe den Eindruck: Das, was die Opposition heute hier vorträgt, sind Ablenkungsmanöver. Sie weisen nicht auf die Ernsthaftigkeit der Situation hin.

Ich will Ihnen gleich einmal kurz erläutern, wie die gegenwärtige Situation entstanden ist.

Es ist richtig: Es hat sich gezeigt, dass die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland langsamer wächst als früher – ich werde darauf eingehen –; das hat sich bereits unter der Regierung Kohl gezeigt. Sie haben aber nichts dagegen getan, sondern Sie haben die Situation ganz im Gegenteil noch verschlimmert. Sie haben die wenigen Reformansätze, die man bis 1998 hatte, wieder rückgängig gemacht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD und den Grünen)

Das ist eigentlich der Hauptgrund.

Im Übrigen haben Sie eine Steuerreform gemacht, die dazu geführt hat, dass die Aktiengesellschaften und die GmbHs

(Minister Stratthaus)

in Deutschland per Saldo im letzten Jahr keine und in diesem Jahr fast keine Steuern gezahlt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellen Sie sich das einmal vor: Eine von Sozialdemokraten geführte Regierung hat dafür gesorgt, dass die Aktiengesellschaften keine Steuern mehr zahlen – unglaublich!

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD)

– Diese Feststellung ist kein „dicker Hund“.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Finanzminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

Finanzminister Stratthaus: Bitte sehr.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Herr Finanzminister, können Sie bitte mitteilen, seit wann die Firma Daimler-Chrysler keine Steuern mehr bezahlt?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Finanzminister Stratthaus: Sie fordern mich, was bei Ihnen als Juristen erstaunlich ist, zum Brechen des Steuergeheimnisses auf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Sie haben doch gerade selbst gesagt, die zahlten keine!)

Im Übrigen ist es doch absoluter Unsinn, einen Einzelfall zu nennen.

(Abg. Birzele SPD: Seit 1991!)

Tatsache ist,

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Birzele: Seit 1991!)

dass das Körperschaftsteueraufkommen in Deutschland im Jahr 2000 noch 41 Milliarden DM betragen hat, während es im ersten Jahr nach der Steuerreform bei minus 800 Millionen DM lag. Daran sind Sie schuld.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben es mit einer finanzpolitischen Katastrophe zu tun. Wer diese verursacht hat, ist ganz klar.

(Zuruf von der SPD: Sie, die CDU! – Glocke des Präsidenten)

Das ist nicht meine Meinung . . .

Präsident Straub: Herr Finanzminister –

Finanzminister Stratthaus: . . . – nein, ich will jetzt einmal weiterreden können –

(Zurufe von der SPD)

sondern die Meinung der fünf Wirtschaftsweisen. Von diesen fünf Weisen sind bereits drei vom jetzigen Bundeskanzler berufen worden. Es handelt sich also bestimmt nicht um Leute von unserer Seite. Die fünf Weisen haben eindeutig festgestellt, dass die verfehlte Wirtschafts- und Steuerpolitik der Grund dafür ist, dass es uns heute so schlecht geht.

Es hat aber keinen Wert, nur darüber zu reden. Wir müssen uns Gedanken machen, was sich ändern muss. Es ist in der Tat so, wie Herr Oettinger gesagt hat: Wir werden es in Zukunft mit ganz anderen finanzpolitischen Herausforderungen zu tun haben, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Ich will nur noch einmal die Zahlen nennen: Dem Land Baden-Württemberg fehlen im Jahr 2002 gegenüber der Steuerschätzung vom November des letzten Jahres 1 Milliarde € an Steuereinnahmen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Die Behauptung, wir hätten nichts getan, ist einfach falsch. Wir haben nämlich bereits durch eine sehr spezielle Haushaltssperre im Mai dieses Jahres 100 Millionen € eingespart. Das muss einmal festgehalten werden. Wir haben im Vollzug weitere 200 Millionen € eingespart, auch wenn Sie das nicht hören wollen. Damit bleibt aber in der Tat immer noch ein Defizit von 700 Millionen €.

Im nächsten Jahr wird uns eine volle Milliarde Euro an Steuereinnahmen fehlen. Es ist wieder einmal gesagt worden, das sei in Baden-Württemberg so, und darauf hingewiesen worden, wie gut sich die anderen Länder stellten.

Meine Damen und Herren, wir haben – wahrscheinlich zusammen mit Bayern – die ehrlichste Veranschlagungspolitik betrieben. Ich merke das immer wieder. Zum Beispiel haben eine ganze Reihe von SPD-regierten Ländern einfach die Personalausgaben zu niedrig angesetzt. Ich habe heute Morgen schon mit zwei der SPD angehörenden Finanzministern telefoniert. Sie haben mir die Höhe der in ihren Ländern bestehenden Defizite mitgeteilt: Sie sind in jedem Fall um 50 bis 60 % höher als das Defizit in unserem Land – natürlich pro Kopf der Bevölkerung.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Sie können sich aber auch noch an Ihre Prognosen vom Mai erinnern! Da lagen die Angaben auch nur bei 20 % von dem, was Sie heute sagen! – Zurufe von der SPD: Vor der Wahl!)

– Wissen Sie, warum? Ich habe vor der Wahl noch ein Gran Glauben an unsere Bundesregierung gehabt.

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

Denn vor der Wahl haben der Bundeskanzler

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Ihr habt geglaubt, dass ihr selber an die Regierung kommt!)

und der Bundesfinanzminister gesagt: Wir werden keine Steuererhöhungen bekommen. Ich war am 21. März mit dem Herrn Bundesfinanzminister zusammen. Damals hat er uns noch eindeutig erklärt, dass der Bund im Jahre 2004 eine Nettoneuverschuldung von Null erreichen will. Auf Nachfragen, die wir immer wieder gestellt haben, hat er gesagt: Es

(Minister Stratthaus)

ist nicht mit größeren Steuerausfällen zu rechnen. Dass die Steuerausfälle kommen werden, haben wir seit dem Augenblick gewusst, als die Experten die Wachstumsprognosen zurückgenommen haben. Das konnte sich dann jeder ausrechnen.

(Abg. Schmid SPD: Na also! Das heißt, Sie haben es auch gewusst!)

– Nein, das Entscheidende ist doch, dass unsere Steuereinnahmen viel stärker zurückgegangen sind, als dies der Rückgang des Wirtschaftswachstums hätte vermuten lassen.

(Abg. Fleischer CDU zur SPD: Lenken Sie bloß nicht von Ihrer Pleitepolitik ab!)

Dies liegt an Ihrer Unfähigkeit in der Steuerpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Im nächsten Jahr fehlen uns also 1 Milliarde €. Bei den Gemeinden sieht es genauso aus, wobei ich Ihnen sagen muss, dass die Lage bei den Gemeinden in Baden-Württemberg schon schlimm, bei den Gemeinden in den meisten anderen Bundesländern allerdings katastrophal ist. Dies hängt auch damit zusammen, dass bei uns die Sozialhilfekosten – spezifisch betrachtet – Gott sei Dank wesentlich geringer sind. In anderen Bundesländern sieht es viel schlimmer aus als bei uns.

Es ist überhaupt keine Frage, dass uns die Bundesregierung belogen hat.

(Abg. Schmid SPD: Dann haben Sie aber auch gelogen! Sie hatten die Zahlen auch!)

Ich lese Ihnen vor, was Gerhard Schröder noch am 1. Oktober gesagt hat: „Es wird keine Steuererhöhungen geben.“ Dies hat er im Oktober ganz eindeutig gesagt. Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe von weiteren Zitaten vorlegen. Der Mann hat uns einfach angelogen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hauk CDU: Das ist der Punkt! So ist es!)

Die Behauptung, Steuersubventionen würden abgebaut werden, dies seien keine Steuererhöhungen, ist einfach lächerlich. Wir müssen doch die Steuern im breitesten Sinn zum Bruttoinlandsprodukt ins Verhältnis bringen. So betrachtet steigen eben die Steuern von Jahr zu Jahr.

(Abg. Hauk CDU: Das ist der Punkt! – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Weiterhin muss ganz eindeutig gesagt werden, dass auch die CDU dafür war, Subventionen bei der Steuer abzubauen.

(Abg. Schmid SPD: Na also!)

– Moment, sagen Sie nicht „Na also!“, sondern lassen Sie mich doch einmal, wenn Sie dazu in der Lage sind, einen ganzen Gedanken entwickeln. Wir haben gesagt: Wir wollen die Bemessungsgrundlage verbreitern und dann die Steuersätze senken. Sie machen aber das Umgekehrte: Sie verbreitern die Bemessungsgrundlage, bringen jedoch den höchsten Steuersatz zur Anwendung und besteuern alles. Deswe-

gen sind dies Steuererhöhungen, deswegen ist dies kein Subventionsabbau. Das ist doch ein Riesenunterschied!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Woher kommt die ganze Misere? Ganz einfach: weil Deutschland beim Wirtschaftswachstum an letzter Stelle steht.

(Abg. Birzele SPD: Seit wann? – Gegenruf des Abg. Oettinger CDU: Seit drei Jahren, Herr Kollege!)

– Das will ich Ihnen jetzt erläutern: Deutschland steht ungefähr seit Mitte der Neunzigerjahre an letzter Stelle.

(Abg. Birzele SPD: Seit 1993! Nicht ungefähr, sondern seit 1993! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Moment. Die damalige Regierung von CDU/CSU und FDP hat dies auch erkannt.

(Abg. Schmid SPD: Davon haben Sie nie etwas gesagt!)

– Doch, sie hat es erkannt und hat etwas gemacht.

(Zuruf von der CDU: Blockade Lafontaine!)

Sie hat nämlich eine hervorragende Steuerreform auf den Weg gebracht. Diese Steuerreform war vom Bundestag beschlossen und wurde dann verhindert. Die Verhinderer haben Namen: Es waren Eichel und Lafontaine.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Genau jene Gebiete, auf denen heute Reformen als notwendig betrachtet werden, hat jene Regierung reformiert. Wir haben nämlich sowohl hinsichtlich des Arbeitsmarkts als auch der Krankenversicherung und des Kündigungsschutzes usw. Reformen eingeleitet, die Lafontaine zurückgenommen hat. Wir haben also die Situation, dass wir aufgrund der Politik dieser Regierung im Jahre 2006 dort stehen, wo wir im Jahr 1994 standen; denn die Reformen des Jahres 1996

(Zuruf von der CDU: Eine Politik der verformten Hand!)

haben Lafontaine und Eichel zurückgenommen. Man hat die darauf folgenden vier Jahre nichts gemacht, und die nächsten vier Jahre wird man auch nichts machen. Obwohl diese Regierung höchstens acht Jahre im Amt sein wird, haben wir durch sie zwölf Jahre verloren. Es ist wirklich schlimm, was uns diese Regierung angetan hat.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schmid SPD: Eine eigenwillige Schau!)

Hinsichtlich der Konjunktur befinden wir uns an letzter Stelle. Wir sind in der Zwischenzeit auch bezüglich der Verschuldung an letzter Stelle – das muss man auch sagen. Wir haben von allen europäischen Staaten die höchste Staatsverschuldung. Wir haben doch immer voller Arroganz auf die Italiener und auf die Griechen herabgeschaut. Heute sind wir diejenigen, die die meisten Schulden haben.

(Abg. Drexler SPD: Das war schon 1998 so!)

– Das war 1998 nicht so.

(Minister Stratthaus)

(Abg. Birzele SPD: Das war 1998! Die Staatsverschuldung hat einen Namen!)

Das ist eine ganz neue Entwicklung.

(Abg. Hauk CDU: Damals 2,5 %, heute liegen wir bei 3,8!)

Im Übrigen haben Sie natürlich mit Ihrer Steuerpolitik – ich muss noch einmal darauf kommen – eine Meisterleistung vollbracht. Ihre Meisterleistung war doch wirklich die Körperschaftsteuerreform. Die Behauptung, dass Sie deren Auswirkungen nicht gekannt hätten, ist falsch. Es gab im Jahr 1998 ein Gutachten von 73 Professoren, die vor dieser Art der Körperschaftsteuerreform gewarnt haben. Sie haben das alles in den Wind geschlagen. Wir waren dagegen. Heute haben wir die Quittung. Ich muss es noch einmal wiederholen: Die Aktiengesellschaften und die GmbHs zahlen in der Bundesrepublik Deutschland fast keine Steuern.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist soziale Gerechtigkeit!)

Jetzt kommen Sie und reden laufend von Änderungen. Dieses Gerede von Änderungen wird genau das Gegenteil bewirken. Weil Sie davon sprechen, dass Sie die Körperschaftsteuer im Jahr 2003 wieder ändern, werden natürlich alle im Jahr 2002 schnell noch ausschütten, und das Loch wird in diesem Jahr noch größer.

(Abg. Drexler SPD: Was wollen Sie denn eigentlich?)

Das Schlimme ist doch überhaupt die Unberechenbarkeit Ihrer Politik.

(Abg. Schmiedel SPD: Was wollen Sie? Was passiert denn im Land?)

Jeden Tag sagen Sie etwas anderes.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das machen Sie aber auch!)

Es kann sich doch kein Investor mehr darauf einstellen. Das Schlimmste ist die Unberechenbarkeit Ihrer Politik. Sie machen auf diesem Gebiet wirklich alles falsch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und was das Allerschlimmste ist: Es ist ja nicht so, dass in Deutschland alle Verbraucher kein Geld hätten. Es ist nicht so, dass alle Unternehmen keine Gewinne machten.

(Abg. Drexler SPD: So sieht es aus!)

Trotzdem wird nicht investiert und nicht konsumiert, weil man der Zukunft mit dieser Regierung nicht traut.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Nach Ihrer Rede investiert auch niemand mehr!)

Jetzt stellen Sie sich doch einmal einen mittelständischen Unternehmer vor, der sich fragt: „Soll ich nun das Risiko eingehen oder nicht?“ Wenn ein solcher Unternehmer in der Zeitung liest, dass sich die Vorstellungen der Bundesre-

gierung jeden Tag ändern, dass laufend die Steuern erhöht werden, dass laufend die Lohnnebenkosten erhöht werden, wird er im Zweifelsfall nicht investieren, und im schlimmsten Fall wird er halt ins Ausland gehen.

Übrigens – auch das muss gesagt werden –: Wenn unsere Konjunktur noch einigermaßen läuft, wenn sie noch ein bisschen Wachstum aufweist, dann rührt das von unserem Export her. Die Binnennachfrage ist gegenüber dem Vorjahr sogar zurückgegangen. Wir leben also, wenn überhaupt, nur noch vom Ausland.

Meine Damen und Herren, kehren Sie wirklich um! Wir werden im Bundesrat, wenn es so weit kommt, keine Blockadepolitik machen.

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist neu!)

Wir werden keine Blockadepolitik machen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Erst nach der Landtagswahl! – Abg. Drexler SPD: Was machen Sie denn?)

Wir werden alle Vorschläge, die der Wirtschaft helfen, mittragen.

(Abg. Walter GRÜNE: Weiß das auch Herr Koch?)

Wir werden alle Vorschläge, die die Wirtschaft weiterhin behindern, verhindern.

(Abg. Drexler SPD: Aber eigene haben Sie keine!)

Wir werden alle Steuererhöhungsvorschläge ablehnen; denn Steuererhöhungen sind im Augenblick genau das Falsche.

Sie fragen übrigens immer wieder, was getan werden müsste.

(Abg. Drexler SPD: Ja, was wollen Sie?)

– Ja, ich sage es Ihnen.

(Abg. Schmid SPD: Was wollen Sie? Ihre Alternative!)

Es liegt das Gutachten der fünf Weisen vor.

(Abg. Schmid SPD: Nein, Ihre Alternative!)

Drei von ihnen sind aus Ihrer politischen Richtung. Dieses Gutachten enthält 20 Punkte. Von diesen 20 Punkten würde die CDU wohl mindestens zwei Drittel sofort mittragen.

(Abg. Drexler SPD: 40!)

Sie tragen keinen einzigen mit.

(Abg. Schmid und Abg. Drexler SPD: Welche?)

– Die ganzen Arbeitsmarktmaßnahmen, die Vorschläge zur Steuerpolitik. Ihr Hartz-Konzept ist doch eine Lachnummer.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Genau! – Abg. Drexler SPD: Sie reden alles herunter!)

(Minister Stratthaus)

Mit diesem Hartz-Konzept haben Sie vielleicht tatsächlich irgendwann keine Arbeitslosen mehr, weil sie dann alle beim Staat arbeiten.

(Abg. Schmid SPD: Wo würden Sie denn sparen?)

Es ist doch eine Tatsache, dass durch das, was Sie da machen, kein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen wird.

Ich sage Ihnen: Es geht Deutschland wirklich schlecht. Ich bitte Sie, Ihren Einfluss auf die Bundesregierung geltend zu machen,

(Abg. Blenke CDU: Die haben keinen!)

damit man umkehrt. Denn wir werden alle unter dieser vollkommen verfehlten Politik zu leiden haben. Ich sage Ihnen: Es wird ganz schlimme Auseinandersetzungen geben, wenn wir weiterhin kein Wirtschaftswachstum haben.

(Abg. Drexler SPD: Mit solchen Reden bewirken Sie es aber auch nicht!)

Wir werden ganz schlimme soziale Auseinandersetzungen bekommen, wenn Sie nicht dafür sorgen, dass sich etwas ändert, und daran sind Sie dann schuld.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer die Haushaltslage Baden-Württembergs bewerten will, muss erstens fragen: Sind die Haushalte in Baden-Württemberg verfassungskonform, oder widersprechen sie dem, was uns die Verfassung vorgibt? Sie besagt bei Bund und Ländern eindeutig, dass die Nettoneuverschuldung nicht größer als der Betrag sein darf, den man jährlich investiert.

Ich stelle fest: In den letzten Jahren hat Baden-Württemberg verfassungskonforme Haushalte aufgestellt, in diesem Jahr ebenso. Ich sage Ihnen zu: Wir geben uns Mühe, dass auch der Haushalt 2003 – trotz der widrigen, unmöglichen Rahmenbedingungen, die von Berlin gesetzt werden – im verfassungskonformen Bereich bleibt, dass also auch im nächsten Jahr die Mittel, die Baden-Württemberg investiert, über dem Betrag bleiben, der an neuen Schulden aufgenommen werden muss.

Dieses Ziel haben andere Länder und der Bund längst verfehlt. Eichel stellt in diesem und im nächsten Jahr einen verfassungswidrigen Haushalt auf. Im Bund und in einigen wichtigen Ländern – Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und, und, und – sind die neuen Schulden netto längst größer als die investierten Mittel. Deswegen ist meine Bitte: Gestehen Sie zu, dass in Baden-Württemberg das, was das Grundgesetz und die Landesverfassung vorgeben, beachtet wird und auch der Maßstab und das Ziel des nächsten Jahres bleibt.

Zweitens: Die 3-%-Grenze des Stabilitätspakts wird in diesem und vermutlich auch im nächsten Jahr verfehlt. Das Defizitverfahren der EU-Kommission läuft. In diesem Jahr nehmen wir netto neue Schulden in Höhe von 3,8 % unseres Bruttoinlandsprodukts auf. Die Prognose für das nächste

Jahr wiederum lautet 3,2 %. Ich bin einmal gespannt, wie der Bund, wenn im nächsten Jahr das Bußgeldverfahren laufen wird und es dann zu Geldstrafen kommen sollte, diese auf die Länder verteilt.

Eines ist klar: Baden-Württemberg bleibt in seinem Haushalt mit seinen Schulden, gemessen an seinem Bruttoinlandsprodukt, trotz der Verschlechterung deutlich unter 3 %. Baden-Württemberg hält die Stabilitätskriterien also ein. Der Bund und andere Länder sind hierzu nicht imstande. Wir befinden uns auf einem schwierigen Kurs, aber Baden-Württemberg steht auf dem Boden der Verfassung und liegt unter 3 %. Deswegen nehme ich irgendeine Kritik Ihrerseits in diesem Bereich nicht ernst.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Drittens: Was können wir tun? Wir bitten den Finanzminister und die Regierung, bei den Tarifverhandlungen mit ver.di und dem DGB, die in diesen Tagen anlaufen, hart zu sein. Ich könnte mir vorstellen, dass wir in den unteren Gehaltsgruppen – BAT VI bis X –, in den unteren Besoldungsgruppen – A 9 bis A 5 – einen Inflationsausgleich gewähren, weil hier eine soziale Verschlechterung nicht vertretbar ist. Inflationsausgleich bedeutet vielleicht eine Tarifierhöhung um 1,5 %. Wir sollten aber im gehobenen und im höheren Dienst und bei BAT V bis BAT I mit einer Nullrunde auskommen. Ich bin gespannt, wer bei diesem Thema konsequenter und härter ist. Ich kündige die Unterstützung der CDU-Fraktion für eine Nullrunde im gehobenen und im höheren Dienst an, weil die öffentliche Hand nichts, aber auch gar nichts mehr zu verteilen hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn ein konsequenter Tarifverhandlungskurs erfolgreich gewesen sein sollte – eine Nullrunde im gehobenen und im höheren Bereich, Inflationsausgleich aus sozialen Gründen im mittleren und im unteren Bereich –, dann glaube ich, dass die Umsetzung für die Beamten im Land Baden-Württemberg auch den Spielraum einer Bundesratsinitiative nutzen muss.

Lieber Kollege Drexler, minus 10 % oder plus 10 %: gar kein Problem.

(Abg. Schmiedel SPD: Dann machen wir es doch!)

Dabei muss klar sein, dass wir im Augenblick für plus 10 % gar keinen Spielraum haben. Das ist eine rein virtuelle, akademische Diskussion, in München wie bei Ihnen. Trotzdem, wir machen das mit. Wir müssen aber in der Umsetzung einer Nullrunde bei den Angestellten und Arbeitern prüfen, ob dann nicht eine Absenkung des Weihnachtsgeldes und eine Streichung des Urlaubsgeldes zumutbar sind. Auch dies kündigen wir an. Daraus würde ein Spielraum in der Größenordnung von 300 bis 400 Millionen € erwachsen, der für den Haushalt des Landes Baden-Württemberg ein wichtiger struktureller Einsparbetrag für das nächste Jahr und auch dauerhaft sein kann und der auch die Kommunen in den nächsten Jahren spürbar entlasten kann. Ich kündige diesen Kurs an. Wir unterstützen ihn. Ich bin gespannt, ob das hohe Haus in der gesamten Breite hinter diesem Sparkurs steht.

(Oettinger)

Wir haben mit Sicherheit einen weiteren Stellenabbau vor uns. In den Beratungen der nächsten Wochen wird es um die Frage gehen, wie die Aufgaben unserer Fachverwaltungen mit noch weniger Mitarbeitern erfüllt werden können. Konkrete Vorschläge dafür werden von der Regierungskoalition mit Sicherheit bis zum Jahresende in den Landtag von Baden-Württemberg eingebracht.

Die Mehrzahl der Ausgaben – namentlich unserer Kommunen, der Landkreise, der Stadtkreise und der Gemeinden – entstehen aber durch Bundesgesetze.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Die Mehrzahl der Leistungen, die vor Ort gezahlt werden, stehen im Bundesrecht. Jetzt hat die alte und neue Bundesregierung eine Kommission zum Thema Kommunalfinanzen eingesetzt, die, so höre ich, jetzt zum dritten Mal tagt, aber bisher ohne befriedigendes Ergebnis geblieben ist.

Ich glaube ernsthaft: Wenn es nicht zu einem Haushaltssicherungsgesetz des Bundes für die Kommunen kommt, wenn es nicht auf Bundesebene die Bereitschaft gibt, die gesetzlichen Leistungen, die die Haushalte der Kreise und Gemeinden belasten, zu deckeln und zu senken,

(Abg. Hillebrand CDU: So ist es, jawohl!)

werden wir in den nächsten Jahren auf kommunaler Ebene vor der Konkurserklärung der Mehrzahl der Gemeinden stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen habe ich zu dem Stichwort Sozialleistungen, zu dem Stichwort Eingliederungshilfe und zu dem Stichwort, was die Wohlfahrtsverbände als Umlage an Kreise und Gemeinden zu bezahlen haben, die Frage: Sind Sie zu einem Haushaltssanierungsgesetz des Bundes für die Länder und Kommunen bereit, ja oder nein? Bisher haben Sie dazu überhaupt nichts ausgesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Lassotta CDU: So ist es! – Abg. Drexler SPD: Sagen wir auch nicht!)

Ich glaube, dass die Oberbürgermeister, die der SPD angehören, leider viel zu ohnmächtig sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Ein weiterer Punkt: Ohne Wirtschaftswachstum geht alles schief.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Die Ausgaben der Gemeinden und des Landes in den Haushalten 2002 und 2003 sind sauber im Plan. Alle Lehrer sind da, alle Polizeibeamten sind da, alle Hausmeister sind da, alle Lichter sind an, das Salz zum Streuen ist gekauft, und die Abschreibungen laufen. Das heißt, die Ausgaben erfolgen im Grunde genommen plangemäß. Aber die Einnahmen brechen genauso weg, wie die Wirtschaft in Deutschland weggebrochen ist. Jeden Tag gibt es neue Schlagzeilen. Heidelberger Druck baut ab,

(Abg. Theurer FDP/DVP: Neue Schlaglöcher!)

Alcatel/SEL baut ab. Das Problem liegt im Grunde genommen darin, dass die Wirtschaft, die Unternehmer und die Arbeitnehmer kein Vertrauen haben, dass in Berlin halbwegs kompetente Politik gemacht wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie haben die Ökosteuer eingeführt und gesagt: Damit werden Lohnnebenkosten gesenkt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Schwindel!)

Jetzt nehme ich die Ökosteuer einmal hin. Punkt. Aber dass trotzdem der Rentenversicherungsbeitrag auf 19,5 %

(Abg. Alfred Winkler SPD: Na, na, na! Nach Absenkung! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

und dann, wenn die Grünen im Deutschen Bundestag morgen Mut beweisen und das Ganze ablehnen, automatisch auf 19,9 % steigt, ist eine Bankrotterklärung Ihrer Politik. Zum Thema Gesundheit und zum Thema Rente haben Sie überhaupt kein Konzept.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Was hätten Sie denn gemacht? Die Rentenerhöhung verschoben!)

Wenn im nächsten Jahr dem Land Baden-Württemberg netto 1 Milliarde € von 30 Milliarden € fehlt – die Steuerschätzung sagt: 1 Milliarde € weniger als geplant –, dann werden wir, sage ich Ihnen ganz ehrlich, vielleicht 0,3, 0,5 oder 0,6 Milliarden € durch eigene Kraft einsparen können. Aber bei einem Wirtschaftswachstum von nur 0,2 % wie in diesem Jahr, bei Rezession und Stagnation, bei den falschen Entwicklungen, die die Bundespolitik in der Volkswirtschaft verursacht, gleichen wir die 1 Milliarde € im Land nicht zu 100 % aus.

(Beifall bei der CDU)

Damit bin ich beim letzten Punkt: Unsere Koalitionsvereinbarung ist älter als die von Rot-Grün. Die von Rot-Grün ist gerade vier Wochen alt. Unsere liegt immerhin eineinhalb Jahre zurück. Aber unsere ist seriöser und aktuell, und Ihre ist längst überholt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Das Papier Ihrer Regierungserklärung und der Koalitionsvereinbarung ist nach vier Wochen vergilbt, und unsere Koalitionsvereinbarung ist nach eineinhalb Jahren noch immer aktuell.

In unserer Koalitionsvereinbarung steht: Wir streben einen Haushalt ohne Neuverschuldung im Jahre 2006 an. Wir kommen mit der Finanzierung unserer Ausgaben zurecht, indem die Steuereinnahmen dafür ausreichen, wenn – das ist der entscheidende Punkt – die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland von Wachstum geprägt ist. Eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, wie sie Eichel in seiner Konkurserklärung gestern im Grunde genommen einräumen musste, würde den entscheidenden Beitrag darstellen, dass dann und nur dann der Ausgleich auch unseres Haushalts, auch des Haushalts von Baden-Würt-

(Oettinger)

temberg, nicht erreichbar ist. Wir streben weiter die Nullnettoneuverschuldung im Jahre 2006 an. Aber der entscheidende Punkt ist, dass das Rahmendatum, dass die Volkswirtschaft und die Politik in Berlin

(Abg. Capezzuto SPD: So leicht kann man es sich auch nicht machen!)

derzeit im Grunde genommen von Ratlosigkeit, von Rezession, von Unsicherheit und von einem Wahlbetrug ohnegleichen geprägt sind.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Ojemine!)

Abg. Drexler SPD: Liebe Kolleginnen und Kollegen! So ist es halt im baden-württembergischen Landtag: Geht es dem Land gut, ist die CDU verantwortlich, und geht es dem Land schlecht, dann sind das die SPD und die Grünen in Berlin.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hoffmann CDU: So ist es! Genau so stimmt! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Das stimmt! – Demonstrativer Beifall der Abg. Dr. Vetter und Wacker CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Das ist ja geradezu zynisch!)

Das ist eine typische Geschichte. Und Ernst Pfister macht mit.

Herr Oettinger, wenn man den Herrn Finanzminister heute reden gehört hat, dann hat man den Eindruck: Es geht ja allen wahnsinnig schlecht, und eigentlich befinden wir uns in einer Depression, und Sie reden das auch noch herbei.

(Abg. Hauk CDU: Jetzt sind wir diejenigen, die es herbeireden! – Abg. Pfister FDP/DVP: Lesen Sie doch mal Zeitung! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Es ist eine ganz schlimme Geschichte. Vor zwei Tagen hat das Weltwirtschaftsforum in New York – wenn Sie die Wirtschaftsseiten in der Zeitung gelesen hätten,

(Abg. Bebbler SPD: Hervorragend! – Abg. Pfister FDP/DVP: Ich bin gerade dabei!)

dann hätten Sie das zur Kenntnis genommen – die Bundesrepublik Deutschland im Ranking der besten Wirtschaftsstandorte auf Platz 4 gesetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Oettinger CDU: Platz 14!)

– Platz 4! – Und Sie reden den Standort als „katastrophal“ herunter!

(Abg. Capezzuto SPD: Unverschämt!)

Das wollen wir nur einmal feststellen. Nehmen Sie einmal zur Kenntnis, was das Weltwirtschaftsforum sagt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Jetzt, Herr Oettinger, hätte mich schon einmal interessiert – Sie stellen sich hier hin und sagen, wir hätten kein Wirtschaftswachstum –: Auf welchen Grundlagen erstellen Sie denn Ihren Nachtrag?

(Abg. Bebbler SPD: Das sind doch alles Jammerlappen!)

Machen Sie das mit Nullwachstum, oder machen Sie das mit 1,4 %? Welches Wachstum liegt denn Ihrem Nachtrag zugrunde?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das richtet sich danach, welche Möglichkeiten wir haben!)

– Dann sagen Sie es hier doch einmal. Zuerst alles herunterreden und dann einen anderen Haushalt vorlegen, das geht natürlich auch nicht, Herr Pfister.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: 0,4 bis 1,0! – Abg. Dr. Birk CDU: Wovon sprechen Sie eigentlich?)

Zweitens: Wir hätten gern etwas zum Ausgleich der Steuermindereinnahmen von 1 Milliarde € gehört. 300 Millionen € seien eingespart worden, sagt der Finanzminister. Das stimmt ja auch. Wir waren von 205 Millionen € ausgegangen. Wenn es 300 Millionen € sind, ist es ja gut. Dann bleiben 700 Millionen €. Wie gleichen Sie jetzt diese 700 Millionen € in diesem Jahr aus?

Im Übrigen erinnere ich mich noch daran, dass Herr Stoiber im Wahlkampf erklärt hat, wir bräuchten eine Steuerreform für eine Entlastung nicht nur des Mittelstands, sondern für die Industrie insgesamt.

(Abg. Oettinger CDU: Vor allem Mittelstand! – Abg. Dr. Birk CDU: Mittelstand und Einzelunternehmer!)

– Ja, ja, ja. – Die Industrie werde hier mit Steuern geknebelt, hieß es. Jetzt hören wir: Sie hat nichts gezahlt. Wird das Land Baden-Württemberg denn jetzt bei der Reformierung der Körperschaftsteuer, von der die Industrie ja drastisch entlastet wurde, mitmachen, oder wird es nicht mitmachen? Dazu habe ich nichts gehört. Das würde uns einmal interessieren.

(Abg. Schmid SPD: Schulterzucken!)

Das wären Aussagen, die wir heute hören wollten. Wird das Land Baden-Württemberg mitmachen? Nachdem beim Bund 4,2 Milliarden € über die Schließung von Steuerschlupflöchern eingehen sollen und die Länder 2 Milliarden € erhalten sollen, wäre das Land mit 250 Millionen € bis 300 Millionen € pro Jahr dabei. Macht das Land dabei mit, um seine Einnahmesituation zu verbessern, nachdem so viel ausgefallen ist, oder macht es nicht mit? Die Antwort darauf hätten wir heute gern gehört. Es gab keine Antwort von Ihnen, Herr Oettinger,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie immer!)

keine Antwort von Herrn Pfister und auch keine Antwort vom Finanzminister.

(Drexler)

Jetzt möchte ich schon noch einmal etwas zu der Frage der Steuerausfälle sagen, Herr Finanzminister. Niemand ist davon ausgegangen, auch Sie nicht, dass die Rückstellungen so schnell aufgelöst werden könnten. Wenn Sie das gewusst haben, dann haben Sie dies natürlich vor der Bundestagswahl auch nicht gesagt,

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

und zwar nicht deswegen, weil Sie an die Bundesregierung geglaubt haben, sondern weil Sie geglaubt haben, Sie kämen an die Regierung. Deswegen haben Sie es vor der Wahl nicht gesagt. Wenn Sie es gewusst haben, dann hätte uns auch vorher einmal Ihre Auffassung interessiert, dass null Körperschaftsteuer oder sogar ein Minusbetrag eingeht.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das war doch vor der Wahl bekannt!)

Ich habe das vor der Wahl vom Herrn Finanzminister nicht gehört.

Im Übrigen: Von der Landesregierung von Baden-Württemberg habe ich unter der Kohl-Regierung auch nicht viel gehört. Ich habe weder etwas gehört, als man Familien finanziell falsch besteuert hat, und zwar verfassungswidrig –

(Abg. Dr. Birk CDU: Herr Drexler, kommen Sie endlich mal in der Gegenwart an!)

da habe ich von dieser Landesregierung nichts gehört –

(Abg. Dr. Birk CDU: Das war Ihr Fehler!)

noch habe ich, nachdem wir bezüglich des Wachstums innerhalb der EU an letzter Stelle standen, gehört, dass die Landesregierung dies gegeißelt hätte. Zu allem habe ich nichts gehört. Sie haben Ihren Widerstand erst entdeckt, nachdem Sie nicht mehr die Bundesregierung gestellt haben. Vorher haben Sie alles von der Bundesregierung, auch zum Nachteil des Landes, hingenommen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Herr Oettinger, ich habe auch noch nichts dazu gehört, wie Sie denn diese 700 Millionen € und diese Milliarde Euro decken wollen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Entschuldigung, da haben Sie nicht zugehört!)

Da hätte uns heute schon einiges interessiert. – Ja, wir haben einige Vorschläge gehört.

(Abg. Dr. Birk CDU: Und wie stehen Sie dazu? Zur Sache! – Abg. Capezzuto SPD: Die zu nichts führen!)

Ich sage Ihnen zum Beispiel: Bei der Frage Stelleneinsparung haben wir eine ganz klare Haltung. Wir glauben nicht, dass es sinnvoll ist, im Land Baden-Württemberg weiter Stellen einzusparen, aber die Aufgaben sowie die Verwal-

tungsstruktur in gleicher Form bestehen zu lassen. Wenn, dann fordern wir das, was wir seit eineinhalb Jahren fordern, nämlich eine Verwaltungsreform, eine Kommission wenigstens,

(Zuruf von der CDU: Schon wieder?)

um die Bürokratie abzubauen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Dr. Birk CDU: Sagen Sie einmal etwas zu den Tarifverhandlungen!)

Dann geht es an die Regierungspräsidien, Herr Pfister, dann geht es an die Oberschulämter. Dann werden wir den Aufbau einmal durchleuchten, und dann können wir über die Frage eines Abbaus der Aufgaben und einer Verringerung der Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst reden. Da hoffen wir auf die FDP/DVP.

(Abg. Hauk CDU: Wissen Sie denn überhaupt, wo Personalkosten entstehen? Doch nicht bei den RPs!)

– Herr Hauk, Sie stehen im Wald. – Die FDP/DVP ist da interessant. Bei der FDP/DVP erkennen wir wenigstens, dass sie Strukturreformen im Land will. Die CDU will gar keine Strukturreformen. Da hoffen wir, dass die FDP/DVP mit uns mitmacht.

(Abg. Hauk CDU: Reine Nebelkerzenwerferei!)

Herr Hauk, jetzt gehe ich noch mal auf den Bund ein: Eine Partei, die im Bundestagswahlkampf der Bevölkerung Steuergeschenke in Höhe von 86 Milliarden € versprochen hat,

(Abg. Hauk CDU: Das ist notwendig!)

braucht sich hier nicht hinzustellen und von irgendwelchen Lügen zu reden. Das fällt auf Sie zurück.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Alfred Haas CDU: Jetzt klatschen die auch noch zu dem Quatsch!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt kommt die Apokalypse! – Gegenruf von der CDU: Die haben wir schon in Berlin!)

Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In deutschen Landtagen, auch hier in Baden-Württemberg, und im Bund wird über die Frage gestritten, wo eingespart werden kann. Meine Damen und Herren, ich würde gerne einmal darüber streiten, wie wir Überschüsse im Haushalt verteilen, so wie das das niederländische Parlament machen konnte. Wenn man behauptet, es gebe eine weltweite Konjunkturschwäche, dann erkennt man, dass andere westeuropäische Volkswirtschaften mit diesem Problem besser umgehen und dass es anderen Ländern wie Schweden und den Niederlanden sogar gelungen ist, hier eine Trendwende zu erreichen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Theurer)

Daran, meine Damen und Herren, sollten wir uns orientieren. In der Debatte fehlt die klare Grundausrichtung an einer Ordnungspolitik, die Rückbesinnung auf die geistigen Väter der sozialen Marktwirtschaft. Das wäre notwendig. Das habe ich in der Debatte bis jetzt nicht gehört, gestern nicht, als wir über Kinderbetreuung gesprochen haben, und heute nicht, wo es doch darum geht, die Wachstumskräfte unserer Wirtschaft wieder zu wecken, meine Damen und Herren.

Ich darf hier einfach einen der Väter unserer sozialen Marktwirtschaft zitieren.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Er hat gesagt:

Alle Lösungen, die auf Verstaatlichung des Eigentums und zentrale Lenkung hinzielen, vermindern die Leistungsanreize,

(Abg. Schmiedel SPD: Was ist denn das für eine Gespensterdebatte?)

verschlechtern die Kostenrechnungen und machen eine Bürokratisierung der Wirtschaftsverwaltung unvermeidlich. Verminderung der Produktivität,

(Abg. Schmid SPD: Sie haben doch die BW-Bank verstaatlicht!)

Verschlechterung der Versorgung und Freiheitsbeschränkungen sind die Preise, die für jedes Entfernen von der Wettbewerbswirtschaft zu zahlen sind, und zwar ohne dass eine gerechtere Verteilung des Sozialprodukts erwartet werden könnte.

Dies hat Walter Eucken in seinen „Grundsätzen der Wirtschaftspolitik“ gesagt, und zwar 1952, meine Damen und Herren.

(Abg. Capezzuto SPD: Jesses!)

Was tun wir? Wir haben immer mehr Leistungsgesetze, die vor allem die Kommunen belasten, die Landkreise, Städte und Gemeinden. Die FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg macht sich große Sorgen um die Finanzsituation unserer Städte und Gemeinden, meine Damen und Herren. Die Zahl der Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg, die ihren Verwaltungshaushalt im Jahr 2002 nicht mehr ausgleichen können, steigt dramatisch an.

Wir wissen auch nicht, wie das in der Zukunft weitergeht. Die Landkreise müssen ihre Kreisumlagen erhöhen, weil die Umlagen der Wohlfahrtsverbände steigen, weil die Kostendeckelung im Gesundheitswesen dazu führt, dass Basisdienstleistungen wie die Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhäusern nur noch so finanziert werden können, weil Steuergelder der Städte und Gemeinden über die Kreisumlage zur Finanzierung der Kreiskrankenhäuser eingesetzt werden müssen,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

weil hierfür die Versicherungsbeiträge und die Erstattungen der Kassen nicht mehr ausreichen. Hier sind wir wirklich an den Grundlagen der Grundsicherung angekommen.

Meine Damen und Herren, die FDP/DVP fordert eine Rückkehr zur marktwirtschaftlichen Politik. Wir fordern eine Politik, die auch bereit ist,

(Abg. Walter GRÜNE: So wie bis 1998, oder was?)

den Bürgerinnen und Bürgern zu sagen, dass der Staat an seine Leistungsgrenzen stößt, dass Leistungen gekürzt werden müssen, dass wir auch Dinge hinnehmen und aktiv betreiben müssen, die wehtun, dass wir zum Beispiel auch im Bereich der Sozialhilfe, im Bereich der Langzeitarbeitslosen an die Leistungen gehen müssen, damit es Anreize gibt, Arbeit anzunehmen, dass wir die Arbeitsmärkte endlich wieder zu Märkten machen, dass wir die Regulierungen wegnehmen, dass wir Wachstumspolitik betreiben, dass wir marktwirtschaftliche Politik betreiben, damit derjenige in diesem Land wieder mehr gilt, der eine Idee hat, ein Unternehmen aufmacht, und dass wir nicht dauernd darüber reden, was der Staat noch alles leisten muss.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wer macht denn das?)

Wir haben nämlich ein mentales Problem. Meine Damen und Herren, Sie glauben, der Staat könne Arbeitsplätze schaffen. Das wird er aber nicht können.

(Abg. Dr. Birk CDU: Es lebe die Revolution!)

60 % der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land glauben diesen Unsinn auch noch. Deshalb sagen wir Ihnen: Wirtschaft muss in der Wirtschaft gemacht werden. Deshalb muss die Wirtschaft entlastet werden. Meine Damen und Herren, das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Deshalb ist die FDP/DVP dazu bereit. Diese Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung werden wir auch im Bundesrat mit unterstützen. Wir erwarten von Ihnen endlich einen Kurswechsel zur marktwirtschaftlichen Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Walter GRÜNE: Herr Theurer weiß nicht, dass die deutsche Sprache Punkt und Komma kennt! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn die Zeitungen unisono titeln: „Staat in Not, 31 Milliarden € fehlen“ und alle Redner hier im Prinzip bestätigen, dass wir in einer ganz dramatischen Situation der Wirtschaft, der Konjunktur und der Staatsfinanzen sind, kann man, glaube ich, einer solchen Debatte, bei der in fünf Minuten die größten Probleme angesprochen und gelöst werden sollen, nur einen Sinn geben, wenn alle zeigen, dass sie diese Situation ernst nehmen und nicht nur aufeinander einschlagen, sondern versuchen, das Signal zu setzen: In einer so schwierigen Situation muss man zusammenarbeiten und die Probleme lösen.

(Beifall des Abg. Seltenreich SPD)

(Kretschmann)

Sie wissen und jeder hier im Haus weiß es, dass die Bundesregierung die Reformen, die diese Lage dringend erfordert, überhaupt nur machen kann, wenn die unionsregierten Länder im Bundesrat mitziehen. Wenn sie das nicht tun, wird ein großer Teil der Reformen blockiert. Wir sind also in dieser Situation absolut auf die Zusammenarbeit mit ihnen angewiesen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Ihr seid nicht einmal fähig, die Reformen in Gang zu bringen!)

Deswegen wollen wir für eine Politik werben, bei der wir aufeinander zugehen und diese Probleme lösen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Wo sind denn die Reformen?)

Ich kann Ihnen jedenfalls zusichern, Herr Kollege Oettinger: Eine Oppositionspolitik, wie Sie sie in Berlin machen – lesen Sie die Reden zur Rente und zum Gesundheitswesen, wo nur draufgehauen wird und alle konstruktiven Beiträge fehlen –, werden wir jedenfalls nicht machen, und wir haben noch nie eine solche gemacht, seit Hasenclever die Grünen hier im Landtag geführt hat.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie haben eine Lügenpolitik gemacht!)

Noch niemals sind wir hier in eine Haushaltsberatung gegangen, ohne Deckungsvorschläge für unsere Anträge zu machen. Wenn auch vielleicht einmal die eine oder andere kleine Luftbuchung dabei war, war das doch im Großen und Ganzen immerhin seriös und an einer konstruktiven Oppositionspolitik orientiert. Das muss man in einer solchen Situation auch von Ihnen erwarten.

(Beifall bei den Grünen)

Wenn Frau Merkel auf dem Parteitag der CDU Kommissionen einsetzen muss, wenn Ihre „Politik der Überschriften“, wie die „Süddeutsche Zeitung“ Ihre Politik bezeichnet hat, einmal auf konkrete Vorschläge heruntergebrochen werden soll, dann sieht man auch bei der Union Defizite. Auch ihr müsst Kommissionen einsetzen, wie es Frau Merkel auf dem Parteitag für die Renten- und die Gesundheitspolitik gemacht hat, weil ihr vier Jahre lang in der Opposition gedacht habt, es gehe einmal wieder vorüber mit Rot-Grün und man brauchte sich nicht darum zu kümmern, und weil ihr keine Politik der konstruktiven Opposition gemacht und keine kräftigen Vorschläge eingebracht habt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Unruhe bei der CDU und der FDP/DVP)

Wissen Sie, es ist ja nett, wenn Sie uns einerseits für die Vorschläge loben, die wir jetzt zur Rentenpolitik und zur Gesundheitspolitik gemacht haben, uns aber andererseits zugleich als Umfäller hinstellen. Wir sind gegen die Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung – das haben wir gesagt –, und wir haben Vorschläge dazu gemacht,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wir doch auch!)

zum Beispiel die Rentenerhöhung um ein halbes Jahr zu verschieben. Wo war da Ihr Beifall, wo waren da Ihre Vorschläge, wo war da Ihre Unterstützung? Bei dem, was auch ande-

ren wehtut, hat man Sie genauso wenig gesehen wie andere. Das muss man hier einmal festhalten.

(Beifall bei den Grünen)

Der Handlungsspielraum des Staates ist dramatisch eingeschränkt. Das weiß jeder.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das hätten Sie vor der Bundestagswahl sagen müssen!)

Das hat drei wichtige Gründe. Der erste Grund ist die konjunkturelle Schwäche. Diese Schwäche haben wir weltweit, und es ist doch vermessen, so zu tun – was hier getan wird –, als hätte irgendeine nationale Volkswirtschaft die Möglichkeit, die Weltkonjunktur einfach zu steuern, wie man will. Das ist doch absurd und lächerlich. Das glaubt doch von Ihnen selber niemand.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Warum haben die Amerikaner dann ein Wirtschaftswachstum von 3 bis 5 %?)

Jetzt komme ich einmal zur Körperschaftsteuer. Die Körperschaftsteuer ist gesenkt worden, und zwar deshalb, weil damals alle geschrien haben, anderenfalls gehe der Standort Deutschland baden. Wir haben diese Steuer gesenkt, und jetzt sind aufgrund von Ausschüttungen von Steuerguthaben, die die Körperschaften in großem Umfang machen – das ist aber auf eine Regelung zurückzuführen, die noch von der Kohl-Regierung stammt –, Einbrüche aufgetreten.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Theurer FDP/DVP: Gelbe Seiten! Sie hätten jemanden fragen sollen, der sich damit auskennt!)

Wenn Sie aber einen Schritt weiter denken würden, dann müssten Sie zugeben, dass da ein mächtiges antizyklisches Steuersenkungsprogramm gemacht worden ist.

(Abg. Hauk CDU: Das geht in die falsche Richtung!)

Das ist sogar sehr radikal geworden, so radikal, wie wir es selbst gar nicht wollten. Das heißt, die Körperschaften haben das bekommen, was Sie alle wollen, nämlich Steuersenkungen auf breiter Front. Und was ist das Ergebnis? Leider nicht das, was Sie uns hier immer erzählen wollen, was alles an positiven wirtschaftlichen Effekten eintritt, wenn man Steuern senkt.

(Abg. Hauk CDU: Weil Sie die wichtigste Gruppe nicht berücksichtigt haben!)

Also, ich bitte darum, da ein bisschen auf dem Teppich zu bleiben.

Zweitens sind es natürlich die strukturellen Schwächen der Volkswirtschaft und die ganzen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Rahmenbedingungen durch die Sozialsysteme. Auch da erwarten wir endlich einmal Ihre Vorschläge. Wir werden sie machen. Die Reformanliegen liegen auf dem Tisch. Wir bestreiten nicht die Versäumnisse, die in den letzten Jahren passiert sind, aber es wäre schön, wenn auch Sie einmal Ihre eigenen Versäumnisse auf diesem Gebiet eingestehen würden.

(Kretschmann)

Beispielsweise hat das, was wir gestern von der Union bei der Gesundheitsdebatte gehört haben, nichts Gutes erwarten lassen. Das war doch eine Koalition der Besitzstandswahrer, die Sie in der ganzen Gesundheitsdiskussion angeführt haben. Jede Lobby, die geschrien hat, haben Sie an diesem Pult verteidigt.

(Abg. Hauk CDU: Wer hat denn die Reform 1999 zurückgenommen?)

Und, Leute, wie wollen wir diese Probleme hier lösen, wenn wir nicht allen sagen: „Es gibt auch Einschnitte bei allen Leistungen“? Dies ist unabdingbar.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Hauk CDU: Sie haben doch das Gegenteil dessen gemacht!)

Wenn es gemacht wird wie bei der Eigenheimzulage, wo jetzt festgestellt wird, dass der Staat sein Füllhorn nicht mehr hat und einsparen und die Ausgaben auf das absolut Unabdingbare beschränken muss, nämlich die Förderung von Familien, Städten und Ökologie, dann veranstalten Sie hier sofort ein Heidengeschrei. Wo sind denn Ihre Einsparvorschläge? Bitte nennen Sie uns die! Wo sind Ihre Streichlisten? Ich kann sie überhaupt nicht erkennen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Noch etwas muss ich sagen, und dazu müssen Sie endlich einmal Farbe bekennen: Der dritte Punkt sind natürlich die erheblichen Altlasten, die wir aus der Vergangenheit mitschleppen. Die größte Altlast ist unsere enorme Verschuldung.

(Abg. Hauk CDU: Die größte Altlast ist die SED! Das ist der Punkt!)

Sollen wir bei der riesigen Verschuldung, die wir haben, den Weg gehen, den Sie offensichtlich wollen, uns noch weiter zu verschulden? Das müssen Sie hier klipp und klar sagen. Ich glaube, dass dieser Weg falsch wäre. Sie haben diesen Weg schon bei der Hochwasserkatastrophe angedeutet. Sie wollen in die Verschuldung gehen und haben kritisiert, dass wir die Steuerreform um ein Jahr verschieben.

(Beifall des Abg. Walter GRÜNE – Abg. Walter GRÜNE: So ist es! Genau!)

Ich möchte Ihnen dazu etwas vorlesen, was Professor Robert von Weizsäcker dazu gesagt hat, und ich glaube, dass Sie das hart trifft. Er sagte:

Die Wahl zwischen Steuer- und Kreditfinanzierung ist tatsächlich nur eine Wahl des Timings der Besteuerung, nicht zwischen höherer oder geringerer Steuer. Die Steuererhöhung liegt aber meist erst hinter dem wahltaktisch begründeten Zeithorizont gewählter Regierungen. Das verleitet die an Machterhaltung interessierten Regierungen, aber auch die auf Gegenwartskonsum fixierten Wähler zu nicht umkehrbaren Umverteilungen zulasten zukünftiger Generationen.

Wir wollen von Ihnen hier klar wissen, ob Sie diesen Weg der Verschuldung gehen wollen

(Abg. Dr. Birk CDU: Nein!)

oder nicht.

(Abg. Dr. Birk CDU: Sie gehen doch diesen Weg, Herr Kretschmann! Die rot-grüne Bundesregierung geht doch diesen Weg!)

Alle Vorschläge, die Sie in der letzten Zeit gemacht haben, waren eine Kritik am Abbau der Steuersubventionen. Sie gingen alle in die Richtung, die Verschuldung zu erhöhen. Wir sagen Ihnen: Diesen Weg gehen wir nicht einfach mit. Wir kommen mit Sicherheit bei dieser dramatischen Finanzlage auch nicht um eine weitere Verschuldung herum. Aber wir werden sie, so gut es geht, vermeiden.

Nur wenn wir über das Ziel „Welchen Weg wollen wir zur Belebung der Konjunktur gehen, zur Sanierung der Renten- und Gesundheitssysteme und beim Abbau der Altlasten?“ streiten, kann in der Wirtschaft und in der Bevölkerung überhaupt wieder Vertrauen in die Politik entstehen, anders nicht.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Da haben Sie doch vier Jahre Zeit gehabt!)

Diese Dinge müssen wir auf den Tisch legen, und ich sage noch einmal und bitte sogar darum: Wir brauchen selbstverständlich Ihre kritische, aber konstruktive Begleitung. Das wäre für alle sehr hilfreich. Nur draufhauen und nicht sagen, welchen Weg man beschreiten will, das ist unproduktiv und setzt Signale in der Bevölkerung, die negativ sind und nicht positiv. Das können wir uns in einer so dramatischen Situation nicht leisten.

Ich kann nur noch einmal klipp und klar sagen: Wir werden uns mit all den Vorschlägen, die Sie hier machen, kritisch auseinander setzen. Wir werden uns der Verantwortung im Landeshaushalt stellen. Wir werden auch dabei sein, wenn es um Zumutungen und schwere Einschnitte für die Bevölkerung geht, um den Haushalt des Landes zu sanieren und im Gleichgewicht zu halten. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie im Bundesrat und als Opposition im Bundestag dasselbe machen. Dann kommen wir voran.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, unter den Gästen auf der Zuhörertribüne befindet sich der Botschafter der Republik Ungarn in der Bundesrepublik, Herr Gergely Pröhle, in seiner Begleitung der ungarische Generalkonsul in Baden-Württemberg, Herr Tamás Mydlo. Herr Botschafter, ich begrüße Sie sehr herzlich im Landtag von Baden-Württemberg und wünsche Ihnen einen angenehmen, informativen Aufenthalt bei uns im Haus des Landtags und in unserer Landeshauptstadt Stuttgart.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das Wort erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute Morgen las ich in einer Zeitung, auch den berufsmäßigen Schönrednern in Berlin sei gestern nichts mehr eingefallen. Und in der Tat: Wem es bei dieser Dreifachmeldung des gestrigen Tages nicht die Sprache verschlägt, dem ist wirklich nicht mehr zu helfen.

Ich muss sagen, außer dem Kollegen Kretschmann ist allen anderen Oppositionsrednern immer noch sehr viel Beschö-

(Ministerpräsident Teufel)

nigendes eingefallen. Herr Kollege Kretschmann, ich werde mich deshalb nachher vor allem mit Ihren Argumenten auseinandersetzen. Denn ich glaube, wir müssen die Wirklichkeit betrachten, so, wie sie sich seit dem gestrigen Tag darstellt. Dann müssen wir versuchen, Folgerungen zu ziehen.

Ich möchte nicht damit beginnen, dass ich den Sachverhalt selbst aus meiner Sicht darstelle. Das werde ich anschließend tun. Sie sagen ja immer, das sei die Sicht der Opposition und wir würden grundsätzlich blockieren. Deshalb möchte ich den Sachverhalt einmal darstellen, indem ich zunächst die Wirklichkeit anhand der Fakten, die der Sachverständigenrat gestern auf den Tisch gelegt hat, und anhand dessen betrachte, was Wirtschaftsjournalisten von drei großen deutschen Tageszeitungen heute zu diesem Thema schreiben.

Sie sagen ja, wenn sich Wirtschaftsverbände meldeten, wolle man mit ihnen nicht mehr reden, sie betrieben das Geschäft der Opposition. Uns machen Sie den Vorwurf der Obstruktion. Aber bitte befassen Sie sich doch einmal mit dem, was unabhängige Sachverständige sagen. Von den fünf Wirtschaftsweisen sind vier von der Regierung Schröder berufen worden,

(Abg. Oettinger CDU: Sozialdemokraten!)

und drei der fünf Weisen sind Sozialdemokraten. Also wird man doch auch von Ihnen heute erwarten können, dass Sie nicht beschönigen, sondern sich in dieser schwierigen Situation, in der sich Deutschland befindet, einmal sachlich mit dem auseinandersetzen,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

was die Sachverständigen sagen. Sie analysieren ja nicht nur, sondern sie machen auch praktische Vorschläge.

Ich zitiere nun also aus der heutigen Ausgabe von drei großen deutschen Tageszeitungen.

„Die Welt“ schreibt: „Vernichtendes Zeugnis für Rot-Grün – Wirtschaftsweise verurteilen Reformprojekte“. Dies bezieht sich auch auf die Reformprojekte, Herr Kollege Kretschmann, denen wir nach Ihrer Meinung im Bundesrat zustimmen sollten.

Die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt: „Wirtschaftsweise fordern eine andere Politik“.

Nun zu den Fakten selbst. Ich zitiere dazu aus dem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen“ über den Bericht der Sachverständigen, der uns ja im Original noch nicht vorliegt:

Sachverständigenrat geht mit Bundesregierung hart ins Gericht . . .

Für die schlechten Aussichten trage die Politik hohe Mitverantwortung . . . Deutschland leide unter einer auch hausgemachten Wachstumsschwäche mit negativen Folgen für die Beschäftigung. Dem müsse mit tief greifenden Reformen am Arbeitsmarkt und bei den sozialen Systemen begegnet werden . . . „Es mangelt an einer klaren Perspektive, die geeignet ist, Vertrauen bei den Konsumenten aufzubauen“ . . .

Der Rat hält

– gegen die Vorschläge der Bundesregierung –

dagegen viele der von der Regierung geplanten Maßnahmen, auch das Hartz-Konzept, für unzureichend . . .

Bitte befassen Sie sich also doch zunächst einmal mit der Analyse und mit den Vorschlägen des Sachverständigenrats. Messen Sie Ihre Vorschläge aus der Koalitionsvereinbarung und das, was Sie jetzt in Gesetzesform vorlegen wollen, an diesen Aussagen. Korrigieren Sie nicht nur Tag für Tag von Ihren eigenen Ministerien erkannte Fehler, sondern korrigieren Sie Ihre Politik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die „Frankfurter Allgemeine“ schreibt unter der Überschrift „Der Absturz“:

. . . Die Regierung spricht von einem Sparpaket. Tatsächlich jedoch steigt die Neuverschuldung kräftig, ebenso wie die Steuer- und Abgabenlast für Bürger und Unternehmen. Bundeskanzler Schröder ist nicht willens und fähig, dem Land die dringend benötigten psychologischen und ökonomischen Impulse zu geben. Obwohl der Anteil der Staatsausgaben mit 50 Cent von jedem Euro in Deutschland so hoch liegt wie in keinem anderen großen Land, führen die Pläne von Rot-Grün, die insgesamt einen wachstums- und leistungsfeindlichen Geist atmen, zu einer weiteren Verlagerung von privaten zu öffentlichen Ausgaben.

Der einstmalen stolzen deutschen Volkswirtschaft droht der Absturz in die zweite Liga der Industriestaaten. Der deutsche Wohlstand ist gefährdet, weil fast alle anderen Länder innerhalb und außerhalb Europas seit Jahren viel schneller wachsen. Das zeigt: Nicht die Talfahrt der Weltwirtschaft, sondern die katastrophale Wirtschaftspolitik von Rot-Grün ist für die wirtschaftliche Misere verantwortlich . . .

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wer glaubt schon, dass Schröder und sein Finanzminister Eichel die Milliardenlöcher im Haushalt erst wenige Tage nach der Wahl entdeckt haben? Wäre Deutschland ein Unternehmen und die Regierung der Vorstand, dann hätte die Staatsanwaltschaft gute Gründe, ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Insolvenzverschleppung einzuleiten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: So ist es! Sehr gut! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Wir haben so viel Geld, dass wir uns Zeitungen kaufen können!)

– Ja, das haben wir, zum Teil sogar privat. Nein, Herr Kretschmann, ich nehme es ernster.

Ich finde: Wann, wenn nicht jetzt, muss ein Ruck durch dieses Land gehen? Wann, wenn nicht jetzt, müssen wir uns von solchen Aussagen herausfordern lassen? Das schreiben ja Leute, die sich hauptamtlich jeden Tag mit Wirtschaftspolitik beschäftigen. Ich habe jetzt ausschließlich Wirtschaftsjournalisten zitiert.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Theurer FDP/DVP)

(Ministerpräsident Teufel)

Wahr ist, dass dieses Land auf einer schiefen Bahn ist und dass wir eine Kurskorrektur einleiten müssen, wenn wir Arbeitnehmerrechte und den Wohlstand für alle Gruppen der Bevölkerung in diesem Land erhalten wollen. Eine Kurskorrektur ist notwendig.

Die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt – letztes Zitat –:

Die sichtbaren Symbole des Wohlstandes schwinden, und die dahinter liegende Krise lässt sich immer deutlicher erkennen. Vielleicht markiert der gestrige schwarze Mittwoch mit seinen dreifach schlechten Nachrichten bei diesem Prozess der Erkenntnis einen historischen Einschnitt. Die EU-Kommission hat Deutschland offiziell bescheinigt, dass das Land die Maßgaben des von ihm selbst durchgesetzten Stabilitätspaktes weit verfehlen wird, und leitet ein Verfahren ein. Die Steuerschätzer haben ermittelt, dass die Haushaltslage viel schlimmer ist, als alle Verantwortlichen noch bis vor kurzem geglaubt haben, und der Sachverständigenrat hat in seinem Jahresgutachten eine Generalabrechnung mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung formuliert.

Wann, wenn nicht jetzt, sollte ein Ruck durch die Gesellschaft gehen? Aus diesem Tag folgt eine klare Lehre: Die ökonomische Vernunft muss wieder zum Leitfaden der Politik werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Symbolpolitik kann sich das Land nicht mehr leisten. Man darf auch nicht bei den Zahlen stehen bleiben. Die dramatisch gestiegenen Haushaltsdefizite sind schlimm genug, aber sie sind eigentlich nur Symptome der schlechten Konjunktur und der anhaltenden Wachstumsschwäche Deutschlands. Wer die öffentlichen Haushalte sanieren will – und das ist unabdingbar –, der muss in erster Linie diese Wachstumsschwäche angehen – das ist eine entscheidende Aussage, die ich machen will –,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

der darf nicht nur auf der Ausgabenseite einsparen wollen, sondern der muss auch die Einnahmen dadurch erhöhen, dass die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft wieder so gestaltet werden, dass die Wirtschaft wächst.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Meine Damen und Herren, die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt heute weiter:

Der rot-grünen Bundesregierung ist vorzuwerfen, dass sie insoweit den größten Teil ihrer ersten Legislaturperiode vertan hat und ihre zweite mit Wahlbetrug und verqueren Beschlüssen begonnen hat.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wiederholen Sie den Satz bitte noch einmal!)

Das ist die Situation, und das ist die Wirklichkeit.

Herr Kollege Kretschmann, jetzt zu einigen Argumenten, die Sie gebracht haben. Sie sagten: „Die Bundesregierung bringt alles doch nur dann durch, wenn Sie im Bundesrat

mitmachen.“ Zunächst einmal möchte ich dazu sagen: Leider wird sie einiges durchbringen, weil es der Bundesrat mit seiner Mehrheit nicht verhindern kann, da es sich nicht um zustimmungspflichtige Gesetze handelt. Solche Gesetze wird die Bundesregierung auf jeden Fall durchbringen, wenn sie will. Da ist genug Schlimmes dabei.

(Abg. Kübler CDU: So ist es!)

Ein Weiteres: Wir haben gesagt, dass wir vonseiten der Landesregierung Steuererhöhungen ablehnen, weil sie das Gegenteil dessen sind, was in der gegenwärtigen Situation notwendig ist.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Theurer FDP/DVP)

Wir brauchen eine Entlastung der mittelständischen Wirtschaft, auch eine Entlastung der Arbeitnehmer. Wir brauchen Signale der Hoffnung, damit auch die Kaufzurückhaltung der Menschen zurückgeht und die Investitionsbereitschaft steigt. Diese schaffen wir nicht, wenn insgesamt 48 Gesetzesvorschläge kommen,

(Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

die zu einer zusätzlichen Belastung der Wirtschaft und der Bürger führen.

Nun ist von Herrn Drexler erklärt worden, wir hätten nicht gesagt, wie wir uns zum Thema Körperschaftsteuer verhalten. Wir haben es vor der Wahl gesagt, und wir haben es nach der Wahl gesagt: Das ist der einzige Punkt, wo wir zu einer Korrektur bereit sind. Wir waren für eine Körperschaftsteuerentlastung, aber wir waren für eine Körperschaftsteuerentlastung auf 25 %, und das war ein gewaltiger Sprung. Aber wir sind nicht für eine Körperschaftsteuerentlastung auf 0 %.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn das eine CDU/CSU-FDP-Regierung beschlossen hätte, wären die Gewerkschaften auf die Straße gegangen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Aber eine sozialdemokratisch geführte Regierung hat Milliardenverluste in Kauf genommen,

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

sodass heute nur noch zwei Gruppen der Bevölkerung in Deutschland Steuern bezahlen: die Personengesellschaften und die Arbeitnehmer über die Lohnsteuer. Das sind die Einzigen, die in Deutschland noch Steuern bezahlen, und zwar seit zwei Jahren. Darüber haben wir in jeder Rede vor der Wahl gesprochen und nicht erst nach der Wahl.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir sagen, dass wir da zu einer Korrektur bereit sind; aber wir sagen auch klar, dass wir nicht bereit sind, die Einführung einer Mindeststeuer in diesem Bereich mitzutragen. Steuern soll der zahlen, der Erträge hat, aber nicht der, der rote Zahlen schreibt und keine Erträge hat. Wir sind nicht für eine Mindeststeuer.

(Ministerpräsident Teufel)

Der nächste Punkt: Herr Kollege Kretschmann, Sie haben gefragt, warum denn wir zu unserer Regierungszeit auf Bundesebene nicht gehandelt hätten. Herr Kretschmann, das können Sie doch nun wirklich nicht sagen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: So ist es! Wer hat denn blockiert?)

Die CDU/CSU-FDP-Bundesregierung hat den demographischen Faktor in der Rentenversicherung eingeführt.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das haben wir gemerkt, Herr Teufel!)

Ich habe nach einer Christiansen-Sendung, als der Arbeitsminister gerade drei Wochen im Amt war, zu ihm gesagt: „Herr Riester, das werden Sie noch bitter bereuen. Hätten Sie doch gesagt: ‚Wir lehnen das alles ab, aber das hat die frühere Regierung beschlossen. Wir können es nicht rückgängig machen.‘ Bauen Sie darauf auf. Sie müssen noch mehr im Bereich der Rentenreform tun.“

(Abg. Theurer FDP/DVP: Genau!)

Tatsächlich wurde der demographische Faktor gestrichen. Jetzt muss er mit vierjähriger Verspätung wieder eingeführt werden.

(Abg. Drexler SPD: Wer sagt denn das?)

Jetzt sind die Opfer sehr viel größer, die den Rentnern zugemutet werden müssen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: So ist es!)

Ich komme zum nächsten Punkt. Herr Kollege Kretschmann, bitte erinnern Sie sich vier Jahre zurück. Ein entscheidender Punkt, warum wir die damalige Bundestagswahl verloren haben, war, dass vonseiten der SPD die Rente mit 60 versprochen worden ist. Ich kann aus sehr vielen Versammlungen und Diskussionen jener Zeit sagen, dass dieses Argument außerordentlich verfangen hat, dass das wirklich ein großes Angebot gewesen ist. Wir haben gerade das Gegenteil gesagt gehabt, nämlich dass das Arbeitsalter verlängert werden muss. Dann wurde die Rente mit 60 versprochen.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Dann war es der frühere stellvertretende Vorsitzende der IG Metall und neue Bundesarbeitsminister Riester, der als Erster in Deutschland gesagt hat: Wir müssen das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre erhöhen. Die Rente mit 60 wurde versprochen; zwei Jahre später hat man von 67 Jahren gesprochen.

Ich will Ihnen dazu auch ganz klar meine Meinung sagen. Ich bin überhaupt nicht für die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 oder auf 70 Jahre. Aber ich bin sehr dafür, dass das gesetzliche Renteneintrittsalter auch das tatsächliche Renteneintrittsalter ist und dass die Arbeitnehmer nicht vier Jahre früher in Rente gehen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Das faktische! So ist es!)

Man braucht doch keine höhere Mathematik, sondern es reicht das kleine Einmaleins, um auszurechnen, dass diese Kalkulation nicht aufgeht. Wenn man bei einem vorgezogenen Renteneintrittsalter vier Jahre weniger Beiträge einzahlt und vier Jahre länger Leistungen bekommt, muss jedes Versicherungssystem zusammenbrechen.

Der nächste Punkt: Wissen Sie noch, wie in den Apotheken über die Bundesregierung geschimpft worden ist, als die einen Eigenbeitrag für Arzneimittel, für jedes einzelne Arzneimittel eingeführt hatte? Auch das war ein entscheidender Kritikpunkt im vorletzten Bundestagswahlkampf. Auch wir hatten vernünftige Kostendeckungsmaßnahmen eingeführt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

Sie haben im Wahlkampf gesagt, dass Sie das wieder beseitigen wollten; und das haben Sie anschließend gemacht. Meine Damen und Herren, wenn man den Bürgern vorgaukelt, dass im Bereich der Krankenversicherung und der Rentenversicherung gar keine Reformmaßnahmen notwendig seien,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig! – Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

wenn man getroffene Einsparmaßnahmen rückgängig macht, dann braucht man sich doch nicht zu wundern, wenn der Karren bei den Sozialversicherungssystemen immer stärker in den Dreck gefahren wird.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Ist noch nicht verjährt!)

Das sind nur einige Beispiele, die sich fortsetzen ließen.

Ihr nächstes Argument, Herr Kollege Kretschmann: Man müsse doch einmal die hohe Altverschuldung berücksichtigen, die Sie übernommen hätten. Das ist wahr. Aber wahr ist auch – und bitte beachten Sie dies –,

(Abg. Alfred Haas CDU: Das wollen die doch nicht!)

dass diese hohe Altverschuldung exakt im Jahr 1990 begonnen hat, nach der Wiedervereinigung Deutschlands.

(Zuruf von der CDU: Jawohl! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Da habe ich niemanden gehört – niemanden! –, der dagegen war, dass im Bundeshaushalt Milliardenbeträge für den Aufbau Ost ausgegeben worden sind.

(Abg. Drexler SPD: Aber anders zu finanzieren! Völliger Quatsch!)

Daher rührt die hohe Altverschuldung. Sie hat exakt nach der Wiedervereinigung Deutschlands begonnen und nicht vorher. Das ist die Wahrheit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dann haben Sie, Herr Kollege Kretschmann, gesagt, wir hätten den Weg der Verschuldung auch zur Finanzierung der Beseitigung der Hochwasserschäden an der Elbe beschritten. Das ist nicht richtig. Wir haben einen anderen Finanzierungsvorschlag gemacht.

(Abg. Walter GRÜNE: Das Geld war aber schon vergehen!)

(Ministerpräsident Teufel)

Lassen Sie mich ihn noch einmal wiederholen: Im Bundeshaushalt dieses Jahres steht als Ablieferungsbetrag der Bundesbank an den Bund aus dem letzten Jahr eine Summe in Höhe von 4,5 Milliarden €. Völlig unverhofft und von den Haushältern und der Bundesregierung nicht vorauszusehen war der Betrag, der bei der Bundesregierung bereits abgeliefert ist: 11,4 Milliarden €.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Aha!)

Ist es da nicht nahe liegend, eine völlig unerwartete Ausgabe – Hochwasserschäden – mit einer gleichzeitig eingetrottenen, unverhofften Einnahme abzudecken, anstatt den billigen Weg einer Steuererhöhung und Steuerbelastung der Bürger und der Wirtschaft zu beschreiten?

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP)

Ein Teil unserer gegenwärtigen Misere liegt doch nun wirklich darin begründet, dass Sie in der Unternehmensteuerreform vor drei Jahren die Kapitalgesellschaften, die 10 % der Unternehmen in Deutschland ausmachen, auf 25 %, faktisch aber auf null gesetzt haben, während Sie die Personunternehmen – den mittelständischen Unternehmer, den Handwerksbetrieb, den Einzelhändler, den Freiberufler –, die 90 % der Unternehmen in Deutschland ausmachen, erst zum 1. Januar 2003, Jahre später und weit weniger stark entlasten wollen. Das ist ein Teil unserer Probleme.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Und ungerecht! – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Genau diese Entlastung haben Sie ein weiteres Jahr verhindert. Jetzt aber wundern Sie sich, dass alles zusammenbricht.

Im Übrigen verweise ich einmal darauf, dass in der Schweiz zurzeit eine große Diskussion darüber stattfindet, ob die großen Devisenreserven und Goldreserven, die die Zentralbank hat, im Schweizer Bundeshaushalt nicht sinnvoller für Investitionen genutzt werden könnten. Ich darf auf dieses Beispiel verweisen und sagen: Sollen denn die großen Goldreserven und Devisenreserven, die die Bundesbank aus gutem Grund wie alle anderen 14 Zentralbanken nicht an die Europäische Zentralbank abgeliefert hat, untätig im Keller bleiben, oder könnte man nicht in einer so schwierigen Zeit, wie wir sie heute haben, Teilbeträge für Investitionen aktivieren? Diese Frage werfe ich einmal auf.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Dann haben Sie, Herr Kretschmann, gesagt: Wir wollen wissen, ob Sie die Verschuldung weiter nach oben treiben wollen. Ja wer treibt denn die Verschuldung nach oben? Ich lese heute in der Zeitung, dass Herr Eichel im Bundeshaushalt dieses und des nächsten Jahres mehr als den doppelten Betrag an Verschuldung vorsieht und – darauf hat Herr Kollege Oettinger hingewiesen – über den verfassungsmäßigen Rahmen hinausgeht. Stellen Sie also Ihre Frage bitte am richtigen Ort! Lassen Sie sie im Deutschen Bundestag durch Ihre Kollegen stellen; aber stellen Sie sie nicht im Landtag von Baden-Württemberg!

Wir können doch bei den derzeitigen Steuereinbrüchen neben Sparmaßnahmen nicht ohne eine weitere Erhöhung der Verschuldung auskommen. Das ist gar nicht möglich. Aber wir werden es mit Sicherheit nicht so weit treiben wie die Bundesregierung, nämlich über den Verfassungsrahmen hinaus.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt komme ich zu Herrn Kollegen Drexler. Er sagt: Wir haben Ausfälle von 1 Milliarde € und haben im Mai beschlossen, 200 Millionen € einzusparen, und haben weitere 100 Millionen € im Vollzug erbracht. Was machen Sie jetzt mit den 700 Millionen €? Ich kenne den Betrag seit gestern.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Seit gestern Abend um 5 Uhr!)

Die Haushaltsstrukturkommission tritt heute und morgen den ganzen Tag zusammen. Da will ich Sie einmal fragen, ob man schneller handeln kann, als wir handeln wollen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Minister Dr. Christoph Palmer: Nein! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Ministerpräsident – –

Ministerpräsident Teufel: Einen Satz noch, und dann bin ich gern mit einer Zwischenfrage einverstanden. Dann können Sie gleich darauf eingehen.

Wir haben die Steuerschätzung des Frühjahrs berücksichtigt.

(Minister Dr. Christoph Palmer: So ist es! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Stringent!)

Damals haben wir Einsparungsmaßnahmen und eine Haushaltssperre in der Größenordnung von 200 Millionen € beschlossen. Jetzt aber sehen wir uns einer ganz neuen Situation gegenüber. Herr Drexler, Tatsache ist: Durch Ihre Politik haben wir jedes halbe Jahr Milliardenausfälle.

(Minister Dr. Christoph Palmer: So ist es!)

Und da fragen Sie uns, warum wir sie nicht schon gestern ausgeglichen haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Jetzt können Sie gern Ihre Zwischenfrage stellen.

(Abg. Drexler SPD: Lesen Sie lieber die Zeitung vor! Das ist besser!)

Präsident Straub: Herr Abg. Schmid erhält das Wort zu einer Zwischenfrage.

Abg. Schmid SPD: Herr Ministerpräsident, ich will von Ihnen nichts Unmenschliches verlangen; das ist klar.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Oh!)

Aber wir wissen, nach der Berechnung für 2002 sind 700 Millionen € übrig, die zu decken sind. Wir wissen genauso, dass man vielleicht durch eine Haushaltssperre noch etwas

(Schmid)

einsparen kann. Aber auf alle Fälle bleibt für 2002 eine deutliche Ausweitung der Kreditaufnahme. Wir wissen auch, dass Kreditermächtigungen aus den Vorjahren übertragen werden können.

(Abg. Hoffmann und Abg. Mappus CDU: Frage!)

– Die Frage ist: Reicht dies aus, um den Fehlbetrag für 2002 zu decken, oder müssen Sie für 2002 einen Nachtragshaushalt vorlegen, um die Kreditermächtigungen zu erhöhen? Das ist die Frage, und das Finanzministerium kann sie sicher beantworten.

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch keine schlimme Frage!)

Ministerpräsident Teufel: Ich beantworte die Frage gern. Herr Kollege,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Schmid heißt er! Nils Schmid!)

schon in den ersten Dezembertagen wird das Haushaltsjahr 2002 abgeschlossen. Jetzt erklären Sie mir einmal, wie Sie zwischen dem 14. November und den ersten Dezembertagen noch eine Haushaltssperre realisieren wollen. Das erklären Sie mir einmal.

(Abg. Schmid SPD: In der Vergangenheit hat es der Finanzminister gemacht! – Abg. Drexler SPD: Das ist doch in der Vergangenheit gemacht worden!)

– Nein, das ist nicht zu machen.

(Abg. Drexler SPD: Früher hat man es gemacht!)

Wir haben das ja gemacht, Herr Kollege.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Die haben es nicht mitgekriegt!)

Natürlich haben wir es gemacht. Wir haben es aufgrund der Steuerschätzung im Frühjahr tatsächlich gemacht. Im Mai haben wir 200 Millionen € beschlossen, tatsächlich aber 300 Millionen € realisiert.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Das haben die nicht realisiert!)

Sie wollen ja, dass wir die Ausfälle, die ein halbes Jahr später kommen, schon ein halbes Jahr vorher einsparen. Das wollen Sie, und das ist menschenunmöglich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Das haben die nicht realisiert! Das haben sie nicht verstanden! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Herr Kollege Drexler, Sie haben von Kommissionen gesprochen und uns solche angeraten.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Tatsache ist, dass die Bundesregierung für wichtigste Bereiche politisches Handeln ausschließlich auf die Einsetzung von Kommissionen beschränkt.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: So ist es! – Abg. Kiefl CDU: Führung null!)

Das Bundesarbeitsministerium alter Art –

(Abg. Drexler SPD: Abgelehnt, die Anträge im Landtag!)

ich sage „alter Art“, denn es ist ja jetzt umgruppiert worden – hatte nicht weniger als 1 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sind denn die 1 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht auf Vorschläge und Gesetzentwürfe gekommen, beispielsweise zum Arbeitsmarktrecht oder zur Rente? Braucht man dafür Kommissionen, die hinterher wieder korrigiert werden müssen, wie wir es gerade jeden Tag erleben? Nein, wir brauchen eine andere Politik.

Meine Damen und Herren, dann ist in der Debatte vorhin wörtlich vom Haushaltssprecher der SPD-Fraktion gesagt worden, das Land würde doch von den Maßnahmen, die jetzt von der Bundesregierung geplant seien – Steuererhöhungen –, profitieren. Er hat 300 Millionen € ausgerechnet und gefragt, ob uns das nicht recht wäre, ob wir das angesichts dieser Haushaltssituation wirklich ablehnten. Das muss man sich einmal vorstellen: Bei einem Staatsanteil von 50 % mutet man uns ausschließlich fiskalisches Denken zu, und wir sollen den Staatsanteil weiter erhöhen!

(Abg. Drexler SPD: Sie lenken ab!)

In einer Situation, in der ein völliger Stillstand bei Investitionen stattfindet, in der die Wirtschaft verunsichert ist, wie es noch zu keinem Zeitpunkt in der Nachkriegszeit der Fall gewesen ist,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Kein Konsum mehr!)

in der das Wirtschaftswachstum an letzter Stelle im europäischen Ländervergleich steht, will man uns mit den Einnahmen aus Steuererhöhungen ködern! Ich kann nur sagen: Diese Steuererhöhungen vermehren das Übel.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Bei der Körperschaftsteuer machen Sie es aber!)

Erst würden wir vermeintlich 300 Millionen € mehr einnehmen, und bei der nächsten Steuerschätzung im Frühjahr und der übernächsten Steuerschätzung im Herbst hätten wir dann nicht 300 Millionen € Ausfälle, sondern 600 Millionen € Ausfälle oder Milliardenausfälle. Das wäre die Folge einer solchen Politik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Nun fragen Sie immer: Was tut das Land? Das Land ist doch in diese Gesamtentwicklung der deutschen Wirtschaft eingebettet.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Einbetoniert!)

Wir sind das Opfer!

(Abg. Schmid SPD: Oje!)

Alle Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg und in Deutschland sind Opfer dieser verfehlten Politik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Richtig! Wir sind die Betrogenen! – Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

(Ministerpräsident Teufel)

Es darf doch nicht an Symptomen kuriert werden, sondern diese Politik muss grundlegend geändert werden. Sie fahren den Karren an die Wand,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Genau so ist es!)

und Sie sorgen für Milliardenausfälle bei den Ländern und Kommunen und fragen dann, wie wir den Ausgleich bewerkstelligen wollen.

(Abg. Drexler SPD: Sie wollen doch regieren! –
Abg. Schmid SPD: Lehnen Sie das Amt ab! Wir machen es!)

Dann bieten Sie uns noch großzügig Ihre Mitarbeit an. Ich habe das in der Zeitung gelesen. Es ist auch vorhin gesagt worden.

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

– Darf ich dazu etwas sagen? – Mein erster Rat wäre: Bieten Sie Ihren Kollegen der SPD-Bundesregierung und der SPD-Bundestagsfraktion

(Abg. Dr. Reinhart CDU: In Berlin!)

und Ihren Kollegen der Grünen auf Bundesebene bitte Ihre Mitarbeit an, und helfen Sie mit, dass es dort zu einer besseren Politik kommt.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Das ist besser!)

Dann werden auch unsere Probleme zu lösen sein.

Zweitens wage ich eine Prognose. Da wir im Land zum Haushaltsausgleich handeln müssen, werden wir nach den Beratungen der Haushaltsstrukturkommission und den Beratungen in den beiden Koalitionsfraktionen ein Konzept vorlegen müssen. Da dieses Konzept Einsparungen vorsehen muss, müssen wir mit scharfem Gegenwind in der veröffentlichten Meinung und bei vielen Betroffenen rechnen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist ja wohl klar!)

Dann möchte ich einmal wissen, auf welcher Seite Sie stehen:

(Abg. Drexler SPD: Auf welcher Seite stehen Sie denn im Bund?)

auf der Seite der Konsolidierung oder auf der Seite derjenigen, die der Reihe nach sagen, dass es auf diesem Gebiet nicht geht. Dann werden Sie sich an dieses Pult stellen und sagen:

(Abg. Drexler SPD: So wie Sie! – Abg. Schmid SPD: Was machen Sie in Berlin? Wo sind Ihre Alternativen?)

„Selbstverständlich müssen wir sparen, aber wir müssen intelligent sparen. Alles, was Sie vorlegen, ist kontraproduktiv und unnützlich.“ Das kann ich aufgrund gemachter Erfahrung im Voraus sagen. Wir machen die Probe aufs Exempel.

(Abg. Schmid SPD: Sie haben sie schon nicht bestanden! Sie sind in Berlin bei der Probe schon durchgefallen! – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: An Ihrer Stelle würde ich „Berlin“ gar nicht in den Mund nehmen!)

Ich werde Sie darauf hinweisen.

Wenn Sie mithelfen, unpopuläre Einschnitte im Haushalt mitzutragen, werde ich nicht anstehen, ans Pult zu gehen und zu sagen: „Ich habe mich getäuscht. Ich habe eine bessere Opposition im Landtag, als ich je angenommen habe.“

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Schmid SPD: Sie haben eine bessere als die Regierung in Berlin!)

Im Übrigen orientiere ich unsere Politik nicht vorrangig an den Vorschlägen der Bundesregierung, sondern betrachte mich in meiner Funktion als Ministerpräsident von Baden-Württemberg auch als Anwalt der Wirtschaft, der mittelständischen Betriebe, von denen wir Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze erwarten, und ich sehe uns, die Landesregierung, als Anwälte der Städte und Gemeinden, die von dieser katastrophalen wirtschaftlichen Entwicklung und von den Einnahmeausfällen genauso betroffen sind, die aber kein eigenes Mitwirkungsrecht im Bundestag oder im Landtag haben und die deshalb zu Recht erwarten können, dass wir auch ihre berechtigten Interessen wahrnehmen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Ihr könntet noch La Ola machen!)

Präsident Straub: Nach § 82 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Drexler das Wort.

(Oh-Rufe von der CDU)

Abg. Drexler SPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich mache es kurz,

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

weil ich keine Pressevorlesung mache. Wir alle können die Presse selber lesen.

(Abg. Capezzuto SPD: Den Pressespiegel haben wir schon gelesen!)

Der Pressespiegel bringt ja die ganzen Dinge auch.

Herr Teufel, Sie haben in Ihrer Rede keinen einzigen konkreten Vorschlag außer dem, einen Teil der Devisenreserven und Goldreserven der Bundesbank zu verkaufen, gemacht.

(Abg. Capezzuto SPD: Keinen einzigen! Nicht einen!)

Wenn es ans Landesvermögen geht, sagen Sie immer Nein, aber der Bund soll natürlich seine Devisen- und Goldvorräte anzapfen. Das ist der Unterschied.

Jetzt lassen Sie mich einfach auf ein paar Dinge eingehen, zu denen Sie eben wieder nichts gesagt haben.

(Abg. Alfred Haas CDU: Die Rahmenbedingungen der Wirtschaft müssen stimmen!)

Rente: Wir sind auch für ein tatsächliches Renteneintrittsalter von 65 Jahren. Daran können wir dann gemeinsam arbeiten. Wir waren unter der Kohl-Regierung nicht dafür verantwortlich, dass bei großen Betrieben ganze Generationen

(Drexler)

frühzeitig in den Vorruhestand geschickt worden sind. Das waren nicht wir, das waren Sie.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU)

– Da lachen Sie wieder.

Sie haben auch überhaupt nichts zum Rentenversicherungsbeitrag gesagt. Ich gehe davon aus, dass die CDU für die Verschiebung der nächsten Rentenerhöhung ist.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Offensichtlich!)

Sie sind für eine Verschiebung der Rentenerhöhung im nächsten Jahr, wir nicht. Wir sagen: Die Rentner sollen Mitte des Jahres ihre Rentenerhöhung erhalten; denn sie haben schon viel beigetragen. Sie wollen den Rentenversicherungsbeitrag nicht erhöhen. Dann gehe ich davon aus, dass Sie gegen die Rentenerhöhung im Juli sind.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Nein! Die Grünen sind dagegen!)

Anders ist es doch nicht möglich. Sie haben keinen einzigen Vorschlag gemacht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wieser CDU: Sie haben doch die Ökosteuer eingeführt!)

Ich will Ihnen nur in Erinnerung rufen, Herr Ministerpräsident: 1998 haben Sie einen Rentenversicherungsbeitrag von 20,3 % gehabt. Der wäre auf über 21 % erhöht worden, wenn die Sozialdemokraten im Bundesrat nicht mit Ihnen die Mehrwertsteuer erhöht hätten, damit der Rentenversicherungsbeitrag sinkt. Das haben Sie bei Ihrer Erzählung vergessen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wieser CDU: Wenn Sie die Wirtschaft in Ordnung gebracht hätten, hätten wir 17 %!)

Dann diese Geschichte, dass die Verschuldungen ausschließlich aufgrund der deutschen Einheit erfolgt wären. Schon unter der Kohl-Regierung wurde vor der deutschen Einheit die Verschuldung sogar verdoppelt, wenn ich es richtig im Kopf habe. Sie haben gerade einmal 380 Milliarden DM Staatsschulden von der Regierung Schmidt übernommen. Aber das viel Interessantere ist, dass Sie völlig vergessen, dass wir 1990 einen Bundestagswahlkampf hatten. Da waren wir diejenigen, die gesagt haben: Die Kosten der deutschen Einheit sind viel höher; man soll die Kosten der deutschen Einheit nicht in den Sozialversicherungssystemen verstecken,

(Abg. Wieser CDU: Die Gegenwart ist so schlimm, dass ihr immer in die Vergangenheit abwandert!)

und man soll sie nicht ausschließlich einer bestimmten Richtung der Bevölkerung, nämlich den arbeitenden Menschen, über die Sozialversicherungssysteme auferlegen. Damals, 1990, hat Oskar Lafontaine gesagt: Wir müssen zur Bezahlung der Kosten der deutschen Einheit Steuern erhöhen. Damals war es unter anderem die Benzinsteuer. Sie haben mit Herrn Kohl gesagt: Das zahlen wir aus der Portokasse. So viel zur Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dann Ihre Geschichte mit der Flut. Zunächst einmal hat sich Ihr Kanzlerkandidat gar nicht bei der Flut gezeigt, sondern blieb auf Sylt. Nach drei Tagen kam er dann angereist. Dann gab es die unterschiedlichsten Erklärungen, wie die 8 oder 9 Milliarden € Flutkosten bezahlt werden sollen. Da haben Sie einen Vorschlag gemacht, der eben die Verschuldung erhöht. Sie haben vorhin gesagt, Sie hätten den höheren Bundesbankgewinn genommen, um einen Teil der Flutkosten zu bezahlen. Sie als Ministerpräsident wissen genau, dass es eine Vereinbarung gibt, den Bundesbankgewinn, selbst wenn er höher ist, ausschließlich zur Erblastenfondstilgung zu verwenden. Der Fonds beläuft sich immer noch auf über 161 Milliarden €. Das heißt, wenn Sie das Geld nicht nähmen, hätten Sie den Erblastenfonds nicht in der Zeit getilgt. Sie hätten das ausgesetzt. Nach allen Berechnungen wären dann über 13 Milliarden € herausgekommen. Dann haben wir gesagt: Die Generation, in der dieses Umweltunglück stattgefunden hat, soll es bezahlen. Deswegen ist unser Vorschlag ehrlicher und richtiger.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Olle Kamellen!)

Sie waren damals diejenigen, die der Bevölkerung erzählt haben: Das machen wir alles mit den Bundesbankgewinnen. Das auch zur Wahrheit.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wieser CDU: Aber die Wahrheit ist nicht Ihre Stärke!)

Ich nehme jetzt einfach einmal Ihre Aussage: tief greifende Reformen der Sozialversicherungssysteme. Ich habe weder von Herrn Merz noch von Frau Merkel, noch heute von Ihnen gehört, wie Sie das machen wollen. Ich sage noch einmal: Sie haben zur Erhöhung des Rentenversicherungsbeitrags nichts gesagt. Dann müssten Sie dafür eintreten, dass die Renten im nächsten Jahr nicht erhöht werden. Dann sagen Sie das. Dann haben wir eine Auseinandersetzung.

(Abg. Wieser CDU: Das hat doch Herr Kuhn gesagt!)

– Ja, die Grünen haben gesagt: Wenn man den Rentenversicherungsbeitrag nicht erhöht, muss man die Rentenerhöhung verschieben. Das haben die Grünen gesagt. Sie haben von Ihnen Prügel bekommen, von der FDP Prügel bekommen, von allen Prügel bekommen. Wir waren anderer Auffassung und haben uns in diesem Fall durchgesetzt. Aber ich stelle einfach einmal fest: Die CDU will die Renten im nächsten Jahr nicht erhöhen, sonst müssten Sie den Versicherungsbeitrag auf 19,5 % erhöhen. Genau so ist es.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wieser CDU: Das ist doch eine kühne Behauptung! Sie sind doch der Rentenbetrüger! – Abg. Seimetz CDU: Eure Rentenlügen sind hinlänglich bekannt!)

Zum Schluss: Herr Ministerpräsident, wir haben in diesem Haus schon darüber diskutiert, dass wir Strukturveränderungen auch im Aufbau dieses Landes brauchen. Da haben wir keine Enquetekommission beantragt, sondern wir haben den Antrag gestellt, eine solche Kommission gleich am Anfang der Legislaturperiode einzusetzen. Die FDP/DVP hat da aus Koalitionstreue nicht mitmachen können. Sie haben es

(Drexler)

abgelehnt. Wir sagen noch einmal: Wenn Sie an Beamte herangehen, müssen Sie die Aufgaben verändern. Dann müssen Sie Strukturen in diesem Land verändern.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das hat doch Wowereit ausgelöst!)

Nur dann sind wir bereit, im Grunde genommen Stellen zu streichen. Machen Sie da doch einmal mit. Dann machen wir ein Reformprojekt, die Aufgaben anders zu verteilen und in Baden-Württemberg weniger Aufgaben vom Staat wahrnehmen zu lassen.

(Abg. Wieser CDU: Hoi, ganz neue Töne!)

Dann kann man auch Stellen streichen. Sie haben aber bisher eine solche Kommission abgelehnt. Sie haben unsere Anträge abgelehnt. Jetzt warten wir einmal ab, ob Sie in dieser Frage letztendlich einen Vorschlag machen werden. Wir bieten an, in einer solchen Kommission mitzuarbeiten. Die FDP/DVP nickt uns innerlich ja schon laufend zu, wenn wir solche Anträge stellen.

Ich nehme einfach zur Kenntnis – ich kann das ja nur zur Kenntnis nehmen –: Sie wollen keine höhere Neuerschulung in diesem Land. Sie wollen keine Schließung von Steuerschlupflöchern auf Bundesebene, wovon das Land partizipieren würde. Ich gehe davon aus, dass Sie diese Milliarde dann einsparen werden. Jetzt warten wir mal auf Ihre – Sie sind an der Regierung, nicht wir – Einsparvorschläge in der Größenordnung von einer Milliarde.

(Ministerpräsident Teufel macht die Scheibenwischer-Handbewegung. – Ministerpräsident Teufel: Das ist ja alles wirr! – Lebhaftige Zurufe von der SPD, u. a.: Warum rügt der Präsident das nicht?)

– Ja, natürlich! Das ist in Ihrer Rede zum Ausdruck gekommen. Jetzt warten wir auf die Einsparvorschläge, und dann werden wir uns dazu äußern.

(Abg. Hauk CDU: Sie sollen argumentieren und nicht interpretieren!)

Diese Nummer, sich hier hinzustellen, keine eigenen Vorschläge zu machen und nachher zu sagen: „Jetzt soll doch mal die Opposition etwas machen“, machen wir nicht mit. Wir werden konstruktiv mitarbeiten und werden uns nicht so aufführen wie die CDU in Berlin und wie Sie heute morgen an diesem Rednerpult.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Ebenfalls nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Kretschmann das Wort.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wo bleibt Ihre Rüge für den Ministerpräsidenten? – Weitere Zurufe von der SPD)

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die finanzielle Situation, Herr Ministerpräsident, ist schlecht, aber sie ist nicht so schlecht, dass wir uns keine Zeitung mehr kaufen könnten und Sie uns hier

eine Viertelstunde lang aus der Zeitung vorlesen müssten. So schlimm ist es Gott sei Dank noch nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Es ist auch in keiner Weise die schlimmste Situation, die wir nach dem Krieg hatten. Wir hatten nach dem Krieg schon Situationen mit einem Minuswachstum von über 4 %. Man muss die Situation also auch nicht schlechter darstellen, als sie ist.

Ich fasse Ihre Rede zusammen:

Erstens: Sie haben uns eine Viertelstunde lang aus der Zeitung vorgelesen.

Zweitens haben Sie noch einmal Vergangenheitsbewältigung betrieben,

(Abg. Alfred Haas CDU: Die Wahllügen aufgezählt!)

auch eine Viertelstunde, und dabei Vorwürfe erhoben, die teilweise wirklich völlig abstrus waren. Was den demographischen Faktor betrifft, nun ausgerechnet unsere Reden anzusprechen, das ist ja wirklich daneben. Oswald Metzger hat das alle sechs Wochen angemahnt.

(Abg. Wieser CDU: Herr Metzger ist abgewählt worden! Das ist die Wahrheit! – Abg. Pfister FDP/DVP: Warum haben Sie es dann nicht gemacht? – Weitere Zurufe)

Da sind wir, glaube ich, die falsche Adresse.

Es nützt auch nichts, hier nur mit Halbwahrheiten zu operieren. Sie wissen, dass die Senkung der Körperschaftsteuer in dieser Situation richtig und notwendig war und dass die Tatsache, dass das Körperschaftsteueraufkommen so eingebrochen ist, dem alten System der thesaurierten Gewinne geschuldet ist. Sie haben auch nicht erwähnt, dass natürlich auf der anderen Seite die Kapitalertragsteuer um ein Drittel gestiegen ist, weil jetzt die Ausschüttungen besteuert werden. Also, da muss man, glaube ich, schon bei der Wahrheit bleiben.

Sie sind auch nicht darauf eingegangen, dass die Senkung der Körperschaftsteuer in dem Umfang, in dem wir sie nicht senken wollten – wobei man nämlich auf breiter Front gar nichts mehr zahlt –, die wirtschaftlichen Impulse, die Sie sich von einer Steuersenkung immer versprechen, gar nicht erbracht hat.

(Abg. Alfred Haas CDU: 10 %! Das ist doch keine breite Front!)

Es geht, finde ich, auch nicht, einfach wegzuwischen, dass Sie in Ihrer Regierungszeit alle Steuern, die es gibt, erhöht haben. Wir haben eine Steuerreform beschlossen, bei der der Spitzensteuersatz und der Eingangssteuersatz gesenkt werden, und wir haben beschlossen, dass die Gewerbesteuer bei Personengesellschaften zur Hälfte bei der Einkommensteuer angerechnet werden kann. Das ist also eine ganz erhebliche Entlastung des Mittelstandes, die einen Umfang von 19 Milliarden € haben wird. Es kann also keine Rede davon sein, dass wir hier nicht die richtigen Signale setzen

(Kretschmann)

würden. Diese Steuerreform ist beschlossen worden. Sie wird zwar um ein Jahr verschoben, aber durchgeführt.

Das, was Sie uns zum Bundesbankgewinn erzählt haben, ist ein Märchen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Jeder weiß, dass die Bundesbankgewinne eingesetzt wurden, um Schulden zu tilgen, und wenn man sie anders verwendet hätte, hätte man keine Schulden tilgen können. Ihre Vorschläge hätten also eine zusätzliche Verschuldung bedeutet, und daher sollten Sie hier keine Nebelkerzen werfen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Über den Verkauf der Goldreserven kann man mit uns selbstverständlich reden, aber man sollte so etwas nicht öffentlich ankündigen, weil sonst der Goldpreis sinkt.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

Das wäre, glaube ich, handwerklich nicht die richtige Vorgehensweise, das vorher groß anzukündigen. Das machen wir dann schon etwas anders.

Ich möchte zum Schluss Folgendes feststellen: Ich finde, Sie haben unser Angebot bisher nicht angenommen. Wir haben gesagt, wir beteiligen uns im Land an einer konstruktiven Haushaltskonsolidierung, und wir erwarten von Ihnen, dass Sie das im Bund auch machen. Jedenfalls weiß jeder: Bei den Steuereinbrüchen, die wir haben, und da man nach den Brüsseler Stabilitätskriterien die Verschuldung reduzieren muss, bleibt gar nichts anderes übrig, als den Haushalt zu konsolidieren. Dazu kann man die Einnahmeseite verbessern, dazu muss man Ausgaben streichen. Das alles wird gemacht. Wir fordern Sie auf, sich konkret daran zu beteiligen.

Es ist völlig sinnlos, über irgendwelche Visionen zu reden, wenn man nicht zugleich bereit ist, jetzt Vorschläge zu machen, wie dieser ganz konkrete Haushalt konsolidiert wird. Jedenfalls kann man mit Visionen keine Haushaltslöcher stopfen, sondern nur mit Deckungsvorschlägen. Solche machen Sie nicht, und solange Sie in solch einer schwierigen Situation keine konkreten Deckungsvorschläge machen, ist es nicht glaubwürdig, nur auf übermorgen zu verweisen. Wir müssen das jetzt machen, und dazu müssen Sie sich erst einmal bereit erklären.

Denn eines werden wir nicht mitmachen. Wir machen hier Einschnitte, wir muten vielen Gruppen der Bevölkerung einiges zu, das müssen wir machen – und Sie sind für die Visionen zuständig und stehlen sich aus der konkreten Verantwortung. Das wird es nicht geben. Das werden wir nicht durchgehen lassen. Ich prophezeie Ihnen: Wenn Sie den Abbau der Steuersubventionen ablehnen – das haben Sie gerade bei Ihrer Pressekonferenz gemacht, und Sie haben auch auf die Frage, was Ihre Vorschläge sind, gesagt: Wir machen keine, wir haben das im Wahlkampf alles gesagt, und wir haben es nicht nötig, jetzt etwas Konkretes zu sagen –, werden Sie den Landeshaushalt nicht konsolidieren können.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Das sage ich Ihnen klipp und klar. Andere Länder, die vor verfassungswidrigen Haushalten stehen,

(Abg. Drexler SPD: Hessen!)

werden es schon gar nicht können, und deswegen wird kein Weg daran vorbeigehen, dass es notwendig ist, die Steuersubventionen zu streichen. Daran führt kein Weg vorbei, es sei denn, man geht in eine noch größere Verschuldung, und das werden wir nicht mitmachen.

Darum ist der gemischte Weg, den wir beschreiten, der richtige. Wir bauen Steuersubventionen ab, wir nehmen Streichungen bei den Leistungen vor, wir führen grundlegende Reformen zur Sicherung unserer Sozialsysteme durch, und wir machen eine Steuerreform, die der Wirtschaft wieder Anreize gibt, damit wir vorankommen. Ich glaube, das ist der richtige Weg, zu dem es keine Alternative gibt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die etwas längere Aktuelle Debatte ist damit beendet.

Im Einvernehmen mit allen Fraktionen ziehen wir **Punkt 3** der Tagesordnung vor:

Vereidigung eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs

Meine Damen und Herren, der Landtag hat in seiner Sitzung vom 16. Oktober 2002 Herrn Hans Strauß, Karlsruhe, für den Rest der Amtszeit des ausgeschiedenen Herrn Lothar Freund zum berufsrichterlichen Mitglied des Staatsgerichtshofs gewählt. Herr Strauß hat die Wahl angenommen.

Für die heutige Plenarsitzung ist die in § 4 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof vorgeschriebene Vereidigung des Herrn Strauß vorgesehen. Dazu begrüße ich auch den neu gewählten Präsidenten des Staatsgerichtshofs, Herrn Stilz.

Darf ich nun Sie, Herr Strauß, bitten, zu mir auf das Podium zu treten.

Die Mitglieder des Staatsgerichtshofs haben vor Antritt ihres Amtes vor dem Landtag folgenden Eid zu leisten:

Ich schwöre, dass ich als gerechter Richter allezeit die Verfassung des Landes Baden-Württemberg getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gegenüber jedermann gewissenhaft erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

Herr Strauß, ich bitte Sie, die rechte Hand zu erheben und die Worte zu sprechen: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.“

(Die Anwesenden erheben sich.)

Strauß: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Straub: Vielen Dank und Ihnen alles Gute für Ihr verantwortungsvolles Amt!

(Beifall bei allen Fraktionen – Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

(Präsident Straub)

Meine Damen und Herren, unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß einer Delegation des Großen Rates des Kantons Aargau unter Leitung von Herrn Großratspräsident Dr. Peter Müller. Im Mittelpunkt des eintägigen Besuchs unserer Schweizer Gäste im Landtag steht der Meinungsaustausch über grenzüberschreitende Fragen. Herr Kollege Dr. Müller, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie im Plenarsaal des Landtags von Baden-Württemberg noch einmal sehr herzlich willkommen heißen und Ihnen weiterhin einen angenehmen und informativen Aufenthalt bei uns wünschen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich rufe nun **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Situation des Strafvollzugs in Baden-Württemberg – Drucksache 13/566

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Sakellariou.

Abg. Sakellariou SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal: Willkommen zu Themen der Landespolitik um ca. 11:45 Uhr, nachdem die Sitzung schon seit 9:30 Uhr andauert!

(Beifall bei der SPD)

Ich freue mich sehr, meine Damen und Herren, dass wir endlich einmal auch in diesem wichtigen Rahmen die Gelegenheit haben, das bedeutende Thema Strafvollzug,

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

die Verhältnisse im Strafvollzug von Baden-Württemberg, vor allem eingerahmt von der Debatte über das Thema „Personalabbau und finanzielle Rahmenbedingungen“, zu debattieren.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Wir haben die vorliegende Große Anfrage eingebracht, um die Fragen des Strafvollzugs und die damit zusammenhängenden Dinge wieder mehr in das öffentliche Bewusstsein hineinzutragen, aber auch, um endlich zu einer verlässlichen Datenbasis zu gelangen, damit wir die Verhältnisse auch entsprechend bewerten können. Das ist besonders wichtig vor dem Hintergrund der leeren Kassen, die gerade angesprochen worden sind. Gerade vor dem Hintergrund des geplanten Personalabbaus und der geplanten Einsparungen muss ganz deutlich gemacht werden: Im Bereich Strafvollzug ist das Ende der Fahnenstange erreicht. Insofern sind wir hier genau am richtigen Platz, um das aufgegriffene Thema im Anschluss an die vorausgegangene Aktuelle Debatte zu behandeln.

Meine Damen und Herren, viele meinen ja, die Verhältnisse im Strafvollzug stellten ein Thema dar, das nur eine Minderheit betreffe, nämlich die betroffenen Strafgefangenen, ihre Angehörigen und die Vollzugsbediensteten. Aber diese Meinung ist falsch. Denn die Menschen, die sich im Strafvollzug aufhalten, kommen ja auch irgendwann einmal wieder heraus und treffen dann genau auf diejenigen, die sich vorher so sicher geglaubt und gemeint haben, es handle sich um ein Thema ohne große Bedeutung.

Ich meine, wir erweisen der Gesellschaft einen viel größeren Dienst, wenn wir diese Menschen – wenn wir sie schon einmal schnappen, wenn wir sie schon einmal unter den Fittichen des Staates haben – in dieser Zeit so behandeln und so bearbeiten, dass ihr Zustand beim Verlassen des Strafvollzugs besser ist als beim Eintritt. Denn oft sind sie zum ersten Mal in der Situation, dass sie mit Regeln konfrontiert werden, die sie auch nachhaltig einhalten müssen. Auf diesem Weg geben wir ihnen letztlich auch eine Chance, nicht mehr Täter zu sein. Damit wiederum geben wir auch den Opfern eine Chance, keine potenziellen Opfer mehr zu werden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Oelmayer GRÜ-NE)

Aber die Gesellschaft hat ja auch insgesamt die Chance, aus diesen Kostgängern der öffentlichen Hand wieder Steuer- und Beitragszahler zu machen – aber das natürlich nur, wenn man die Chancen, die im Strafvollzug liegen, auch erkennt und nutzt.

Dies war ja letztlich auch der Gedanke des Strafvollzugsgesetzes, das vor 25 Jahren in Kraft getreten ist – übrigens eine sozialliberale Glanzleistung, Herr Goll. Insofern können Sie stolz sein, dass auch Sie zu den Urvätern des Gesetzes gehören. Sie haben auch noch das riesige Glück, für diesen urliberalen und auch sozialliberalen Bereich in Baden-Württemberg Verantwortung getragen zu haben.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das Ziel dieser Reform war es ja letztlich – das haben ja alle, die damals Verantwortung trugen, auch erkannt –, wegzukommen von den unmenschlichen Verwahranstalten. Wir müssen aber als Ergebnis der Großen Anfrage konstatieren, dass wir Gefahr laufen, wieder dort hinzukommen

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ah ja!)

– doch, das müssen wir sagen –, und das vor allem in einem Aufgabenbereich, meine Damen und Herren, der ausschließlich landespolitisch motiviert ist und bei dem die Aufgaben ausschließlich hier im Land verteilt sind. Es ist die Aufgabe des zuständigen Ministers, sich gegenüber seinen Kabinettskollegen durchzusetzen und die erforderlichen Mittel für diesen Bereich zu erkämpfen und zur Verfügung zu stellen.

Herr Minister, wir haben jetzt nach über sieben Jahren Ihrer Amtszeit als Justizminister und als der für den Strafvollzug Zuständige Bilanz zu ziehen. Nachdem Sie angekündigt haben, Ihr Amt zu verlassen, müssen wir uns die Frage stellen: Ist der Strafvollzug heute noch in der Lage, seine gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen, und was kann er denn überhaupt noch leisten? Dazu haben wir mithilfe der Großen Anfrage Daten und Fakten erhoben.

Zunächst zum Stichwort Überbelegung. Die baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten sind allesamt erheblich überbelegt. Die Zahlen werden zwar immer wieder schönge-redet; dies liegt aber daran, dass der geschlossene und der offene Vollzug immer zusammengerechnet werden, wobei jeder weiß, dass die Klientel für den offenen Vollzug gar nicht vorhanden ist. Das heißt, dort gibt es viele freie Plätze, wäh-

(Sakellariou)

rend im geschlossenen Vollzug eine absolute Überbelegung, eine drangvolle Enge herrscht. Deswegen müssen die Zahlen korrekt in Ist- und Sollzahlen im geschlossenen und offenen Vollzug aufgeteilt werden. Dann würden die Zahlen wirklich etwas darüber aussagen, was sich in den baden-württembergischen Vollzugsanstalten abspielt.

Die Überbelegung hat zum Beispiel auch zur Konsequenz – aus meiner Sicht eine dramatische Situation –, dass in sehr vielen Vollzugsanstalten die Strafgefangenen statt in Betten auf Matratzen schlafen müssen, die tagsüber unter dem Bett des Mitgefangenen gelagert und durch Herausziehen zum Nachtlager werden. Das muss man sich einmal vorstellen. Zwischen null und 16 Matratzen pro Vollzugsanstalt sind regelmäßig im Einsatz, je nachdem, wie hoch die Einlieferungsquoten sind.

Ein dritter Punkt zum Thema Überbelegung: Wir haben es auch mit der Mehrfachbelegung von Einzelzellen zu tun. 60 % der Einzelzellen im baden-württembergischen Strafvollzug sind inzwischen mehrfach belegt. Damit liegen wir unter den westdeutschen Bundesländern an absoluter Spitze, was die Mehrfachbelegung von Einzelzellen angeht – und das, obwohl es einen Rechtsanspruch der Strafgefangenen auf Einzelunterbringung gibt.

(Abg. Hauk CDU: Sie müssen einmal fragen, ob die das auch wollen!)

– Genau; das ist die Frage. Diejenigen, die es wollen, Herr Hauk, haben eine Wartezeit von sechs Monaten, obwohl sie einen Rechtsanspruch haben. Diesen Rechtsanspruch muss die Landesregierung erfüllen. Dies ist nicht lediglich eine Forderung der baden-württembergischen SPD-Landtagsfraktion, sondern das sind internationale Standards, die in jedem Kommentar nachzulesen sind. Dieser gesetzlichen Forderung wird nicht nachgekommen.

(Abg. Hauk CDU: Die Kommentare! Im Augenblick interessieren Gesetze und nicht Kommentare!)

– Deswegen sagen wir, dass die Gesetze zumindest eingehalten werden sollten. Das erwarte ich jedenfalls von einem Justizminister und der verantwortlichen Regierung.

(Beifall bei der SPD)

Es geht aber nicht nur um die verfassungsrechtliche Problematik und die Anwendung der geltenden Gesetze, sondern es geht auch darum, dass die durch die Überbelegung hervorgerufene drangvolle Enge die Vollzugsziele massiv gefährdet, und zwar in mehrerlei Hinsicht.

Wir brauchen den Behandlungsvollzug nicht nur aufgrund gesetzlicher Pflichten, sondern er ist auch aus unserer inneren Überzeugung heraus dringend notwendig. Behandlungsvollzug bedeutet Individualisierung und Differenzierung; denn nur so kann der Personenkreis, der dort behandelt werden soll, auch getrennt behandelt werden, können Opfer von Peinigern getrennt werden, können Wiederholungstäter von Ersttätern getrennt und kann jeder einzeln für sich behandelt werden, damit wir dem Vollzugsziel näher kommen.

Das Problem ist, dass die Bediensteten mit dieser Situation allein gelassen werden und die Enge auf den Fluren und in

den Zellen natürlich auch die Atmosphäre in den Vollzugsanstalten erheblich aufheizt.

Kommen wir zum zweiten Punkt, der in diesem Zusammenhang behandelt werden muss: Das ist der Personalbestand; denn diese überbelegten Anstalten müssen in diesem heiklen grundrechtlichen Bereich mit immer weniger Personal auskommen. Herr Justizminister, das haben Sie inzwischen ja auch selber erkannt; denn Sie waren es, der die Arbeitsgruppe „Sicherheit im Vollzug“ eingesetzt hat, um prüfen zu lassen, wie groß der Personalbedarf ist, um wenigstens die räumlichen Sicherheitsvoraussetzungen einigermaßen einzuhalten. Sie sind dafür zu loben, dass Sie diese Kommission eingesetzt haben. Die Ergebnisse sind uns ja auch bekannt gemacht worden. Da wurde festgehalten, dass allein für die äußeren Rahmenbedingungen, also um die Flucht zu vermeiden, als absolutes Minimum 80 neu zu schaffende Stellen im baden-württembergischen Strafvollzug erforderlich sind. Dabei geht es noch nicht um die Frage des Behandlungsvollzugs, sondern ausschließlich um die Frage der inneren Sicherheit.

Stichwortartig zusammengefasst: Als Ergebnis der Arbeitsgruppe haben wir die Zahl 80 als Mindestanforderung erhalten. Die Koalitionsvereinbarungen haben ausdrücklich vorgesehen, diese Zahl 1 : 1 umzusetzen. Sie haben den Bediensteten 40 Stellen versprochen, und bis heute sind null zugesagt. Das heißt, allein in diesem Bereich haben wir ein Defizit von mindestens 80 Planstellen, wobei wir, um auf den Standard des bundesdeutschen Verhältnisses zwischen Gefangenen und Bediensteten zu kommen, insgesamt über 600 Bedienstete zusätzlich einstellen müssten.

Beispiel Überstundenentwicklung – nur um jetzt stichwortartig auf diesen Bereich einzugehen –: Von 7 423 Überstunden im Jahr 1999 ist der Berg auf 92 500 Überstunden innerhalb von zwei Jahren angewachsen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Unglaublich!)

Er hat sich damit mehr als verzehnfacht. Der aktuelle Überstundenstand – so wurde mir gestern gesagt – beträgt 120 000 Überstunden bei den Bediensteten in den baden-württembergischen Vollzugsanstalten.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das darf ja wohl nicht wahr sein! – Abg. Bebbler SPD: Untragbar! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ein Skandal!)

Das ist verheerend, wenn man bedenkt: 17,5 Krankheitstage im Schnitt pro Person, 77 Überstunden pro Planstelle im Vollzug, und das vor dem Hintergrund, dass die Strafgefangenen in den baden-württembergischen Vollzugsanstalten immer problematischer und immer schwieriger werden – die Russlanddeutschen sind eine schwierige Klientel, die natürlich besonderer Behandlung bedarf – und durch diese schlechte Personalausstattung immer mehr Straftaten innerhalb des Strafvollzugs stattfinden, die oftmals schwerer sind als die Straftaten, derentwegen die Leute in den Strafvollzug gekommen sind. Und das unter den Augen des Justizministers! Da muss man sich schon fragen, ob das noch in Ordnung ist.

(Beifall bei der SPD)

(Sakellariou)

Wir dürfen auch die Ursachen der Kriminalität in diesem Bereich nicht aus den Augen lassen, denn bei dem Personenkreis, den ich gerade angesprochen habe – ich erinnere an die gestrige Debatte zur Integration –, haben wir uns sehr schwere Versäumnisse wieder bei der Landespolitik, wieder bei der Landesaufgabe vorzuwerfen, die letztlich in den Strafvollzug gemündet sind. Die Verpflichtung, in diesem Bereich tätig zu werden, ist in besonderem Maße dadurch gegeben, dass es sich um zum Teil hausgemachte Probleme handelt, vor allem weil wir ja vor dem Hintergrund des Rückgangs der Geburtenraten auf diese Leute, vor allem auf diese jungen Leute als zukünftige Steuerzahler und Beitragszahler angewiesen sind.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Wir haben es in Baden-Württemberg ausschließlich noch mit dem Verwahrvollzug zu tun, wenn man sich die Wirklichkeit anschaut. Behandlungsvollzug ist nicht mehr möglich. Drogentherapien werden nicht mehr gemacht. Es gibt nur noch Drogenvermittlungsmöglichkeiten. 50 % der Strafgefangenen sind drogenabhängig. Wartezeiten von jugendlichen Ersttätern im Drogenbereich betragen elf bis zwölf Wochen, bis sie zum ersten Mal Kontakt mit einem Therapeuten bekommen, bei Erwachsenen 24 Wochen. Das ist eine dramatische Situation.

Erst kürzlich wollte ich am Montagmorgen in Schwäbisch Hall an mein Postfach gehen, um die Post abzuholen.

(Zuruf des Abg. Rech CDU)

Da sah ich vor der öffentlichen Toilette einen Krankenwagen. Ich habe mir nichts weiter dabei gedacht. Am nächsten Morgen las ich in der Zeitung: Da war ein Entlassener aus der Strafanstalt in Schwäbisch Hall. Der ist am Freitag entlassen worden und am Montag wegen einer Überdosis tot aufgefunden worden. Ich meine, das sind die Auswirkungen, wenn man die Leute nicht während der Zeit im Vollzug behandelt und ihnen nicht die Chance zur Therapie gibt. Denn wer den normalen Strafvollzug vernachlässigt, vernachlässigt nicht nur die Bediensteten und die Strafgefangenen, sondern auch ihre potenziellen Opfer.

Herr Minister, der Strafvollzug in Baden-Württemberg liegt – das muss man sagen – am Boden, und das, obwohl es sich hier um einen erheblich grundrechtsrelevanten Bereich handelt, der Ihnen als Verfassungsrichter geradezu am Herzen liegen müsste. Es war Ihre Aufgabe gewesen, sich gegenüber Ihren Kabinettskollegen durchzusetzen, um die Mittel freizuschaffen. Aber in Baden-Württemberg hat der Finanzminister die Richtlinien der Justizpolitik bestimmt. Insofern bekommt Ihr freiwilliger Rücktritt

(Abg. Rech CDU: Ach ja!)

auch eine ganz andere Färbung und einen ganz anderen Geschmack. Das muss man schon sagen. Denn da verlässt nicht jemand die Bühne, wenn es am schönsten ist, sondern da verlässt jemand ein sinkendes Schiff.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Lachen bei der CDU)

In diesem Sinne vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Abg. Blenke CDU: Mit dem letzten Satz hat er seine ganze Rede kaputtgemacht!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zimmermann.

Abg. Zimmermann CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich, Herr Sakellariou, begrüße, dass der Strafvollzug auf die Tagesordnung des baden-württembergischen Landtags genommen wurde. Ich weiß, dass er seit vielen Jahren nicht auf der Tagesordnung war. In der Bevölkerung ist die Arbeit hinter den Mauern viel zu wenig bekannt. Wenn erst einmal die Handschellen klicken, interessiert sich niemand mehr für den weiteren Verlauf – nach dem Motto: Es läuft ja sicherlich seinen geordneten und gerechten Weg. Trotzdem ist die Große Anfrage der Fraktion der SPD meines Erachtens eher eine parlamentarische Pflichtarbeit, denn sie hat inhaltlich – ich habe sie mir ein paar Mal durchgelesen – für meine Begriffe keinen Pfiff. Aber im Grundsatz freut es mich, dass auch die SPD dieses Thema entdeckt hat.

(Zurufe der Abg. Drexler, Fischer und Ursula Hausmann SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn vor der Mittagspause bei Ihnen weniger Abgeordnete anwesend sind – ich bedauere, dass auch von meiner Fraktion nicht, wie heute früh, alle da sind –: Erst wenn jemand ausbricht oder seinen Freigang missbraucht und dann Menschen gefährdet, wenn Menschen gar auf brutalste Weise ihr Leben verlieren oder, wie Sie, Herr Sakellariou – wo ist er denn? –

(Abg. Fischer SPD: Hier sitzt er doch! – Abg. Drexler SPD: Er sitzt vorne! – Abg. Bebbler SPD: Augenprobleme?)

– ach dort; Entschuldigung –, sagten, wenn etwas Schreckliches passiert, schreckt die Öffentlichkeit auf. Aber eines noch: Es gibt keinen kriminologischen Nachweis dafür, dass ein Vollzug, der über sämtliche Erfordernisse verfügt – über genügend Haftplätze, mehr Sozialarbeiter, Psychologen oder eine hohe Anzahl von Vollzugsbeamten; Sie haben es angesprochen –, letztendlich einen erfolgreichereren Strafvollzug gewährleistet.

(Zurufe der Abg. Bebbler und Ruth Weckenmann SPD)

Diesen Nachweis gibt es nicht.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Ich sage Ihnen auch:

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Lieber gar nichts sagen als so etwas!)

Eine totale Umkehr vom kriminellen Weg eines Gefangenen ist nach einhelliger Einschätzung nicht käuflich. Aber auch hier – da widerspreche ich Ihnen – sind wir besser als der Bund. Das können Sie – Sie haben das verschwiegen – in der Antwort zu Ihrer Großen Anfrage nachlesen. Beginnen wir bei der durchschnittlichen Personaldichte im höheren Vollzugs- und Verwaltungsdienst: Der Länderdurchschnitt

(Zimmermann)

liegt bei 0,57 Personalstellen pro 100 Gefangene. Wir liegen mit 0,62 bzw. 0,65 und 0,6 Personalstellen pro 100 Gefangene darüber.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Das hat er nicht gesagt! Das hat er unterlassen! Da hat er nicht darauf hingewiesen! Fragmentarisch!)

Bei den Seelsorgern und dem kirchlichen Dienst liegen wir an der Spitze aller Bundesländer.

(Zuruf von der CDU: Nicht mehr wahrnehmungsfähig!)

Bei den Lehrern und Lehrerinnen liegen wir im Durchschnitt, beim mittleren Verwaltungsdienst stehen wir gut bis sehr gut da. Beim mittleren allgemeinen Justizvollzugsdienst liegen wir unter dem Länderdurchschnitt; da gebe ich Ihnen Recht. Absolut an der Spitze liegen wir aber – und das war der Gegenstand unserer heutigen Arbeit – tatsächlich beim mittleren Werkdienst und ebenfalls bei den Arbeitern.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Dies nur dazu. Die derzeitigen realen Begebenheiten zeigen, dass der baden-württembergische Strafvollzug trotz all Ihrer Kritikpunkte sehr gut dasteht.

Niemand bestreitet – auch ich nicht –, dass der Vollzug verbessert werden könnte,

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

aber mit Ihrer Großen Anfrage machen Sie ihn auch nicht besser. Sie haben von unzähligen Mitarbeitern im Justizbereich, insbesondere im Vollzugsdienst, über einen langen Zeitraum hinweg bis zu zehn Jahre zurückreichende Daten abgefragt. Mit der Beantwortung Ihrer Anfrage haben Sie zahlreiche Mitarbeiter beansprucht und, wie man mir mitgeteilt hat, auch in ihrer Arbeit blockiert. Aber Anfragen haben das so an sich. Ich bin kein Freund von Anfragen.

(Abg. Drexler SPD: Was machen Sie dann? – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Hätten Sie lieber – wie ich – eine große Informationstour durch alle Haftanstalten Baden-Württembergs gemacht, dann hätten Sie alle Probleme und Wünsche vor Ort erfahren. Im Grunde genommen hätten Sie auch mich fragen können, und die Leute hätten ihre Arbeit tun können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Aber ich will nicht nur kritisieren. Ich gehe davon aus – so kenne ich meine Kollegen von den Fraktionen –, dass man wirklich ernsthaft darüber nachdenken muss,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Das würde ihnen manchmal gut tun!)

wie man Verbesserungen erreichen kann. All das steht natürlich – wir haben es heute früh mehr als deutlich gehört – unter dem Damoklesschwert der Nettonullneuerschuldung und des Finanzlochs. Eigentlich ist es ein Finanzkrater, der sich seit gestern aufgetan hat.

(Abg. Fischer SPD: Was hat das mit dem Strafvollzug zu tun? – Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

Zum Schluss meines Beitrags werde ich Ihnen einen konkreten Vorschlag unterbreiten und um Ihre Unterstützung bitten. Wenn Sie mehr Stellen und Beförderungen wollen, so ist dies sicherlich wünschenswert und zweifellos auch berechtigt. Aber in welchen Bereichen in unserem Land ist das nicht der Fall? Sagen Sie mir – oder noch besser unserem Finanzminister –,

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Der ist gar nicht da!)

woher wir das Geld nehmen sollen oder besser noch, wem konkret wir es wegnehmen sollen.

Ich möchte nur kurz einige Punkte herausstellen. Beginnen wir mit den Leitern der Justizvollzugsanstalten, die grundsätzlich Hunderten von Mitarbeitern und Gefangenen vorstehen. Rund 50 % von ihnen sind in A 16, rund 50 % in A 15, und zwei von ihnen – die Leiter der ganz großen Haftanstalten – sind in B 2. Dank und Anerkennung erfahren sie aber nie. Nur wenn, wie gesagt wurde, etwas passiert, stehen sie am Pranger. Deshalb lassen Sie mich an dieser Stelle mit Ihrer aller Unterstützung den Mitarbeitern, aber auch allen im Vollzug Beschäftigten einen großen Dank aussprechen. Da erwarte ich Ihren Applaus.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Für diese Arbeit erwarte ich Applaus auch von Ihnen. – Danke schön.

(Abg. Sakellariou SPD: Das steht sonst im Protokoll!)

– Okay, sonst steht es im Protokoll.

In Baden-Württemberg haben wir die Behandlungsangebote für Sexualstraftäter seit 1996 kontinuierlich ausgebaut, und das Konzept wird laufend fortgeschrieben. Ich zähle nur einige Maßnahmen auf: Die sozialtherapeutische Behandlung in der Sozialtherapieanstalt Baden-Württemberg hat 61 Plätze. In Offenburg planen wir weitere Plätze. Weshalb es dort nicht klappt, ist vielleicht bekannt; da gibt es einige Hindernisse. Die sozialtherapeutische Behandlung von Jugendstrafgefangenen in der 1997 errichteten sozialtherapeutischen Abteilung in der Jugendstrafanstalt Adelsheim hat 20 bedarfsdeckende Haftplätze. Mehr möchte ich gar nicht anführen. Aber geplant ist – da danke ich dem Justizminister, der heute wahrscheinlich seine letzte Sitzung hier erlebt, was ich bedauere; die Zusammenarbeit ist immer besser geworden –,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

das Konzept weiter auszubauen und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten auszuweiten.

Für eines können Sie mich gewinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir benötigen – Sie haben es auch angesprochen, Herr Sakellariou – insgesamt noch elf Stellen im Bereich der Therapie, und zwar fünf Stellen für Psychologen und sechs Stellen für Sozialarbeiter. Davon habe ich mich

(Zimmermann)

bei meiner Informationstour und in vielen, vielen Gesprächen überzeugen lassen. Ich appelliere auch an unsere Fraktion und an die Regierung, hier etwas zu tun. Aber bei uns Schwaben ist es eben so, dass wir sparen, sparen, sparen. Warum? Damit wir im Länderfinanzausgleich die verarmten und insolventen SPD-Länder unterstützen können.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! – Widerspruch bei der SPD)

Sie haben den Beförderungstau ein wenig kritisiert. Aber, Herr Sakellariou, hier stehen wir wirklich gut da. Insbesondere im Ländervergleich sind wir Spitze.

(Abg. Bebbler SPD: Im Stau stehen Sie gut da! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Wir haben in den vergangenen vier Jahren im allgemeinen Vollzugsdienst und im Werkdienst 870 Beförderungen vorgenommen. Um Einzelschicksale muss man sich, wie überall im öffentlichen Dienst, wirklich kümmern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Fraktion, die CDU in diesem Land, steht zu einem realistischen Vollzug. Wir sperren nicht nur weg.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Was ist denn das?)

– Der Bundeskanzler hat sich in der vergangenen Legislaturperiode einmal recht massiv dafür eingesetzt.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Richtig!)

Wir fordern auch nicht Buße und Umkehr,

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

wie das im 19. Jahrhundert unrealistisch vorgesehen war. Unser Ziel kann nur sein, das Defizit im Verhalten unserer Klienten, der Strafgefangenen, zu mindern.

(Abg. Sakellariou SPD: Das Defizit im Haushalt auf Kosten der Bediensteten zu mindern!)

Hier komme ich zum Kernpunkt und zu dem, was ich Ihnen als konkreten Vorschlag unterbreiten will. Wir in Baden-Württemberg sind in einem Bereich absolut Spitze.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Nur in einem? Ich dachte, in mehreren!)

– Ich habe Ihnen elf Bereiche genannt. In den meisten sind wir mit an der Spitze. Aber absolut Spitze und, statistisch gesehen, doppelt so gut wie jedes andere Bundesland sind wir im Bereich von Ausbildung und Arbeit. Wir haben über 430 Handwerksmeister in modernen Betrieben, die insbesondere junge Menschen in nahezu allen Handwerksbranchen ausbilden. Wir haben bundesweit – das ist auch einmalig – die meisten und die besten Gesellenbriefe, und wir haben in unseren großen Haftanstalten mit die modernsten Maschinenparks.

Ich weise gerne darauf hin – das ist mir eine Herzensangelegenheit –, dass in unseren 20 Haupthaftanstalten und unseren 35 Außenstellen mit ca. 8 500 Gefangenen und 4 500 Bediensteten die schulische Ausbildung und die Arbeitsleistung beispielhaft sind. Das müssen sie aber auch bleiben.

Denn Ausbildung und Arbeit sind die beste Chance für jugendliche und erwachsene Strafgefangene. Dies sage ich nicht ungeprüft, sondern dies wird mir immer wieder auch vor Ort bestätigt. Mir wurde es ans Herz gelegt: „Herr Zimmermann“ – das geht an alle; Sie können es mit Sicherheit auch bestätigen, Herr Oelmayer –, „tun Sie etwas, damit dies nicht abnimmt. Wir spüren schon jetzt die ersten Auswirkungen.“

Wir haben seit dem 1. Januar 2001 den Landesbetrieb Vollzugliches Arbeitswesen. Er ist einmalig im Bundesgebiet. Dieser Landesbetrieb erwirtschaftet jährlich 25 Millionen €. Leider ist der Umsatz eher rückläufig. Deshalb appelliere ich an Sie: Ziehen Sie mit mir an einem Strang! Werben Sie mit mir bei Handel, Handwerk und Industrie für die gute Arbeit in baden-württembergischen Haftanstalten. Werben Sie um Aufträge, damit die Arbeit dort kontinuierlich fortgesetzt werden kann.

Es geht mir nicht um Aufträge – das möchte ich betonen –, die in Konkurrenz zu Behindertenwerkstätten oder zu unseren mittelständischen Unternehmen stehen. Wir wollen niemandem etwas wegnehmen. Es geht mir darum, dass Aufträge bzw. Arbeit nicht wegen Kapazitätsengpässen oder der Lohnintensität ins lohn niedrige Ausland abwandern oder gar nicht erst angenommen werden. Hier gibt es wirklich viel zu tun. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist – deshalb begrüße ich wirklich nochmals diese heutige Debatte aufgrund Ihrer Anfrage; insofern hat sie auch etwas Gutes –:

(Abg. Fischer SPD: Danke schön, Herr Zimmermann! – Weitere Zurufe von der SPD)

Mir geht es um Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit darüber, dass auch hinter den Mauern gut gelernt und gut gearbeitet wird. Ich appelliere an Sie. Es ist dringender Handlungsbedarf gegeben.

(Abg. Bebbler SPD: Dann handeln Sie doch! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Wir spüren schon jetzt die rot-grüne Flautenpolitik. Ohne Schulabschluss, ohne Ausbildung und ohne Arbeit werden wir die Defizite und die Veranlagung bei den Strafgefangenen mit noch so viel Personal nicht ändern können. Werben Sie mit mir bei Handel, Handwerk und Industrie, und halten Sie den wirklich tollen Standard, den die baden-württembergischen Haftanstalten haben, aufrecht.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Lassen Sie mich vorweg eine kurze persönliche Bemerkung machen. Vor anderthalb Jahren hat mir meine Fraktion die Funktion des Strafvollzugsbeauftragten übertragen – wohl deshalb, weil ich derzeit der einzige Jurist in der Fraktion bin

(Hofer)

(Abg. Bebber SPD: Was soll denn das heißen? – Abg. Drexler SPD: Ich habe gedacht, weil Sie noch in Freiheit sind! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Sie müssen sich nicht entschuldigen!)

und vor vielen Jahren auch einmal eine kurze Zeitlang als Rechtsanwalt tätig war. Ich möchte jedoch betonen – da unterscheide ich mich völlig von Ihnen, lieber Kollege –, dass die Justiz nicht mein Fachgebiet ist. Denn ich habe mich beruflich über Jahrzehnte hinweg vorwiegend in der Kommunal- und Regionalpolitik bewegt.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr erfolgreich! – Abg. Bebber SPD: Sie dürfen sich wieder hinsetzen, wenn Sie das meinen! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie müssen nicht reden!)

Unter anderem deshalb habe ich zu Beginn der letzten Legislaturperiode das Angebot der Fraktion, Justizminister zu werden, dankend abgelehnt.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Oh! Oi!)

Ich bin noch heute sehr froh darüber – ich darf das an dieser Stelle sagen –, dass ich so entschieden habe. Denn das war ursächlich dafür, dass wir in Baden-Württemberg rund sieben Jahre lang – das sage ich so – das Glück hatten, einen Justizminister Professor Dr. Ulrich Goll zu haben,

(Abg. Bebber SPD: Dafür hätten wir jetzt nicht die Debatte beantragen müssen!)

der seine Aufgabe so ausgezeichnet und eindrucksvoll gemacht hat, dass er – da bin ich sicher – rühmlich in die Annalen der Landespolitik eingehen wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Blenke CDU – Abg. Bebber SPD: Wenn Sie ihm das zu Lebzeiten gesagt hätten! – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Er sieht noch sehr lebendig aus! – Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Ich bin sehr dankbar dafür, dass das bei seiner letzten – der heutigen – Arbeitssitzung von den meisten hier mit großem Beifall versehen worden ist.

Lieber Herr Sakellariou, ich darf hinzufügen, dass dieser besondere Einsatz des Justizministers insbesondere auch dem Strafvollzug gegolten hat. Denn der Strafvollzug war früher einmal ein bisschen das Stiefkind. Unter einem Justizminister Goll war er kein Stiefkind, sondern es war ihm ein großes Anliegen, sich für den Strafvollzug einzusetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Er wird nachher Gelegenheit haben, Ihnen das noch einmal sehr ausführlich, hoffe ich, darzutun.

Wenn ich das feststelle, dann steht das in gar keinem Widerspruch zu dem Hinweis, dass auch ich der Meinung bin, dass es im Strafvollzug in Baden-Württemberg noch Problemstellungen gibt, insbesondere im Hinblick auf die quantitative personelle Ausstattung. Wie üblich – das gehört ein bisschen zur Opposition –

(Abg. Bebber SPD: Sie kennen das ja!)

haben Sie da dick aufgetragen. Ich stehe aber nicht an, unumwunden zu erklären, dass die Situation der Bediensteten im allgemeinen Strafvollzug in diesem Punkt nicht befriedigend ist. Allerdings hat es in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Verbesserungen gegeben – Sie haben schon auf einige hingewiesen –, die große Kraftanstrengungen erforderlich gemacht haben. Ich gehe davon aus, dass Sie, Herr Justizminister, nachher die Gelegenheit wahrnehmen werden, das noch einmal im Einzelnen aufzuführen.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Ich will das hier nur noch einmal stichwortartig mit der Nennung von Überschriften machen. Ich verweise auf das Haftraum-Schnellbauprogramm. Das ist ein sehr kostspieliges Programm für die Schaffung von 480 dringend benötigten neuen Haftplätzen. In Offenburg soll eine Justizvollzugsanstalt mit 240 Plätzen gebaut werden. Noch in diesem Jahr sollen die Weichenstellungen für ein neues Justizvollzugs-krankenhaus vorgenommen werden. Auf dem Hohenasperg gäbe es dann weitere Möglichkeiten für Therapieplätze.

Ich verweise vor allem auf das, worauf Sie, Herr Zimmermann, auch schon verwiesen haben, nämlich darauf, dass seit 1999 die Beförderungsstruktur unter den Sparzwängen, die schon damals gegolten haben, im allgemeinen Vollzugsdienst und auch im Werkdienst kontinuierlich verbessert worden ist. Nur Baden-Württemberg und Bayern haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, hier günstigere als die bundesgesetzlich vorgegebenen Stellenobergrenzen festzusetzen. Es gab 874 zusätzliche schnellere Beförderungen. Jeder Dritte konnte schneller befördert werden. Wo sonst gibt es das? Jedenfalls in keinem SPD-geführten Bundesland.

(Abg. Zimmermann CDU: So ist es! – Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig!)

Für Vollzugsdienstleister in den größeren Anstalten wurden 13 zusätzliche A-11-Stellen geschaffen. Das alles ist von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Strafvollzug und auch von den berufsständischen Organisationen anerkannt worden und erhöht natürlich die Motivation. Diese Stellenanhebungen waren auch notwendig. Denn wir müssen einfach wissen: Für die meisten Mitarbeiter im mittleren Dienst ist es bei A 9 zu Ende. Es gibt Leute im Werkdienst, die eine Meisterprüfung abgelegt haben, die 25 Jahre lang nach A 9 vergütet werden und auch mit A 9 in den Ruhestand treten werden. Wenn sie dennoch motiviert sind – das habe ich bei den Gesprächen feststellen können –, dann kann ich nur sagen: Hut ab und große Anerkennung!

(Beifall bei der FDP/DVP)

Weitere Verbesserungspunkte nenne ich jetzt nur im Stakato. Wir sollten sie aber in Erinnerung bringen, und auch der Justizminister sollte den Eindruck haben, dass nicht nur er es weiß, sondern dass es auch angekommen ist. „Schwitzen statt Sitzen“ entlastet den Justizvollzug, externe Suchtberatung und Suchttherapie für 800 Gefangene entlastet auch den Justizvollzug. Wir haben ein breit gefächertes Leistungsangebot bei Bildung und Ausbildung – da sind wir vorbildlich –, und mit den 450 Bediensteten im Werkdienst haben wir prozentual einen doppelt so hohen Anteil wie der Bundesdurchschnitt. Natürlich sind Sinn stiftende

(Hofer)

Arbeit und die Frage nach Bildung und Ausbildung das A und O jeglicher Resozialisierungsarbeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Schneider
CDU)

Wir sind glücklicherweise – ohne dass wir uns immer auf die Schulter klopfen müssen; aber das darf man doch auch einmal sagen – in Baden-Württemberg stolz darauf, dass wir das haben; und das soll auch so bleiben.

Das gilt auch für den Bereich des Jugendstrafvollzugs: Sie kennen das „Projekt Chance“. Ein weiteres Projekt soll folgen. Wir sind dem Justizminister sehr dankbar, dass er all das angepackt hat.

Damit will ich, wie gesagt, nicht davon ablenken, dass wir zusätzliche Stellen im allgemeinen Justizvollzug für erforderlich halten. Auf die Zahl der Überstunden ist hingewiesen worden: 77 Überstunden pro Beamten im Durchschnitt sind einfach zu viel. Für das Schnellbauprogramm hätte man 60 neue Stellen gebraucht. Unter dem Sparzwang sind 40 Stellen eingesetzt worden. Der Justizminister hat meines Erachtens richtigerweise entschieden, die 40 Stellen, wenn man schon zusätzliche globale Minderausgaben hat, lieber bei der Verwaltung – das ist auch nicht leicht, – aber nicht bei den Vollzugsbeamten einzusparen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dass die Arbeitsgruppe „Sicherung im Strafvollzug 2000“ weitere Stellen vorgeschlagen hat, wissen wir alle. Es wäre auch schön, wenn es dazu kommen könnte. Derzeit steigt auch die Zahl der Häftlinge weiter. Die Gefangenenpopulation – das wissen wir – wird schwieriger. Denken wir an die Russlanddeutschen, die natürlich schon Organisationen aufbauen.

Da ich mein Amt, wenn ich es schon einmal übertragen bekommen habe, auch richtig ausfüllen möchte, habe ich natürlich, wie sich das gehört und wie das die Kollegen auch machen, bei den Besuchen in den Strafvollzugsanstalten mit den Anstaltsleitern, den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, den Personalräten und den Insassenvertretern gesprochen. Ich kann auch nur feststellen und möchte es an dieser Stelle auch sagen: Es ist bemerkenswert und bewundernswert, was da trotz der genannten Schwierigkeiten an Motivation und Einsatzbereitschaft der Bediensteten zutage tritt. Das verdient unseren Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU)

Dieser Einsatzbereitschaft, meine Damen und Herren, haben wir es zu verdanken, dass wir glücklicherweise – das kann gar nicht abgesprochen werden – in unseren Justizvollzugsanstalten eine sehr gute Sicherheitslage haben. Ich möchte geradezu darum bitten, weil ich nicht zu lange reden will, dass wir nachher, etwa was die Ausbruchssituation angeht, vielleicht auch noch etwas vertiefend dazu hören können.

Durch all die Gespräche zieht sich aber wie ein roter Faden hindurch: Außer der vorbildlichen Resozialisierungsarbeit bei Arbeit und Ausbildung möchte man noch mehr tun, ins-

besondere beim sozialen Training und bei Wiedereingliederungshilfen. Natürlich erfordert diese homogene gefährliche Gruppe der Russlanddeutschen, dass man verstärkte Kontrollen und Überwachungsmaßnahmen durchführt. Dazu braucht man wieder mehr Personal.

Fazit: Meine Damen und Herren, was in erster Linie fehlt, das sind keine Gesamtkonzepte. Das ist auch nicht die Forderung nach Konzepten. Es fehlt auch nicht an gutem Willen oder an Einfallsbereitschaft. Was fehlt, ist, ganz prosaisch ausgedrückt: Es wäre schön, wenn man für zusätzliche Personalstellen etwas mehr Geld hätte. Das ist der einzige Punkt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So einfach ist das!)

– So einfach ist das. Vielleicht sagen Sie: zu einfach. Aber das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Nun haben wir vorhin bei der Diskussion gehört, dass es leichter ist, Geld zu fordern, als es bereitzustellen. Wenn wir, wie wir gehört haben, einzusparen haben, dann bin ich nicht so blauäugig, mich hinzustellen und zu sagen: Wir brauchen einfach mehr Geld. Das tue ich nicht. Und ich denke, Sie von Rot-Grün – ich drücke mich da zurückhaltend aus –, die Sie über Ihre Politik in Berlin zu der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzmisere eigentlich leider einen wesentlichen Beitrag leisten, sollten sich mit solchen Forderungen nach mehr Personal eben auch zurückhalten.

(Abg. Bebbler SPD: Der Strafvollzug, den wir jetzt haben, kommt uns teuer zu stehen!)

Wenn in Berlin der Blanke Hans herrscht und wir die Länder und die Kommunen zum Deichbau auffordern, damit wir nicht vollends absaufen, muss man sich mit solchen zusätzlichen finanziellen Forderungen in Gottes Namen zurückhalten, sonst macht man sich unglaubwürdig.

Was wir aber glaubwürdig tun können, ist, dass wir gerade bei Finanzschwierigkeiten strukturelle Prioritäten setzen. In diesem Sinne will ich für den Strafvollzug abschließend noch eine Lanze brechen. Zwei Bereiche, meine Damen und Herren, werden von den Koalitionsfraktionen der Landesregierung prioritär behandelt: Das sind die Bildungspolitik und das Gebiet der inneren Sicherheit. Zur Bildungspolitik brauche ich hier nichts zu sagen, aber ich kann Ihnen sagen, dass wir für den Bereich der inneren Sicherheit davon auszugehen haben, dass angesichts einer ständig steigenden Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft – das ist ein weltweites Phänomen: da steigt die Gewaltbereitschaft weiter – das Sicherheitsbedürfnis der Bürger steigen wird und innere Sicherheit auch immer mehr zu einem wichtigen Standortfaktor auch im internationalen Wettbewerb werden wird.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Wir haben in der Bildungspolitik und bei der inneren Sicherheit zugleich die Handlungsspielräume, die man den Landesparlamenten oft abstreitet; aber da haben wir sie. Deshalb möchte ich, meine Damen und Herren, noch einmal betonen – das sagt ja auch die Große Anfrage, da hat sie Recht –: Zur inneren Sicherheit gehören nicht nur die Polizei und die Recht sprechende Justiz, sondern dazu gehört auch

(Hofer)

ein funktionierender, für ausreichende Sicherheit sorgender Strafvollzug. Das Thema Resozialisierung der Gefangenen ist nicht nur eine rechtsethische Frage des Strafzwecks, sondern es ist zugleich immer auch unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit bedeutsam, wen wir da wieder auf die Menschheit loslassen – wenn ich es einmal so formulieren darf.

Der Justizminister hat diesem Sicherheitsaspekt immer hohe Priorität eingeräumt,

(Beifall bei der FDP/DVP)

etwa auch in der Frage der nachfolgenden Sicherungsverwahrung. Dass hier kritisch abgewogen werden muss, weiß ich auch. Aber ich will, was die nachfolgende Sicherungsverwahrung anbelangt, keinen Hehl aus meiner Meinung machen, dass ich mich auch in Zukunft dafür einsetzen werde, dass die vom Justizminister eingeschlagene Linie auch beibehalten wird.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Eine freie Lebensgestaltung – lassen Sie mich das abschließend sagen – nicht nur in äußerer, sondern auch in innerer Sicherheit zu ermöglichen, ist ein zutiefst liberales Anliegen.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Oelmayer GRÜNE: Zutiefst liberal!)

Zu dieser Sicherheit gehören eine gut funktionierende Polizei, eine Justiz und – untrennbar miteinander verbunden – ein gut funktionierender Strafvollzug.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Und das ist jetzt ein liberales Programm! Oje!)

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass das auch in Zukunft so bleibt, um auch weiterhin mit Fug und Recht sagen zu können, dass Baden-Württemberg eines der sichersten Bundesländer, wenn nicht sogar das sicherste Bundesland in Deutschland ist.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Zimmermann CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer.

(Beifall des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Oelmayer GRÜNE stellt das Rednerpult tiefer. – Abg. Zimmermann CDU: Runter damit!)

Abg. Oelmayer GRÜNE: Ja, sonst sieht man mich ja gar nicht.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte mit den Internetseiten beginnen, die das Justizministerium zum Thema Justizvollzug in das Internet eingestellt hat.

Da heißt es zunächst einmal – und zwar zu Recht –, dass Strafgefangene nach dem Strafvollzugsgesetz im Vollzug der Freiheitsstrafe fähig werden sollen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen.

Das ist das Vollzugsziel Nummer 1.

Das Vollzugsziel Nummer 2 ist dann der Schutz der Allgemeinheit. Man kann es auch so sagen: das Entziehen der Freiheit als generalpräventive Maßnahme.

So weit zum Strafvollzugsgesetz.

Wenn man sich dann in den Internetseiten weiter voranarbeitet, kommt man zu einem Paradigmenwechsel. Dort wird dann ein Leitbild des Justizministeriums zum Thema Justizvollzug verkündet, und da werden die Justizvollzugsziele genau umgekehrt dargestellt: Es geht zunächst um den Schutz der Allgemeinheit, und erst dann geht es um die Frage der Vorbereitung der Gefangenen auf ein Leben ohne Straftaten.

Meine Damen und Herren, diesen Paradigmenwechsel wollen wir als bündnisgrüne Fraktion in diesem Landtag nicht mitmachen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Er wurde des Weiteren auch von profunder Stelle aus dem Justizministerium heraus bestätigt, indem es nämlich heißt, Justizvollzug sei ein Geschäft der Sicherheit.

Wir, meine Damen und Herren, sind der Auffassung, dass wir das Vollzugsziel Nummer 1, nämlich die Frage, wie wir die Menschen, die wir nach vollzogener Freiheitsstrafe in die Freiheit entlassen, auf ein gesellschaftlich integriertes Leben vorbereiten,

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Herr Kollege Noll, auch weiterhin als Vollzugsziel Nummer 1 in einer liberalen und rechtsstaatlichen Gesellschaft benennen sollten.

Lassen Sie mich anhand der Großen Anfrage in ein paar wenigen Punkten noch einmal dartun, warum ich der Auffassung bin, dass diese Landesregierung dieses Vollzugsziel nicht nur verbal, sondern auch durch tatsächliches Tun verstanden hat.

Ein erster Punkt ist die Situation der Bediensteten. Auch ich weiß natürlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, worüber wir heute Morgen hier debattiert haben, und ich weiß auch, was zu den Verlautbarungen von gestern zur Finanzsituation in Bund und Land in den Zeitungen steht. Ich stelle mich deswegen auch nicht hierher und fordere 500 oder 600 neue Stellen im allgemeinen Vollzugsdienst.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Aber 50!)

Aber eines, Herr Kollege Hofer, hätte ich von dieser Landesregierung schon erwartet: Ich hätte erwartet, dass man die Stellen, die man schon im Haushalt eingestellt hat – da geht es um 40 Stellen, die wir als Landtag für den Doppelhaushalt beschlossen haben –, in Anbetracht der Überbelegung in unseren Vollzugsanstalten auch besetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das ist das Mindeste, was wir hätten tun können.

Deswegen glaube ich, dass die Landesregierung auch bei dieser Frage offensichtlich das Vollzugsziel Verwahrung

(Oelmayer)

mehr zum Primat erhebt, weil nicht einmal die Stellen besetzt werden, die schon im Etat enthalten sind.

Einen weiteren Punkt zum Thema Stellen möchte ich benennen, weil wir ja immer darüber reden und davon hören, wie toll doch Baden-Württemberg dasteht.

(Abg. Zimmermann CDU: Stimmt doch!)

Beim Verhältnis zwischen Gefangenen und Bediensteten in den Justizvollzugsanstalten stehen wir an letzter Stelle in der Bundesrepublik, meine Damen und Herren. Deswegen wäre es wirklich höchst angezeigt, wenigstens die 40 beschlossenen Stellen zu besetzen. Dieses Verhältnis zeigt auch, dass wir uns mehr um die Verwahrung als um die Sozialisierung oder Resozialisierung kümmern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte, ist das Thema Überbelegung, das natürlich unmittelbar – der Kollege hat es auch gesagt – mit der Frage zusammenhängt: Wie viel Sozialisierungs- und Resozialisierungsarbeit können wir denn leisten? Aus meinen konkreten Erfahrungen als Strafvollzugsbeauftragter, der sich einige Justizvollzugsanstalten über ausreichende Zeit hinweg angeschaut hat, darf ich Ihnen berichten, dass meines Erachtens die wesentliche Arbeit in diesen Vollzugsanstalten – und natürlich gehört den Menschen Dank, die die Arbeit dort tun, Herr Kollege Zimmermann;

(Beifall des Abg. Zimmermann CDU)

keine Fraktion in diesem Haus wird sich dieses Danks enthalten; Sie dürfen gerne an dieser Stelle klatschen –, die der allgemeine Vollzugsdienst und auch der Werkdienst in diesen Vollzugsanstalten leistet, doch daher rührt, dass es immer dann zu zwischenmenschlichen Kontakten mit Vollzugsbediensteten kommt, wenn es auch Menschen sind, die im allgemeinen Vollzugsdienst beschäftigt sind. Wir können nicht nur mehr Sozialarbeiter, mehr Psychologen und mehr Therapeuten einstellen. Es kommt auch auf die kurze Unterhaltung beim Wegschließen oder beim Aufschließen oder in anderen Situationen der Begegnung an. Aber wenn die Menschen, die dort arbeiten, für 70 Gefangene zugleich zuständig sind – meine Damen und Herren, das sollten Sie sich als Landtag einmal anschauen –, dann können sie Sozialarbeit, können sie das kleine zwischenmenschliche Gespräch, nach dem auch ein Gefangener einmal ein Bedürfnis und auf das er einen Anspruch hat, nicht mehr leisten.

Auch das zeigt, dass die Personalknappheit natürlich immer unmittelbar mit der Frage zusammenhängt: Wollen wir einen Verwahrvollzug, oder wollen wir die Menschen auf ein Leben in Freiheit vorbereiten? Wir, meine Damen und Herren, wollen das Letztere, und deswegen müssen wir in dem Bereich zumindest so weit handeln, wie es im Etat schon als beschlossen steht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Sakellariou SPD: Mindestens!)

– Allermindestens, natürlich. Auf diese Formulierung können wir uns einigen.

Ein letzter Punkt, weil wir ja gar nicht in der Lage sind, in dieser Zeit diese ganze Große Anfrage abzuarbeiten. Um dieses, meine ich, doch wichtige Thema der inneren Sicherheit, Herr Kollege Hofer – das ist keine Frage –, umfassend zu bearbeiten, möchte ich aber noch einen Punkt ansprechen. Da hat der Herr Justizminister – das will ich einräumen – in bestimmten Bereichen tatsächlich auch Neuland beschritten. Er hat dafür manchmal seinen Kopf hingehalten, manchmal hat er ihn auch eingezogen, aber das soll trotzdem ein Lob sein.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Es soll ein Lob sein, was die Frage von Haftvermeidungsstrategien anbelangt, meine Damen und Herren. Es kann ja nicht sein, dass wir bei überbelegten Justizvollzugsanstalten nur die Frage diskutieren, wann wir wie viel neue Vollzugsanstalten an welchen Standorten, die in diesem Bundesland auch nicht so einfach zu finden sind, bauen, sondern es geht um die Frage: Welche Möglichkeiten bietet denn dieser Rechtsstaat, um auch Haftvermeidungen zu ermöglichen? Da, denke ich, besteht natürlich noch ein Potenzial, auch für Ihre Nachfolgerin, Herr Minister. Aber das Thema „Schwitzen statt sitzen“ haben Sie sicherlich an verantwortlicher Stelle vorangetrieben. Das gilt auch für das „Projekt Chance“. Das sind Themen, bei denen auch unsere Fraktion Ihnen, Herr Minister, dankbar ist, dass Sie da eine Lanze gebrochen haben – vielleicht auch hinein in die CDU-Fraktion, die von solchen Projekten nicht allzu viel hält.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der FDP/
DVP)

Ein weiterer und letzter Punkt, den ich ansprechen möchte, ist das Thema „Arbeit und Ausbildung“. Hierzu wird in den Justizvollzugsanstalten in Baden-Württemberg viel getan. Auch darüber besteht zwischen uns, Herr Kollege Zimmermann, sicherlich Übereinstimmung. Es ist sicherlich auch ein ganz probates Mittel,

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

die Gefangenen auf die Freiheit vorzubereiten, indem man ihnen zum Beispiel eine Ausbildung oder einen Hauptschulabschluss ermöglicht.

Ein allerletzter Punkt, den ich ansprechen möchte – ich habe das auch schon schriftlich getan –, ist: Wir übernehmen ja die parlamentarische Kontrolle der Justizvollzugsanstalten und dessen, was das Justizministerium für diesen Bereich anordnet und verfügt. Ich habe die Strafvollzugsbeauftragten in diesem Land ja auch gebeten – ich hoffe, dass wir diese Aufgabe unter der neuen Justizministerin dann auch angehen können –, dass wir unsere Arbeit besser koordinieren und uns auch auf sachlicher Ebene gemeinsam über die Probleme unterhalten.

Insofern wäre mein Vorschlag, den ich hiermit gern wiederholen möchte: Wir brauchen keine neuen Kommissionen und keine neuen Ausschüsse, wohl aber eine bessere Koordination untereinander. Einen Erfahrungsaustausch biete ich Ihnen von meiner Seite und vonseiten meiner Fraktion aus gern an. Ich hoffe, dass Sie und die neue Justizministerin auf dieses Angebot zurückkommen werden. Ich glaube, der Strafvollzug in Baden-Württemberg braucht diese

(Oelmayer)

parlamentarische Kontrolle. In diesem Sinne bedanke ich mich schon jetzt für Ihre Bereitschaft, an diesem Projekt mitzuwirken.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Goll.

Justizminister Dr. Goll: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich begrüße ich es auch, wenn man sich mit dem Strafvollzug einmal in dieser Weise beschäftigt. Dafür bin ich Ihnen dankbar. Auf der anderen Seite bin ich nicht sicher, ob es gut ist, wenn man sich in der Weise mit ihm befasst, dass man Zerrbilder herstellt, die mit der Realität nichts zu tun haben.

Wir haben vorhin über Sparmaßnahmen geredet. Dabei ist mir etwas durch den Kopf gegangen. Herr Sakellariou, ich habe den Eindruck, zumindest Sie könnten sich bestimmte Auslandsreisen sparen. Ich traue Ihnen so viel Fantasie zu, dass Sie sich alle möglichen Zustände in anderen Ländern – vielleicht in Entwicklungsländern – und auch hier in Baden-Württemberg vorstellen können. Bei dieser Fantasie – da ergreift mich die Bewunderung – sollten Sie vielleicht kunstpolitischer Sprecher Ihrer Fraktion werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Was soll denn das bedeuten?)

– Das werden Sie gleich hören. Das hat etwas mit Fiktion zu tun, mit dem Unterschied zwischen Realität und Produkten.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sind die vielen Überstunden Fiktion?)

Darauf werde ich der Reihe nach zu sprechen kommen. Ich möchte nicht allzu lange reden, aber einige Punkte bedürfen dringend der Richtigstellung.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Dann hätten Sie den Anfang weglassen müssen!)

Noch eine Vorbemerkung: Lieber Herr Oelmayer, am Anfang hat mir schon ein bisschen der Atem gestockt, als Sie den Schutz der Allgemeinheit im Klartext im Grunde als zweitrangig bezeichnet haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Oelmayer GRÜNE: Das habe ich doch gar nicht getan!)

Da habe ich ein bisschen an die Debatte von vorhin gedacht. Dabei hat Ihre Kollegin Dederer gesagt – das ist mir noch im Ohr –: „Tun Sie doch nicht so, als ob wir von Finanzpolitik nichts verstünden.“ Da habe ich spontan gedacht: Da brauchen wir gar nicht so zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Oelmayer GRÜNE: Also, das Strafvollzugsgesetz kennen Sie auch!)

Genau so verhält es sich, wenn es in der Politik um innere Sicherheit geht.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Bei Ihrer letzten Rede hätte ich etwas mehr Originalität erwartet!)

Auf diesen Gebieten ist die grüne Fraktion, glaube ich, ohnehin nicht unser vertrauenswürdiger Ansprechpartner. Wir wollen, dass Baden-Württemberg weiter das sicherste Bundesland bleibt. Es ist, in Zahlen ausgedrückt, das sicherste Bundesland. Von Flensburg bis Konstanz ist die Zahl der Straftaten in Baden-Württemberg am geringsten. Wir wollen, dass das so bleibt. Zu diesem Erfolg trägt natürlich auch der Strafvollzug in Baden-Württemberg bei. Daran hat der Justizvollzug einen ganz erheblichen Anteil, indem die Gefangenen sicher untergebracht werden und durch qualifizierte Ausbildung erfolgreich auf ein Leben ohne Straftaten vorbereitet werden – offensichtlich besser als anderswo.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Meine Damen und Herren, der baden-württembergische Vollzug kann sich in allen entscheidenden Bereichen sehen lassen, und für diese Gesamtbilanz gibt es harte Fakten.

Beginnen wir einmal beim Personal, dem Bereich, den Sie breit thematisiert haben. Natürlich kommt es auf das Personal an, und natürlich ist es richtig – ich drücke das bewusst einmal so aus –, dass Baden-Württemberg auch beim Vollzug einen wirtschaftlich vernünftigen und sparsamen Personaleinsatz – wie in allen übrigen Bereichen der Justiz und übrigens auch der Verwaltung – hat. Das ist nichts Neues. Ich stelle aber fest, dass beispielsweise im bayerischen Vollzug weniger Personal beschäftigt ist. Das ist so. Trotzdem ist bis jetzt niemand auf die Idee gekommen – außer vielleicht die Opposition im Bayerischen Landtag – etwa zu sagen, dass der bayerische Justizvollzug unzureichend und unsicher wäre. Aber das, Verzeihung, nimmt man dort genauso wenig ernst, wie es wahrscheinlich hier der Fall sein wird.

Bei einem Vergleich mit anderen Flächenstaaten, mit denen wir uns vergleichen können – Nordrhein-Westfalen, Hessen und auch Bayern –, stelle ich fest, dass sie sich alle mittlerweile in einem engen Korridor bewegen. Das ist die Wahrheit. Alle diese Länder haben zwischen 43 und 46 Beschäftigte auf 100 Gefangene. Wir liegen bei 44. Wenn Sie da einen Unternehmensberater holten und dieser das berühmte Benchmarking machen würde, würde Baden-Württemberg überhaupt nicht auffallen. Eventuell würden allerdings andere auffallen, die dabei sind, ihr Personal abzubauen.

Sie wissen auch, dass die anderen Länder während meiner Amtszeit – wenn ich das einmal so sagen darf – ihr Personal zum Teil reduziert haben und sich unserem Durchschnitt annähern. Wir haben nicht reduziert. Wir haben den Personalbestand im Strafvollzug geschont; da beißt die Maus keinen Faden ab, daran gibt es nichts zu deuteln. Im Wesentlichen haben wir im baden-württembergischen Strafvollzug kein Personal abgebaut, im allgemeinen Vollzugsdienst und im Werkdienst sowieso nicht. Wir haben zunächst noch teilweise an Sparprogrammen im Verwaltungsbereich teilgenommen. Im Vergleich zu anderen Bereichen ist dies im Üb-

(Minister Dr. Goll)

rigen wohl auch gerechtfertigt; denn wenn wir allmählich moderne Technik anwenden, kann etwas Personal abgebaut werden. Wir haben aber auch diese Einsparungen auf die übrige Justiz verlagert, und wir haben in der Vergangenheit auch neue Stellen geschaffen. Mit anderen Worten: Wir haben den Personalbestand im Wesentlichen gehalten.

Es bleibt auch bei meinem Versprechen, dass es dann, wenn neue Haftplätze in Betrieb genommen werden, zusätzliches Personal geben muss. Ich bin zuversichtlich, dass es für die 480 neuen Haftplätze 60 neue Stellen geben wird – teilweise sind sie schon geschaffen –, die dann besetzt werden. Auch die 40 Stellen werden natürlich besetzt; das ist ganz klar. Wir nehmen dort keinen Personalabbau vor, sondern sehen zu, dass wir zu punktuellen Verbesserungen kommen. Natürlich gibt es in diesem Bereich Wünsche; das ist doch völlig klar. Aus der Sicht als Ressortminister täte ich auch manches gerne. Wir müssen aber auch ein Stück weit der Gesamtsituation Rechnung tragen, und wie die Gesamtsituation aussieht, wissen Sie.

Ich finde aber, dass es ganz wesentlich ist, dass man nicht nur über die Zahlen reden darf, sondern dass man auch darüber sprechen muss, wie man die Leute behandelt. In Ihren Beiträgen ist schon ein bisschen zu kurz gekommen,

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Wir haben keine unbeschränkte Redezeit, Herr Minister!)

dass wir in den letzten Jahren ein bundesweit einmaliges Beförderungsstrukturprogramm durchgezogen haben. Jetzt haben auch Bayern und Hessen etwas gemacht, aber mit diesem Beförderungsstrukturprogramm haben wir uns an die Spitze aller Bundesländer gesetzt. Das hätte man vielleicht auch einmal sagen können.

Mit anderen Worten: Wir honorieren unser Personal am besten und haben die Besoldung des Leitungspersonals etwas angehoben. In vier Jahren gab es über 870 Beförderungen. Im Grunde genommen kommt jeder Dritte zum Zuge. Die Wartezeiten werden verkürzt. Das ist ein einmaliges Projekt, mit dem wir dokumentieren, dass wir die Leute, die eine harte Arbeit leisten, auch ordentlich behandeln wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nur wenige Sätze zum Thema Überstunden. Auch ich sehe dieses Problem. Als ich mein Amt übernommen habe, waren die Überstundenzahlen oben, zwischendurch waren sie ganz unten, jetzt sind sie wieder oben. Sie sind durch die 40-Stunden-Woche radikal nach unten gegangen, und dann sind sie wieder hinaufgegangen. Dies hat viele Ursachen. Ich will über diese Ursachen nicht spekulieren. Die Bewegung der Überstundenzahlen nach ganz unten in den Keller und dann wieder hinauf lässt sich nicht restlos durch die äußeren Umstände erklären.

Ich habe den Vorschlag gemacht und halte diesen für sinnvoll, in Zukunft einmal durch eine Kommission den Personaleinsatz in den Anstalten unter dem Aspekt der Optimierung vergleichen zu lassen. Wie viele Überstunden entstehen, hängt natürlich auch von den Dienstplänen ab. Insofern muss man einmal schauen, wie der Personaleinsatz in den Anstalten ist, um zu sehen, wie man da noch ein Stück weit optimieren kann. Aber ich bleibe auch dabei: Gerade

wenn weitere Plätze in Betrieb genommen werden, muss auch zusätzliches Personal eingestellt werden. Das hat aber diese Seite des Hauses immer so gesehen. Deshalb stehen diese 40 Stellen ja auch im Haushalt, bevor die 480 neuen Haftplätze in Betrieb genommen werden,

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

also genau, wie es sich gehört.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Aber es kommen doch schon neue Plätze!)

– Ja, und wir haben die Stellen zur Verfügung, wenn die neuen Plätze in Betrieb gehen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Und wann werden die besetzt?)

So viel zum Thema Personal.

Mir kommt es darauf an, was mit diesem zugegebenermaßen sparsamen, wirtschaftlichen Personaleinsatz in Baden-Württemberg geleistet wird. Da schüttelt es mich natürlich schon ein wenig, lieber Herr Sakellariou, wenn Sie sagen, der Strafvollzug liege am Boden, oder von einem „sinkenden Schiff“ sprechen.

(Abg. Sakellariou SPD: Fragen Sie mal die Leute!)

Fangen wir einmal mit ein paar kleinen Erfolgskriterien an. Als Allererstes erwartet die Allgemeinheit vom Strafvollzug, dass, wenn wir jemanden einsperren, er nicht wieder herauskommt, sage ich jetzt einmal ganz einfach.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Blenke CDU)

Wir können über den Sinn des Wegsperrens eine lange Diskussion führen, auch über den Verwahrvollzug. Wir kommen gleich zur Resozialisierung. Aber als Erstes erwarte ich vom Vollzug, dass er sicher ist und dass jemand, der in den Vollzug kommt, nicht gleich wieder vor der Tür steht. Da sind die Zahlen schon erstaunlich. Das ist natürlich ein Lackmustest für eine funktionierende Belegschaft. Führen Sie sich einmal – obwohl ich bei diesem Thema immer auf Holz klopfe; das Jahr ist noch nicht zu Ende – die folgenden Zahlen vor Augen: 1995, also ein Jahr vor meinem Amtsantritt, gab es 18 Ausbrüche aus dem geschlossenen Vollzug mit insgesamt 42 Gefangenen. Dann sind die Zahlen kontinuierlich zurückgegangen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Weil Sie hauptsächlich auf Verwahrung setzen, Herr Minister! Das ist doch der Beleg!)

Im letzten Jahr haben wir zwei Ausbrüche mit drei Gefangenen gehabt

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

und in diesem Jahr bisher drei Ausbrüche. Wie ist so etwas möglich? Das ist ja innerhalb weniger Jahre nur noch ein Bruchteil des früheren Geschehens. Das ist einerseits durch moderne Technik möglich. Aber ich sage Ihnen auch deutlich: Das wäre überhaupt nicht möglich, wenn wir nicht an-

(Minister Dr. Goll)

dererseits ein aufmerksames, motiviertes Personal hätten. Das begreift doch jeder. Wenn es so wäre, wie Sie das gelegentlich darzustellen versuchen, dass dort die innerliche Kündigung komplett sei und man sich um nichts kümmern würde, dann wären diese Zahlen völlig ausgeschlossen. Im Gegenteil, die Belegschaft ist offenbar sehr aufmerksam. Sonst wäre es unmöglich, dass es bei über 8 000 Gefangenen, bei dem Umstand, dass über 20 000 jedes Jahr durch unsere Vollzugsanstalten gehen, in diesem Jahr gerade einmal drei geschafft haben, gegen den Willen der Anstalt aus der Anstalt herauszukommen. Das sind erstaunliche Zahlen, die für die Belegschaft sprechen.

(Zuruf des Abg. Blenke CDU)

– Ja, gegen den Willen der Anstalt. Das muss man sagen. Es gibt natürlich auch Ausgänge oder Ähnliches. Ein Ausbruch ist definiert als das Überwinden der Sicherungseinrichtungen. Diese sind gewaltig verbessert worden.

Aber es stimmt auch mit der inneren Sicherheit, wenn Sie so wollen, in der Anstalt. Nehmen wir doch zum Beispiel die Angriffe auf Vollzugspersonal. Diese sind doch auch ein Gradmesser. Da will ich jetzt nicht an den Zahlen kleben. Es waren am Anfang 30, und es sind jetzt 24. Das schwankt immer ein bisschen. Aber es sind in den letzten Jahren auf jeden Fall nicht mehr geworden. Oder nehmen wir die Körperverletzungen unter Gefangenen. Auch das zeigt übrigens, über welche Größenordnungen wir reden. Es hat im letzten Jahr, im Jahr 2001, 82 festgestellte Körperverletzungen gegeben. Ich fange einmal an, zu rechnen: Wir haben 20 Anstalten mit etwa 30 Außenstellen; ich lasse die Außenstellen einmal weg.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ist das ein landespolitisches Programm, jetzt die Außenstellen wegzulassen?)

Was festgestellte Körperverletzungen angeht, kommt also – statistisch gesehen – in jeder der Anstalten im Vierteljahr eine vor. Hätten Sie sich vorgestellt, dass eine solche Körperverletzung in einer Anstalt wirklich nur einmal in jedem Vierteljahr manifest wird? Es ist doch klar, dass das ein verschwindender Prozentsatz ist. Der reicht bis in Bruchteile von Promille. Und da ein Zerrbild entstehen zu lassen, als wären wir in den Anstalten der Lage nicht Herr, das finde ich fahrlässig.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Aber uns geht es nicht – wenn ich damit Herrn Sakellariou und Herrn Oelmayer ansprechen darf – um einen Verwahrvollzug.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das glaube ich Ihnen! Aber das kommt dabei heraus!)

Uns geht es nicht darum, die Gefangenen nur wegzusperren und keine Resozialisierung zu betreiben.

(Abg. Bebber SPD: Das ist das Ergebnis!)

Aber ich habe den Eindruck, dass für manche Resozialisierung immer nur Therapiegespräche und Vollzugslockerun-

gen bedeutet. Das ist es aber nicht. Wenn Sie sich an die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts aus seinem letzten Urteil zur Gefangenenentlohnung halten, dann wissen Sie, dass der baden-württembergische Weg richtig ist. Das Bundesverfassungsgericht hat uns attestiert – das hat mich besonders gefreut –, dass die Arbeit das Hauptresozialisierungsmittel ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Zimmermann CDU: So ist es! Die sinnvolle Arbeit!)

Bei diesem Hauptresozialisierungsmittel Arbeit

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Haben wir doch gar nicht bestritten!)

dürften wir aber eben wieder Bundessieger sein. Das ist das, was Sie nicht seriös darstellen. Sie tun so, als fände keine Resozialisierung statt. Die Realität ist die, dass wir beim Hauptresozialisierungsmittel Arbeit wieder Bundessieger werden. Da sind wir nicht etwa Letzter, sondern wir sind – wahrscheinlich; ich drücke mich vorsichtig aus; da kann man die Statistiken teilweise infrage stellen – jedenfalls ganz vorne. Arbeit und Bildung sind zu Recht die Hauptresozialisierungsmittel, weil sie die gesamte Persönlichkeitsentwicklung des Menschen umfassen und weil sie dazu beitragen, Selbstwertgefühl und soziales Verhalten positiv zu verändern. Die Beschäftigung von Gefangenen ist für die Eingliederung nach Beendigung des Vollzugs von zentraler Bedeutung. Sie ist damit der Schutz potenzieller Opfer. Man kann nicht genug betonen, wie wichtig ein funktionierendes System von Arbeit und Ausbildung im Vollzug ist. In diesem vollzuglichen Arbeitswesen sind bei uns nun 4 500 Gefangene unter der Anleitung von 450 Bediensteten beschäftigt. Kein anderes Bundesland hat einen größeren Werkdienst. Auch hier sind wir das Land der Schaffer, wenn Sie so wollen. Das erweist sich in seinen Wirkungen als segensreich,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

auch wenn es, wie gesagt, nicht immer allen Ihren Theorien von Resozialisierung entspricht. Wir haben ein höchst wirksames Resozialisierungskonzept. Das gilt auch für den Bereich der Bildung und Ausbildung.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das habe ich ja gesagt! Ich habe es sogar gelobt! Ich glaube, Sie haben nicht zugehört!)

– Lieber Herr Oelmayer, nachdem Sie mir offensichtlich jahrelang überhaupt nicht zugehört haben, können Sie jetzt keine allzu großen Ansprüche stellen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Meinen Sie, da lohnt es sich jetzt noch? – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Es ist nie zu spät!)

Das Bildungssystem hat zu bewundernswerten Ergebnissen geführt: 451 Gefangene haben im letzten Jahr einen Schulabschluss gemacht, die haben es geschafft. 8 Gefangene haben einen Fachhochschulabschluss erreicht.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ist doch super!)

(Minister Dr. Goll)

Das ist ein breit gefächertes System. Viele erzielten Gesellenbriefe mit sehr guten Ergebnissen. Das ist praktizierte Re-spezialisierung.

Damit kommen wir zur Belegungssituation und den Haft-plätzen. Wenn Sie so wollen, ist dies mein vorletzter Punkt. Natürlich wirkt sich die Belegungssituation, die Situation der Haftplätze unmittelbar auf die Tätigkeit im Vollzug aus. Wir haben wieder steigende Gefangenzahlen. Wir hatten im Februar 1998 einen Höchststand, danach eine Phase der Entspannung, und dann sind die Zahlen wieder angestiegen. Aber trotzdem muss man, bevor man jetzt alles wieder dramatisiert, einmal sagen: Wir hatten im Jahr 2001 theoretisch 20 Plätze mehr, als belegt waren. So war es eben: Wir haben die theoretische Belegungsfähigkeit im Jahr 2001 um 20 Plätze unterschritten. Sie sagen mit Recht, man müsse zwischen dem offenen und dem geschlossenen Vollzug unterscheiden. Aber wir könnten es uns ja einfach machen; wir könnten mehr Gefangene in den offenen Vollzug verlegen – das ist die Vollzugsform mit weniger Vorkehrungen gegen Fluchtversuche –, und wir hätten eine gleichmäßige Verteilung. Das machen wir aber nicht, weil wir Gefangene, vor denen wir die Allgemeinheit schützen wollen, im geschlossenen Vollzug unterbringen wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU)

Wenn Sie so wollen, haben wir uns dieses Problem zunächst selbst geschaffen, und anschließend lösen wir es, indem wir – schon einmal vorweg – 480 Plätze neu bauen. Dabei ist über die neue Anstalt in Offenburg noch gar nicht geredet. Wir werden im Grunde genommen – wenn Sie ehrlich und fair sind, räumen Sie das ein – zusätzlich eine riesige Zahl neuer Plätze bauen und sukzessive in Betrieb nehmen. Ich hoffe natürlich bis heute, dass sich die Gefangenzahlen so entwickeln, dass wir für diese Plätze auch die eine oder andere alte Anstalt schließen können. Das hoffe ich bis heute, aber ich habe es nicht in der Hand. Aber im Grunde genommen sind wir für jede Situation gerüstet: für die schiere Vermehrung oder auch den Austausch von Haft-plätzen. Die Gleise für die zusätzlichen Plätze sind gelegt, bis hin zu Offenburg, zum neuen Justizvollzugskrankenhaus. Die Landesregierung wird bald die Weichen stellen, dass wir das Vollzugskrankenhaus Hohenasperg verlagern und dort mehr Platz für die Sozialtherapie bekommen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Gut, sehr gut!)

Mit diesen neuen Plätzen wird sich auch das Thema Einzelunterbringung ein Stück weit relativieren.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Aber nicht viel!)

Ich darf aber aufgrund Ihrer Kritik kurz auf das Thema Einzelunterbringung eingehen. Mir ist gerade zum Bewusstsein gekommen, Herr Kollege Sakellariou – weil Sie sich in der Anstalt in Schwäbisch Hall besonders umgeschaut haben –: Als ich in Schwäbisch Hall die Einzelzellen zu einem Zeitpunkt gesehen habe, als man sozusagen noch handeln konnte, wurde mir gesagt: Wir haben hier 60 Einzelzellen und wollen zwei Betten hineinstellen, weil das zum einen viele Gefangenen wünschen und weil wir zum anderen natürlich eine entsprechende Belegungssituation haben. Ich sage Ihnen ehrlich, was ich gedacht habe, als ich in einer

solchen Zelle war. Ich bin ja für einen humanen Strafvollzug. Ich habe aber gedacht: In eine solche Zelle darf man eigentlich nicht nur einen legen. Ich hätte mich gegenüber den Steuerzahlern ein bisschen geniert, wenn ich ihnen hätte sagen müssen, wie die Einzelzellen von der Größe her aussehen. Diese Zellen waren zum Beispiel so groß, dass man gut zwei Gefangene hineinlegen konnte. Das ist nicht überall der Fall; das räume ich ein.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: In Bruchsal sieht es schon anders aus!)

Einzelzelle ist nicht Einzelzelle. Bei manchen ist es meines Erachtens in Ordnung, wenn man sie doppelt belegt.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Aber das soll die Ausnahme sein und nicht die Regel! – Abg. Zimmermann CDU: Natürlich!)

Auch ich bin dagegen, Gefangene in solchen Verhältnissen dauerhaft zusammenzupferchen; das ist völlig klar.

Auf der anderen Seite möchte ich einmal deutlich sagen: Hier ist der Eindruck erweckt worden, als seien wir in einem illegalen Zustand. Das ist nicht richtig. § 18 des Strafvollzugsgesetzes, der die Einzelunterbringung regelt, nimmt ja bewusst Rücksicht auf ältere Anstalten, und wir haben sehr viele ältere Anstalten. Ich muss Ihnen meine Meinung ganz offen sagen: Wenn dieser § 18 mit dem Anspruch auf Einzelunterbringung jemals ohne Rücksicht auf ältere Einrichtungen angewandt werden sollte, wäre ich eher dafür, das Gesetz ein Stück weit zu relativieren.

(Abg. Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Ich würde heute keinen unbedingten Anspruch auf Einzelunterbringung mehr in das Gesetz schreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Birzele SPD: Er ist nun einmal da!)

– Ja. Aber es wird noch Rücksicht genommen auf die ältere Bausubstanz. Deswegen sage ich: Wenn einmal das zutreffen sollte, was Sie sagen, nämlich dass wir rechtswidrig handeln, würde ich an diesem Punkt eher das Gesetz als die Praxis ändern. Denn ich halte die Unterbringung in Gemeinschaftszellen zu einem bestimmten Anteil aus vielen Gründen für durchaus in Ordnung. Sie wissen, in vielen Fällen machen wir das aufgrund einer Suizidgefährdung sowieso. Ich sage auch: Viele Gefangene wollen das.

(Abg. Zimmermann CDU: Sie wollen das! Sie wollen zusammenbleiben!)

Bei den anderen, die das nicht wollen, würde ich, muss ich ehrlich sagen, auch nicht in jedem Fall sofort springen und sagen wollen: Klar, hier bekommst du eine schöne Einzelzelle.

Sie haben – das stimmt schon, lieber Herr Oelmayer – mich insbesondere für die Haftvermeidungsmodelle gelobt.

(Abg. Bebbler SPD: Aber nicht übermäßig!)

– Das höre ich schon heraus.

(Minister Dr. Goll)

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das hört er! – Abg. Sakellariou SPD: Das entgeht ihm nicht! – Abg. Bebber SPD: Gegenüber Lob ist er überempfindlich!)

Wir haben in meiner Amtszeit – das darf man sagen – das Modell „Schwitzen statt sitzen“ enorm hochgezogen. Wir vermeiden heute im Jahr 100 000 Hafttage im Bereich der Ersatzfreiheitsstrafe. Wenn jemand seine Geldstrafe nicht bezahlen kann, ist es in vielen Fällen schlecht, wenn er in den Vollzug muss, weil er dort sozial entwurzelt wird. Mittlerweile sparen wir übrigens auch eine Einrichtung mit etwa 350 Plätzen dadurch, dass wir das Ableisten von gemeinnütziger Arbeit in größerem Umfang gefördert haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ganz wichtig – da möchte ich mich wie bei allen Verbesserungen bei den die Regierung tragenden Fraktionen einmal ausdrücklich bedanken – ist die Vermittlung in externe Therapien. Dieser Punkt betrifft am meisten meine eigene Fraktion, weil sie da in den letzten Verhandlungen noch etwas draufgepackt hat. Sie, lieber Herr Sakellariou, haben das ein bisschen wegwerfend behandelt, so als müssten wir ein Heer von Psychologen nur im Vollzug beschäftigen.

Die externe Therapie und die Vermittlung von Menschen in externe Drogentherapieplätze, die eigentlich nicht in den Vollzug, sondern eher in eine Therapieeinrichtung gehören, ist ein erfolgreiches Modell. Man kann diese Menschen aber auch nur dann aus dem Vollzug herausnehmen und in eine Therapieeinrichtung einweisen, wenn man, blöd ausgedrückt, jemanden hat, der das managt, der therapiert, der den Platz nachweist und der den Prozess begleitet. Wir bringen mit diesem Modell etwa 800 Häftlinge pro Jahr in Therapien.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Deswegen glaube ich schon, dass wir hier nicht nur auf irgendwelchen alten Formeln herumreiten, wie Sie das manchmal darstellen. Die Schröder'sche Formel „Sperrt sie weg!“ wurde ja zitiert. Wir machen es uns nicht so einfach, um hinterher in der Praxis festzustellen, dass es so doch nicht funktioniert. Wir haben einen sicheren Vollzug,

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

wir betreiben Resozialisierung im Vollzug, und wir beschreiten neue Wege,

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

ob es zum Beispiel bei der Therapie rückfallgefährdeter Sexualstraftäter ist, ob es beim Antigewalttraining gegenüber Jugendlichen ist – das ist eine erheblich verbreitete Praxis – oder ob es bei der Substitution bei drogenabhängigen Gefangenen ist.

Wir sind überall bereit, neue Wege zu gehen, vor allem auch im Jugendstrafvollzug, wo es vielleicht darum geht, junge Menschen davor zu bewahren, im Vollzug einen bedenklichen Knick mitzubekommen. Sie wissen, dass wir mithilfe der Zukunftsoffensive Junge Generation schon ein „Projekt Chance“, mit dem wir jungen Leuten eine Chance geben

können, auf die Bahn gebracht haben. Ich freue mich – nachdem es eine Zeitlang so aussah, als könne man in Baden-Württemberg ein solches Projekt nicht etablieren –, dass wir vermutlich zwei solche Projekte etablieren werden und dass eine zweite Maßnahme dieser Art, mit der wir neue Wege begehen, dank der Landesstiftung Baden-Württemberg – sonst wäre es nicht möglich – zustande kommen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie, dass ich meine voraussichtlich letzte Rede in diesem Haus – wenn Sie mich nicht weiter provozieren –

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Wer weiß? – Abg. Scheuermann CDU: Das kann man nie wissen! – Abg. Blenke CDU: Never say never! Sag niemals nie! – Abg. Bebber SPD: Wir wollen Sie nicht provozieren!)

mit einem Dank und einer Bitte abschließen. Das ist natürlich speziell auf dieses Thema konzentriert, um das es gerade ging.

Meine Damen und Herren, ich habe nach meinem Amtsantritt im Jahr 1996 sehr schnell erkennen können, dass sich der baden-württembergische Justizvollzug den gesellschaftlichen Veränderungen stellt. Ich war damals auch gespannt. Das wären Sie auch, wenn Sie jetzt in die Vollzugsanstalten hineinkämen. Ich war immer beeindruckt darüber, welche Ordnung dort herrscht und wie man eigentlich sofort Vertrauen in die Anstalt haben kann. Die Sache funktioniert. Da hatte man sofort das Gefühl: Die Leute begreifen ihre Aufgabe als wichtig und verantwortungsvoll.

Der Strafvollzug in Baden-Württemberg, meine Damen und Herren, hat sich durch eine Diskussion in der Belegschaft selbst ein Leitbild gegeben. Ich finde, das ist eine tolle Sache. Das hat noch längst nicht jedes Unternehmen. Das gilt als modern. Der baden-württembergische Strafvollzug hat sich selbst eine Leitbilddiskussion verordnet – so sage ich das jetzt einmal – und sich selbst ein Leitbild gegeben.

Gemäß diesem Leitbild bringen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre persönlichen Fähigkeiten und Begabungen engagiert in die schwierige Arbeit mit den Gefangenen ein. Sie übernehmen Verantwortung und arbeiten vertrauensvoll zusammen. Sie nehmen die Gefangenen ernst, gehen ehrlich und menschlich mit ihnen um und sind sich ihrer Vorbildwirkung bewusst. Aber vor allem ist auf sie, meine Damen und Herren, in allen Belangen Verlass.

Ich möchte mich deshalb an dieser Stelle sehr herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im baden-württembergischen Justizvollzug für ihr Engagement bedanken und bitte die anwesenden Anstaltsleiter, diesen Dank entgegenzunehmen. Gerade die Führung ist ja ganz wichtig. Wir freuen uns, in Baden-Württemberg qualifizierte Anstaltsleiter zu haben, die nicht überbezahlt sind. Das ist zur Sprache gekommen. Das ist richtig. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU, der FDP/DVP und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD)

(Minister Dr. Goll)

Meine Damen und Herren, die schwierige und wichtige Arbeit im Justizvollzug verdient natürlich uneingeschränkt Anerkennung und Unterstützung. Sie haben es durch Ihren Beifall zum Ausdruck gebracht. Die im Vollzug Tätigen brauchen angemessene Rahmenbedingungen für ihre Arbeit. Das ist nun meine Bitte: Ich bitte Sie herzlich, den Justizvollzug in Baden-Württemberg auch weiterhin materiell zu fördern und ideell zu unterstützen.

Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Bebber SPD: Der Finanzminister ist nicht da! – Abg. Zimmermann CDU: War das jetzt Ihre Abschiedsrede? – Abg. Pfister FDP/DVP steht auf und gibt Minister Dr. Goll die Hand. – Abg. Bebber SPD: Küsschen, Küsschen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister Dr. Goll, Sie haben es schon selbst gesagt: Dies war vermutlich Ihre letzte Rede hier im Plenum.

(Abg. Sieber CDU: Man kann nie wissen!)

Sie haben noch einmal Ihre sprudelnde Redelust unter Beweis gestellt. Ich möchte diese Gelegenheit gern zum Anlass nehmen, um Ihnen namens des Landtags von Baden-Württemberg Dank und Anerkennung für Ihren Einsatz auszusprechen. Sie haben hervorragende Arbeit für unser Land geleistet, indem Sie mit Augenmaß, aber auch mit sehr viel Mut Politik gestaltet haben. Das hat sich für unser Land doch als sehr erfolgreich erwiesen. Außerdem haben Sie sich mit Ihrer verbindlichen, aber dennoch sehr offenen und sehr ehrlichen Art den Respekt aller Parlamentarier erworben, sowohl von den Regierungsfractionen – was in der Regel einfacher ist – als auch von der Opposition – was in der Regel schwieriger ist; aber es ist Ihnen gelungen.

Ich bin sicher, alle Parlamentarier bedauern Ihr Ausscheiden aus diesem Hause. Ich möchte Ihnen im Namen von uns allen für Ihre weitere Tätigkeit und für Ihre Zukunft viel Glück und alles Gute wünschen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das Wort in der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Sakellariou.

(Unruhe – Zuruf von der CDU: Jetzt aber ein Lob für den Minister! – Abg. Zimmermann CDU: Jetzt loben!)

Abg. Sakellariou SPD: Ich fasse mich jetzt wirklich ganz kurz.

Ich finde es schade, dass schon jetzt das Lob an den Minister ausgesprochen worden ist, bevor die Aussprache zu Ende war.

Es wurde gesagt, ich hätte ein Zerrbild gezeichnet. Deswegen noch drei Punkte.

(Abg. Capezzuto SPD: Hast du keinen Hunger?)

Herr Minister, Sie haben gesagt, Sie seien stolz darauf, dass Sie keine Stellen im Strafvollzug abgebaut hätten. Dazu kann ich nur sagen: Wo hätten Sie sie denn abbauen sol-

len? Es wäre doch gar nicht mehr möglich, im baden-württembergischen Strafvollzug überhaupt noch eine Stelle abzubauen. Darauf können Sie doch gar nicht stolz sein. Das war das absolute Minimum, was Sie zu machen hatten.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Der zweite Stichpunkt: Überbelegung. Sie haben gesagt, auf die ältere Bausubstanz müsse Rücksicht genommen werden, damit § 18 des Strafvollzugsgesetzes vollends zur Geltung kommen könne. Es ist aber so, dass zum Beispiel in Schwäbisch Hall gerade die neuen Zellen schon auf neun Quadratmeter ausgelegt werden und insofern schon einkalkuliert ist, dass diese Einzelzellen für den Mehrfachvollzug vorgesehen sind. Das heißt: Dort wird sehenden Auges gegen § 18 des Strafvollzugsgesetzes verstoßen.

Drittens, zum Zerrbild. Ich will noch einmal sagen: Auch ich bin in den Strafvollzugsanstalten gewesen. Das, was ich hier wiedergegeben habe, worüber ich hier berichtet habe, ist doch das Ergebnis der Gespräche mit den Bediensteten, die Sie gerade so wortreich gelobt haben. Insofern ist es eine Missachtung der Bedürfnisse dieser Personen, sie auf der einen Seite zu loben, auf der anderen Seite, wenn ihre Bedürfnisse so vorgetragen werden, wie ich es gemacht habe, dies als Zerrbild zu bezeichnen. Denn wir haben doch tatsächlich Gewalttaten im Strafvollzug. Die Hälfte der 690 Übergriffe von Gefangenen untereinander aus den letzten zehn Jahren stammen aus den letzten vier Jahren. Das heißt: Es ist eine exorbitante Steigerung zu sehen.

Und das ist nur die Spitze des Eisbergs. Ich war letztes auf einer Tagung im Landtag in Mainz, in der gerade dieser Bereich beraten wurde. Eine Folge der unzureichenden Personalausstattung im Vollzug ist es gerade, dass die Straftaten – und das sind oft schwerste Straftaten –, die im Vollzug begangen werden, gar nicht aufgedeckt werden. Das ist ja das Problem. Wir bräuchten ja eine Aufdeckung, damit wir in dieser Beziehung etwas machen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist also kein Zerrbild. Wir haben hier wirklich ernsthafte Probleme im personellen Bereich.

(Beifall bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Mahlzeit!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Kann ich davon ausgehen, dass die Große Anfrage Drucksache 13/566 durch die Aussprache erledigt ist? – Das ist der Fall.

Ich schlage vor, dass wir jetzt in die Mittagspause eintreten, und unterbreche die Sitzung bis 14:15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:09 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:15 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 13/1475

Ich rufe die Mündliche Anfrage auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Herbert Moser SPD – Änderung des Erschließungsbeitragsrechts zur Vermeidung von Härten durch Mehrfacherschließungen

Das Wort zur Verlesung seiner Anfrage erhält Herr Abg. Moser.

Abg. Moser SPD: Vielen Dank, Herr Präsident. Ich danke auch Ihnen, die sich die Mühe gemacht haben, heute um diese Zeit zu kommen.

Ich frage die Landesregierung:

- a) Bis wann wird die in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 20. März 2002 für den Herbst 2002 angekündigte Einbringung eines Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Novellierung des Kommunalabgabengesetzes mit einer entsprechenden Neufassung des Erschließungsrechts erfolgen?
- b) Warum hat das zuständige Finanzministerium die Überarbeitung des Landesgebührengesetzes, dessen Änderungen bei der Novellierung des Kommunalabgabengesetzes berücksichtigt werden müssen, noch nicht vollzogen?

(Abg. Capezzuto SPD unterhält sich mit Abg. Hauk CDU)

– Hast du es begriffen?

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das ist aber ein schwieriges Thema!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erhält Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die beiden Fragen des Herrn Abg. Moser wie folgt:

Zu Frage a: Das Wirtschaftsministerium hat einen Referentengesetzentwurf zur landesrechtlichen Neuregelung des Erschließungsbeitragsrechts und zur Neufassung des Kommunalabgabengesetzes erarbeitet. Dieser Entwurf ist bereits mit den kommunalen Landesverbänden und den berührten Ressorts vorabgestimmt. In dem Gesetzentwurf sollen noch die Neufassung der Abgabenordnung vom 1. Oktober 2002 sowie die unter der Federführung des Finanzministeriums geplante Neufassung des Landesgebührengesetzes berücksichtigt werden. Wir streben an, den Gesetzentwurf zur Novellierung des Kommunalabgabengesetzes und damit der landesrechtlichen Neuregelung des Erschließungsbeitragsrechts dem Ministerrat bis Ende dieses Jahres vorzulegen. Nach Abschluss des Anhörungsverfahrens soll der Gesetzentwurf im ersten Quartal 2003 im Landtag eingebracht werden.

Zu Frage b: Der Gesetzentwurf zur Neuregelung des Landesgebührenrechts ist inzwischen fertig gestellt. Der Ministerrat wird sich mit dem Entwurf am nächsten Dienstag, dem

19. November 2002, befassen und ihn voraussichtlich den betroffenen Verbänden zur Anhörung zuleiten. Dieser Gesetzentwurf soll ebenfalls im ersten Quartal 2003 im Landtag eingebracht werden.

(Abg. Moser SPD: Ich danke für die klare Antwort!
– Abg. Capezzuto SPD: Keine Zusatzfragen?)

Stellv. Präsident Birzele: Keine Zusatzfragen? – Damit ist die Fragestunde erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 2. Juli 2002 – Bericht über die Europapolitik der Landesregierung im Jahre 2001/2002 – Drucksachen 13/1141, 13/1376

Berichterstatter: Abg. Mack

Das Wort in der Aussprache erhält Herr Abg. Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben einen sehr umfassenden Bericht über die Europapolitik der Landesregierung vorgelegt bekommen. Wir waren uns im Ausschuss darüber einig, dass der Bericht sehr kompetent ist und ein sehr sachkundiges Kompendium darstellt. Ich möchte deshalb an erster Stelle der Landesregierung, insbesondere den Mitarbeitern, für dieses umfassende und sachkundige europapolitische Berichtswerk danken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sind sicherlich, was das Thema Europapolitik angeht, in einer spannenden Phase, denn wir befinden uns in der Schlussphase der Erweiterungsverhandlungen, und wir befinden uns zum Zweiten in der Konkretisierung der Arbeit zum EU-Konvent. Beides prägt derzeit die Europapolitik. Die Aufnahme zehn neuer Mitglieder in die EU und die Erarbeitung eines Verfassungsvertrags werden das Gesicht des Kontinents nachhaltig verändern. Die neue europäische Ordnung, deren Aufbau mit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums 1989 in Angriff genommen wurde, gewinnt nun Gestalt.

In beiden Feldern – sowohl bei der Erweiterung als auch bei der Diskussion über die Verfassung, also im Konvent – hat die rot-grüne Bundesregierung allerdings in den letzten Monaten deutschen Einfluss verspielt oder nicht wahrgenommen. Die Erweiterungsverhandlungen über die Agrarstruktur- und Finanzpolitik waren von deutschen Bremsversuchen begleitet und mündeten in einen von Bundeskanzler Schröder persönlich verantworteten Agrarkompromiss, über den die „Financial Times“ urteilt – ich zitiere wörtlich –: „Schröder hat nicht verstanden, wie Chirac ihn ausgetrickst hat.“ So weit die „Financial Times“ in diesem Zusammenhang.

Meine Damen, meine Herren, die Schlussphase der EU-Erweiterungsverhandlungen liegt vor uns. Der Ausgang des zweiten irischen Referendums zur Ratifikation des Vertrags von Nizza öffnet formal den Weg für den Beitritt der zwölf Staaten Mittel- und Osteuropas sowie Maltas und Zyperns, mit denen derzeit Beitrittsverhandlungen geführt werden.

(Dr. Reinhart)

Wir wissen: Was Anfang der Neunzigerjahre unter maßgeblichem Einfluss von Helmut Kohl in die Wege geleitet worden ist, kann nun in kurzer Zeit Wirklichkeit werden. Die Vereinigung des europäischen Kontinents, die nach Ende des Zweiten Weltkriegs von der damaligen Sowjetunion unter Stalin verhindert worden ist, kann Wirklichkeit werden. Jetzt entsteht ein einheitlicher Wirtschaftsraum mit mehr Einwohnern, mehr Landfläche und mehr Potenzial als der gesamte US-amerikanische Markt.

Freizügigkeit ist hier ebenfalls keine Einbahnstraße mehr. Heute arbeiten bereits mehr Deutsche in der Tschechischen Republik als Tschechen in Deutschland. Das Ob der Vereinigung Europas ist mittlerweile unstrittig. Über das Wie ist derzeit zu reden. Der Fahrplan steht. Beim Gipfel in Kopenhagen sollen die Verhandlungen mit zehn Ländern – Bulgarien und Rumänien müssen noch warten – abgeschlossen werden, und am 16. April 2003 sollen in Athen die Beitrittsverträge unterzeichnet werden.

Damit kann voraussichtlich bereits im Sommer 2004 die Europawahl in allen Staaten Europas inklusive der neu beigetretenen Staaten – somit also in 25 Staaten – stattfinden.

(Abg. Bebbler SPD: Gibt der Herr Minister seinen Bericht ab?)

Meine Damen, meine Herren, wir haben über diese Fragen im Ständigen Ausschuss gesprochen, auch was die Zukunft Europas angeht, und es wird sicherlich noch bedeutsam sein, was die Zypernfrage, aber auch was die Frage des Verhältnisses zur Türkei angeht. Denn mit der Verleihung eines vom Vertragswerk gar nicht vorgesehenen Beitrittskandidatenstatus für die Türkei war der Weg kritisch. Wir haben seitens der Union bundesweit diesbezüglich – das wissen Sie – einen anderen Vorschlag; denn mit dem jetzigen Weg ist nicht stabilisiert, sondern nur belastet worden. Wir sagen: Als Partner an der Seite der EU ist die Rolle der Türkei gewichtiger, wenn man ihr eine besondere, privilegierte Partnerschaft unterhalb des Beitritts anbietet. Dann ist die Türkei nicht nur einer von 25 Staaten, sondern dann hat sie einen zukunftssträchtigen besonderen Status.

(Abg. Bebbler SPD: Meinen Sie, die merken das nicht?)

Ich will hier aber vor allem, meine Damen, meine Herren, auf den EU-Konvent eingehen. Wir haben mit Erwin Teufel Gott sei Dank einen Vertreter des Bundesrats in diesem Konvent. Denn uns in den Länderparlamenten müssen natürlich auch die Rechte der Länderparlamente und damit auch die föderalen Interessen am Herzen liegen. Bei diesem Konvent geht es jetzt um die Grobgliederung des Verfassungsentwurfs, der bis zum nächsten Frühjahr als Gerüst mit Inhalt gefüllt werden muss.

Meine Damen, meine Herren, wir waren uns im Ausschuss über alle Parteigrenzen hinweg darin einig, Herr Kollege Maurer, dass gerade dem föderalen Interesse und den Kompetenzen der Länderparlamente, auch via Bundesrat, Rechnung getragen werden muss. Damit kommen wir zum Stichwort Subsidiarität; denn das ist die zentrale Bedeutung für die EU. Erwin Teufel hat in seiner Rede im Konvent mit Nachdruck darauf hingewiesen:

Wir würden uns freuen und müssen als Länderparlamente daran interessiert sein, dass auch ein eigenes Klagerecht für die Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis positiv im Abschlussbericht möglich wird. Wir sollten als Land daran unverändert festhalten. Die Arbeitsgruppe schlägt ja auch ein Klagerecht jeder Kammer der nationalen Parlamente vor. Ich meine, das ist das Mindeste, was wir zur Subsidiaritätskontrolle erreichen müssen. Ferner wäre auch sinnvoll eine gerichtliche Kontrolle.

Ich darf in diesem Zusammenhang, Herr Präsident – Herr Kollege Birzele war dabei, Herr Kollege Theurer war dabei und auch Herr Kollege Oelmayer –, darauf hinweisen, dass wir gerade kürzlich in der Lombardei ein Treffen hatten, bei dem es darum ging, dass in diesem Verfassungskonvent die Rechte der Länder, der Regionen ebenfalls Beachtung finden. Das geht nur über den Weg einer klaren Kompetenzabgrenzung, und zwar in jede Richtung. Wir werden sicherlich in Zukunft auch parallel dazu das Thema „Bund/Länder, Föderalismusreform“ diskutieren müssen. Von oben nach unten, aber auch von unten nach oben muss kontrolliert werden, dass die Rechte der Länder nicht ausgehöhlt werden.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein wichtiger Gesichtspunkt, der uns auch in den nächsten Tagen, insbesondere morgen, wenn wir einen ganzen Tag eine Anhörung zum Thema „Konvent zur Zukunft Europas“ veranstalten, begleiten muss, bewegen muss. Denn ich denke, wir müssen ein Auge darauf haben.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Zwei!)

Für die Vorschläge für das Abschlussdokument bedeutet das ganz konkret – und da nehme ich Bezug auf den Ministerpräsidenten –: Die nationalen Parlamente müssen im Rahmen eines Frühwarnsystems gleichermaßen Verstöße gegen das Subsidiaritätsprinzip wie auch gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz wie auch gegen die Kompetenzordnung rügen können. Das muss konsequenterweise auch für eine gerichtliche Kontrolle gelten. Denn unter diesen 25 Ländern sind Staaten, wie zum Beispiel Deutschland, in denen die Länder Staatscharakter haben. Dort ist ein anderes föderales Interesse gegeben, und wir müssen dafür sorgen, dass diese Rechte der Länder gewahrt bleiben. Damit ist es wichtig, die Rolle der Regionen in der künftigen europäischen Verfassungsordnung auch im Konvent – damit mit den jetzt vorgesehenen Änderungen – zu diskutieren, damit diese dort auch Einfluss nehmen können.

Meine Damen und Herren, die EU-Erweiterung eröffnet wichtige Chancen auch für den Mittelstand. Gerade ein Land wie Baden-Württemberg, das exportorientiert ist, erhält durch die Erweiterung um zehn Länder in Osteuropa Möglichkeiten. Nach der Einführung des Euro steht damit der nächste große Integrationsschritt vor uns, die Eingliederung dieser zehn Staaten aus Mittel- und Osteuropa sowie Zyperns und Maltas, ein Binnenmarkt mit 500 Millionen Verbrauchern. Seit es die Beitrittsperspektive für diese Länder gibt, sind die Exporte der EU jährlich um 30 % und die Importe von dort jährlich um 25 % gestiegen. Von diesem Trend profitiert insbesondere auch unser exportstarkes

(Dr. Reinhart)

Land Baden-Württemberg. Denn während unsere Exporte zwischen 1993 und 2000 pro Jahr insgesamt um 9 % zunahmen, wuchsen die Exporte in die MOE-Staaten, also die mittel- und osteuropäischen Staaten, im gleichen Zeitraum um 17 %. Damit haben sich die Exporte in diese Staaten mehr als verdreifacht. Auch das sollten wir den Skeptikern dieser europapolitischen Entwicklungen sagen.

Die Landesregierung – das ist im Europabericht angesprochen – hat ein Zehnpunkteprogramm veröffentlicht, das ich für wichtig erachte. Ich möchte kurz die wesentlichsten Punkte ansprechen und hierbei auch dem Minister für europäische Angelegenheiten, Dr. Palmer, ein Kompliment machen für eine sehr fachkundige und fundierte Arbeit, bei der er die Landesinteressen mit Vehemenz vertreten hat.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Theurer FDP/
DVP – Abg. Rück CDU: Hervorragend!)

Wir haben darauf hingewiesen, dass die Umstellung auf den Euro zum 1. Januar dieses Jahres auch zu einem Erfolg für den Europagedanken geworden ist. Vor allem müssen ehrliche Verhandlungen mit den EU-Beitrittskandidaten geführt werden.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Darüber hinaus soll die Reform der EU gerade im Konvent in einer großen politischen Debatte anstatt in geheimer Kabinettspolitik stattfinden. Erwin Teufel ist im Konvent ein wichtiger Vertreter unserer Interessen.

Ferner können die Europawahlen 2004 zu einem politischen Meilenstein werden, insbesondere wenn 25 Länder mit einem gemeinsamen Wahlrecht diese Wahlen durchführen.

Die Reform der EU-Struktur- und -Agrarpolitik an Haupt und Gliedern ist nötig. Gerade die Zeit bis zur nächsten Reform im Jahr 2005 muss jetzt genutzt werden, um eine Reform der EU-Agrarpolitik verstärkt durchzuführen, damit sie uns vor allem wieder Spielräume – national und regional, also auch im Land Baden-Württemberg – eröffnet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg.
Beate Fauser FDP/DVP)

Wir brauchen eine Europafähigkeit als Richtschnur. Wir sollten auch in Brüssel die Aktivitäten bündeln. Dort werden wir ja an einem zentralen Sitz vor Ort präsent sein. Baden-Württemberg in seiner Grenzlage innerhalb Europas kann damit ein europapolitischer Motor in Deutschland sein – vor allem auch über den Ausschuss der Regionen, in dem dieses Parlament, auch vertreten durch das Präsidium, schon viel Einfluss genommen hat.

Es wird auch um Partnerschaften – kommunale Partnerschaften, Städtepartnerschaften, Schulpartnerschaften – als Grundlage eines Europas der Bürger gehen.

All das verbindet die Menschen. Damit kann Europa für die Bürger sichtbar werden.

Lassen Sie mich zum Schluss auf Folgendes hinweisen, meine Damen und Herren: Wir haben dieses Jahr „50 Jahre Baden-Württemberg“ gefeiert. Aber 1952 ist nicht nur das sehr erfolgreiche Land Baden-Württemberg, sondern auch die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, EGKS, ge-

gründet worden. Sie war eine Initiative von Robert Schumann, Jean Monnet und Konrad Adenauer. Europa hat seitdem große Fortschritte gemacht. Wir sind noch nicht am Ziel. Dieses Ziel zu erreichen, ist nun unsere weitere gemeinsame Aufgabe. Dabei sollten wir uns an das Wort von Jean Monnet erinnern: „Nichts ist möglich ohne die Menschen, nichts dauerhaft ohne Institutionen.“

Gehen wir diesen gemeinsamen europäischen Weg weiter – selbstbewusst, aber nicht überheblich, ehrgeizig, aber auch mit Geduld. Dann werden wir dieses Ziel erreichen. Wir werden es bereits morgen mit der öffentlichen Anhörung des Ständigen Ausschusses zum Thema „Konvent zur Zukunft Europas“ weiter angehen.

Ich möchte deshalb abschließend der Landesregierung nochmals für den sach- und fachkundigen Europabericht herzlich danken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Maurer.

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ausführungen meines Vorredners waren in geradezu begnadeter Weise unpolemisch.

(Abg. Blenke CDU: Qualifiziert!)

– Lassen Sie mich doch einmal ausreden! Jetzt wollte ich Herrn Dr. Reinhart gerade loben – ehrlich –, und schon kommt Herr Blenke und ruft dazwischen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Bebber
SPD: Er kann halt nicht anders!)

Ihre Ausführungen, Herr Reinhart, waren erstaunlich unpolemisch und phasenweise so wehevoll, dass ich instinktiv auf den Einzug eines Streichorchesters gewartet habe.

(Abg. Theurer FDP/DVP: „Freude, schöner Götterfunken“!)

– Ja.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Sie können ja anstimmen!)

Es gab ja nur ein oder zwei vorsichtig vorgetragene Passagen. Sie haben es nicht unterlassen können, sich an dem verehrten Herrn Bundeskanzler und an der deutsch-französischen Freundschaft zu reiben.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Er ist halt über den Tisch
gezogen worden!)

Ich will Ihnen einmal vorlesen, was der von Ihnen gepriesene Europaminister ausweislich des Berichts über die Beratungen des Ständigen Ausschusses ausgeführt hat:

Hierzu müsse die neue Bundesregierung baldmöglichst Verhandlungen mit Frankreich führen; denn nur dann, wenn auf diesen Gebieten bis Dezember einheitliche Auffassungen erreicht worden seien, könne eine Entscheidung des Europäischen Rats in Kopenhagen erwartet werden, die die Einhaltung des vorgesehenen Zeitplans gewährleiste.

(Maurer)

Nun hat Herr Schröder das gemacht, was Herr Palmer wollte. Das ist auch wieder nichts.

(Zuruf von der CDU: Das „Wie“ ist immer entscheidend!)

Es ist doch völlig klar, dass alles, was Ihnen und uns am Herzen liegt, nur auf der Basis einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich funktionieren wird. Für Sie wird kein Geheimnis sein, dass gerade wir Deutschen ein sehr viel stärkeres Interesse daran hatten, eine Agrarpolitik durchzusetzen, die mehr verbraucherorientiert ist, die mehr an ökologischer Qualität orientiert ist – das sage ich ganz offen. Wir haben unsere Bedenken in Teilen zurückgestellt, weil die deutsch-französischen Beziehungen als Voraussetzung für das Gelingen des europäischen Einigungsprozesses von uns höher bewertet worden sind als unsere fachlichen Anliegen. Dies sollten aber gerade Sie nicht kritisieren. Denn Sie sind in ökologischen Fragen ja wesentlich zurückhaltender und, gestützt auf die Bauernverbände, eigentlich immer viel verträglicher gewesen, was die bisherige europäische Agrarpolitik angeht. Sehen Sie es mir nach: Das war Ihre einzige Entgleisung.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Das war die „Financial Times“, die ich zitiert habe!)

Ich finde, die Frage der deutsch-französischen Einigung über das Thema Agrarmarkt wird eigentlich eher von dem berührt, was Sie so zum Besten geben, während wir uns eher ein bisschen verbogen haben – wie gesagt wegen des überragenden Interesses, das wir am Zusammenhalt zwischen Deutschland und Frankreich und am europäischen Prozess insgesamt haben.

Nun will ich mich aber nicht in den weihewollen Sphären – ich glaube, da sind wir uns einig – bezüglich der europäischen Einigungsidee verirren, sondern insbesondere nach der opulenten Parteitagrede des Kollegen Teufel von heute Morgen, die uns alle erschöpft hat –

(Abg. Rüeck CDU: Begeistert! Zukunftweisend!)

– Ich bin von meinem Vorredner deshalb so angenehm überrascht,

(Abg. Blenke CDU: Sie waren noch nie auf einem Parteitag bei uns!)

weil ich gedacht habe, dass wir jetzt in eine Phase ununterbrochenen Wahlkampfes eintreten. Gott sei Dank scheint Sie diese Phase noch nicht ganz erreicht zu haben.

Nach dieser opulenten Parteitagrede sollten wir versuchen, über ein paar konkrete Dinge zu sprechen. Die Menschen erwarten von uns angesichts der tiefen ökonomischen Krise nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten westlichen Welt nicht parteipolitisches Gezänk, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern sie erwarten verantwortungsvolle Zusammenarbeit und Ringen um konstruktive Lösungen. Ich finde, dass wir wenigstens bei der Europafrage auf diesem Kurs bleiben sollten.

Sie haben es kurz angetippt: Wir sind in einer entscheidenden Phase, was die Ausarbeitung einer europäischen Ver-

fassung angeht. Der Präsident des Konvents hat aus meiner Sicht erstaunlich weit reichende Vorschläge gemacht, was den europäischen Einigungsprozess betrifft. Ich halte dies für eine große Chance. Wir sollten diese große Chance den Menschen in unserem Lande darstellen. Was uns zurzeit im Mehltau von Negativerwartungen in der gesellschaftlichen Diskussion in Deutschland fehlt, sind positive Visionen, mit denen wir den Menschen signalisieren können, dass es berechnete Zukunftshoffnungen gibt. Eine der ganz positiven Visionen, die Zukunftshoffnungen auslösen können, ist in der Tat der europäische Einigungsprozess. Es ist völlig klar: Es wird nicht möglich sein, auf der Ebene der alten Nationalstaaten, auch nicht der mittelgroßen Nationalstaaten, in den anarchischen Prozess auf den internationalen Finanzmärkten Regeln einzuziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es wird auch nicht oder nur sehr begrenzt möglich sein, sich mit nationaler Konjunkturpolitik aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten zu befreien. Was wir brauchen, ist eine gemeinsame europäische Politik für Wachstum und Beschäftigung. Nur die Europäische Union insgesamt ist in der Lage, eine Finanz- und Wirtschaftspolitik zu formulieren und durchzusetzen, die tatsächlich wieder Wohlstand, Prosperität und auch mehr Sicherheit für die Menschen garantiert. Wir sollten unserer Bevölkerung sagen, dass das Vorantreiben der europäischen Einigungsidee eine der zentralen Voraussetzungen dafür ist, dass es auch mit den einzelnen Nationalstaaten in Europa wirtschaftlich wieder aufwärts geht.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen herrscht auch in Deutschland ein großes Gejammer über die Alleingänge der Vereinigten Staaten und ihr imperiales Gehabe. Ich spreche das ganz offen an. Ich glaube, dass da auch schwere Fehler gemacht werden. Nur: Mit dem Gejammer fange ich nichts an. Das Gejammer müsste in eine positive Antwort münden. Die positive Antwort – das sage ich sehr klar – ist, dass wir die Europäische Union sehr rasch zu einem föderalen Bundesstaat entwickeln müssen, der über ein eigenes Konzept der Außen- und Sicherheitspolitik verfügt, der eine europäische Armee aufbaut, der ein europäisches Grenzregime hat, der eine europäische Grenzpolizei hat und der als ein Block auch in den internationalen Organen auftritt.

(Beifall bei der SPD)

Die Zukunft des Nordatlantischen Verteidigungspakts, nachdem der große, böse Feind Warschauer Pakt weggefallen ist, kann nur eine Zukunft der gleichberechtigten Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten sein. Das ist die konstruktive Antwort, anstatt sich wehleidig zurückzuziehen und zu sagen: „Das ist alles ganz schlimm, was die Amerikaner da treiben.“ Das ist zum Teil auch schlimm. Die Antwort muss sein: Europa muss auch außenpolitisch und militärisch so selbstbewusst in seinen Kräften sein können, dass es als gleichberechtigter Partner auftreten kann. Das ist die Antwort, die wir dieser internationalen Situation schulden, die wir heute so sehr beklagen.

(Beifall bei der SPD)

(Maurer)

Ich finde es richtig, lieber Kollege, dass Sie und auch der ehrenwerte Herr Ministerpräsident immer wieder betonen, wie wichtig es angesichts des europäischen Verfassungsprozesses sei, den föderativen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten. Aber das darf nicht die ausschließliche Botschaft sein, die von uns ausgeht. Vor allem ist es eine Botschaft, die, denke ich, immer so abwartend-skeptisch wahrgenommen wird. Wenn ich die Diskussion höre, auch die entsprechenden Beiträge des Ministerpräsidenten, habe ich immer das Gefühl, man hat eigentlich Angst vor diesem europäischen Einigungsprozess. Man ist ängstlich darauf bedacht, keine Kompetenzen zusätzlich abgeben zu müssen. Man ist ängstlich darauf bedacht, sich irgendwelche Klagerechte zu sichern.

Ich sehe das völlig anders. Ich sage Ihnen – da haben wir ja vielleicht eine gemeinsame Meinung –, wenn es eine Chance gibt, den Fehlentwicklungsprozess im deutschen Bundesstaat mit einer immer stärkeren Verlagerung auf den Bund und einer Auflösung von Kompetenzen der Länder zu korrigieren, dann gibt es diese Chance genau jetzt, genau im Zusammenhang mit diesem Prozess der Ausarbeitung einer europäischen Verfassung. Jetzt ist der Moment, in dem die Zuständigkeiten neu überdacht werden müssen.

Deswegen ist es wichtig, dass wir jetzt Tempo und Druck machen – wir werden ja auch einen interfraktionellen Antrag haben –, um zu einer Neubefestigung des föderativen Aufbaus der Bundesrepublik Deutschland im Zuge dieses europäischen Einigungsprozesses zu kommen. Da können wir in der Tat eine riesengroße Koalition schließen – das ist mein Eindruck, das deutet sich auch an –, aber, wie gesagt, nicht aus Angst vor Brüssel, sondern aus der Erkenntnis, dass der Verfassungsprozess in Europa die Voraussetzung und die Chance dafür ist, dass wir das, was an Fehlentwicklungen in Deutschland stattgefunden hat, auch wieder korrigieren werden.

Um es unter Bezug auf die aktuelle Finanzdebatte konkret zu machen, lieber Kollege: Ich habe ein Interview des Herrn Landtagspräsidenten gelesen. Der Tenor war: „Am besten wäre es, wir hätten wieder autonome Steuern für die Länder.“

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Das wäre auch am besten!)

Ein kühnes Wort! Das unterschreibe ich. Nun frage ich Sie einmal: Wie wäre es denn, wenn Sie den Vorschlag anderer Länder zur Wiedereinführung der Vermögensteuer und das Thema Erbschaftsteuer zum Gegenstand der Länderautonomie machen würden?

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ich mache Ihnen einmal diesen Vorschlag. Wenn es denn so wichtig ist – das finde ich auch –, wieder zunehmend eine eigene Steuerhoheit der Länder zu begründen, um den föderativen Aufbau zu stärken, dann lassen Sie uns doch die Vorschläge, die jetzt gemacht werden, so aufgreifen, dass wir sagen: Die Kompetenz zur Erhebung und Festsetzung von Vermögen- und Erbschaftsteuer geht ausschließlich an die Länder.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Ausschließlich! Sofort einverstanden! – Abg. Seimetz CDU: Einverstanden!)

– Dann ist es ja prima, dann haben wir an dieser Stelle einen interessanten Einigungsprozess erreicht.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Steuerstandortwettbewerb machen wir dann!)

– Ich weiß nicht, ob es bei Ihnen zentralistische Denkverbote gibt. Bei uns gibt es keine zentralistischen Denkverbote. Deswegen sage ich Ihnen ausdrücklich: Wir sind in einer wirtschaftlichen Situation, in der es nicht denkbar ist, die Arbeitnehmerinkommen steuerlich stärker zu belasten. Es ist nicht denkbar, Leistung insgesamt steuerlich stärker zu belasten. Wir müssen alle, die leistungsbereit sind –

(Abg. Theurer FDP/DVP: Auch Denkverbote!)

das gilt über die ganze Gesellschaft hinweg –, steuerlich entlasten und dürfen sie nicht belasten.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Sie machen aber das Gegenteil in Berlin!)

Aber es ist ja nun so, werter Herr Kollege, dass die Einkommens- und vor allem die Vermögensentwicklung in der Gesellschaft in Deutschland, wie übrigens auch in Amerika, in Frankreich und in England, außerordentlich auseinander gedriftet ist. Deswegen: Wenn der Staat nun einmal mit den gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten zu ringen hat, kann die Antwort sicherlich nicht darin bestehen, den Faktor Arbeit hoch zu belasten.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Richtig!)

Sie kann auch nicht darin bestehen, unternehmerische Initiative zu belasten,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Auch richtig!)

wohl aber in der Belastung dieser völlig auseinander entwickelten Vermögenssubstanz.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

– Eine kleine Zwischenbemerkung: Das Geld, werte Frau Fauser, das die kleinen Leute an den Börsen verloren haben, zum Teil auch auf Ratschläge diverser Nachrichtenorgane und Sender hin, ist ja nicht verbrannt. Das können Sie beichtigen: in den Jachthäfen dieser Welt und in diversen anderen Bauten. Das ist nicht verloren gegangen.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Aber die können Sie ja nicht besteuern! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Der Klassenkampf kommt durch!)

– Nix Klassenkampf!

(Abg. Blenke CDU: Neiddebatte!)

– Lieber Gott, sind Sie auch in einem Jachthafen zu finden?

(Abg. Blenke CDU: Leider nicht! – Heiterkeit)

Haben Sie da ein persönliches Problem?

(Maurer)

(Abg. Blenke CDU: Vielleicht begegnen wir uns dort einmal?)

Deswegen sage ich Ihnen: Gerade wenn Sie die Finanzen von Ländern und Kommunen wieder stärken wollen und auf der anderen Seite Leistung nicht bestrafen wollen, ist das eigentlich der richtige Weg.

(Abg. Seimetz CDU: Machen wir!)

– In der Tat, wunderbar: Dann treten wir – wie Sie sagen – in eine interessante Konkurrenz ein, dann können die Länder selbst entscheiden,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Jawohl! – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

was sie zur Sicherung ihrer Bildungsanstrengungen benötigen. Da liegt ja unser eigentliches Problem. Die Europäische Union geht das übrigens an und macht im Moment im Bildungs- und Kulturbereich die engagiertesten Programme, mit zunehmenden Ausgaben und Investitionen. Da liegt unser entscheidendes Problem. Es darf nicht sein, dass die Misere der öffentlichen Haushalte in Europa dazu führt, dass das einzige, worauf wir in der Europäischen Union unseren Wohlstand in Zukunft gründen können, nämlich Innovationsfähigkeit, Kreativität der Menschen und hoher Bildungsstandard, jetzt auch beschädigt wird.

Mein Vorschlag: Es ist mehr als gerecht, dass diejenigen, die in den letzten zehn Jahren von der sich extrem auseinander entwickelnden Vermögensverteilung profitiert haben, ihren Beitrag – und zwar bei Steuerautonomie der Länder – dazu leisten, dass diese Innovations- und Bildungsanstrengungen in Deutschland wieder unternommen werden.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich halte Ihre Zustimmung ausdrücklich fest. Wir können uns bei diesem Vorschlag also verständigen. Das finde ich sehr positiv. Wenn Sie und wir das in Ihren und unseren Gremien weitertragen, können wir an dieser Stelle etwas erreichen. Denn eine Stärkung des Föderalismus im Zuge des europäischen Einigungsprozesses wird es nur dann geben, wenn das Substanz hat. Auf weihelvolle Präsidentenerklärungen gebe ich da nichts. Es wird nur etwas werden, wenn wir die Mischfinanzierungen entflechten.

(Zustimmung des Abg. Seimetz CDU)

Ich sage Ihnen auch die Stichworte. Das ist gar nicht so einfach, auch nicht für das Land Baden-Württemberg: Agrar- und Küstenschutz

(Abg. Theurer FDP/DVP: Küste weniger!)

ist beispielsweise ein solches Stichwort. Wenn wir das wieder entflechten und an die Länder geben, wenn wir eine Steuerautonomie der Länder begründen, wenn wir diesen Weg gehen und substanzielle Entscheidungen treffen, wird es zu einer Stärkung des föderativen Aufbaus kommen. Dann bin ich in der Tat sehr wohl für einen Wettbewerb der Länder. Das wird uns weiterbringen. Aber es muss dann natürlich auch – das sage ich zum Schluss – Kriterien für die Frage geben, wer in diesem Wettbewerb am besten abschneidet, gerade am Beispiel der Bildungspolitik.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Ja, Baden-Württemberg!)

Gerade für einen Wettbewerb brauchen Sie Zielvorgaben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie brauchen Standards, an denen man sich messen lassen muss. Das gilt zum Beispiel für Bildungsstandards. Wir brauchen in ganz Deutschland einheitliche Bildungsstandards. Sie müssen sehr wohl für die ganze Nation verabredet werden,

(Abg. Seimetz CDU: Da haben wir nichts dagegen!)

damit man sich daran messen kann.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Bremen!)

– Nennen Sie nicht Bremen!

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Das wollen wir schon selber machen!)

Das bringt mich auf einen Gedanken. Früher hat der ehrenwerte Herr Ministerpräsident immer wilde Reden für eine Länderneuordnung gehalten.

(Abg. Kiefl CDU: Da hat er Recht gehabt!)

Da hat er immer über Bremen und das Saarland geredet.

(Abg. Kiefl CDU: Das größte Problem!)

Seitdem ihr dort aber am Regieren seid, höre ich da gar nichts mehr von ihm. Die bevorstehende Annektierung des Saarlands war nur en vogue, solange dort Lafontaine Ministerpräsident war.

(Abg. Seimetz CDU: Da haben wir einen Grund gehabt! – Abg. Blenke CDU: Dafür gab es auch einen Grund!)

Seitdem höre ich nichts mehr von der dringend notwendigen Länderneuordnung, wie ich das früher immer von Ihnen gehört habe. Sprechen Sie also nicht über Bremen und das Saarland. Bremen ist jetzt zum Teil Ihr Problem, und das Saarland ist ganz Ihr Problem. Schweigen Sie stille! Es geht um etwas anderes. Es geht um einen Wettbewerb unter den Ländern und um mehr Autonomie für die Länder, aber um einen Wettbewerb, der sich an Standards bemisst.

Das gilt übrigens nicht nur für das Abitur, sondern das gilt beispielsweise auch für Betreuungsangebote.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Da muss es auch nationale Standards geben. Da müssen Sie sich dann auch messen. Das wird ganz schwierig sein und große Anstrengungen erfordern. Für mich geht es um die Neubegründung des Föderalismus, um Autonomie und um einen Wettbewerb um die erfolgreiche Erreichung von hohen Standards.

(Abg. Seimetz CDU: Da sind wir gut!)

Da können Sie uns haben, und auf diesem Weg können wir uns gegenseitig begleiten.

Wir brauchen eine Europäische Union, die als Ergebnis ihres Verfassungsprozesses ein föderativer Bundesstaat wird, die sich um Außen- und Sicherheitspolitik kümmert, die aufhört, in die letzten Verästelungen der kommunalen Selbst-

(Maurer)

verwaltung hineinzuregieren – das sage ich auch ganz deutlich –, und die sich nicht mehr um Straßenbahnen und sonst etwas, sondern stattdessen um ihre wirklichen Aufgaben kümmert.

In diese Europäische Union muss ein Europa der Regionen eingebettet sein, und wir brauchen parallel zu dem Einigungsprozess eine Stärkung des föderalen Aufbaus in Deutschland. Das, denke ich, ist eine Vision, die wir den Menschen anbieten können.

Andere sind jetzt auf dem Weg. Die Briten haben regionalisiert, die Franzosen regionalisieren jetzt. Eines interessiert mich allerdings am meisten, Herr Palmer, und da möchte ich zum Schluss wieder den Bogen zur deutsch-französischen Freundschaft schlagen. Ich finde, wir sollten da mehr bringen. Wir sollten mehr bringen an gelebter Partnerschaft. Wir sollten mehr bringen an Schüleraustausch.

Wir haben jetzt so ungeheure Schwierigkeiten mit Französisch als Fremdsprache. Da habe ich einmal einen Brief bekommen, in dem mir jemand schreibt, dass eine Lehrerin, die gerade aus China zurückgekommen sei, verdonnert worden sei. Warum kann man die Sprache des Nachbarn nicht als ein deutsch-französisches Projekt gemeinsam im Austausch der Lehrerinnen und Lehrer organisieren?

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das passiert doch schon lange! – Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

– Aber wie denn und in welcher bescheidenen Ansätzen! Wie viele Brücken haben wir denn über den Rhein geschlagen? Wie viele Nahverkehrssysteme führen denn tatsächlich über den Rhein außer ein paar verlorenen Bussen, die da gelegentlich fahren?

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Straßen genug, aber nur eine Schienenverbindung!)

– Nur eine Schienenverbindung. Da gäbe es meines Erachtens ungeheuer viel zu tun. Europa wird nur funktionieren, wenn wir den Enthusiasmus zwischen Deutschland und Frankreich, den wir einmal gehabt haben, wieder entdecken und wieder beleben können.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Es gibt eine grenzüberschreitende Region, die Saar-Lor-Lux heißt. Sie ist Ihnen sicher bekannt. Das ist ein sehr entwickeltes europäisches Projekt mit hohem Profit für die Beteiligten. Baden-Württemberg und Alsace kommen da nicht vor. Da können Sie noch eine ganze Menge lernen und auch ein vergleichbares Projekt auflegen. Das würden wir uns wünschen. Europa wird nur werden im Kern des alten Europa mit der deutsch-französischen Freundschaft. Da aber könnte Baden-Württemberg nun wirklich eine Vorreiterrolle übernehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Theurer.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Machs kürzer!)

Abg. Theurer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Maurer hat sich auf Punkte konzentriert, die im Grunde genommen vor allem mit deutscher Wirtschafts- und Finanzpolitik, aber eben nicht mit europäischer Politik zu tun haben. Denn das, was Sie erwähnt haben, kann alles im nationalen Rahmen in Deutschland gelöst werden, meine Damen und Herren. Der Blick in andere europäische Nachbarstaaten zeigt, dass die Niederlande, Schweden und auch andere Länder wesentlich besser mit den weltwirtschaftlichen Herausforderungen zurechtkommen als wir in der Bundesrepublik Deutschland, meine Damen und Herren. Deshalb brauchen wir – ich habe es heute Morgen schon gesagt – eine Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung. Denn wer in die Geschichte Europas nach dem Zweiten Weltkrieg hineinschaut, der stellt fest, dass wir in den Fünfzigerjahren als Bundesrepublik Deutschland unschlagbar waren, was das Wirtschaftswachstum und den Aufholprozess anging. Keiner konnte uns aufhalten.

(Zuruf des Abg. Haller SPD)

Während in anderen europäischen Nachbarstaaten zu jener Zeit eine Politik der Verstaatlichung und der staatlichen Regulierung betrieben wurde, hat die Bundesrepublik nach dem Krieg eine Politik der sozialen Marktwirtschaft betrieben und war dadurch wirtschaftlich erfolgreich.

Heute, meine Damen und Herren, ist unser System wirtschaftspolitisch erstarrt. Das ist unser Problem. Jetzt kommen Anhänger auch Ihrer Partei vor allem auf Bundesebene auf die Idee, man müsse den anderen Ländern die Sozialstandards und auch andere Standards der Bundesrepublik überstülpen und das Ganze harmonisieren und damit den Wettbewerb der Systeme einschränken. Genau das wollen wir als FDP/DVP nicht. Wir wollen den Wettbewerb der Systeme, und wir müssen bei der aktuellen Diskussion über die europäische Verfassung aufpassen, dass diese Dinge hier eben nicht vergemeinschaftet werden. Wir brauchen die Möglichkeit, dass Länder und Regionen mit gesetzgeberischer Kompetenz, aber auch die Mitgliedsstaaten in einem Wettbewerb der Systeme selbstständig und mit eigenen Vorschlägen unterschiedlich auf die weltwirtschaftlichen Herausforderungen reagieren können.

Herr Maurer, ich hätte mir gewünscht, dass Sie auch einmal die Verantwortung anderer Beteiligten für die Arbeitsmarktpolitik und für den Abbau der Arbeitslosigkeit hier beim Namen genannt hätten. Ich darf Ihnen noch einmal Walter Eucken zitieren, der Folgendes gesagt hat:

Wenn sie

– gemeint sind die Gewerkschaften –

mit Mitteln der Macht eine Erhöhung der Löhne über die Wettbewerbslöhne hinaus erzwingen, dann führt das zu Arbeitslosigkeit.

So einfach ist das, meine Damen und Herren. Dieses Kartell auf den Arbeitsmärkten dann auch noch über eine europäische Gesetzgebung verfestigen zu wollen ist mit Sicherheit ein Rückschritt und kein Schritt zur dringend erforderlichen Überwindung der Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Theurer)

Europa bedeutet aus der Sicht der Bürger, wie man in vielen Gesprächen hört, dass die Entscheidungen in Brüssel zu weit weg sind. Europa wird oft als bürgerfern empfunden. Wir spüren eine große Distanz. Dieses Gefühl wird dadurch verstärkt, dass Politiker auch in Deutschland manchmal dazu neigen, die Verantwortung für bestimmte Entscheidungen nach Brüssel abzuschieben, und damit verschweigen, dass bestimmte Strukturanpassungen an veränderte Rahmenbedingungen schlicht und ergreifend erforderlich sind, egal, ob sie in Europa, in Berlin oder hier in Stuttgart getroffen werden müssen.

Ein Blick zurück zeigt: Die europäische Integration, die Einigung Europas ist eine Erfolgsgeschichte. Wir haben eine Zone des Friedens und der Stabilität geschaffen. Es waren junge Menschen, die nach dem Krieg die Schlagbäume weggerissen und den Traum eines vereinten Europas aufgestellt und gelebt haben. Ich denke, wir müssen uns diesen Traum immer wieder vor Augen halten. Wir sehen ja auch, wenn wir in unsere Nachbarländer reisen, dass wir hier schon sehr weit gekommen sind.

Ein Stichwort ist der Binnenmarkt. Ein Stichwort ist auch die gemeinsame Währung, für die sich auch liberale europäische Visionäre wie Hans-Dietrich Genscher, aber auch der langjährige EU-Kommissar Martin Bangemann, ein Baden-Württemberger, an namhafter Stelle eingesetzt haben.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Oh Jesses! Den hätte ich jetzt nicht angegeben! – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Ich bin allergisch gegen Weihrauch!)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg profitiert von dieser europäischen Einigung. Wir stehen heute an der Schwelle zu einer neuen Phase der europäischen Integration. Die Frage dreht sich im Spannungsfeld um den Kern „Erweiterung und Vertiefung“ oder „Erweiterung oder Vertiefung“. Wir sind als FDP/DVP-Landtagsfraktion der Auffassung, dass wir beides brauchen. Die Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Staaten bringt eine erhöhte Stabilität in Europa. Es wäre nicht auszudenken, wenn die Überwindung der kommunistischen Systeme in Osteuropa zu Gewaltausbrüchen geführt hätte.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Der Verlust an Wohlstand, der Verlust an Frieden wäre viel größer gewesen als die Hilfe, die wir für den Aufbau der mittel- und osteuropäischen Länder jetzt gewähren müssen, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Dies sollten wir auch offensiv nach außen hin transportieren und den Bürgerinnen und Bürgern sagen: Wir brauchen die Erweiterung nach Osteuropa. Das sollte uns auch ein paar Euro wert sein; denn wir stabilisieren damit Freiheit und Frieden in Europa.

Meine Damen und Herren, die Vertiefung wird gerade im Zuge der europäischen Verfassung derzeit diskutiert. Ich denke, wir müssen hier einräumen, dass das deutsche Modell nicht einfach auf Europa übertragbar ist. Jeder Mitgliedsstaat versucht ja, sein Regierungsmodell in Europa durchzusetzen. Wir haben gemerkt, dass das deutsche Mo-

dell des Föderalismus eben auch Schwächen zeigt, die heute in wirtschaftlich schwierigen Zeiten viel deutlicher zutage treten als in der Vergangenheit. Eine Reform der Verwaltung und unseres Föderalismus ist erforderlich. Herr Kollege Maurer, ich plädiere für eine Länderneugliederung. Ich bin sogar der Meinung, dass durch eine Kürzung bzw. Streichung der Bundesergänzungszuweisungen der Druck vonseiten der Bundesregierung auf Länderneugliederungen noch erhöht werden könnte und müsste.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Erhöht werden muss!)

– Erhöht werden muss, Herr Kollege Reinhart.

Die FDP/DVP fordert, Kompetenzvermischungen auf europäischer Ebene auf ein Minimum zu reduzieren. Wir wollen Verantwortung von oben nach unten delegieren. Wir wollen die nationalen Parlamente stärken. Wir denken, dass die Berücksichtigung des Bundesrats, also unserer Länderkammer, als zweites nationales Parlament tatsächlich die Minimalforderung ist. Darüber hinaus wollen wir die Kompetenzen der Bundesländer als Regionen mit gesetzgeberischer Kompetenz dadurch stärken, dass es Verteidigungsrechte gibt, die auch durch Klagerechte sichergestellt werden. Dafür setzen wir uns bei den derzeitigen Beratungen über die europäische Verfassung ein. Wir wollen klare Verantwortlichkeiten.

Meine Damen und Herren, ich denke, es reicht aus, wenn wir den Vorrang des Gemeinschaftsrechts auf die Bereiche Geld und Währung, Außenwirtschaft sowie europäische Wettbewerbspolitik begrenzen. Vielleicht brauchen wir noch parallele Gesetzgebungen in den Bereichen Asyl und Einwanderung, grenzüberschreitender Umweltschutz, Außen- und Sicherheitspolitik sowie Verbrechens- und Terrorbekämpfung. Die FDP/DVP tritt aber entschieden dafür ein, dass in allen anderen Bereichen die Kompetenzen entflochten werden,

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

dass hier nach unten auf die nationalen Parlamente delegiert wird und damit auch unsere Kompetenz als Landtag von Baden-Württemberg gesichert und sogar wieder angereichert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die FDP/DVP lehnt eine Steuerharmonisierung ab. Vor allem muss eine Steuerharmonisierung verhindert werden, die Niedrigsteuerstandorte diskriminiert. Das kann nicht der richtige Weg sein.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Was ist jetzt das?)

Wir brauchen einen Wettbewerb der Systeme, bei dem sich ein Land dazu entschließen kann, niedrigere Steuersätze zu erheben, und dadurch dann eben auch Wirtschaft anzieht, Unternehmen anzieht, Arbeitsplätze anzieht.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wollen Sie allen Ernsten für das Weiterbestehen von Steueroasen eintreten? Das ist ja grotesk! Nicht zu fassen!)

Meine Damen und Herren, Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit müssen über ein Klagerecht sichergestellt werden.

(Theurer)

Wir wollen auch, dass in der europäischen Verfassung ein Austrittsrecht für Staaten festgeschrieben wird, weil wir verhindern wollen, dass uns etwas passiert, was in der amerikanischen Geschichte zu einem blutigen Bürgerkrieg geführt hat, dass nämlich dann Bundesrecht mit Waffengewalt gegen einen Mitgliedsstaat durchgesetzt werden muss, der das nicht will. Daher treten wir als FDP/DVP für dieses Austrittsrecht ein, meine Damen und Herren.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ich persönlich könnte mir vorstellen, dass wir unseren Bürgerinnen und Bürgern die europäische Verfassung in einer Volksabstimmung zur Entscheidung vorlegen, denn wir sind für ein Europa der Bürger. Wir sind der Meinung, dass wir die Bürgerinnen und Bürger viel stärker mit diesen europäischen Fragen konfrontieren müssen und sie dabei auch direkt selbst entscheiden lassen müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall der Abg. Beate Fauser und Kleinmann FDP/DVP)

Abschließend möchte ich mich bei unserem Ministerpräsidenten für die Vertretung unserer Interessen im Konvent sehr herzlich bedanken.

(Abg. Rüeck CDU: Guter Mann, gell!)

Wir möchten die Landesregierung ermutigen, das Konzept der „Vier Motoren für Europa“ voranzutreiben und vor allem auf Osteuropa zu erweitern. Herr Minister Palmer, Sie kennen meinen Vorschlag. Ich möchte ihn an dieser Stelle wiederholen: Wir sollten auch ein Konzept der „Motoren für Osteuropa“ auflegen. Ich bin fest davon überzeugt, dass Baden-Württemberg von dieser Osterweiterung profitieren wird.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie des Abg. Dr. Reinhart CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Sehr gut, sehr gut! Ein echter Europäer!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der europäische Einigungsprozess ist eine doppelte Herausforderung. Eine Vielzahl von ehemals nationalstaatlich regulierten Politikfeldern kann in einem Europa des freien Personen-, Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehrs immer weniger auf einzelstaatlicher Ebene und schon gar nicht auf regionaler Ebene angemessen bearbeitet werden: von der Umweltpolitik über die Sozial-, die Wirtschafts- und die Finanzpolitik bis hin zur Sicherheits- und Außenpolitik. Gewiss muss Europa auch an allererster Stelle verhindern, dass weiter Steueroasen existieren, die jeden rationalen Finanzrahmen unterlaufen.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Da kommen halt die Unterschiede zwischen Liberalen und Sozialisten zum Ausdruck!)

Das ist ja wirklich abenteuerlich, was Sie da vertreten haben, Herr Kollege Theurer.

(Beifall bei den Grünen)

Hierzu bedarf es eines europäischen Rahmens, der sich mit fortschreitender Integration weiterentwickeln muss. Das ist in diesem Hause nicht umstritten.

Andererseits – das ist die zweite Herausforderung – müssen die Entscheidungsstrukturen und die verschiedenen Ebenen jenseits der fortbestehenden nationalen Strukturen demokratisch legitimiert sein und von den Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert werden. Das heißt, Vorgaben und Ziele müssen möglichst dezentral und bürgernah umgesetzt werden.

Die Behebung dieser Defizite der EU von heute – und es existieren viele – birgt die Zukunft des Europas von morgen. Der Zwang, dies endlich anzugehen und Europa grundsätzlich zu einer demokratisch legitimierten, den Menschenrechten verpflichteten nachhaltigen und sozialen politischen Union weiterzuentwickeln, ist durch die unmittelbar bevorstehende Osterweiterung um zunächst zehn Staaten außerordentlich dringlich geworden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja, das ist wahr!)

Meine Damen und Herren, der EU-Konvent zur Erarbeitung eines europäischen Verfassungsentwurfs hat Erwartungen und Hoffnungen auf eine Dynamik und Beschleunigung des europäischen Einigungsprozesses geweckt. Das Präsidium hat dem Konvent und der Öffentlichkeit Ende Oktober einen ersten Verfassungsentwurf vorgelegt. Darin sind die inzwischen unstrittigen Positionen aus der bisherigen Arbeit des Konvents aufgenommen: die Notwendigkeit eines europäischen Verfassungsvertrags, der Unionsgedanke, der Status der Rechtspersönlichkeit, eine Institutionenordnung und die Integration der Grundrechtecharta.

Andererseits gibt der Entwurf auch Anlass zur Kritik. Statt einer gemeinsamen Außenpolitik wird eine lockere Koordination der Mitgliedsstaaten vorgeschlagen, ebenso für die Bereiche der Verteidigung und der inneren Sicherheit wie der Polizei. Das kann in keiner Weise auf unsere Zustimmung stoßen. Ich glaube, die Auseinandersetzungen, die wir in jüngerer Zeit hatten, vor allem im ehemaligen Jugoslawien, machen nichts so dringend erforderlich wie eine einheitliche europäische Außenpolitik.

(Beifall bei den Grünen)

Trotz vieler entsprechender Forderungen aus den Reihen des Konvents ist eine Sozialunion nicht vorgesehen. Dagegen werden, vor allem von den Staats- und Regierungschefs Frankreichs, Großbritanniens und Spaniens, Forderungen nach einem europäischen Präsidenten und einem europäischen Kongress in den Konvent eingeschleust, die im Gegensatz zu der von vielen Mitgliedern gewünschten Stärkung der Kommission und vor allem des Europäischen Parlaments stehen. Wir Grünen und die Föderation der grünen Parteien Europas vertrauen darauf, dass sich die Mehrheit des Konvents diesen Punkten widersetzen wird und ein Europa der Bürgerinnen und Bürger und nicht bloß der Staaten schaffen will. Auch die europäischen Konservativen ha-

(Kretschmann)

ben vorgestern einen Verfassungsentwurf vorgestellt, in dem die Inthronisierung eines EU-Präsidenten als Gegengewicht zum Präsidenten der Kommission ausdrücklich abgelehnt wird, was wir begrüßen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die für die Zukunft elementaren Themen nun endlich auf die Tagesordnung des Konvents gesetzt werden und Eingang in den Verfassungsentwurf finden: Nachhaltigkeit mit der Übernahme der hohen Standards des Amsterdamer Vertrages, ein soziales Europa und vor allem auch die kommunale Selbstverwaltung – das ist uns hier sowieso ein großes Anliegen –, die Einbeziehung der konstitutionellen Regionen und die strikte Beachtung des Subsidiaritätsprinzips.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig! Ja! Zustimmung!)

Die Erweiterung der EU auf 25 Staaten erzwingt eine Agrarreform und eine Neuorientierung der Kohäsions- und Strukturpolitik der Union und ihrer Finanzierung. Die regionalen Unterschiede werden künftig noch erheblich größer werden als bisher. Bei Beibehaltung des gegenwärtigen Finanzvolumens der Strukturfonds und der bisherigen Förderkriterien würden die Fördermittel ab 2007 überwiegend in die neuen Mitgliedsstaaten fließen.

Ich möchte deswegen an dieser Stelle entschieden davor warnen, zu versuchen, die Haushaltssituation im Land dadurch zu verbessern, dass man – das hat ja Wirtschaftsminister Dr. Döring angekündigt – die Komplementärmittel für EU-Fördermaßnahmen des Europäischen Sozialfonds kürzt. Das Land erhält in der laufenden Förderperiode, also von 2000 bis 2006, jährlich 33 Millionen € aus ESF-Mitteln, davon 23 Millionen € das Sozialministerium und 10 Millionen € das Wirtschaftsministerium. Wenn die Kofinanzierung des Landes entfiel, bedeutete dies das Aus für viele Projekte, und gleichzeitig würden Sie Geld wegwerfen, das aus Brüssel dann in die Bundeskasse zurückfließen würde. Dabei ist es ausdrücklich dem Land zur Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU zugewiesen. Hier Handlungsspielraum und Gestaltungsmöglichkeiten des Landes, aber vor allem auch der Kommunen als innovativen Projektträgern zu verspielen, halte ich schlichtweg für paradox.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung tritt ein für eine Beschränkung der EU auf politisch-strategische Politikfelder, namentlich die Außenpolitik, den Außenhandel, die Währungspolitik, die Großforschung und den grenzüberschreitenden Umweltschutz. Das findet unsere Unterstützung, im Prinzip natürlich auch die Formel von Ministerpräsident Teufel, es dürfe nur das in Brüssel geregelt werden, was in den Regionen nicht entschieden werden könne.

Aber die begonnene Debatte darf nicht dazu führen, dass wir uns wegen des Beitritts der ärmeren Länder im Osten aus der europäischen Solidarität stehlen. Dies liegt, glaube ich, auch in unserem eigenen Interesse. Im EU-Konvent sind die Kompetenzfragen noch nicht abschließend geklärt. Es zeichnet sich jedoch ab, dass bestehende Kontrollmöglichkeiten zur Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips verbessert werden sollen. Die Etablierung eines Frühwarnsystems

und eines Klagerechts auch der nationalen Parlamente vor dem Europäischen Gerichtshof, wie es Ministerpräsident Teufel anstrebt, findet unsere Zustimmung.

Als originäre Kompetenz der Bundesländer sollten wir beispielsweise allgemeine Bildung, Schule, Entwicklung von Forschung und Technologie sowie innere Sicherheit festschreiben.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluss noch einmal betonen: Das Europa der Regionen darf nicht auf die institutionelle Vertretung der Regionen in Brüssel oder in anderen regionalen Zusammenschlüssen verkürzt werden. Vielmehr ist es ein zivilgesellschaftliches, grenzüberschreitendes Konzept, indem es die direkten Kontakte zwischen Menschen und den gesellschaftlichen Organisationen in und unter den Mitgliedsstaaten fördert. So entstehen Möglichkeiten der Verständigung und der Zusammenarbeit, Partnerschaften zwischen Städten, Schulen, Universitäten, Krankenhäusern, und zwar auch zwischen ungleichen Regionen.

Die EU hat in der letzten Förderperiode bereits Verbände, Nichtregierungsorganisationen und andere zivilgesellschaftliche Kräfte als Akteure der Planung und Durchführung von INTERREG-Maßnahmen mit benannt. Hier bestehen noch Defizite in der Praxis, denn oft sind es nur die Spitzen von Wirtschaft und regionalen Gebietskörperschaften, die Projekte aushandeln und umsetzen. Hier müssen wir die Menschen mitnehmen, Herr Minister Palmer, hier müssen Transparenz und Information hergestellt werden als Grundvoraussetzungen für die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger, der Vereine und der Organisationen, der Zivilgesellschaft.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

So bildet sich regionale Identität als Grundfundament von Europa.

Beim letzten Sondergipfel zur Erweiterung folgten die Regionen der EU-Mitgliedsstaaten dem Vorschlag der Kommission und gaben grünes Licht für den Beitritt vieler osteuropäischer Länder. Ich möchte zum Schluss noch einmal betonen: Es gibt dabei natürlich im Rahmen der ganzen Verhandlungen über den Finanzrahmen und die Agrarpolitik Auseinandersetzungen. Da ist durchaus auch Sprengstoff enthalten. Insbesondere Frankreich als Profiteur der gemeinsamen Agrarpolitik, Spanien, das aus Mitteln des europäischen Strukturfonds gut bedient wird, und Großbritannien mit seinem Britenrabatt sorgen für ziemliche Dissonanzen. Ich glaube, die nationalen Eigeninteressen, die Europa stets blockiert oder gebremst haben, dürfen Europa nicht auseinander fallen lassen.

Ich bin fest überzeugt, die Osterweiterung stabilisiert nicht nur das große Ziel der Europäischen Union, Frieden in dieser Region zu haben, den wir nun 50 Jahre hatten, ihn weiter zu stabilisieren und zu festigen. Schon das allein ist es wert. Ich bin auch fest davon überzeugt, dass die Osterweiterung auch eine wirtschaftliche Dynamik entfalten wird, von der vor allem Deutschland außerordentlich profitieren wird. Deswegen geben wir bei der Osterweiterung nicht unnötig Geld aus, sondern wir tun etwas für Europa, und wir profi-

(Kretschmann)

tieren am Schluss wirtschaftspolitisch sehr stark selbst davon.

(Beifall der Abg. Dr. Witzel GRÜNE und Theurer FDP/DVP)

Deswegen sollten wir dafür werben, dass die Osterweiterung das Richtige für das Land und seine Bürgerinnen und Bürger ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Dr. Palmer.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist weiß Gott so, dass Europa selten interessanter war, als es sich derzeit in der Diskussion befindet. Wir sind mitten in der Verfassungsgebung. Wir sind in der Vorbereitung für die Osterweiterung, und wir sind in einer tief greifenden wirtschaftlichen und finanzpolitischen Diskussion in Europa, bei der ich nur sagen kann: Zum Glück hat Europa die Zuständigkeit für die Stabilität des Wirtschafts- und Währungspakts in Europa sowie die Zuständigkeit für die Ausgabenüberwachung. Was würde in Deutschland noch alles geschehen, wenn wir hierfür keine europäische Zuständigkeit hätten, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Auch im Lande ist der Stellenwert der Europapolitik im Laufe des vergangenen Jahres deutlich gestiegen.

Es war ein Glücksfall für unser Land, dass der Ministerpräsident im Konvent ist. Am Anfang gab es ein paar Skeptiker, die gesagt haben: Kann er denn die Zeit dafür aufbringen? Mittlerweile ist er einer der zentralen Akteure im europäischen Konventsprozess. Das ist für Baden-Württemberg gut, das ist aber auch für die deutschen Länder, für den Föderalismus in Europa insgesamt gut, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Und für den Konvent!)

Wir haben in diesem Jahr einen Riesenschritt nach vorn gemacht bei der Suche, bei der Auswahl, bei der Entscheidung über unsere neue Landesvertretung. Jahrelang haben wir darüber gesprochen. Wir erschließen jetzt völlig neue Felder durch ein zentrales Haus in unmittelbarer Nähe der Kommission, in unmittelbarer Nähe des Europäischen Parlaments. Baden-Württemberg wird in Brüssel wirklich in einer ganz anderen Weise präsent sein als bisher. Wir haben ein Haus, das Treffpunkt für das ganze Baden-Württemberg ist. Wir wollen es bis Sommer kommenden Jahres aufmachen – eine Drehscheibe für das ganze Land, für alle Institutionen, Verbände, Personen, die sich mit Europa auseinandersetzen. Ich halte es wirklich für einen Quantensprung, dass es

uns gelingt, dieses Haus in Brüssel zu schaffen, um unser Land als starke Region im Herzen Europas zu präsentieren. Wir haben es in diesem Jahr zusammen hinbekommen. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Wir machen die Verwaltung fit für Europa. Leider ist noch nicht in allen Köpfen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dass die Auswirkungen von europäischer Ebene her für immer mehr Lebensbereiche mit bedacht werden müssen. Das reicht bis in das kleinste Vermessungsamt, bis in das kleinste Finanzamt hinein. Nur wenn wir beim Verwaltungshandeln, bei Entscheidungen die europäische Dimension mit bedenken, werden wir heute der Komplexität von Entscheidungen und Problemen gerecht. Deshalb haben wir als erstes Bundesland in Deutschland eine Gesamtkonzeption für die Europafähigkeit der Verwaltung auf den Weg gebracht und einen dynamischen Europool mit 100 Beamten eingerichtet. Wir bemühen uns, Personen nach Brüssel zu bekommen. Deutschland hat Nachholbedarf, was die Repräsentanz von deutschen Beamten in den europäischen Institutionen betrifft. In dieser Hinsicht müssen wir uns gewaltig anstrengen.

(Beifall bei der CDU)

Die Bürger erkennen, dass Europa wichtiger wird. Die Akzeptanz für Europa steigt, wie wir durch das Eurobarometer wissen. Die Bürger wollen freilich ein Europa, das von unten nach oben gebaut wird, ein Europa, das ihnen nicht übergestülpt wird und das sich auf seine Kernaufgaben beschränkt. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es ist unsere Messlatte, die wir auch an die Konventsarbeit anlegen, dass wir ein Europa bekommen, das von unten nach oben gebaut ist.

Ich will heute versuchen, Ihnen einen kleinen Zwischenbericht über das zu geben, was wir erreichen konnten – der Ministerpräsident im Konvent zusammen mit vielen anderen; allein erreicht man gar nichts, sondern nur in der Vernetzung mit Gleichgesinnten, auch über die Parteigrenzen hinweg – und was wir noch nicht erreicht haben und noch auf den Weg bringen müssen.

Zunächst einmal ein großes Kompliment an das Präsidium des Konvents, an Valéry Giscard d'Estaing. Die Pessimisten haben es nicht für möglich gehalten, dass man nach ein paar Monaten eine Verfassung im Grundgerüst vorlegen kann. Man hat jetzt gesehen, dass es möglich ist – so, wie man 1787 in Philadelphia zu einer amerikanischen Bundesverfassung gekommen ist –, für Europa einen konstitutionellen Akt zu schaffen, der am Beginn des 21. Jahrhunderts steht und die europäischen Völker in einer gemeinsamen Verfassungsgrundlage zusammenführt. Allein das ist schon eine Leistung.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir werden die Säulenstruktur abschaffen. Die bisher ziemlich planlos nebeneinander stehenden einzelnen Vertragsbestandteile werden zu einem Ganzen mit einer einheitlichen Rechtspersönlichkeit zusammengefügt.

(Minister Dr. Christoph Palmer)

Was gerade im europäischen Ausland teilweise auf Skepsis gestoßen ist und was bei uns viele nicht für möglich gehalten haben, wird explizit als Bauprinzip Europas verwirklicht. Sie können jetzt im Verfassungsgerippe des Konvents lesen, dass die Grundsätze der Subsidiarität, der Verhältnismäßigkeit und der begrenzten Einzelermächtigung die Bauprinzipien Europas sind. Das ist das, was wir immer wollten: einzelne Kompetenzübertragungen nur auf rechtlicher Grundlage, keine schleichende Übernahme von Kompetenzen, Verhältnismäßigkeit des Tätigwerdens und Subsidiarität des Handelns. Wir finden uns in diesen Grundsätzen voll wieder.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist ein Frühwarnsystem unter Einbeziehung der nationalen Parlamentskammern auf dem Weg, ein System, das wir mit ausgefeilt haben, das wir in der zuständigen Arbeitsgruppe Subsidiarität mit entwickelt haben. Wir werden das Klagerecht der Parlamentskammern mutmaßlich erreichen können.

Artikel 308 wird Kompetenzübertragungen in beide Richtungen vorsehen, damit es sich nicht um eine Einbahnstraße in dem Sinne handelt, dass Kompetenzen immer nur auf Brüssel übertragen werden. Vielmehr müssen wir im Einzelfall auch Kompetenzen rückübertragen können – dort, wo es sinnvoll ist, wo sich im Städtebau, im Tourismus, um einmal konkrete Beispiele zu erwähnen, eine europäische Kompetenz überlebt hat und wieder eine nationale oder, wo dies sinnvoll ist, eine regionale Kompetenz begründet wird.

Anderes ist im Augenblick noch nicht erreicht und bleibt zum Teil auch unklar. Es ist die einheitliche europäische Außenpolitik angesprochen worden. Lieber Herr Kollege Kretschmann, hier besteht kein Dissens zwischen der Position der Mehrheit des Konvents und unserer Position auf der einen Seite und Ihrer Position auf der anderen Seite. Vielmehr sind hier die nationalen Regierungsvertreter – auch die deutschen – zurückhaltender als die Parlamentarier aus den Mitgliedsstaaten.

Das Institutionengefüge und die Rechte der Institutionen zueinander zeichnen sich noch nicht in einer endgültigen Form ab.

Ich muss auch hier sehr deutlich sagen, dass das Klagerecht der einzelnen Region mit Gesetzgebungsbefugnis bisher nicht erreicht ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden im Konvent weiter darauf drängen, dass nicht nur via Bundesrat geklagt werden kann, sondern dass auch jede Region in Europa, die Gesetzgebungsbefugnis hat, ein eigenständiges Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof erhält. Das ist eine Kernforderung, die wir einbringen werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von
der FDP/DVP: Ganz wichtig!)

Die Kollegen Reinhart und Kretschmann haben die Frage des Stellenwerts der Regionen angesprochen. Mit dem hierzu Erreichten können wir nicht zufrieden sein. Insbesondere die spanischen Vertreter sind außerordentlich zurückhaltend, lieber Kollege Kretschmann, was die Beschreibung

der nationalen und dann auch regionalen Identität angeht. Ich glaube, es ist hier unstrittig, dass wir in einem Artikel den Kernbestand dessen gewahrt wissen wollen, was die nationale Identität ausmacht. Dazu gehören die Sprache, die Kultur, die Herkunft, der Verwaltungsaufbau, der Verwaltungsvollzug, die kommunale Selbstverwaltung, das Recht der Kirchen, die Kultur, die Bildung. Die Beschreibung der nationalen Identität ist aber im Konventsprozess bisher nicht wirklich erreicht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade deshalb kommt es darauf an, dass wir in den vor uns liegenden Phasen eng mit allen deutschen Vertretern zusammenarbeiten.

Wir sind gespannt, was sich durch die Mitwirkung des Bundesaußenministers im Konvent an Neuem ergibt. Bisher war die Abstimmung der Positionen mit der Bundesregierung – um den würdigen Rahmen nicht durcheinander zu bringen, sage ich das sehr zurückhaltend – verbesserungsbedürftig. Wenn jetzt der Bundesaußenminister in den Konvent kommt, wollen wir ihm seine Mitwirkung im Konvent über ein paar Minuten hinausgehend zugestehen. Wir werden sehen, ob er im Konvent genauso präsent ist und mitarbeitet wie unser Ministerpräsident. Wir sind gerne bereit, uns in den Positionen abzustimmen. Es wird darauf ankommen, dass wir den zweiten Teil, den ich vorgestellt habe, in engem Benehmen mit der Bundesregierung und anderen Nationen auf den Weg bringen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Nun hat der ehrenwerte Herr Kollege Maurer, nachdem sich, Herr Maurer, diese Titulierung einbürgert, angesprochen,

(Zuruf von der CDU: Die ehrenwerte Gesellschaft!)

dass er sich von der Landesregierung mehr Impulse für die deutsch-französische Zusammenarbeit erhoffe. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich könnte jetzt seitenweise unsere Aktivitäten der vergangenen Jahre vortragen, mit denen wir auf der regionalen Ebene zwischen Baden-Württemberg und dem Elsass vorankommen, mit denen es uns auch gelingt, neue Impulse für das deutsch-französische Verhältnis zu schaffen. Ich will wenigstens Stichworte nennen: Deutsch-Französische Filmakademie in Ludwigsburg, Französisch in den Grenzgebieten, gegen Widerstände durchgesetzt, eine neue Rheinbrücke bei Altenheim-Eschau, die gemeinsame Konzeption für eine europäische Kulturhauptstadt Karlsruhe/Straßburg im Jahr 2010. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dafür brauchen wir aber auch einmal die Unterstützung der Bundesregierung.

(Abg. Bebbler SPD: Jetzt fängt der auch an zu lamentieren!)

Zur Europäischen Kulturhauptstadt Karlsruhe höre ich hinten und vorne nichts. Wenn Sie, lieber Kollege Fischer, in Karlsruhe der Meinung sein sollten, dass die Bundesregierung dies fördern könnte, dann setzen Sie sich bei der Bundesregierung ein, damit wir dies gemeinsam, auch mit Unterstützung von Ihrer Seite, hinbekommen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Bebbler SPD: Hören Sie doch auf zu jammern!)

Unsere Oberrheinregion war Vorbild für das, was Sie beschrieben haben – Stichworte Saar-Lothringen, Rheinland-Pfalz.

(Minister Dr. Christoph Palmer)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben gerade einen Universitätsverbund Oberrhein EUCOR geschaffen.

Schließlich hoffe ich, dass es auch im Konvent zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen den deutschen und den französischen Regierungsvertretern kommt. Ich sage Ihnen jetzt aber einmal die Wahrheit. Die Initiative zu einem solchen Treffen ist in den vergangenen Wochen wieder von Baden-Württemberg ausgegangen. Nachdem das bisher in der Berliner Bürokratie versandet ist, sind wir vor zwei Wochen auf Joschka Fischer zugegangen und haben im mündlichen Gespräch erklärt: Wir müssen die Initiative ergreifen – in Baden-Baden soll ein Treffen der deutschen und französischen Konventsmitglieder stattfinden –, dass die beiden Herznationen in diesem Konventsprozess besser zusammenarbeiten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Da brauchen wir wirklich keinen Nachhilfeunterricht, wie wir etwas für die deutsch-französische Zusammenarbeit tun können.

(Abg. Walter GRÜNE: Joschka braucht von euch keine Belehrung!)

– Lieber Herr Walter, ich habe Sie leider nicht verstanden. – Er will sich unseren Vorschlag einmal überlegen. Wir machen es mit ihm oder ohne ihn, weil es Sinn macht und weil es eine wichtige Maßnahme ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Osterweiterung ist das zweite zentrale Thema, das in diesen Monaten zur Entscheidung steht. Bisher haben wir abstrakte Diskussionen geführt. Jetzt wird es ernst. Wir kommen in die entscheidende Phase. In Kopenhagen wird der Bewertungsprozess im Dezember abgeschlossen. In Athen wird im Frühjahr 2003 unterzeichnet. Ich freue mich über den Konsens, dass alle Kräfte hier sagen: Das ist eine historische, politische, wirtschaftliche, kulturelle Notwendigkeit für ein exportorientiertes Land, zumal in der Mitte Europas.

Ich möchte aber an dieser Stelle an uns appellieren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dass wir – weil im Gegensatz zur Einschätzung innerhalb der Europäischen Union bei uns die Zustimmung zum Beitrittsprozess Mittel- und Osteuropas rückläufig ist – mehr über diesen Beitrittsprozess informieren und mehr dafür werben. Das ist wirklich ein Appell über Parteigrenzen hinweg. Denn wir wissen aus dem Eurobarometer sehr deutlich, dass wir die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland im Augenblick für die Osterweiterung nicht gewonnen haben. Das ist auch die Wahrheit.

Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass man sich einmal vor Augen führt, was vor kurzem in der „Frankfurter Allgemeinen“ trefflich auf den Nenner gebracht worden ist. Keiner von uns könnte es besser sagen, und ich will mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren, was eigentlich eine Grundbegründung dafür ist, dass wir diese Erweiterung wollen – es ist auch in der Debatte schon in die gleiche Richtung angeklungen –:

Nach dem Sturz der kommunistischen Diktaturen in Mittel- und Osteuropa 1989 war keineswegs sicher, dass es in Europa so friedlich und ruhig bleiben würde, wie es geblieben ist. Man muss nicht die fast ein

Jahrzehnt währenden Kriege im ehemaligen Jugoslawien mit Hunderttausenden von Toten, Verstümmelten und Vertriebenen zum Maßstab nehmen, um sich auszumalen, was dem Rest des Kontinents erspart geblieben ist.

Dann heißt es weiter:

Dass der Osten Europas nicht in einen Strudel ethnischer und sozialer Unruhen geraten ist, liegt zu einem großen Teil an der Anziehungskraft der EU und ihrer frühen Entscheidung, die ehemals real-sozialistischen Staaten bei Eignung aufzunehmen.

Das ist der tiefere Grund. Das ist die Begründung für die Osterweiterung der Europäischen Union.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP und der Grünen)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, ich bin dagegen, dass man mit Horrorszenarien argumentiert. Wir geben pro Jahr über 60 Milliarden € in den innerdeutschen Transfer, bis zum heutigen Tag jährlich über 60 Milliarden € in die innerdeutschen Ausgleichssysteme. In den Jahren 2004 bis 2006, also in einem Zeitraum von drei Jahren, werden durch die 15 bisherigen EU-Nationen insgesamt 37,645 Milliarden € nach Mittelost- und Osteuropa gehen. Das ist die Realie. Wer bei dieser nüchternen Beschreibung der Zahlen sagt, dass Deutschland überfordert werde, sollte sich einmal mit den Zahlen vertraut machen.

Im Übrigen ist die deutsche Spitzenposition in der Nettoszahlerfunktion längst vorbei. Wir merken bei der Nettoszahlerposition, dass wir wirtschaftlich zurückfallen. Wir sind heute pro Kopf der Bevölkerung nur noch an der fünften Stelle in der Zahlerposition Europas. Ein Land nach dem anderen hat uns überholt, und das wird in den nächsten Jahren so weitergehen und hängt mit der nachlassenden volkswirtschaftlichen Leistungskraft unseres Landes zusammen.

Aber was wir im Zusammenhang mit dieser Erweiterung machen müssen, meine verehrten Damen und Herren – diese Aufgabe stellt sich jeder Bundesregierung –, ist die Aufgabe, mit Großbritannien über den Anfang der Neunzigerjahre eingeräumten Beitragsrabatt zu verhandeln. Großbritannien zahlt nämlich in die Ausgleichssysteme – das war ein Zugeständnis für die deutsche Einheit – bis zum heutigen Tag faktisch nichts ein. Es hat einen Beitragsrabatt von jährlich 7,34 Milliarden €. Es ist richtig, dass die Franzosen auf die Agenda gesetzt haben, dass der britische Beitragsrabatt jetzt in Europa zur Disposition gestellt wird.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Aber die Franzosen allein schaffen das nicht. Sie müssen es zusammen mit den Deutschen anpacken, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Jetzt hat Herr Maurer in seinem Beitrag vorhin gesagt, wir hätten gefordert, es solle zu einer deutschen und französischen Position in der Agrarpolitik kommen. Das ist wohl wahr, das haben wir gefordert. Aber leider ist auch wahr – und ich begrüße trotzdem, dass es überhaupt zu einer Position gekommen ist –, dass ab dem Jahr 2006, meine sehr ver-

(Minister Dr. Christoph Palmer)

ehrten Damen und Herren, die Deckelung nur unzureichend begrenzt werden kann. Der Deckel ist nämlich nicht auf den Status quo des Jahres 2006 festgeschrieben worden, wie es gefordert wurde und auch richtig wäre, sondern wir haben eine jährliche Inflationsanpassung von 1 % vereinbart, was dazu führt, dass der Finanzrahmen in der Agrarpolitik in den Jahren von 2006 bis 2013 von derzeit 37 Milliarden € für Osteuropa auf 49 Milliarden € ansteigen wird.

Ich sehe es schon als Eigenwert, Herr Maurer, dass es gelungen ist, zu einer abgestimmten Position zwischen den Deutschen und den Franzosen zu kommen. Aber wahr ist auch, dass dieser Kompromiss vor allem aus französischer Sicht ein Kompromiss gewesen ist und dass dadurch die hohen Subventionen für die französischen Landwirte gesichert worden sind. Aus deutscher Sicht ist das eigentlich ein unzureichendes Ergebnis.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, im Rahmen des Beitrittsprozesses muss aus aktuellem Anlass auch ein Wort über die Türkei gesagt werden. Herr Kollege Dr. Reinhard hat das bereits getan. Es ist gar keine Frage, dass Fortschritte gemacht worden sind. In der Türkei wurde im Hinblick auf den Annäherungsprozess und den Beitrittsprozess etwa die Todesstrafe aufgehoben. Aber die Kopenhagener Kriterien von 1993 für den Beitritt – volle Rechtsstaatlichkeit, volles marktwirtschaftliches System, voller westeuropäischer Standard in den Menschenrechten – sind noch lange nicht erreicht.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig! Sehr richtig!)

Das müssen wir den türkischen Freunden mit aller Sensibilität, aber auch mit der gebotenen Deutlichkeit sagen. Ich glaube, wir müssen uns hinsichtlich eines Beitritts der Türkei auf eine realistische Position verständigen. Ich will abschließend gerne versuchen, diese zu beschreiben.

Die Türkei ist eine ganz wichtige, zentrale Nation, ein Brückenland zwischen Europa und Asien, eine große, eine bedeutende Nation. Sie hat eine außerordentliche geostrategische Bedeutung. Sie ist kein arabisches Land. Sie ist ein gemäßigtes islamisches Land auf dem Weg zu einer vollen, auch unseren Grundsätzen entsprechenden demokratischen Verfasstheit. Wir dürfen dieses große und bevölkerungsreiche Land – das sagen uns im Übrigen auch alle westlichen Partner fortlaufend zu Recht – nicht vor den Kopf stoßen.

Aber auf der anderen Seite ist eben auch wahr, dass das Land noch lange nicht so weit ist, dass wir konkrete Beitrittsverhandlungen aufnehmen könnten.

(Abg. Seimetz CDU: So ist es!)

Ausweislich der gesamten heutigen Tagespresse sagt der Beitrittskommissar Verheugen – im Gegensatz etwa zu Bundeskanzler Schröder –, dass er den Gipfel in Kopenhagen davor warnt, der Türkei ein konkretes Beitrittsdatum zu nennen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen in aller Offenheit, mit Respekt vor der anderen Kultur, darüber sprechen. Wir müssen zuerst auch definieren, wie weit diese

Zusammenarbeit gehen kann. Die Europäische Union ist weder ein Staatenbund noch ein Bundesstaat. Warum sollte es uns nicht auch gelingen, mit der Türkei einen besonderen Status unterhalb einer EU-Vollmitgliedschaft zu erreichen? Das könnte ein Status sein, der zwischen dem jetzigen Assoziierungsverhältnis, dem Assoziierungsabkommen, und einer Vollmitgliedschaft steht, ein Verhältnis *sui generis*. Die Europäische Union war eigentlich immer dafür bekannt, solche flexiblen Lösungen zu entwickeln.

Jedenfalls würde uns die Türkei als Mitgliedsstaat in der Europäischen Union heute überfordern. Das wäre keine Möglichkeit, die in einer berechenbaren Zeit realistisch wäre. Deshalb muss ich schon davor warnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Augenblick falsche Versprechungen zu machen, die wir nicht erfüllen können.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kretschmann?

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Gerne.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte, Herr Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Minister Palmer, das war mir nicht klar genug. Ich stimme mit Ihnen darin überein, dass wir die Türkei nicht in die Europäische Union aufnehmen können, bevor sie die rechtsstaatlichen und verfassungsrechtlichen Grundsätze, die in modernen Verfassungsstaaten gelten, und die wirtschaftspolitischen Bedingungen erfüllt. Darüber gibt es Konsens.

Aber nach Äußerungen, die der Präsident des Konvents, aber auch Ministerpräsident Koch gemacht haben, nämlich dass die Türkei insbesondere aufgrund ihrer religiösen Tradition, aber auch aufgrund der Tatsache, dass ein Großteil ihres Staatsgebiets geographisch zu Asien gehört, grundsätzlich nicht zu Europa gehöre, möchte ich doch genauer wissen, wie Sie dazu stehen.

In Ordnung ist, dass die Türkei nicht beitreten kann, solange sie die Voraussetzungen nicht erfüllt. Aber wir möchten wissen, ob auch Sie der Meinung sind, dass die Türkei grundsätzlich nicht in die Europäische Union gehört.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Lieber Herr Kollege Kretschmann, ich glaube, dass ich die Antwort für die Union gegeben habe.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Für welche Union?)

Wir sind der Meinung, dass wir ein Verhältnis *sui generis* in einer ganz engen und die große Türkei nicht abstoßenden Nähe zur Europäischen Union benötigen. Ich glaube, dass wir dies aber unter keinen Umständen religiös begründen sollten.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur sagen, dass wir in den nächsten Jahrzehnten mit einem islamischen Land in Europa zu tun haben werden, nämlich mit Bosnien-Herzogo-

(Minister Dr. Christoph Palmer)

wina, einem selbstverständlich mehrheitlich islamischen Land, und genauso mit Albanien. Das ist unzweifelhaft Europa. Diese Länder sind im Augenblick ohne Beitrittsperspektive. Aber man wird die Grenzziehung Europas nicht aufgrund der religiösen Beschreibung vornehmen können.

Etwas anderes ist freilich die geographische Verortung. Da muss die Europäische Union schon sorgsam differenzieren. Giscard hat in seiner, wie ich finde, vielleicht etwas zu pointierten Äußerung gesagt: In dem Augenblick, in dem es zu einer Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union komme, stünden Marokko, Algerien und der ganze Maghreb vor der Tür.

Sie haben in diesen Tagen gelesen, dass der israelische Außenminister Netanjahu als Ziel seiner Außenpolitik die Vollaufnahme Israels in die Europäische Union anstrebt. Das heißt, die geographischen Begrenzungen Europas sind in meinen Augen sehr wohl ein zulässiger Parameter, um die äußere Gestalt Europas zu definieren. Das ist legitim, und ich glaube, wir brauchen für die Türkei, die seit Mitte der Fünfzigerjahre ein verlässlicher Bündnispartner, etwa in der NATO, ist, ein besonderes Verhältnis.

Etwas, was jedenfalls ganz falsch ist, ist das, was im Augenblick der Bundeskanzler versucht. Er möchte nämlich, um die Amerikaner wegen seiner amerikafeindlichen Ausfälle der vergangenen Monate zu beruhigen,

(Unruhe bei der SPD)

eine Rückzahlung vornehmen, indem er sich für den Beitritt der Türkei in Europa einsetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Rück CDU: Sehr gut! – Abg. Christine Rudolf SPD: Ich dachte, Sie machen es staatstragend!)

Das ist jedenfalls der ganz falsche Weg.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, die Erweiterung der Europäischen Union auf der einen Seite und das Gelingen des Konventsprozesses der Europäischen Verfassung auf der anderen Seite, das sind die zwei zentralen Aufgaben, die wir in den nächsten zwei Jahren schaffen müssen. Nie war Europa – so habe ich eingangs gesagt – interessanter als zurzeit. Ich bin froh darüber, dass sich der Landtag intensiv einbringt, und freue mich auf die Debatte im Ständigen Ausschuss zum Konventsprozess morgen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung. Der Ständige Ausschuss schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung der Landesregierung Kenntnis zu nehmen und den Antrag des Abg. Dr. Reinhart, Drucksache 13/1081, für erledigt zu erklären. – Sie stimmen dieser Beschlussempfehlung zu.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Umweltverträglichkeitsprüfung und anderer Gesetze – Drucksache 13/1227

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr – Drucksache 13/1452

Berichterstatter: Abg. Schebesta

Gleichzeitig rufe ich die dazu eingereichten Änderungsanträge der Fraktion GRÜNE, Drucksachen 13/1484 und 13/1485, auf.

Das Wort erhält Herr Abg. Schebesta.

Abg. Schebesta CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Behördliche Entscheidungen müssen durch Informationen über ihre Umweltauswirkungen vorbereitet werden. Dies sichern in Deutschland die Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetze, die in den Verfahren eine Prüfung durch die allgemeinen Verwaltungsbehörden vorschreiben. Mit dem vorliegenden Gesetz wird die europäische UVP-Änderungsrichtlinie vollständig in innerstaatliches Recht umgesetzt. Diese Richtlinie hat zum Ziel, die Verfahren zu harmonisieren und Verbesserungen bei der Anwendung zu erreichen. Die Maßnahme enthält eine Änderung der Liste, in der die Projekte festgelegt sind, auf die die Umweltverträglichkeitsprüfung angewandt wird.

Wir haben die Erste Beratung dieses Gesetzentwurfs in Freiburg ohne Aussprache durchgeführt. Lassen Sie mich das deshalb hier ansprechen: Durch den Verweis auf Bundesrecht ist jetzt auch zusätzlich zu grenzüberschreitender Behördenbeteiligung eine grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung darin enthalten. Das hätte man in Freiburg angesichts der Nähe zu Frankreich auch herausstreichen können.

Die CDU-Fraktion stimmt diesem Bestandteil und dem Gesetz insgesamt mit den Änderungen, die wir im Ausschuss für Umwelt und Verkehr beschlossen haben, zu.

Lassen Sie mich etwas zu den vorgelegten Änderungsanträgen der Fraktion GRÜNE sagen. In diesen Anträgen wird eine Änderung bei wasserwirtschaftlichen Vorhaben beantragt, womit in diesem Bereich eine zwingende UVP-Pflicht gesetzlich gefasst würde. Das steht im Widerspruch zum Bundesrecht. Denn dort besteht ein Spielraum nur für die Vorprüfung auf Landesebene, nicht aber für eine zwingende Pflicht, die vom Bundesgesetzgeber abschließend geregelt ist.

Es ist auch darin enthalten, die UVP-Pflicht an bestimmte Zulassungsverfahren zu knüpfen, sprich: Wenn ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt wird, dann ist auch eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich. An dieser Verknüpfung und damit auch an solchen bisherigen Landesregelungen bestehen EU-rechtliche Bedenken. Deshalb muss zuerst die Prüfung der UVP-Relevanz und dann die Frage der Zulassungsverfahren geklärt werden. Aus diesem Grund können wir diesem Änderungsantrag nicht zustimmen.

(Schebesta)

Genauso wenig können wir dem zweiten Änderungsantrag zustimmen. In dem Gesetzentwurf werden Bagatellvorhaben im Straßenbereich für UVP-frei erklärt. Der Änderungsantrag begehrt die Streichung dieser UVP-Freiheit für Bagatellvorhaben im Straßenbau. Am UVP-Gesetz des Bundes wird öfter kritisiert, ob wirklich alle Änderungen an einer Straßenbaumaßnahme auf Bundesebene UVP-relevant sind. Das betrifft zum Beispiel die bloße Verbreiterung des Banketts an einer Bundesautobahn. Deshalb halten wir es für richtig, dass – wie in anderen Bereichen auch – in diesem Bereich der Straßenbaumaßnahmen bei uns Schwellenwerte festgelegt werden, auch wenn es sich im Einzelnen schwierig gestalten kann, die Grenzwerte zu finden. Wir halten es aber für richtig, solche Schwellenwerte zu suchen. Deshalb lehnen wir auch diesen Änderungsantrag ab.

Damit möchte ich es bewenden lassen. Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Schmidt-Kühner.

Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich will es, auch angesichts der fortgeschrittenen Zeit, kurz machen. Die Umweltverträglichkeitsprüfung ist für uns ein Instrument dafür, eine dauerhafte, nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Daher ist es natürlich ein notwendiger und wichtiger Schritt, dass wir in Europa einheitliche Regelungen im Bereich der Umweltverträglichkeitsprüfung erhalten. Die Grundlage hierfür wurde mit der Europäischen Richtlinie von 1997 gelegt. Der Bund hat 2001 das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung verabschiedet. Deshalb ziehen wir jetzt landesrechtlich nach. Es ist natürlich auch selbstverständlich, dass der Rahmen für Gestaltungsmöglichkeiten damit nicht mehr allzu groß ist, wenn man das auf Landesebene noch weiter umsetzt.

Es ist auf jeden Fall wichtig – wir halten das insgesamt für eine positive Sache –, dass die Umweltverträglichkeitsprüfung auf mehr Bereiche ausgedehnt wird, weil wir einfach sehen, dass die Notwendigkeit besteht, die Auswirkungen auf die Umwelt sehr viel früher und präventiver zu prüfen. Das zeigen immer wieder auch Einzelmaßnahmen, bei denen wir hinterher feststellen: Oh, was haben wir da angestellt? Wir hätten uns die Auswirkungen auf die Umwelt eigentlich früher anschauen müssen.

Positiv ist nun, wie gesagt, dass wir das im europäischen Rahmen gemeinsam machen.

Ich will aber noch etwas zu den Änderungsanträgen der Grünen sagen – Herr Schebesta ist auch schon darauf eingegangen –: Wir werden dem ersten Änderungsantrag der Grünen zu Artikel 1 Anlage 1 des Gesetzentwurfs nicht zustimmen, weil wir es für überzogen halten, diesen Umfang anzugehen. Wir haben an vier Stellen bei der Umsetzung des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes durch die Landesregierung festgestellt, dass der Gesetzentwurf hinter bestehende Regelungen zurückfällt. Diese Regelungen hätten auch wir gerne geändert gesehen – so ist es nicht; das haben wir im Ausschuss auch geäußert –, unter anderem auch im Bereich der wasserrechtlichen Maßnahmen. Es gibt noch einige Stellen mehr, wie gesagt, vier insgesamt. Wir halten

allerdings die Maßnahmen, die Sie von den Grünen beantragen, für zu umfassend und der Situation nicht angemessen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wo ist dann Ihr Antrag? – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Zuhören, Herr Palmer!)

Wir werden dem Änderungsantrag zur Streichung der Anlage 1 a zustimmen, aber nicht deswegen, weil wir all die dort genannten Sachverhalte für Bagatellfälle halten, sondern weil gerade diese Anlage einen ganz besonderen Charme hat, der darin besteht, dass man eine Ausnahmeregelung von der Umweltverträglichkeitsprüfung macht und innerhalb dieser Ausnahmeregelung noch einmal Ausnahmen beschreiben muss, weil es völlig klar ist, dass, wenn eine Maßnahme in einem FFH-Gebiet oder in einem Naturschutzgebiet stattfindet, natürlich trotzdem eine Vorprüfung zur Umweltverträglichkeit stattfinden muss.

(Abg. Schebesta CDU: Dafür gibt es dann andere Gesetze!)

Eine Ausnahme zu machen, um dann noch einmal eine Ausnahme innerhalb dieser Ausnahme zu definieren, halten wir für überflüssig. Deswegen stimmen wir diesem Änderungsantrag der Grünen zu.

In diesem Sinne möchte ich erst einmal hier schließen, damit wir die Diskussion fortsetzen können.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beraten einen Gesetzentwurf mit 61 Seiten. Ich sage Ihnen eines ganz deutlich: Wir werden die Änderungsanträge der Grünen ablehnen. Herr Kollege Schebesta hat das Notwendige dazu gesagt. Wir stimmen aber auch dem Gesetzentwurf nur mit großem Zähneknirschen zu.

(Zuruf von der SPD: Man hört es!)

In einer Zeit, in der die Erfolgsspirale unserer Wirtschaft deutlich nach unten zeigt – der Aufbau von staatlicher Bürokratie ist mit Sicherheit nicht unschuldig daran –,

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

und einen Tag, nachdem die in der Folge drastisch gesunkenen Steuereinnahmen klar dargestellt wurden, beschließen wir ein Gesetz, das den Vorschriftenberg munter noch einmal ein Stück erhöht,

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

und ein Gesetz, zu dem in den Erläuterungen zum Gesetzentwurf klar dargestellt ist, dass noch gar nicht absehbar ist, wie viel Kosten es verursachen wird.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Dr. Carli SPD: Denken Sie auch einmal ein bisschen an die Umwelt, Frau Berroth!)

(Heiderose Berroth)

Ganz deutlich und klar ist aber, dass diese sowohl die öffentliche Hand wie auch die Privatwirtschaft und zusätzlich die Bürgerinnen und Bürger belasten werden.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Erst gestern haben wir eine Änderung des Naturschutzgesetzes verabschiedet, die in eine ähnliche Richtung geht.

Jetzt kann ich Ihnen mit großer Sicherheit vorhersagen, dass der Kollege von den Grünen im Anschluss wieder höhnen wird, die Umwelt sei uns eben nicht wichtig.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das stimmt ja auch! –
Abg. Dr. Caroli SPD: Auch der von der SPD!)

Meine Damen und Herren, genau das Gegenteil ist der Fall. Wir wollen sicherstellen, dass es uns auch in fünf und in zehn Jahren noch möglich ist, dort in die Umwelt zu investieren, wo es sinnvoll und notwendig ist.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

Allein durch den Aufbau einer in der Summe letztlich gigantischen Bürokratie ist der Umwelt aber mit keinem Cent geholfen. Im Gegenteil: Prüfen Sie einmal selbst Ihre Assoziationen. Der Begriff „Umwelt“ ist bereits heute negativ besetzt.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Deswegen machen wir keine Prüfung, oder wie? Das kann ja wohl nicht wahr sein! – Unruhe)

Umweltpolitik durch Angstmache und Aufregungszyklen zeigt halt ihre Folgen. Was wir brauchen, ist eine weit stärkere Eigenverantwortung aller Menschen in unserem Land, auch für Umweltfragen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Umweltfragen dürfen nicht partiell behandelt werden – von jedem ein bisschen –, sondern sie müssen in ganzheitliches Handeln eingebunden werden. Der Umwelt ist nicht gedient, wenn wir sie mit weiteren Vorschriften, Anordnungen, Verboten und Mehrfachkontrollen weiter negativ belasten. Meine Damen und Herren, es gibt auch bürokratische Umweltverschmutzung.

(Beifall der Abg. Beate Fauser und Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr gut! – Lachen des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Gerade heute muss auch festgestellt werden: Es kann nicht so bleiben, dass wir bei Beschlüssen von EU und Bund zwar grummeln, uns dann aber brav ans Umsetzen machen und dabei auch noch dafür sorgen, dass in unserem so genauen Land alles möglichst peinlich genau umgesetzt wird.

(Abg. Schmiedel SPD: Ja was jetzt?)

Andere Mitgliedsstaaten sind da wesentlich weniger pingelig. Über 50 Jahre wurde immer nur dazugepackt und, weil es uns gut ging, auch nicht groß darüber nachgedacht. Die Zeiten und Umstände haben sich aber geändert. Deshalb werde ich meiner Fraktion empfehlen, künftig einem Büro-

kratieaufbau nur noch zuzustimmen, wenn im gleichen Zug sichergestellt wird – –

(Zurufe von der SPD: Aber heute stimmen Sie zu!)

– Weil das in der ersten Lesung und auch im Vorfeld bereits durchgegangen ist.

(Lachen bei der SPD)

Sonst hätte ich mich frühzeitig darum gekümmert, wie das anders geregelt werden kann.

Lassen Sie mich meinen Satz fertig machen: Ich werde vorschlagen, einem Bürokratieaufbau nur noch dann zuzustimmen, wenn gleichzeitig sichergestellt ist, dass auf diesem oder irgendeinem anderen Feld mindestens das Eineinhalbfache an Aufwand abgebaut wird. Nur so werden wir die steigenden Kosten in den Griff kriegen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Zimmermann CDU)

Dabei wird die Entlastung von staatlicher und privater Ebene gleichermaßen zu berücksichtigen sein. Wer für eine zukunftsfähige Gestaltung unserer Umwelt wirklich etwas tun will, muss dieses Thema endlich positiv besetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das Projekt PLENUM zeigt zum Beispiel in die richtige Richtung. Da werden sowohl die Wirtschaft als auch Bürgerinnen und Bürger mit kreativen Ideen eingebunden. Hilfe zur Selbsthilfe und langsames Überführen in die Eigenverantwortung sind konkret die Bestandteile dieses Projekts.

Eines ist klar: Kontrollen werden gerade im Umweltbereich auch weiterhin nötig sein, aber bitte nicht auf den verschiedensten Ebenen zum gleichen Betreff. Denn die Umweltverträglichkeit wird ja auch schon im Raumordnungsverfahren, im Planfeststellungsverfahren und, und, und behördlicherseits geprüft. Einmal, aber dann richtig, das wäre der effiziente Weg, und auf den müssen wir hinarbeiten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich erwarte Vorschläge hierzu gern auch aus der Grünenfraktion. Das können aber nicht die Abgeordneten ausarbeiten – das ist auch klar –, sondern das müssen die Fachleute leisten, aber wir müssen sie dazu zwingen, dass es kommt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Bei uns gibt es auch Abgeordnete, die Fachleute sind! Das ist der Unterschied zur FDP/DVP!)

Analog zur Debatte, die wir gestern über Gender Mainstreaming hatten, werden wir einen Umwelt-Mainstream einführen müssen, aber nicht mit Regelungen, sondern im Kopf, damit wirklich jeder, der sich mit der Sache befasst, gleichzeitig bedenkt, was das für Auswirkungen auf die Umwelt hat und was zu tun ist, damit diese nicht negativ sind.

Es kommt noch eines dazu: Bisher wurden Staatsdiener eigentlich belohnt, wenn sie ihre Abteilungen und Referate vergrößert haben. Man kann dann nämlich in höhere Besoldungsgruppen aufsteigen.

(Heiderose Berroth)

(Abg. Dr. Caroli SPD: Was hat das mit Umweltverträglichkeitsprüfung zu tun?)

Ich würde als Mittelfristprogramm vorschlagen, dass künftig nur noch der befördert wird, der vorher seinen Teil zum Bürokratieabbau beigetragen hat.

(Beifall bei der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Dr. Caroli SPD: Thema verfehlt! Setzen!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Palmer.

(Abg. Döpfer CDU: Jetzt kommt der Oberbürokrat!)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieses Land wird konservativ regiert.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: Das ist gut so! – Abg. Braun SPD: Das ist aber auch nichts Neues!)

Allerdings hatte ich bei der Lektüre des vorliegenden Gesetzentwurfs manchmal den Eindruck, Sie hätten sich das alte Sponti-Motto „Du hast keine Chance, also nutze sie“ zu Eigen gemacht. Die Kollegin Schmidt-Kühner hat erklärt, dass wegen der EU-Richtlinie und des Bundesgesetzes hier eigentlich nur die Umsetzung von übergeordneten Rechtsnormen anstehe und insofern eigentlich gar kein Spielraum für uns bestehe,

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Relativ gering! Ja!)

selbst im Sinne der Umwelt oder gegen die Umwelt tätig zu werden. Tatsächlich ist es auch so, dass die Länder nur einen kleinen Spielraum besitzen, dass nämlich zunächst der Bund vorgibt, was UVP-pflichtig ist, und dann mit einem „L“ kennzeichnet – deshalb teilen wir Ihre Rechtsauffassung nicht, Herr Kollege Schebesta –, wo die Länder selbst bestimmen dürfen, wann UVP-Pflichtigkeit oder aber im Rahmen eines so genannten Screening-Verfahrens lediglich eine allgemeine Vorprüfung oder eine standortbezogene Vorprüfung vorgesehen sein soll. Das ist der Regelungsspielraum der Länder.

Nun will ich Ihnen drei Beispiele dafür nennen, wie Sie diesen minimalen Spielraum maximal ausgenutzt, ja fast schon überreizt haben, um die Umwelt zu schädigen.

Der erste Fall ist der Torfabbau. Wir besitzen in Baden-Württemberg gerade noch 613 Hektar wertvolle Hochmoore. Der Großteil davon ist kleiner als zehn Hektar. Nach Ihrem Vorschlag soll unterhalb des Schwellenwerts von zehn Hektar keine UVP-Pflicht mehr vorgesehen sein. Wir sind der Auffassung, dass diese Schwelle viel zu hoch liegt. Unserer Ansicht nach gibt es auch kein öffentliches Interesse mehr, die wenigen Hochmoore überhaupt zu schädigen und dort Torf abzubauen. Aus diesem Grund sind wir der Ansicht, dass jeder Eingriff in ein Hochmoor zwingend einem Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren unterzogen werden soll.

Zweitens: Beim Landes- und Kreisstraßenbau haben Sie die Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung lediglich beim Neubau einer vierstreifigen Straße von mehr als 5 Kilome-

tern Länge oder einer zweistreifigen Straße von mehr als 10 Kilometern Länge vorgesehen. Meine Damen und Herren, Sie wissen doch selbst, dass solche Straßen – Landesstraßen, wohlgemerkt – überhaupt nicht mehr gebaut werden. Das heißt, Sie stellen praktisch den Landesstraßenbau von der Umweltverträglichkeitsprüfungspflicht frei.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Das ist übrigens aus drei weiteren Gründen ziemlich frech, nicht nur deshalb, weil es solche Landesstraßen praktisch nicht mehr gibt. Es ist auch deswegen frech, weil bei Bundesstraßen in dieser Größenordnung eine Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung vorgesehen ist, weil das bei Bundesschienenwegen der Fall ist – auch dort muss geprüft werden – und weil solche Eingriffe natürlich immer umweltverträglichkeitsprüfungsrelevant sind. Sie können nicht davon ausgehen, dass eine Straße von 9 Kilometern Länge keinen Eingriff in die Umwelt bedeuten würde. Drittens ist es frech, weil es dazu führt, dass Sie hinter den Standard des derzeit geltenden Landesumweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes zurückfallen. Deswegen haben wir den Antrag Drucksache 13/1484 eingebracht, der eine erhebliche Absenkung der Schwellenwerte für die Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung vorsieht.

Drittes Beispiel – auch dabei geht es fast ausschließlich um Straßenbau; das ist kennzeichnend für Ihre Politik –: die so genannte Liste UVP-freier Vorhaben. Das ist in der Tat ein bundesweit einmaliger Vorgang. Kein anderes Bundesland ist auf den Gedanken gekommen, von vornherein eine große Gruppe von Maßnahmen von jeder Umweltverträglichkeitsprüfung freizustellen, und zwar auch von der Vorprüfung. Dabei handelt es sich um so völlig harmlose Eingriffe wie eine Fahrbahnverbreiterung auf einer Länge von 5 Kilometern oder das Anlegen eines Überholstreifens von stattlichen 1,5 Kilometern Länge oder einen Parkplatz, der nur einen Hektar Fläche umfassen darf.

Meine Damen und Herren, zu behaupten, dass dies von vornherein nicht umweltrelevant wäre, das ist nun wirklich eine umweltpolitische Bankrotterklärung, und deswegen beantragen wir die Streichung dieser Liste UVP-freier Vorhaben, bei der wir im Übrigen auch bezweifeln, dass sie mit der EU-Richtlinie konform ist.

Nun kann man zusammenfassend sagen: Es ist vielleicht nicht sonderlich spannend, sich über Schwellenwerte zu streiten. Das sieht man ja auch der Besetzung des Plenums an. Aber dahinter steckt doch etwas mehr, Herr Minister Müller. Es geht hier ja auch um eine Denkstruktur, und dankenswerterweise hat Frau Kollegin Berroth in der ihr eigenen Offenheit auch klargelegt, was der Punkt ist: Für Sie ist Umweltschutz ein Kostenfaktor.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So wie es hier praktiziert wird, ja!)

Sie wollen zwar angeblich Wahlen dadurch gewinnen, dass Sie uns den Umweltschutz als Thema entreißen, aber Sie stellen sich immer noch an ein Podium und behaupten, Umweltschutz bedeute mehr Bürokratie und höhere Kosten,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

(Boris Palmer)

und begreifen gar nicht, welcher Wert in der Umwelt steckt. So werden Sie uns sicherlich keine Wählerinnen und Wähler abspenstig machen.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Das Problem und das Erschütternde ist die Denkstruktur. Denn das spiegelt sich in allen umweltpolitischen Bereichen wider. Denken wir nur daran, dass Sie es in der letzten Legislaturperiode geschafft haben, die Bezirksstellen für Natur- und Landschaftsschutz unter einem einzigen Gesichtspunkt abzuschaffen: Sie waren Ihnen zu aufmüpfig, sie haben zu viele Vorhaben durch Krittellei behindert, und deswegen hat man sie zerschlagen und die Fachleute möglichst den Landräten unterstellt, damit sie nicht mehr so viel meckern können. Das ist Ihre Art von Umweltschutz. Ich halte das wirklich für erschütternd.

Ich habe Ihnen, Herr Minister, schon gelegentlich vorgehalten, Sie seien als Verkehrsminister dem Umweltminister wohl noch nie begegnet. Ich glaube, ich muss dieses Urteil revidieren. Wenn ich die heutige Vorlage als Maßstab nehme, dann ist es ganz einfach so – siehe UVP-freie Vorhaben, fast ausschließlich Straßenbauvorhaben –, dass der Verkehrsminister den Umweltminister morgens locker über den Tisch gezogen hat. Sie sollten als Umweltminister etwas Bodybuilding betreiben. Wir brauchen hier eine stärkere Lobby.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält der Minister für Umwelt und Verkehr, Herr Müller.

(Abg. Scheuermann CDU: Nimm die Hantel, Herr Minister!)

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich verweise zunächst auf die Rede zur Einbringung des Gesetzentwurfs vor einigen Wochen in Freiburg. Ich kann mich deswegen kurz fassen. Ich verweise auch auf die Beratung im Ausschuss für Umwelt und Verkehr, die ja nur eine Gegenstimme zu unserem Gesetzentwurf erbracht hat. Ich kann mich deswegen kurz halten, aber der Gesetzentwurf selber ist ja auch bewusst kurz gehalten.

Er ist deswegen kurz gehalten, weil wir das Problem, das von Frau Kollegin Berroth angesprochen worden ist, schon ernst nehmen müssen, dass wir im Zuge der Europäisierung des Rechts und der Rückwirkung des europäischen Rechts auf unser Recht aufpassen müssen, dass wir nicht Schicht auf Schicht an Verfahrensschritten, an Verfahrensregelungen drauflegen. Um das einmal ganz konkret zu sagen: Das UVP-Recht ist sozusagen eine Erfindung von Europa, aus dem angelsächsischen Recht kommend, und es hat dort seinen Sinn, wo es beispielsweise im Unterschied zu Deutschland kein Raumordnungsverfahren, keine Planfeststellung und keine ausgefeilte und ausgefuchste Verwaltungsrechtssprechung gibt. Bei uns, wo es das alles gibt, ist UVP additiv, da kommt das einfach noch obendrauf. Deswegen ist ein Gesetz, das dazu führt, dass sich die Zahl der Projekte erhöht, die in Zukunft einer Umweltverträglichkeitsprüfung

unterzogen werden sollen, schon auf die Frage hin zu untersuchen, inwieweit das in unser Verwaltungssystem passt.

Dieses Gesetz bedeutet ja, dass aus bisher 10 UVP-pflichtigen Projekten in Zukunft 28 werden mit 51 verschiedenen Varianten. Das heißt, das Maß an UVP-Pflicht wird kräftig ausgeweitet. Wir vollziehen das; aber wir haben uns erlaubt, dafür an anderen Stellen, weil wir die Probleme, die damit verbunden sind, kennen, Erleichterungen zu schaffen, soweit es das europäische Recht zulässt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie bestätigen meine Rede!)

Wir machen von Entlastungsmöglichkeiten Gebrauch, beispielsweise durch die Einführung von Schwellenwerten als Bagatellwerten, bei der Bestimmung von UVP-freien Bagatellvorhaben im Straßenbau.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ein Hektar Parkplatz!)

– Herr Kollege Palmer, wenn Sie sagen, der Landesstraßenbau sei in Zukunft von der UVP-Pflicht freigestellt, dann muss ich sagen: Daran ist null Komma nichts wahr. Es ist sogar so, dass wir bei einzelnen Landesstraßenbaumaßnahmen, je nachdem, um was es geht, ein schärferes Recht haben, als es beim Bundesfernstraßenbau der Fall ist. Wir werden auch Vereinfachungen und Entlastungen vorsehen – in diesem Gesetzentwurf haben wir das getan – bezüglich der Differenzierung zwischen allgemeiner, eingeschränkter und standortbezogener Vorprüfung, also der Art der Vorprüfung.

Wenn Sie vonseiten der Grünen sagen, dass wir damit irgendwelche Vorgaben, seien sie bundesrechtlicher oder europarechtlicher Art, verletzen würden, dann will ich nur darauf verweisen: Das Europarecht hat genau das erlaubt, es hat so etwas vorgesehen. Die UVP-Änderungsrichtlinie lässt durch Größen- und Leistungswerte für eine Vielzahl von Vorhaben solche Einschränkungen zu. Der Europäische Gerichtshof hat das in mehreren Urteilen bestätigt, und wir machen davon ganz simpel Gebrauch in dem Dilemma zwischen einer Ausweitung der UVP-Pflicht und einer Strangulierung von Investitions- und auch Verwaltungstätigkeiten, gemessen daran, dass wir in Deutschland ja zusätzlich noch andere Instrumente haben.

Was die Frage der Schwellenwerte anbelangt, große und kleine, kann man sich das im Prinzip folgendermaßen vorstellen: Wir haben bisher für diese wenigen Projekte – ich sagte 10, in Zukunft 28 – bestimmte Schwellenwerte, bei denen es eine UVP-Pflicht gibt, das heißt ab bestimmten Größenordnungen die Umweltverträglichkeitsprüfung zwingend eingeführt werden muss. Jetzt gehen wir mit diesen Größenordnungen herunter, sagen aber bei dieser Gelegenheit zu gleicher Zeit, dass es sich hierbei nur um eine Vorprüfung handelt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ist schon klar!)

Um es einmal am Beispiel der Grundwasserentnahme deutlich zu machen: Wir hatten bisher eine zwingende UVP-Pflicht bei der Entnahme von mehr als 5 Millionen Kubikmetern Wasser. In Zukunft tritt die mögliche UVP-Pflicht bereits bei 100 000 Kubikmetern Wasser ein. Die Vorprü-

(Minister Müller)

fung kann dann im Einzelfall dazu führen, dass eine UVP durchzuführen ist. Das heißt also, wir werden flexibler in doppelter Hinsicht: Wir fangen schon tiefer an, aber wir enden nicht zwingend bei einer sozusagen großen UVP, sondern es kommt zunächst einmal zu einer Vorprüfung. Zu dem Beispiel mit dem Torfabbau, das Sie genannt haben, ist übrigens zu sagen: Es gibt im Torfabbau keinen Fall, in dem keine Vorprüfung zu machen wäre.

Insofern auch da derselbe Gedanke: Wir senken die Schwellenwerte, aber den Bereich, in dem in einem vorläufigen Verfahren zu prüfen ist, ob eine UVP durchzuführen ist, weiten wir aus. Wir versuchen damit, beiden Gesichtspunkten – einerseits die Umweltverträglichkeitsprüfung zu installieren und andererseits uns nicht selbst zu strangulieren – in einem ausgewogenen Verhältnis gerecht zu werden.

Ich kann nur hoffen, dass dieses Gesetz einen Beitrag dazu leistet, verwaltungsinterne Unsicherheiten abzubauen und Auslegungs- oder Anwendungshinweise für den Vollzug zu geben. Der Verwaltung wird damit auch Verantwortung und Entscheidungskompetenz übertragen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Sofort, ja. – Sie soll sich auf das Wesentliche beschränken. Sie soll damit keine Doppelarbeit und keine Verfahrensverzögerungen auslösen, sondern im Gegenteil durch modernes Verwaltungsmanagement zügig handeln.

Vor allem geht es uns darum – Herr Palmer, Sie können Ihre Frage sofort stellen –, dass die Vorprüfung nicht auch wieder quasi zu einer UVP wird. Wir werden darauf zu achten haben, dass die Vorprüfung eine solche bleibt und nicht durch einen gleichen Umfang an Gutachten und Expertisen dazu führt, dass quasi bereits eine UVP durchgeführt würde.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Minister, wie erklärt sich angesichts Ihrer Ausführungen, es gehe im Wesentlichen um die Vermeidung von Bürokratie, die Tatsache, dass sich die Liste der UVP-freien Vorhaben ausschließlich auf Änderungs- und Erweiterungsvorhaben im Straßenbau bezieht, während hier insgesamt doch sehr viel mehr Bereiche betroffen sind?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Es handelt sich in diesem Bereich um Maßnahmen, die es von ihrer Bedeutung, von ihrer Größenordnung her vertragen, UVP-frei gestellt zu werden – allerdings gegebenenfalls auch mit einer entsprechenden Vorprüfung. Wir haben es gerade beim Straßenbau mit Fällen zu tun, bei denen es – jetzt sage ich es einmal ganz praktisch und einfach – zum Beispiel um die Verbreiterung um einen Fahrstreifen oder um einen Parkstreifen geht. Das muss ja ohnehin geplant werden. Muss ich denn dazu auch noch eine Umweltverträglichkeitsprüfung machen, wenn ich eine Straße um 1,5 Meter verbreitern will? Irgendwo hört es da bei mir auf. Es tut mir schrecklich Leid.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berthold FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Warum geht das nur bei Straßen und nicht bei allen anderen Projekten? – Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD – Zurufe von der CDU)

Wenn Sie Vorschläge machen wollen, dass wir woanders genauso verfahren sollen, bin ich einverstanden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das wäre nach Ihrer Logik jedenfalls konsequent!)

Man kann sich verwaltungsmäßig auch selbst ein Bein stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Denken Sie daran, dass das bei uns alles mit einem riesigen Aufwand an Gutachten verbunden ist, dass das alles verwaltungsgerichtlich zehn Mal überprüft wird,

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

dass wir mit mehreren Vegetationsperioden arbeiten usw. Lassen Sie also die Kirche im Dorf, wenn ich das einmal so ganz einfach sagen darf.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich glaube, dass dieses Gesetz den Katalog insgesamt ausweitet und wir damit etwas mehr an Umweltverträglichkeitsaspekten in die Verwaltungsverfahren einbeziehen. Gleichzeitig haben wir aber den uns verbliebenen Spielraum genutzt, aus diesem Gesetz kein bürokratisches Monstrum zu machen. Vielmehr leisten wir mit diesem Gesetz einen Beitrag zu einem effektiven und frühzeitigen Abschätzen von Umweltfolgen bei entsprechenden Investitionsentscheidungen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr, Drucksache 13/1452.

Ich rufe auf

Artikel 1

Landesgesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (LUVPG)

und dazu die Änderungsanträge der Fraktion GRÜNE, Drucksachen 13/1484 und 13/1485.

Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag Drucksache 13/1484 – Neufassung und Erweiterung der Liste über UVP-pflichtige Vorhaben – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Zurufe von der CDU: Ui! – Gegenruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE: Es gibt halt nur eine Umwelpartei!)

(Stellv. Präsident Birzele)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei zwei Jastimmen und im Übrigen Neinstimmen ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag Drucksache 13/1485 – Streichung der Anlage 1a: Liste der UVP-freien Vorhaben – zur Abstimmung auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe jetzt Artikel 1 insgesamt in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer Artikel 1 zustimmen möchte, den bitte ich das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei drei Gegenstimmen ist Artikel 1 angenommen.

Meine Damen und Herren, ich schlage vor, dass wir die restlichen Artikel, also die Änderung der verschiedenen Gesetze und das Inkrafttreten, Artikel 2 bis 10, zusammen aufrufen. – Sie stimmen diesem Verfahrensvorschlag zu.

Wer diesen

Artikeln 2 bis 10

zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei drei Gegenstimmen angenommen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 14. November 2002 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Umweltverträglichkeitsprüfung und anderer Gesetze“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz insgesamt zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei drei Gegenstimmen so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Neuordnung der Straßenbauverwaltung – Drucksache 13/1372

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr – Drucksache 13/1453

Berichterstatter: Abg. Göschel

Der Berichterstatter, Herr Abg. Göschel, wünscht das Wort nicht. Das Wort erhält Herr Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns im Kreis der Koalitionsfraktionen, aber auch mit der Opposition lange über die Reform der Straßenbauverwaltung und über das diesbezüglich beste Ergebnis unterhalten, gestritten und auseinander

gesetzt. Mit dem Gesetz, dessen Verabschiedung jetzt wohl unmittelbar bevorsteht, setzen wir den Schlusspunkt in dieser Diskussion.

Ausgangspunkt ist, dass wir bis zum heutigen Tag eine zweigleisige Straßenbauverwaltung haben. Wir haben ein Gleis „Autobahnverwaltung“, und wir haben ein davon getrenntes Gleis „restliche Straßenbauverwaltung: Bundes-, Landes- und Kreisstraßen“. Zusammengeführt sind diese beiden Gleise lediglich auf der höchsten Ebene, nämlich im Ministerium für Umwelt und Verkehr.

Nun erhebt sich die Frage: Ist diese Zweigleisigkeit heute noch angebracht, noch zeitgemäß? Nachdem es beim Autobahnbau so gut wie keinen Neubau mehr gibt, wenn ich einmal von den „Gänsedäpperla“ bei der Hochrheinautobahn absehe, und auf absehbare Zeit auch keine Neubauten kommen, sondern nur noch Erhaltungs- und Ausbaumaßnahmen durchgeführt werden, ist es, glaube ich, nicht mehr notwendig, dafür einen eigenen Verwaltungszweig zu haben. Im Übrigen ist es aufgrund der Personaleinsparungen, die wir in der zurückliegenden Zeit hinter uns gebracht haben und die auch in der Zukunft fortgesetzt werden müssen, mehr als erforderlich, die Verwaltung optimal zu organisieren. Die Konsequenz, die wir daraus in diesem Hause in großer Gemeinsamkeit gezogen haben, ist die Zusammenführung dieser beiden Gleise.

Nun stellt sich die Frage: Wie organisieren wir diese Zusammenführung? Hierüber bestehen Meinungsverschiedenheiten: Organisieren wir sie ohne Rücksichtnahme auf die Struktur der allgemeinen Verwaltung, oder organisieren wir sie unter Rücksichtnahme auf die allgemeine Verwaltung? Ich will der Opposition ohne weiteres zugestehen, dass es gute Gründe gibt, die Sonderverwaltung Straßenbauverwaltung ohne Rücksichtnahme auf die allgemeine Verwaltung zu organisieren. Wir haben uns nach langen Auseinandersetzungen und vielen Mühen – Sie sehen mir nach, dass ich auf die Einzelheiten nicht mehr eingehe – dazu entschlossen, die Straßenbauverwaltung unter Rücksichtnahme auf die Struktur der allgemeinen Verwaltung zu organisieren. Das heißt, die oberste Ebene ist das Ministerium, auf der mittleren Ebene sind die mittleren Straßenbaubehörden die Regierungspräsidien, und auf der unteren Ebene haben wir bereits aus 20 Straßenbauämtern und 5 Autobahnbetriebsämtern durch die Zusammenführung 18 Bauämter gemacht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben also in Zukunft in der Straßenbauverwaltung keine fachlichen Schnittstellen mehr, sondern wir haben nur noch räumliche Schnittstellen, wenn sich eine Maßnahme über die Grenze eines Regierungsbezirks hinaus erstreckt. Nach meinem Geschmack sind räumliche Schnittstellen leichter auszuhalten als fachliche Schnittstellen.

Diese Neuorganisation der Straßenbauverwaltung und die damit verbundene Auflösung des Landesamts für Straßenwesen bringen natürlich auch Umsetzung von Personal mit sich. Egal, was wir in der Struktur der Verwaltung verändern, eine Umsetzung von Personal ist immer das schwierigste und das sensibelste Geschäft. Nachdem ich selbst mit einigen Fällen befasst war und diese an unseren Minister herangetragen habe, kann ich sagen: Soweit ich das feststellen konnte, ist diese Umsetzung von Personal sehr sen-

(Scheuermann)

sibel vorgenommen worden, und zwar immer, soweit es nur irgendwie möglich war, unter Berücksichtigung von Wünschen der davon betroffenen Damen und Herren Beschäftigten in der Straßenbauverwaltung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben uns die Reform der Straßenbauverwaltung nicht leicht gemacht. Was jetzt als Gesetzentwurf vorliegt, ist das, was unbedingt erforderlich ist. Alle anderen Organisationsmaßnahmen sind aufgrund der Organisationsgewalt der Regierung erfolgt. Auf der unteren Ebene haben wir die Reform schon durchgeführt. Ich muss vielleicht nur noch erwähnen, dass das, was unbedingt zentral erledigt werden muss, nicht auf die vier Regierungspräsidien oder auf die untere Ebene aufgeteilt wird, sondern dass wir dafür beim Regierungspräsidium in Stuttgart eine Landesstelle für Straßentechnik einrichten werden.

Jetzt bleibt mir nur noch, dem Wunsch Ausdruck zu verleihen, dass das, was wir als Reform heute beschließen, länger hält als das, was wir mit dem letzten Gesetzgebungsakt beschlossen haben. Denn das Landesamt für Straßenwesen, das wir heute auflösen, ist erst im Jahre 1987 geschaffen worden, ist also gerade einmal 15 Jahre alt. Ich finde, das ist kein sehr guter Ausweis für die Qualität unserer damaligen Arbeit.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Da waren Sie doch dabei!)

– Da war ich noch nicht dabei, Herr Kollege Palmer. Sonst wäre es vielleicht besser geworden.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Oi! Das ist dieses gesunde Selbstvertrauen!)

Es bleibt nur zu hoffen und zu wünschen, dass dem, was wir heute wenigstens mehrheitlich beschließen, eine längere Dauer beschieden ist als der letzten Reform aus dem Jahre 1987.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Bravo!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Göschel.

Abg. Göschel SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat geht ein jahrelanges Tauziehen um die Straßenbauverwaltung und die richtige Organisation dieser Verwaltung heute zu Ende. Ich will das Gute zuerst nennen: Wir begrüßen die Zusammenlegung der allgemeinen Straßenbauverwaltung mit der Autobahnverwaltung. Diese Einzigigkeit, die außer in Bayern in allen anderen Bundesländern vorherrscht, ist der richtige Weg. Das haben nicht nur seit vielen Jahren die Fachpolitiker hier im Hause betont, sondern das hat auch Mummert + Partner in seinem Gutachten von 1995 festgestellt. So weit, so gut.

Auch die Lösung mit den integrierten Ämtern und die Reduzierung der Gesamtzahl der Ämter auf 18 ist nach unserer Auffassung geglückt. Wir unterstützen dies. Wenn ich sa-

ge, die Reduzierung auf 18 Ämter sei geglückt, dann beantwortet das auch das Begehren der Landkreise auf Eingliederung. Wir wollen nicht, dass diese Ämter wieder in 35 plus 9 Teile aufgeteilt werden müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn diese Integration nun auch bei der Mittelinstanz, bei den höheren Straßenbaubehörden, stattgefunden hätte, wie man das aus dem Gutachten von Mummert + Partner eigentlich herauslesen müsste, dann würde ich jetzt ein fröhliches „ganbei“ ausbringen

(Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen)

und zwei oder meinetwegen auch drei Gläser auf das Wohl des Ministers trinken – leer trinken, wie das in China üblich ist. Aber leider ist dem nicht so, denn der integrierte Ansatz, der auf der unteren Ebene geglückt ist, wird zunichte gemacht. Die Effizienzgewinne und Synergien werden zunichte gemacht, indem man die Kompetenz für das Autobahnwesen, die im Landesamt für Straßenwesen gebündelt ist, vierteilt oder, wenn man die Landesstelle für Straßentechnik hinzunimmt, sogar in fünf Teile zerlegt und damit nicht sachgerecht handelt.

Die Frage ist: Warum wird diese Fachkompetenz auseinander genommen, anstatt sie zu bündeln, wie man das aus dem Gutachten von Mummert + Partner herauslesen kann und wie es in allen anderen Bundesländern außer in Bayern auch geschieht? Dort werden nämlich in einem integrierten Landesamt für Straßenwesen Autobahnkompetenz und allgemeine Straßenbaukompetenz gebündelt in einer höheren Straßenbaubehörde des Landes – dies noch dazu verschlankt, indem möglichst viele Kompetenzen nach unten, auf die Ebene der Ämter, verlagert werden. Warum machen wir das nicht so, obwohl hier im Hause eigentlich eine Mehrheit dafür vorhanden sein müsste? Denn eine Minderheit in der CDU-Fraktion und auch die Fraktion der FDP/DVP würden dies lieber sehen und als den besseren Weg erachten. Die Antwort ist klar: Die Mehrheit in der CDU-Fraktion hat sich durchgesetzt, und die FDP/DVP hat ihre besseren Ansichten wieder einmal auf dem Altar der Koalitionsräson opfern müssen,

(Abg. Hauk CDU: Sind Sie jetzt dafür, oder sind Sie dagegen?)

weil krampfhaft an der Fiktion der Unverzichtbarkeit der Regierungspräsidien festgehalten werden soll.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das war es nicht!)

Deswegen wurden sachgerechtere Entscheidungen blockiert.

(Beifall bei der SPD – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aus dem falschen Kaffeesatz gelesen!)

Wir machen das nicht mit. Deswegen lehnen wir diesen Gesetzentwurf rundherum ab, in Gänze. Wir haben allerdings darauf verzichtet, Änderungsanträge zu stellen, denn ein Gesetz, das durchweg nicht in Ordnung ist, ist auch nicht verbesserungsfähig – dann müsste man ein ganz anderes Gesetz machen. Aber gegen Windmühlenflügel anzurennen

(Göschel)

hat keinen Zweck. Deswegen haben wir aus arbeitsökonomischen Gründen darauf verzichtet.

(Heiterkeit – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Klingt gut!
– Abg. Hauk CDU: Faulheit! – Abg. Alfred Haas
CDU: Eine schöne Umschreibung für Faulheit!)

Meine Damen und Herren, Sie wissen, die Vierteilung ist im Mittelalter eine Höchststrafe gewesen. Wenn nun die Kompetenz des Landesamts für Straßenwesen gevierteilt werden soll, dann sollte das nicht auch noch zur Strafe für die dortigen Mitarbeiter ausarten,

(Abg. Hauk CDU: Die vierteilen wir ja auch nicht! –
Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Das
weiß man bei Ihnen nie!)

sondern wir sollten versuchen – das ist unsere Forderung an die Landesregierung –, unverzüglich – ich betone: unverzüglich – diese Umsetzungen – das ist ein schlimmes Wort –, diese Veränderung der Dienststellen mit den Beschäftigten auf eine Weise durchzuführen, die einigermaßen verträglich, sozialverträglich ist, soweit dies irgend geht. Es sollte auch Klarheit für die Beschäftigten geschaffen werden, denn die Verunsicherung dient nicht der Motivation.

Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Scheuermann, bin ich sehr wohl der Auffassung, dass gerade im Bereich des Autobahnbaus – auch wenn es nur Ausbaumaßnahmen sind – in den nächsten Jahren erheblicher Planungs- und Baubetreuungsaufwand auf uns zukommt, weil das Anti-Stau-Programm Gott sei Dank für einen Ausbau sorgen wird. Wenn es dann durch diese Neuorganisation Reibungsverluste geben würde, wäre das verheerend. Wir fordern die Landesregierung auf, wenigstens in diesem Bereich das Mögliche zu tun, damit es nicht zu weiteren Verschlimmerungen kommt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Ziel der Neuordnung der Straßenbauverwaltung ist der Aufbau einer effizienteren Straßenbauverwaltung. Die bisherige Trennung zwischen Autobahnverwaltung und Bundes- und Landesstraßenverwaltung wird aufgehoben. Für Insider: Wir halten es für gut, dass Blau und Gelb jetzt auch hier in einer Hand sind.

Das Ganze hat eine lange Historie. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode gab es intensive Diskussionen zwischen den Koalitionären über die Schaffung einer einzügigen Straßenbauverwaltung. Klar war, dass die bisherige Struktur – Fachaufsicht im Ministerium für Umwelt und Verkehr, Dienstaufsicht im Innenministerium – unglücklich ist und deswegen möglichst verändert werden muss.

Wir hatten eine Vielzahl von Gesprächen, auch mit Personalvertretungen, und danken ausdrücklich für die allseits konstruktive Zusammenarbeit.

Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf entspricht dem Ergebnis intensiver – manche sagen auch: zäher – Verhandlungen sowohl zwischen CDU und FDP/DVP einerseits als auch zwischen Ministerium für Umwelt und Verkehr und Innenministerium andererseits.

Herr Göschel hat eben angedeutet, dass wir den sparsamen Umgang mit Steuergeldern und ihren effektiven Einsatz eigentlich in einer noch konsequenteren Straffung für richtig gehalten hätten. Aber das war nicht umsetzbar. Letztlich ist das Ergebnis ein Kompromiss, der alle Belange, und zwar sowohl die fachlichen als auch die personellen Gesichtspunkte, so weit wie möglich berücksichtigt.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Sie stimmen also erneut zu! –
Abg. Schmid SPD: Sie haben vorhin gedroht, es sei
das letzte Mal, dass Sie zustimmen!)

Wir halten das Ergebnis für einen Erfolg. Es handelt sich ja um Effizienz und eine Verbesserung und nicht um den Aufbau von neuer Bürokratie. Ich glaube, Sie sollten genau hinsehen.

(Zurufe der Abg. Boris Palmer GRÜNE und Dr. Caroli SPD)

Wir halten es für einen Erfolg, dass die weitgehende Konzentration der Fach- und Dienstaufsicht im Ministerium für Umwelt und Verkehr gelungen ist. Das war uns ein wichtiges Anliegen.

Es ist richtig, dass nun eine Stärkung der Zuständigkeiten und der Kompetenz bei den Behörden vor Ort erfolgt, weil das einfach ein rationelleres Arbeiten bei gleichzeitiger Kostenreduzierung ermöglicht. Das war auch ein wesentliches Anliegen unseres Ministers für Umwelt und Verkehr.

Wir haben die Zusage des Ministeriums, dass eventuell notwendige Umsetzungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesamts für Straßenwesen neben fachlichen auch persönliche Gesichtspunkte der Betroffenen berücksichtigen. Unter diesen Aspekten trägt die FDP/DVP-Fraktion den Gesetzentwurf vollinhaltlich mit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Palmer.

(Abg. Blenke CDU: Schon wieder? Sind dieses Mal mehr Grüne da? Vorhin waren es nur zwei! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt würde ich gar nicht anfangen!)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Bei uns ist es halt so, Herr Kollege: Qualität vor Quantität.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das spricht für die Anwesenden!)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben gehört, dass der vorliegende Gesetzentwurf dem Abbau von Bürokratie dienen soll. Er soll den Abbau von Parallelstrukturen bewirken und damit einen Effizienzgewinn in der Landesverwaltung erreichen. Wir haben heute Vormittag sehr

(Boris Palmer)

lange über die finanzielle Situation des Bundes und des Landes diskutiert. Da ist es doch nahe liegend, dass man sich, wenn ein Gesetz vorgelegt wird, das solche Versprechungen macht, auf die Suche nach den Einsparungen macht, die sich aus dem Effizienzgewinn ergeben.

In der Begründung des Gesetzentwurfs liest sich das auch sehr schön. Da heißt es unter III – Finanzielle Auswirkungen –: „Die Landesstraßenbauverwaltung wird in die Lage versetzt, wirtschaftlicher und rationeller zu arbeiten.“ Leider wird das nicht quantifiziert.

Deswegen sieht man bei IV – Personalbedarf – nach. Dort steht:

Zusätzlicher Bedarf entsteht daher nicht. Die in der Vergangenheit in der gesamten Landesstraßenbauverwaltung erbrachten Personaleinsparungen bleiben unberührt.

Verzeihung, Herr Minister, meine Damen und Herren! Ich finde, das ist etwas erstaunlich. Wir sprechen über Effizienzgewinne, und die einzige Auskunft über Einsparungen lautet: Es wird kein zusätzlicher Personalbedarf entstehen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wir haben doch bisher schon im Vorgriff Stellen nicht wieder besetzt!)

Nun argumentieren Sie, Frau Berroth: Wir haben schon bisher Einsparungen erbracht; folglich werden die Effizienzgewinne dazu genutzt, diese Einsparungen zu erklären. Das kommt mir ein bisschen so vor wie die Theorie, dass man die Äpfel ernten könne, bevor man den Baum gepflanzt habe.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: In diesem Fall geht das wirklich!)

Wenn jetzt eine Reform stattfindet und in Form von Effizienzgewinnen Früchte bringt, wie kann dann das Personal schon vorher entlassen worden sein?

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wir haben vorgespart!)

Wo ist dann der Nutzen Ihrer Reform?

Die zweite Erklärung, die Sie mir anbieten, ist: Der Straßenbauetat – so sagte der Kollege Staatssekretär Mappus – sei ja in jüngster Zeit aufgestockt worden. Das ist wohl wahr. Das geschah gegen unseren Widerstand. Deswegen brauche man jetzt mehr Personal. Denn wenn man jetzt mehr Straßen baue, müsse man auch mehr Planer beschäftigen. Dem muss ich leider entgegenhalten: Das kann auch nicht die Erklärung dafür sein. Denn erstens haben Sie ja die Planungsmittel für Dritte. Diese Mittel sind auch ständig angewachsen. Das heißt, da ist ein externer Bedarf vorhanden. Den decken Sie gar nicht mit Ihrer Landesstraßenbauverwaltung. Wenn es also Effizienzgewinne gibt, müsste sich das irgendwann einmal in Kürzungen der Mittel für die Dritten auswirken.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sehr gut!)

Das tut es auch nicht. Das kann ja wohl nicht wahr sein!

Unseres Erachtens spricht außerdem dagegen – verzeihen Sie bitte –, wenn Sie sagen, Sie müssten beim Landesstraßenbau mehr planen, dann hätten Sie ja mehr Geld, dann ist es ja noch immer so, dass Sie beim Bundesstraßenbau bereits Pläne haben, die für die nächsten 30 Jahre reichen. Sie haben 50 % aller Bundesstraßenbauplanungen in Baden-Württemberg, vom Volumen her gesehen, bereits in der Schublade liegen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Also können Sie die Landesstraßenbauverwaltung 30 Jahre lang stilllegen, weil Sie gar nichts zu planen brauchen.

(Abg. Scheuermann CDU: Wir wollen doch auch bauen!)

Dafür brauchen Sie die Effizienzgewinne offensichtlich auch nicht.

Für uns heißt das – Herr Kollege Göschel hat ja wenigstens eine Erklärung geliefert –: Ihre ganze Reform ist untauglich. Sie bringt nämlich gar keine Effizienzgewinne, weil Sie eine Verteilung durchführen und anschließend wieder mehr Leute brauchen, um sich gegenseitig darüber zu verständigen, was sie gerade gemacht haben, damit die rechte Hand erfährt, was die linke tut.

(Abg. Hauk CDU: Da merkt man, dass Sie nur an der Oberfläche herumgekratzt haben!)

Für uns heißt das jedenfalls: Wir stehen vor einer klaren Alternative: Entweder das Gesetz bringt tatsächlich Effizienzgewinne – dann werden Sie die Effizienzgewinne nur einsetzen, um mehr unnötige Straßenbaupläne zu vollenden. Dafür reichen wir Ihnen bestimmt nicht die Hand.

(Abg. Hauk CDU: Das mag möglich sein!)

Oder aber es bleibt beim alten Wasserkopf in der Straßenbauverwaltung. Auch da stimmen wir ganz bestimmt nicht zu.

Die Konsequenz kann für uns nur sein, dass wir dieses Gesetz ablehnen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wider besseres Wissen hat er wieder geschwätzt! – Abg. Scheuermann CDU: Was Sie sich zurechtlegen, hat mit der Realität nichts zu tun! Sie haben sich einen Popanz zurechtgelegt, der mit der Realität nichts zu tun hat! – Gegenruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie reden von Straßenbau und fangen mit Gleisen an! – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Minister Müller.

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Beitrag des Abg. Palmer hat mir sein Dilemma deutlich gemacht: Er hatte das Problem, dass er in einem Bereich zu einer Effizienzsteigerung beitragen sollte, in dem er eigentlich gar keine Effizienzsteigerung haben will.

(Minister Müller)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das war es! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Das war ungefähr so, als ob Sie einen Engel aufforderten, er solle einen Organisationsvorschlag für die Verbesserung der Hölle machen.

(Heiterkeit – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Minister, wir nehmen mit Freude zur Kenntnis, dass wir die Engel sind und Sie in der Hölle arbeiten! Da ist auch der Teufel! – Abg. Blenke CDU: Engel Boris!)

– Jawohl. – Wir kommen nach einer jahrelangen Diskussion heute glücklich und endlich zum Abschluss. Wir integrieren in der Tat Blau und Gelb, die Autobahnverwaltung und die Straßenbauverwaltung. Wir reduzieren die Zahl der Ämter.

Von den Scherzen abgesehen, will ich an folgendem Beispiel jetzt einmal deutlich machen, was Effizienzgewinn heißt: Wenn wir 20 % Personal eingespart haben – das haben wir bereits hinter uns –, besteht bei einer Vielzahl von kleineren Ämtern oft das Problem, dass bestimmte Fähigkeiten ausfallen, weil es sie entweder gar nicht mehr gibt oder weil der Betreffende zum Beispiel krank oder im Urlaub ist. Also braucht man wegen der geringeren Zahl von Menschen weniger, aber größere Ämter – das ist der Effizienzgewinn –, damit man die zu leistende Arbeit anschließend besser tun kann, damit die Leute fachgerecht eingesetzt sind und damit man es sich vielleicht ersparen kann, an der einen oder anderen Stelle Aufträge nach außen vergeben zu müssen. Das sind die Effizienzgewinne, die wir uns von der Reduzierung der Zahl der Ämter erwarten.

Wir wollen die untere Ebene stärken. Auch das ist etwas, was der Motivation und der Schlagkraft der Verwaltung dient. Und wir richten die Landesstelle für Straßentechnik ein, die ja keine Vollzugsaufgaben hat.

Die SPD stimmt dieser Integration zu. Das freut uns. Sie kritisieren aber die Regelungen auf der mittleren Ebene. Ich sage einmal: Wenn die Integration auf der unteren Ebene, also bei den Straßenbauämtern, richtig ist, dann muss sie ja auf der mittleren Ebene nicht unbedingt falsch sein. Wir betreiben auch hier nichts anderes als Integration.

(Zuruf des Abg. Göschel SPD)

Allerdings – ich komme darauf noch zu sprechen – integrieren wir im einen Fall innerhalb der Straßenbauverwaltung, und im anderen Fall integrieren wir zwischen der Straßenbauverwaltung und der allgemeinen Verwaltung. Das sehe ich sehr wohl. Aber im einen Fall geht es um 44 Stadt- und Landkreise und im anderen Fall um vier Regierungspräsidien.

Ich glaube, dass die Luft aus der ganzen Diskussion mittlerweile relativ stark heraus ist, und zwar deswegen, weil wir die Neuordnung mit großer Sorgfalt vorbereitet haben. Wir mussten sie sachgerecht machen, wir mussten sie standortgerecht machen. Ich kann mich noch an die ganzen Diskussionen erinnern, an die Frage, welches Straßenbauamt „ins Gras beißen“ muss – Ellwangen, Heidenheim usw., was wir da nicht alles hatten. Das haben wir glücklicherweise alles

hinter uns gebracht. Wir müssen die Neuordnung natürlich auch sozial verträglich umsetzen. Ich glaube, auch das ist uns hinlänglich gelungen.

Bei dieser Gelegenheit bitte ich übrigens die Mitarbeiter unserer Verwaltung um Verständnis. Es muss einem – wie soll man sagen? – zum Nachdenken Anlass geben, wenn bei jeder Verwaltungsreform – aber wirklich bei jeder – die Mitarbeiter der jeweiligen Verwaltung, bei der reformiert werden soll, dies mit Skepsis, Angst, Zurückhaltung beobachten. Wenn die Reform dann durchgeführt ist, stellt man sich relativ schnell auf die neuen Verhältnisse ein.

(Abg. Fischer SPD: Was sollen sie denn auch machen?)

Ich würde eine solche Organisationsreform auch als eine Chance sehen. Nachdem wir ja davon ausgehen, dass wir damit die Straßenbauverwaltung verbessern, verbessern sich eigentlich auch die Arbeitsmöglichkeiten der Mitarbeiter. Deswegen sollten wir diesen ganzen Prozess mit etwas weniger Ängstlichkeit und Zurückhaltung begleiten, sondern darin auch die Chance sehen, die in der Reform steckt.

Ich will im Übrigen eine zweite – sozusagen politische – Bemerkung, eine Bemerkung zum Landkreistag, machen. Der Landkreistag sagt ja: Die Straßenbauämter sollen in die allgemeine Verwaltung integriert werden. Ich halte das für falsch. Deswegen machen wir das ja auch nicht. Wir sind dabei, die Zahl der Ämter von 25 auf 18 zu reduzieren und die Zahl der Außenstellen noch weiter zu senken – von 21 auf 12, wenn ich es jetzt richtig im Kopf habe. Würden wir dem Landkreistag folgen, dann würden wir die Zahl der Ämter auf 44 erhöhen. Das ist genau das Gegenteil von dem, was wir uns vorgenommen haben.

Sie erkennen übrigens die Fragwürdigkeit dieses gedanklichen Gebildes daran, dass alle Sonderbehörden auf die Landratsämter umgelegt werden sollen. Die Problematik wird vor allem am zweiten Vorschlag sichtbar, den der Landkreistag gemacht hat, nämlich dass die neun Ämter der Gewerbeaufsicht, mit denen alle Beteiligten zufrieden sind, plötzlich in 44 Ämter zerlegt werden sollen. Lieber Landkreistag, man kann es – mit Verlaub gesagt – mit dem Kompetenzhunger auch ein bisschen übertreiben.

Ich will auch noch etwas zu dem Punkt sagen, der sowohl vom Kollegen Scheuermann als auch vom Kollegen Göschel angesprochen worden ist, nämlich ob die Zusammenführung bei den Regierungspräsidien richtig war. Ich will ohne weiteres einräumen: Das kann man auch anders entscheiden. Wenn andere Bundesländer es anders entscheiden, hätten wir es natürlich auch anders entscheiden können, keine Frage. Unter rein fachlichen Gesichtspunkten spricht sogar einiges dafür – das ist auch nicht zu bestreiten. Aber wir haben eben zur gleichen Zeit zwei Grundentscheidungen in unserem Verwaltungsaufbau: Die erste ist die, dass man versuchen soll, dort, wo es geht, die Sonderverwaltung in die allgemeine Verwaltung zu integrieren. Dafür gibt es ein paar gute Gründe. Die zweite Grundentscheidung ist: Es soll eine mittlere Ebene geben. Diese haben wir mit den Regierungspräsidien. In beide Grundentscheidungen war auch diese Reform einzupassen. Ich denke, das ist uns gelungen. Deswegen würde ich einmal sagen: Auch unsere Variante

(Minister Müller)

ist vertretbar. Ich würde ohne weiteres zubilligen, dass die Variante, die Sie vorschlagen, vertretbar ist. Aber ich glaube, unsere ist es auch.

Schlussbemerkung, meine Damen und Herren: Wenn ich mir überlege, welchen Kummer wir eigentlich im Straßenbau, in der Straßenbauverwaltung haben, dann fallen mir größere Probleme ein als das, das wir heute lösen. Mir fällt beispielsweise ein, dass wir genügend Personal haben müssen, dass dieser permanente Personalabbau – wir liegen jetzt, wie gesagt, 20 % unter dem Bestand, den wir noch vor ein paar Jahren hatten – irgendwann allmählich an die Qualität und die Funktionsfähigkeit der Verwaltung geht. Das ist mir eine größere Sorge als die Frage, ob ich den Standort X oder den Standort Y habe.

Ich will ein zweites Problem nennen: die modernen Instrumente, also die neuen Steuerungs- und Informationstechnologien. Der Übergang von der Kameralistik zu mehr Wirtschaftlichkeitsbezug in der Verwaltung muss uns gelingen.

Ein drittes Beispiel: die richtige Schnittstelle zwischen der eigenen Verwaltung und den Verträgen, die wir nach außen geben. Man kann ja Personalmangel vielfach dadurch ausgleichen, dass man sagt: Dann nehmen wir Sachmittel und vergeben einen Ingenieurauftrag. Nur: Irgendwann kommt einmal der Punkt, an dem die eigene Verwaltung nicht mehr die Kompetenz hat, überhaupt noch das zu verfolgen, was man an Aufträgen vergeben hat. Das ist für mich eine Sorge.

Die letzte Sorge ist, dass die Straßenbauverwaltung hoffentlich genügend Geld hat,

(Abg. Scheuermann CDU: Die Hauptsorge!)

um künftig noch Straßen zu bauen, ihrer Aufgabe gerecht zu werden, so wie das – da will ich die eigene Verwaltung gerne auch wieder loben, nachdem ich vorhin eine kritische Bemerkung gemacht habe – auch in der Vergangenheit gelungen ist. Meine Damen und Herren, wenn man sich unser Straßennetz unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten – dafür kann die Verwaltung nichts – anschaut, dann muss man sagen: Straßenbau in Baden-Württemberg ist eine gelungene Operation. Was uns fehlt, das sind die Mittel. Aber mit den Konzeptionen, die wir machen – ob das jetzt ein landschaftsgerechtes Bauen ist, ob das ein verkehrlich ausreichendes Bauen ist, ob das ein Bauen ist, das der Verkehrssicherheit gerecht wird, ob es Umweltgesichtspunkten gerecht wird oder was auch immer –, beweist die Straßenbauverwaltung jeden Tag, glaube ich, dass sie eine leistungsfähige Verwaltung sein kann. Wir sollten sie in Bezug auf diese Leistungsfähigkeit nicht behindern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stelly. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur *E i n z e l a b s t i m m u n g*. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr, Drucksache 13/1453.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Straßengesetzes

und dazu Ziffer 1 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr. Wer Artikel 1 mit der Änderung durch die Ziffer 1 der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 1 ist mit der Änderung durch Ziffer 1 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr mehrheitlich zugestimmt.

Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass die Landesregierung ermächtigt wird, die beiden noch offenen Daten im Einleitungssatz nach der Ausfertigung des unter Tagesordnungspunkt 5 verabschiedeten Gesetzes einzutragen. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Bundesfernstraßengesetz und dem Eisenbahnkreuzungsgesetz

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich der Stimme? – Wer stimmt dagegen? – Artikel 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung des Ernennungsgesetzes

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Artikel 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung des Landesbesoldungsgesetzes

und dazu Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr. Wer Artikel 4 mit der Änderung durch Ziffer 2 der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 4 ist mit dieser Änderung mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 5

Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes

Wer Artikel 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Artikel 5 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 6

Änderung weiterer Rechtsverordnungen

und dazu Ziffer 3 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr. Wer Artikel 6 mit der Ände-

(Stellv. Präsidentin Beate Fauser)

zung durch Ziffer 3 der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 6 ist mit dieser Änderung mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 7 Schlussvorschriften

Wer Artikel 7 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 7 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 14. November 2002 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Neuordnung der Straßenbauverwaltung“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Wir kommen zu **Punkt 8** der Tagesordnung:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes – Drucksache 13/1424

Wem darf ich das Wort erteilen? – Ich erteile das Wort Frau Abg. Vossschulte.

Abg. Christa Vossschulte CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! § 90 des Schulgesetzes regelt die Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen und deren Anwendung. Es hat sich allerdings schon seit langem erwiesen, dass dieser Paragraph unflexibel, schlecht handhabbar und vor allem völlig unpädagogisch ist. Im Gegenteil: Er untergräbt alles, was mit Erziehung zu tun hat.

Das bisherige Verfahren läuft folgendermaßen ab: Wenn sich ein Schüler in der Schule Fehlverhält, gibt es verschiedene pädagogische Möglichkeiten, ihn umzustimmen, und wenn dies nicht gelingt, treten die ersten Erziehungsmaßnahmen in Kraft. Das ist das Nachsitzen in verschiedenen Variationen, die Versetzung in eine Parallelklasse oder die Androhung des zeitweiligen Ausschlusses. So weit, so gut. Das sind Maßnahmen, die unproblematisch sind, weil über sie schnell entschieden werden kann.

Eine weitere Stufe sind der zeitweilige Ausschluss des Schülers bis zu vier Wochen, die Androhung des Ausschlusses aus der Schule und der Ausschluss aus der Schule. Diese drei Schritte sind formal ungeheuer kompliziert, und ein reiner Verfahrensfehler, zum Beispiel wenn ein Schulleiter vergisst, die Eltern zu fragen, ob die Schulkonfe-

renz beteiligt werden soll, führt bereits dazu, dass die entsprechende Maßnahme aufgehoben wird. Sie können sich vorstellen, was das für einen Eindruck auf die Schüler und die Klasse macht.

Aber auch der zeitliche Aufwand ist unvertretbar hoch. Es sind bis zu vier Konferenzen notwendig, bis eine solche Maßnahme verhängt werden kann. Die erste Sitzung ist die Anhörung in der Klassenkonferenz und die Bekanntgabe der beabsichtigten Entscheidung, die zweite Sitzung ist die Schulkonferenz, die mitzubestimmen hat, in der dritten Sitzung entscheidet die Klassenkonferenz unter Einbeziehung des Votums der Schulkonferenz, und in der vierten Sitzung wird gegebenenfalls über das Abhelfen des Widerspruchs entschieden.

Meine Damen und Herren, es kann Wochen dauern, bis eine solche Maßnahme durchgeführt wird; wenn dann noch Ferien dazwischen fallen, von denen wir ja genügend haben, kann es sich über sechs bis acht Wochen hinziehen.

Ich möchte klarstellen: Niemand ist begierig, diese Maßnahmen zu verhängen. Aber Jugendliche suchen Grenzen des Erlaubten, und das ist auch in Ordnung und ist überhaupt nicht zu verdammern. Aber es ist völlig verfehlt und ein Erziehender handelt fahrlässig, wenn er nicht mit aller Kraft diese Grenzen durchsetzt und nachdrücklich darauf hinweist und vor allem eine Grenzverletzung unmittelbar und konsequent ahndet.

Diese erzieherischen Fähigkeit, Grenzen zu setzen und Konsequenz zu zeigen, ist seit Einführung der antiautoritären Erziehung in unserer Gesellschaft weitgehend abhanden gekommen. Sie ist dennoch eines der wesentlichen Prinzipien in der Erziehung. Eine Strafe, die nicht gleich vollzogen wird, verliert für den Missetäter ihren Sinn.

Zugleich soll eine solche Strafe auch ein Signal an die Klasse und an die Mitschüler sein. Nicht selten sind es Einzelne, die den Frieden stören. 29 andere warten geradezu darauf, dass etwas passiert, und diese Schüler sollen aus einer raschen Reaktion auch lernen, dass ein Verstoß gegen Schulordnung, Schulvereinbarung oder gar ein Gesetz keinen Sinn macht.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

§ 90 des Schulgesetzes verhindert nun aber, dass Maßnahmen auf dem Fuße folgen. Sie sind daher ohne Wirkung. Im Gegenteil: Sie erhalten ein unangemessenes Gewicht. Die Schüler sind keine Straftäter, die mit komplizierten Verfahren verfolgt werden müssten. Wir verhängen keine Strafbefehle, und wir sprechen auch keine Verurteilungen aus, sondern wir treffen Erziehungsmaßnahmen. Deshalb ist hier eine Änderung dringend nötig.

Neulich titelte eine Zeitung: „CDU/FDP verschärfen Schulstrafen“. Das klingt gut, aber es hat mit Sachlichkeit nichts zu tun. Es geht nicht um eine Verschärfung, denn diese Strafen bestehen bereits seit langer Zeit. Sie werden auch überhaupt nicht verändert, sondern es werden lediglich die Verfahren verändert und vereinfacht, indem man dem Schulleiter mehr Kompetenz und mehr persönliche Verantwortung für diese Dinge überträgt.

(Christa Vosschulte)

Ich will auf die wesentlichen Änderungen kurz eingehen. Übertragung der Entscheidungskompetenz auf den Schulleiter: Der Schulleiter muss bei den letzten drei Stufen, also ab dem zeitweiligen Ausschluss, die Klassenkonferenz hören, beim endgültigen Ausschluss auch die Schulkonferenz. Entscheiden tut er selbst. Er wird sich aber hüten, ohne triftigen Grund über das Votum der Klassenkonferenz und der Schulkonferenz hinwegzugehen, denn er ist dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verpflichtet, und alle Maßnahmen müssen verwaltungsgerichtlich überprüfbar bleiben.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Und wenn es eine „sie“ ist?)

Zweitens: Wegfall der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Gender Mainstreaming!)

Die Schule kann im Moment sowieso den sofortigen Vollzug anordnen, das heißt, diese Maßnahme ist eine reine Formalität und aufgrund des zusätzlichen Aufwands überflüssig.

Drittens: Die Neuaufnahme an einer anderen Schule nach dem endgültigen Schulausschluss wird neu geregelt. Die Schule kann mit dem Schüler eine Vereinbarung treffen. Das erleichtert der Schule die Aufnahme und ist zugleich für den Schüler Hinweis auf eine dringend notwendige Verhaltensänderung. Weiterhin kann die Schule eine Probezeit ausmachen, eine Bewährungsfrist für den Schüler setzen.

Schließlich haben wir auf Anregung der SPD noch Bestimmungen in Bezug auf die Einschaltung der Jugendhilfe aufgenommen. Ab dem zeitweiligen Ausschluss kann die Jugendhilfe eingeschaltet werden. Das wird immer von den familiären und den sozialen Umständen des Kindes abhängen. Bei einem zweiten zeitweiligen Ausschluss soll sie eingeschaltet werden, und bei endgültigem Ausschluss muss sie eingeschaltet werden. Damit wird auch die Übertragung sozialer Aufgaben auf den betreffenden Schüler erleichtert, denn man kann der Schule nicht zumuten, dass sie soziale Dienste für diesen Schüler auch noch sucht und ihn dort unterbringt. Das kann in Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe geschehen, sodass es dem Schüler nicht einfällt, dass diese Maßnahmen ihn unter Umständen zu weiterem Schwänzen anregen.

Meine Damen und Herren, in diesem Gesetzentwurf steht beim Punkt Kosten: „keine finanziellen Auswirkungen“. Ich sehe Einsparungen in personeller und in zeitlicher Hinsicht.

(Abg. Rech CDU: Und mehr Rechtssicherheit!)

Das spart Geld.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wieso weiß das die Regierung nicht?)

Nun ist die SPD leider nicht mit im Boot. Wenn es richtig ist, was ich gehört habe, dann war der zuständige Arbeitskreis der SPD, in dem ja immerhin Fachleute auf diesem Gebiet sitzen, einstimmig für diese Gesetzesänderung. Sie haben es aber in der Fraktion nicht durchbekommen. Die Fraktion hat dann die Zustimmung zu diesem Gesetz gekippt.

Meine Damen und Herren von der SPD, ich möchte Sie herzlich bitten: Opfern Sie nicht den pädagogischen Sachverstand auf dem Altar der Ideologie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das geschieht zum Schaden von Schülern und Eltern. Ich möchte Sie herzlich bitten, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen, und wenn Sie sich das nicht trauen, dann enthalten Sie sich wenigstens der Stimme.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

(Abg. Wacker CDU: Jetzt spricht geistlicher Beistand!)

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ziel des Gesetzentwurfs – Frau Kollegin Vosschulte hat darauf hingewiesen – ist die Verbesserung der Handlungsfähigkeit und der pädagogischen Einwirkungsmöglichkeiten der Schule in Fällen von Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen. Dass man diese da und dort braucht, ist in diesem hohen Hause unbestritten. Es geht also darum, die für die Verhängung von Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen bis jetzt vorgesehenen Verfahrensweisen sinnvoll zu straffen und vor allem auch zeitlich zu verkürzen. Nach unserer Überzeugung ist dies allein schon aus pädagogischen Gründen – ich möchte gar keine juristischen zusätzlich anführen – erforderlich. Es kann doch nicht sein, dass die Verhängung einer Strafe angekündigt wird und dann lange Zeit vergeht, bis sie vollzogen wird. Die derzeitigen Verfahrensregelungen haben dies oft genug zur Folge. Nicht selten führen sie sogar zum völligen Versanden einer Maßnahme. Dies kann nicht im Sinne von § 90 des Schulgesetzes, nicht im Sinne unserer Schülerinnen und Schüler und nicht im Sinne der Institution Schule sein.

Die Richtigkeit des Prinzips, dass eine Sanktion ihrem Anlass in engem zeitlichem Abstand folgen muss, ist, meine ich, in diesem Haus auch unbestritten. Auch die von uns zur zeitlichen Verkürzung im Einzelnen vorgesehenen Änderungen in § 90 des Schulgesetzes finden breite Zustimmung bei den Lehrerverbänden, beim Landeselternbeirat. Die Anregungen kamen ja gerade von den Lehrern und von den Schulleitern.

Aus diesem Grund will ich drei kurze Aspekte in den Mittelpunkt rücken:

Erstens: Fälle schwerwiegender krimineller Taten sind uns ja in leidvoller Erinnerung. Es wird dann immer gleich die Frage gestellt: Warum konnte die Tat nicht verhindert werden? Warum konnte nicht rechtzeitig eingegriffen werden? Warum schaute das Jugendamt tatenlos zu? Es hat aber im Zweifelsfall nicht zugesehen, auch nicht tatenlos, sondern es war überhaupt nicht informiert. Hilfemaßnahmen des Jugendamts können schlimmen Entwicklungen entgegenwirken, wenn sie rechtzeitig – das heißt frühzeitig – erfolgen. Daher ist es geboten, dass das Jugendamt – die SPD hat die

(Kleinmann)

Anregung ja gemacht – über die Verhängung gravierender Ordnungsmaßnahmen – zeitweiliger Ausschluss vom Unterricht und Schulausschluss als letzte Ordnungsmaßnahme – rechtzeitig informiert wird.

Zweitens: Der Schulausschluss ist für die Schule das letzte Mittel. Die Schule, also die Schulverwaltung, sollte die Möglichkeit haben, statt eines eigentlich fälligen Schulausschlusses noch einmal zu einer weniger gravierenden Maßnahme greifen zu können, das heißt zu einem gegenüber bisher erweiterten zeitweiligen Unterrichtsausschluss. Auch dies sieht der Gesetzentwurf nun vor.

Drittens und letztens: Wie alle anderen Ordnungsmaßnahmen ist auch der Schulausschluss kein Selbstzweck. Darüber sind wir uns ja einig. Er ist eine erzieherische Maßnahme, zielt also auf eine Verhaltensänderung hin. Die Aufnahme in eine andere Schule – das ist ja teilweise die Konsequenz – trägt als solche zu diesem Ziel nur bedingt bei. Die Erfahrung hat aber gezeigt, dass Vereinbarungen zwischen Schule und Schülerinnen bzw. Schülern über Verhaltensänderungen sehr erfolgreich sein können. Wir haben daher gern die Anregung aufgegriffen, der aufnehmenden Schule die Möglichkeit zu geben, eine solche Vereinbarung zu treffen.

Fazit: Wir wollen die Autorität der Schule stärken. Dazu haben CDU und FDP/DVP den vorliegenden Gesetzentwurf eingebracht.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich eine Vorbemerkung machen: Es kann ja der Eindruck entstehen, als ob es sich bei dem Gegenstand des Gesetzentwurfs der beiden Koalitionsfraktionen um etwas handeln würde, was die Schulen jeden Tag beschäftigt. Das ist Gott sei Dank die Ausnahme.

(Abg. Wacker CDU: Richtig!)

Deswegen will ich deutlich sagen: Lehrer sind Pädagogen. Pädagogen und die Schule haben zuvörderst einen Erziehungs- und Bildungsauftrag. Deswegen müssen wir uns immer darüber im Klaren sein,

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

dass es um Erziehung in der Schule geht und die Lehrkräfte diese Aufgabe ernst zu nehmen haben.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Wir wissen auch: Junge Menschen sind nicht perfekt. Im Übrigen soll das auch bei älteren Menschen so sein.

(Zurufe der Abg. Kleinmann FDP/DVP und Reichardt CDU)

Es ist auch das Recht junger Menschen, Fehler machen zu dürfen. Ich schicke das bewusst als Vorbemerkung voraus,

weil der Eindruck entstehen könnte, als ginge es an unseren Schulen nur darum, möglichst zu bestrafen, möglichst auszuschließen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Nein, nein! Wer will denn das?)

Das ist Gott sei Dank nicht der Fall.

Wir wissen aber auch, dass es Verhaltensauffälligkeiten und -probleme gibt, die oft andere Ursachen haben und bei denen die Schule an Grenzen stößt. Deswegen – Herr Kleinmann, Sie haben es ja eben gesagt – haben wir von Anfang an großen Wert auf die Einbeziehung der Jugendhilfe gelegt.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das haben Sie Gott sei Dank aufgenommen. Das ist ein ganz zentraler Punkt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Wir werden im Übrigen zur Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe noch einen eigenen Gesetzentwurf einbringen. Ich hoffe, dass Sie, Herr Kleinmann, dieser Initiative auch zustimmen werden.

Natürlich – oder leider, muss man eher sagen – gibt es aber Situationen – das wissen wir –, in denen eine präventive, pädagogische Arbeit nicht mehr greift, nicht mehr nützt und es bei wiederholtem Fehlverhalten zu einem Schulausschluss kommen muss. Die Frage ist nun, wie wir mit diesen Fällen umgehen.

Frau Vosschulte, ich darf Sie korrigieren. Es ist so, dass wir in unserem Arbeitskreis nach der Vorlage Ihres Gesetzentwurfs sehr intensiv beraten haben. Sie haben unsere Anregungen und Änderungsvorschläge bekommen. Es sind Punkte, die wir unbedingt in einem solchen Gesetz haben wollen. Insofern schließen wir, die Bildungspolitiker, uns auch als Teil der Fraktion ein und fordern die entsprechenden Änderungen. Richtig ist, dass man möglichst zeitnah entscheiden soll. Das ist ein wichtiger Punkt; diesen tragen wir auch mit.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Es ist aber ein Widerspruch, wenn Sie einerseits sagen, dass Sie versuchen, dadurch Zeit zu gewinnen, indem Sie die Verantwortung und die Entscheidung möglichst allein auf den Schulleiter oder die Schulleiterin übertragen, andererseits aber die Schulleitung gleichzeitig das Votum der Klassenkonferenz einholen soll. Wenn Sie schon das Votum einholen, warum trauen Sie dann den Fachleuten, die in der Klassenkonferenz sind, nicht zu, dass sie auch über Ordnungsmaßnahmen entscheiden können? Dies ist doch ein Widerspruch. Deswegen wollen wir, dass der Schulleiter oder die Schulleiterin nicht alleine entscheidet, sondern dass die Entscheidung in der Verantwortung der Klassenkonferenz zu liegen hat; denn diese halten wir für kompetent. Letztendlich sind dort jene vertreten, die tagtäglich Erfahrungen in der Klasse sammeln.

(Beifall bei der SPD)

(Zeller)

Der zweite Punkt betrifft etwas, das wir gerade vor dem Hintergrund des Falles in Erfurt sehen müssen: Wir wollen auch – das ist im Entwurf nicht enthalten; vielleicht können Sie das noch aufnehmen –, dass Eltern erwachsener Kinder ebenfalls informiert und einbezogen werden, und zwar rechtzeitig, damit keine Entwicklungen stattfinden können, wie wir sie alle leider erleben mussten. Diesen Punkt wollen wir unbedingt aufnehmen.

Ich sage Ihnen nochmals: Wir werden zu allen drei Punkten, die ich gerade genannt habe – zu der Frage der Zuständigkeit der Klassenkonferenz, zu der Pflicht zur Information der Eltern erwachsener Kinder und zu einer stärkeren Beteiligung und Einbeziehung der Jugendhilfe in solche Verfahren –, entsprechende Änderungsanträge einbringen. Frau Vosschulte, ich bin gespannt, ob Sie dann unseren Anträgen zustimmen, damit wir dieses Gesetz gemeinsam verabschieden können.

(Beifall bei der SPD)

Stelly. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, dass ich, bevor ich auf den Gesetzentwurf der Regierungsfractionen eingehe, auch noch ganz kurz generell zum Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schulen ein paar Ausführungen mache.

Der Grundsatz, dass in der Erziehung Prävention Vorrang vor Strafen hat, hat an den meisten Schulen in Baden-Württemberg erfreulicherweise doch dazu geführt, dass besondere pädagogische Konzepte zum Abbau von Aggressionen, von Gewalt und von Regelverletzungen entwickelt und umgesetzt wurden. Aufgrund eines parlamentarischen Antrags der CDU-Fraktion zum Thema Gewaltprävention haben wir von der Landesregierung ja eine wunderbare Bestandsaufnahme über die betreffenden Maßnahmen erhalten. Wir alle haben festgestellt, in welchem großem Umfang solche pädagogischen Konzepte greifen: Streitschlichterprogramme, Programm „Faustlos“, Vereinbarungen von Eltern und Schulen, Kooperation mit der Jugendhilfe, Einsatz von Schulsozialarbeit usw.

In Karlsruhe erlebe ich das Beispiel, dass die Direktoren aller fünf Hauptschulen an sozialen Brennpunkten bereits zusammenarbeiten und gemeinsam überlegen, wie sie den Erziehungsauftrag erfüllen können mit Blick auf Prävention.

(Abg. Christa Vosschulte CDU: Das hat doch mit dem Thema nichts zu tun!)

Deshalb sage ich insbesondere zu Ihnen, Frau Kollegin Vosschulte: Konsequenz in der Erziehung beginnt nicht erst beim Unterrichtsausschluss und beim Schulausschluss, sondern Konsequenz in der Erziehung beginnt bei jedem kleinen Regelverstoß, beginnt damit, dass nicht weggesehen wird, sondern klare Grenzen gesetzt werden.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Hier muss sich ein Kollegium verständigen, welche Konsequenzen jeweils ergriffen werden. Diese Konsequenzen

müssen dann allerdings verbindlich sein, sie müssen für alle Beteiligten transparent sein, sie müssen einsichtig sein, das heißt auf ein großes Maß an Akzeptanz stoßen, und sie müssen zielgerichtet auf eine Änderung des Verhaltens der Schüler und Schülerinnen erfolgen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig, und nicht erst nach fünf Wochen stattfinden!)

Beispiel: Einem Hauptschüler, der in einer ganz schwierigen Lebenslage ist, der die Schule ständig schwänzt, wird überhaupt nicht geholfen werden, wenn man ihn jetzt auch noch aus dem Unterricht ausschließt. Ein solcher Vorschlag würde doch absolut ins Leere laufen. Dagegen kann dies bei einem Schüler am Gymnasium, der Angst hat, dass er mit Blick auf die Prüfung Probleme bekommt, als letztes Mittel möglicherweise sogar sinnvoll sein.

Nun möchte ich auch davor warnen, hier einen Popanz aufzubauen. Ich habe mit mehreren Schulen gesprochen. Ich selber war 21 Jahre lang an einer Schule tätig. In diesen 21 Jahren ist ein einziger Schüler von der Schule ausgeschlossen worden. Ich habe Direktoren in meiner Heimatstadt Karlsruhe befragt. Der Unterrichtsausschluss und der Schulausschluss sind eine Ausnahme. Die Direktoren von Hauptschulen in sozialen Brennpunkten haben mir bestätigt, dass sie zum Beispiel zu dem Mittel greifen, mit den Eltern eine Umschulung in eine andere Schule zu besprechen. Das heißt, wir brauchen doch nicht so zu tun, als ob in unseren Schulen in Baden-Württemberg Unterrichtsausschluss und Schulausschluss an der Tagesordnung wären

(Abg. Christa Vosschulte CDU: Das hat doch kein Mensch getan!)

und dass deshalb ein dringender Bedarf bestehe, das Schulgesetz in diesem Umfang zu ändern.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Autoritäre Bildungspolitik!)

Nun zu den Regelungen in Ihrem Gesetzentwurf. Der Arbeitskreis in unserer Fraktion, der aus mir besteht,

(Heiterkeit – Abg. Wacker CDU: Oh, so groß ist der Kreis! Das ist ein Zirkel, kein Kreis, Frau Kollegin!)

und meine gesamte Fraktion lehnen diesen Gesetzentwurf in der vorliegenden Form ab,

(Beifall bei den Grünen – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Jawohl! Keine Lex Vosschulte!)

meine Damen und Herren, und zwar im Wesentlichen aus einem Grund: Wir lehnen die Verlagerung der Entscheidungsbefugnisse für schwerwiegende Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen – nämlich zeitweiliger Unterrichtsausschluss, Androhung des Schulausschlusses und Schulausschluss – von der Klassenlehrerkonferenz auf den Schulleiter mit großer Entschiedenheit ab, Frau Vosschulte.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Christa Vosschulte CDU: Sie haben aber großes Vertrauen in die Schulleiter, Frau Kollegin!)

(Renate Rastätter)

Unsere Gründe dafür sind: Lehrer und Lehrerinnen kennen die betroffenen Schüler am besten. Sie haben im Vorfeld alle Erziehungsmaßnahmen mit dem betroffenen Schüler oder der betroffenen Schülerin eingeleitet. Sie können am besten beurteilen, wann der Zeitpunkt gekommen ist, zu dem diese Maßnahmen nicht mehr ausreichen.

Im Übrigen möchte ich noch ein weiteres Wort dazu sagen. Wir müssen Lehrer und Lehrerinnen stärken. Da sind wir uns alle einig. Wenn wir aber Lehrer und Lehrerinnen in ihrer Kernkompetenz, da, wo sie in ihrer ureigenen pädagogischen Verantwortung Entscheidungen treffen sollen, schwächen, dann schwächen wir die Stellung der Lehrer und Lehrerinnen an der Schule, dann schwächen wir deren Ansehen, und das ist kontraproduktiv für eine Stärkung des Ansehens von Lehrern und Lehrerinnen in unseren Schulen und in der Gesellschaft.

(Beifall bei den Grünen)

Wir wollen Lehrer und Lehrerinnen stärken, wir wollen ihre Verantwortung stärken, und wir wollen damit dazu beitragen, dass die Schulen insgesamt in ihrer erzieherischen Leistung gestärkt werden.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte: Wenn Sie jetzt sagen, Frau Vossschulde und meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, Sie wollten die Verfahren beschleunigen, dann passiert eines: Die Eltern – und das sind in der Regel auch die Eltern von Gymnasiasten – werden, wenn so etwas beabsichtigt ist, dann natürlich sofort den Wegfall der aufschiebenden Wirkung beklagen und vor Gericht ziehen. Damit werden die Gerichte noch früher eingeschaltet.

(Abg. Christa Vossschulde CDU: Ich denke, es gibt nur wenige Fälle! Dann spielt das doch auch keine Rolle mehr!)

Wer das will, wer noch mehr Rechtsstreitigkeiten vor Gericht haben will, der muss dies tun. Deshalb muss das noch einmal kritisch überprüft werden. Wir werden das auch im Schulausschuss eingehend noch einmal mit Ihnen diskutieren.

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen.

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Vossschulde?

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Im Anschluss; ich möchte gerade noch diesen Gedanken einbringen.

Meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, wir werden im Schulausschuss ernsthaft und gewissenhaft mit Ihnen über alle anderen Punkte dieses Gesetzentwurfs sprechen. Wir werden zum Beispiel der Einbeziehung der Jugendhilfe zustimmen, das ist doch klar. Wir werden gegebenenfalls Änderungsanträge einbringen.

Aber zum Schluss sage ich Ihnen noch eines: Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen dürfen an den Schulen nur so ausgestaltet sein, dass kein junger Mensch ins Bodenlose

fällt. Unsere Gesellschaft kann nicht zulassen, dass wir auch nur einen einzigen jungen Menschen zurücklassen. Wir brauchen alle jungen Menschen in unserer Gesellschaft.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Gestatten Sie noch die Zwischenfrage der Frau Kollegin Vossschulde?

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ja.

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Bitte, Frau Abg. Vossschulde.

Abg. Christa Vossschulde CDU: Ist Ihnen bekannt, Frau Kollegin Rastätter, dass man bereits jetzt in der Klassenkonferenz entscheiden kann, ob dem Widerspruch abgeholfen wird, und dass es sich hier nur um eine Formalie handelt, die völlig überflüssig ist und nur Zeitaufwand kostet?

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das heißt aber trotzdem, dass die Eltern vor Gericht natürlich sofort beantragen können, dass die aufschiebende Wirkung wieder hergestellt wird.

(Abg. Christa Vossschulde CDU: Das können sie jetzt schon!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Ministerin Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In allen Reden ist gesagt worden, dass unsere Schulen in einem sehr intensiven Prozess stehen, der Schülerinnen und Schüler, Elternschaft und auch Kollegien einbezieht bei der Beantwortung der Fragen: Wie stärken wir Erziehung? Wie sorgen wir dafür, dass in unseren Schulen die Frage einer Ordnung des Zusammenarbeitens und der Spielregeln besser angegangen wird? Es gibt viele gute Beispiele.

Zweitens ist über das Stichwort Prävention gesprochen worden. Auch dazu wurde das Konzept vorgestellt. Was wir heute besprechen, steht nicht in Konkurrenz dazu,

(Abg. Christa Vossschulde CDU: So ist es!)

sondern bezieht sich auf sehr ernsthafte Situationen, in denen Prävention und das, was an gemeinsamer Ordnung erarbeitet worden ist, einfach nicht mehr reichen.

Die vorgeschlagene Novellierung von § 90 des Schulgesetzes wird in den ganz ernstesten Situationen die Arbeit an den Schulen erleichtern. Deshalb begrüße ich diesen Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP. Ich begrüße ihn auch deshalb, weil ich aus vielen, vielen Veranstaltungen weiß, dass an der Basis, also in unseren Schulen,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

immer wieder der Wunsch formuliert wird, zu Vereinfachungen und zu mehr Klarheit in den Verfahren zu kommen. Ich finde, der Entwurf ist eine gelungene Synthese zwischen ei-

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

ner Rechtsvereinfachung einerseits und einer Pädagogisierung rechtlicher Regelungen andererseits.

(Abg. Schmid SPD: Also könnte er von Ihnen stammen!)

Er berücksichtigt sechs Grundsätze, die bei allen rechtlichen Rahmenregelungen für unser Schulwesen wichtig sind.

Erster Grundsatz: Bei allem, was wir rechtlich tun, müssen wir bedenken, dass Lehrerinnen und Lehrer, Schulleiterinnen und Schulleiter Pädagogen und keine ausgefuchsten Verfahrenstechniker sind. Schulrechtliche Regelungen müssen also handhabbar sein; sie dürfen nicht zu Fallen für Verfahrensfehler werden. Wir wissen es aus der Praxis: Wenn Widerspruchsbehörden und Verwaltungsgerichte beschäftigt sind, treten in den allermeisten Fällen Verfahrensfehler zutage. Das, was an pädagogischen Maßnahmen, an Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen ergriffen worden ist, wird dann wieder infrage gestellt. Also auch dort, wo eine Maßnahme pädagogisch gut begründet ist, kann irgendein Verfahrensfehler das Ganze wieder rückgängig machen. Man muss einfach sehen, dass ein solcher Vorgang Autorität in der Schule massiv zerstört. Deshalb ist es richtig, einen Schritt zur Vereinfachung vorzunehmen.

Zu den Gremien muss ich Ihnen aufgrund vieler Gespräche sagen: Schulleiterinnen und Schulleiter, die souverän sind, wissen sehr wohl, dass sie in der Schule nicht alleine herrschen und sprechen. Denn die Disziplinarmaßnahme oder Ordnungsmaßnahme wird doch nicht in einer Situation mit dem Schulleiter oder der Schulleiterin ergriffen, sondern natürlich in einer Klasse oder in einer Gruppe, die dann auch zu beteiligen ist.

Aber ich halte es für richtig, dass wir bei der Frage, welche Voten für eine Entscheidung eingeholt werden müssen, pragmatische Wege gehen, weil es pädagogisch nicht verantwortbar ist – das ist letztlich ein Stück Pädagogisierung –, dass es durch eine ganz formalistische Abfrage zu Verzögerungen kommt.

Zweiter Grundsatz: Rechtliche Regelungen müssen immer dem pädagogischen Auftrag der Schule gerecht werden. Das berücksichtigt der Vorschlag sehr klar. Es liegt im Interesse der Schüler und Schülerinnen, dass die Schule bei Fehlverhalten schnell reagiert und nicht wochen- oder monatelang das Damoklesschwert einer Bestrafung oder einer Erziehungs- und Ordnungsmaßnahme über dem Betroffenen hängt.

Der Entwurf spricht – auch das liegt im Interesse der Schüler und Schülerinnen – die in der Praxis bewährten Zielvereinbarungen an, bei denen in einem Gespräch zwischen Schulleitung, Eltern und Schülern und Schülerinnen Verhaltensverbesserungen formuliert werden. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Sie haben ja die Beispiele genannt. Da geht es eigentlich nicht mehr darum, einfach nur zu überlegen, welche Strafe angemessen ist. Natürlich geht es bei jeder Ordnungsmaßnahme darum, dass sie auch eine Erziehungsmaßnahme sein muss, und deshalb sind Gespräche und Zielvereinbarungen wichtig.

Dritter Grundsatz: Gesetze im Schulbereich haben eine dienende Funktion. Sie sollen für die Betroffenen eine Hilfe

sein und Schutz bieten. Sie sind also eben nicht, wie das manchmal in Karikaturen dargestellt wird, Herrschaftsinstrumente, die den vor Ort Verantwortlichen das Leben durch die Auferlegung inhaltsleerer juristischer Pflichtübungen schwer machen.

Die bisherige Regelung hat diesen Grundsatz, wie uns die Praxis an vielen Beispielen gezeigt hat, nicht uneingeschränkt beachtet. Das ist, so denke ich, in der Rede von Frau Vosschulte am Beispiel der Abfolge von Konferenzen aufgezeigt worden. Bis zu fünf Konferenzen sind bisher notwendig, auch wenn man nur über einen zweitägigen Unterrichtsausschluss nachdenkt. Wenn vier bis fünf Konferenzen einberufen werden, ist das nicht nur pädagogischer Unsinn, sondern führt das auch zu einer Beschäftigungstherapie, die eigentlich niemandem in der Schule nützt.

Vierter Grundsatz: Was immer wir im Blick auf rechtliche Rahmenbedingungen tun, wir müssen mit der Zeit der Lehrerinnen und Lehrer verantwortungsvoll umgehen. Zeit, die sie zur Abwicklung eines aufwendigen Verfahrens brauchen, fehlt ihnen für die didaktische und pädagogische Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Fünfter Grundsatz: Schulrechtliche Rahmenregelungen müssen Raum für die Wahrnehmung persönlicher Verantwortung lassen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Das, meine Damen und Herren, ist ja ein Grundsatz, den wir bei der Schulentwicklung jetzt überall wollen. Es geht nicht um das Abarbeiten von Vorschriften, sondern um Möglichkeiten und Raum für persönliche Gestaltung. Das gilt auch für Ordnungs- und Erziehungsmaßnahmen. Sie haben gesagt, die Lehrer und Lehrerinnen würden mit dem, was wir den Schulleiterinnen und Schulleitern jetzt ermöglichen, abgewertet.

(Abg. Wacker CDU: Daran glaubt der Arbeitskreis der Grünen nicht!)

Ich sehe, vor allem auch nach vielen Gesprächen mit Schulleiterinnen und Schulleitern: Die Position derer, die in Deutschland eine Schule leiten, ist im Blick auf das, was wir ihnen an Möglichkeiten zur Entscheidung tatsächlich geben, schon hoch problematisch. So kann man kein Unternehmen und kaum eine Gruppe führen. Ich habe das in anderem Zusammenhang auch schon öfter gesagt. Deshalb halte ich es für notwendig und richtig – wir werden das in einem anderen Zusammenhang auch noch erleben –, dass Schulleiterinnen und Schulleiter auch persönlich Verantwortung übernehmen können und nicht in jeder Frage auf Voten anderer angewiesen sind.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Damit wird deutlich: Der, dem ich die Aufgabe gebe, eine Schule zu leiten, muss auch entsprechende Führungsmöglichkeiten haben.

Sechster Grundsatz: Generell muss all das, was wir an rechtlichen Rahmenvorgaben machen, bei Wahrung der Rechts-

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

staatlichkeit zur Vereinfachung von Verfahren führen. Das gilt natürlich ganz besonders bei harten Entscheidungen. Die Frage des Schulausschlusses ist eine solche harte Entscheidung. Deshalb ist es richtig, denke ich, dass hierzu das Votum der Klassenkonferenz eingeholt wird. Daran wird sich auch nichts ändern.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Oder der Jahrgangsstufenkonferenz!)

Aber auch da muss man sagen: In der Realität ist es nun einmal so, dass, bevor überhaupt über eine Erziehungs- und Ordnungsmaßnahme entschieden wird,

(Abg. Christa Vosschulte CDU: So ist es!)

dem doch keine Schweigeexerzitien des Schulleiters vorangehen,

(Beifall der Abg. Christa Vosschulte CDU und Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

sondern mit denen, die diese Situation erlebt haben, Gespräche geführt werden, die zu einer entsprechenden Maßnahme führen.

Schließlich betont der vorgelegte Entwurf mit dem Hinweis auf Zielvereinbarungen noch stärker als das bisherige Gesetz den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Die Beachtung dieses Grundsatzes muss der Schulleiter gegenüber der Schulaufsicht und auch gegenüber den Verwaltungsgerichten begründen können. Das heißt – das ist ein ganz deutlicher Hinweis in der Novellierung –, der Schulleiter oder die Schulleiterin bleiben in einem Beziehungsgeflecht, das dafür sorgt, dass die Schulen bei Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen mit Maß und Ziel vorgehen. Deshalb bin ich der Meinung und der Überzeugung, dass dieser Entwurf zur Änderung von § 90 des Schulgesetzes in einem ganz schwierigen Bereich, der in der Tat Gott sei Dank nicht alltäglich ist –

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: So ist es!)

Je mehr es gelingt, das weite Spektrum der Prävention und der Stärkung von Erziehung in unseren Schulen zu entwickeln, desto weniger wichtig wird das ja werden.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: So ist es!)

Aber genau in den entscheidenden Situationen ist es wichtig, Verfahren und Gestaltungsräume zu haben, bei denen erstens klar ist, dass das, was getan wird, pädagogisch verantwortet wird, bei denen zweitens klar ist, dass das, was getan wird, der Autorität von Schule nicht durch Inkonsistenz und Verschleppung über lange Zeiten schadet, und bei denen drittens das, was getan wird, mit einer Perspektive für Schülerinnen und Schüler einerseits und ihre Schule andererseits verbunden wird, wie das Verhalten verändert und verbessert werden kann.

Deshalb ist das letztlich eine Novellierung, die eine Pädagogisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen bedeutet und damit im Interesse der Schülerinnen und Schüler ist.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes –, Drucksache 13/1424. Es ist vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Schule, Jugend und Sport zu überweisen. – Sie stimmen zu.

Punkt 8 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, möchte ich Ihnen noch ganz kurz sagen, wie viel Zeit Sie noch für Ihre nächsten Reden haben. Die SPD-Fraktion hat ein hervorragendes Zeitbudget und hat noch 13 Minuten und 34 Sekunden. Die CDU-Fraktion hat noch 10 Minuten und 35 Sekunden, die Fraktion der FDP/DVP noch 10 Minuten und 58 Sekunden, und die Fraktion GRÜNE hat unter Berücksichtigung der Zwischenfrage noch 1 Minute und 11 Sekunden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Kleinmann FDP/DVP zu den Grünen: Ihr alten Schwätzer! – Gegenruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das lag aber nicht an mir! – Abg. Wintruff SPD: Wer war der Übeltäter?)

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes – Drucksache 13/1431

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass dieser Tagesordnungspunkt ohne Aussprache an den Finanzausschuss überwiesen werden soll. – Es erheben sich keine Widersprüche. Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 13/1431, unter Tagesordnungspunkt 9 an den Finanzausschuss überwiesen.

Tagesordnungspunkt 9 ist damit abgeschlossen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 10:**

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Ausführung des Grundsicherungsgesetzes und zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes – Drucksache 13/1436

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Haas.

(Abg. Schmid SPD: Nein, die Regierung! Die Regierung muss den Gesetzentwurf einbringen! – Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU: Die ist doch gar nicht da! – Abg. Fischer SPD: So weit sind wir noch nicht! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Erst der Auftritt des Ministers! Baden-Württemberg ist führungslos! – Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, die Regierung braucht einen Gesetzentwurf nicht unbedingt zu begründen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wieso denn? Die Regierung soll gefälligst reden! – Weitere Zurufe)

(Stellv. Präsidentin Beate Fauser)

– Die Fraktionen bestehen auf einer Begründung des Gesetzentwurfs durch die Regierung.

(Minister Dr. Repnik: Aber sicher! – Abg. Alfred Haas CDU: Mir ist das egal! – Abg. Carla Bregenzer SPD: In letzter Sekunde abgewendet! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das war aber knapp!)

Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Repnik.

Sozialminister Dr. Repnik: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bringe heute den Gesetzentwurf zur Umsetzung eines Bundesgesetzes ein, das wir eigentlich gar nicht wollten und auch immer abgelehnt haben. Dies ist der Entwurf des Gesetzes zur Ausführung des Grundsicherungsgesetzes. Wir haben das Grundsicherungsgesetz abgelehnt, weil es verwaltungsaufwendig ist, weil es höchst kostenintensiv ist und im Hinblick auf die Finanzbelastung der Kommunen nicht verantwortbar ist, weil das Geld dem Gesetz in dieser Form nicht folgt. Aber wir sind es gewohnt, dass von der rot-grünen Koalition in Berlin solche Gesetze gemacht werden.

Wir konnten es nicht mehr abschaffen. Die rot-grüne Koalition wurde bestätigt. Damit müssen wir erst einmal leben. Wir versuchen zwar, gemeinsam mit Bayern das noch einmal über den Bundesrat rückgängig zu machen. Ich bin mir aber sicher, dass das schwierig werden wird. Deswegen müssen wir schauen, dass wir im Land Baden-Württemberg damit nun einmal arbeiten können.

Wir wollen Folgendes regeln: Wir wollen, dass die Landeswohlfahrtsverbände die zuständigen Träger für die Grundsicherungen in den Fällen werden, in denen sie Leistungen der stationären Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach dem Bundessozialhilfegesetz schon heute gewähren. Die bestehenden Finanzierungsstrukturen sollen so erhalten bleiben. Wir wollen die Bündelung der Zuständigkeiten bei einem Träger haben.

Zweitens sollen die Landkreise die Möglichkeit erhalten, die Durchführung der Grundsicherung wie bei der Sozialhilfe – dort ist es ja ähnlich – auf kreisangehörige Gemeinden zu delegieren. Dies ist wegen des Bezugs von Grundsicherung und Sozialhilfe bürgerfreundlich und vermeidet zusätzlichen Verwaltungsaufwand. Die Gemeinden müssten damit arbeiten können. Der Bund gleicht die Mehraufwendungen der Träger der Grundsicherung über die Sozialhilfe teilweise – teilweise! – aus. Auf Baden-Württemberg entfallen rund 32 Millionen €. Wir schätzen, dass wir ca. 100 Millionen € bräuchten.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Oh!)

Das heißt drittens: Es wird ganz schön teuer. Dies wollen wir aber auch einigermaßen ausgleichen. Wir brauchen deswegen ein Gesetz. Die Verteilung auf Stadt- und Landkreise erfolgt zunächst vorläufig und entsprechend dem Anteil der jeweiligen Kreise an den Ausgaben für das Wohngeld. Vorweg erfolgt ein Abzug von 5 % für die Landeswohlfahrtsverbände zur Bewältigung ihrer Aufgaben.

Viertens: Da die Grundsicherung teilweise an die Stelle der Sozialhilfe tritt, beziehen wir die Grundsicherungsleistungen in den Soziallastenausgleich nach dem Finanzausgleichs-

gesetz mit ein. Damit werden überdurchschnittliche Belastungen einzelner Stadt- und Landkreise, die vor allem große Einrichtungen der Behindertenhilfe haben, ausgeglichen. Die kommunalen Landesverbände, die Behindertenverbände, die Landeswohlfahrtsverbände haben dem auch schon zugestimmt. Wir sind auf einem guten Weg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie einfach, diesem Gesetz im weiteren Verlauf des Verfahrens zuzustimmen.

Ich bedanke mich.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Gute Rede! – Minister Dr. Repnik: Kurz und knackig! – Abg. Alfred Haas CDU: Bei diesem Gesetz kann man keinen Beifall geben!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Haas.

Abg. Alfred Haas CDU: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Die CDU-Fraktion lehnt das Grundsicherungsgesetz des Bundes ebenfalls ab. Wir sind aber geradezu gezwungen, dieses Ausführungsgesetz zu beschließen.

Es ist völlig klar, dass mit diesem Gesetz die Kommunen geprägt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das muss einmal deutlich gesagt werden. Es ist im Übrigen das erste Sozialgesetz, das Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag eingebracht und durchgesetzt haben, seit es die Bundesrepublik Deutschland gibt, und damit wird ausge-rechnet Sozialpolitik auf Kosten der Kommunen gemacht.

Gestern hat der Präsident des Landkreistags, Herr Dr. Wais, gesagt, das Grundsicherungsgesetz sei zur jetzigen Zeit der hellste Wahnsinn. Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Dann hören Sie doch auf!)

Es wird auch begründet, weshalb es der hellste Wahnsinn ist, nämlich ganz einfach deshalb, weil die Städte, Gemeinden und Landkreise mit dem Rücken an der Wand stehen, da sie Finanzprobleme haben. Es ist schlicht und einfach nicht verantwortbar, das Grundsicherungsgesetz in Kraft treten zu lassen.

Wenn man sich die Koalitionsvereinbarung anschaut, wird deutlich, wie viele weitere kommunalfeindliche Gesetze auf den Weg gebracht werden, welche kommunalfeindliche rot-grüne Bundespolitik auf den Weg gebracht wird. Und wenn man einmal schaut, welche riesigen Kosten dahinter stehen, wird der kommunalpolitische Offenbarungseid deutlich.

Ich habe viel zu wenig Redezeit. Ich habe einen Horrorkatalog mit zwölf Punkten, die ab 1. Januar 2003 auf die Kommunen zurollen, dabei. Die 48 Steuererhöhungsgesetze wurden heute Morgen schon angesprochen. Es ist schlicht und einfach so, dass das Geld des Bundes für die Umsetzung des Gesetzes nicht ausreicht. Der Minister hat es schon gesagt. In der Zweiten Beratung werden wir einen konkreten Antrag im Zusammenhang mit den zu erwartenden Kosten vorle-

(Alfred Haas)

gen. Im Moment laufen dazu bei den Landkreisen die Erhebungen. Ich habe zwei Beispiele dabei. Der Landkreis Rottweil rechnet schon jetzt mit einem Defizit, ohne die Sach- und Personalkosten, von 866 000 €. Es kommen rund 300 000 € für die Sach- und Personalkosten hinzu. Beim Landkreis Biberach sind es 1,3 Millionen € Defizit plus ebenfalls rund 300 000 € Personal- und Sachkosten. Das Grundsicherungsgesetz hat unfreiwillige Mitfinanzierer, nämlich die Landkreise, und das darf eben nicht Sache sein.

Vor allem – das ist das größte Problem – ist die Gegenfinanzierung, die bei diesen ganzen kommunalen Maßnahmen zum Teil angedacht ist, ja das Hartz-Konzept.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie haben keine Ahnung, Herr Haas! Das zeigt sich hier wieder!)

Das ist der größte ungedeckte Scheck bei vielen anderen kommunalen Maßnahmen. Das muss einmal deutlich gesagt werden, auch wenn Sie sagen, wir hätten keine Ahnung.

(Beifall bei der CDU)

4,5 Milliarden € sind den Kommunen sozusagen über das Hartz-Konzept zugesichert.

(Abg. Schmid SPD: Aber nicht bei der Grundsicherung!)

– Nicht bei der Grundsicherung, aber bei vielen anderen Dingen. Das verstärkt ja die Situation geradezu. Sie müssen sich einfach einmal anschauen, was dazu kommentiert wird. Ich habe den Kommentar eines ver.di-Personalrats der Bundesanstalt für Arbeit dabei. Das sollten Sie sich einmal auf der Zunge zergehen lassen:

Wir haben Gerster bekommen, die Hartz-Kommission, und letzte Woche hatten wir eine Bombendrohung. Ich will jetzt nicht bewerten, was am schlimmsten ist.

Das macht die Situation bei dem Reformgeist deutlich.

(Abg. Fischer SPD: Solche Ausführungen, Herr Kollege, die sind ein Problem!)

– Nein, die sind kein Problem, denn sie stellen die Situation einmal ins richtige Licht und zeigen, welche kommunalfeindliche Politik Sie in Berlin gestalten. Das ist der falsche Weg, was das Grundsicherungsgesetz angeht, auch ordnungspolitisch betrachtet. Der Vorrang der Eigenvorsorge und der Eigenverantwortung wird mit Füßen getreten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Lasotta CDU: Das ist es!)

Vernünftige Sozialpolitik, meine Damen und Herren, hat schon immer Subsidiarität und Eigenverantwortung bedeutet. Das findet aber in diesem Grundsicherungsgesetz nicht mehr statt. Sie mögen vielleicht darauf verweisen, dass die Menschen mit Behinderung besser gestellt sind. Dazu haben Sie, bevor Sie in der Regierungsverantwortung waren, immer gesagt: Wir brauchen ein eigenes Leistungsgesetz. Jetzt waren Sie vier Jahre in der Regierungsverantwortung und bringen ein stümperhaftes Grundsicherungsgesetz,

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

das nicht dem Anspruch der Behinderten gerecht wird.

(Abg. Teßmer SPD: Die eigenen Leute sind begeistert!)

Meine Damen und Herren, Bayern hat eine Bundesratsinitiative eingebracht. Ich hoffe, dass sie Erfolg hat und das Grundsicherungsgesetz am 1. Januar 2003 überhaupt nicht in Kraft tritt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Abg. Haußmann.

Abg. Ursula Haußmann SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ziel der Grundsicherung ist es, älteren und dauerhaft voll erwerbsgeminderten Menschen eine materielle Existenzgrundlage für eine würdige Lebensführung zu schaffen,

(Abg. Alfred Haas CDU: Zulasten der Kommunen!)

ohne dass es zu dem bisher üblichen Unterhaltsrückgriff auf die unterhaltspflichtigen Angehörigen – in der Regel sind das ja die Kinder gewesen – kommt. Das entscheidende Novum der Grundsicherung gegenüber der Sozialhilfe ist, dass ihre Leistungen unabhängig vom Einkommen der Angehörigen sind, sofern dieses unter 100 000 € liegt.

In Baden-Württemberg bezogen im Jahr 1999 insgesamt rund 16 300 Menschen über 65 Jahre Hilfe zum Lebensunterhalt. Bei all diesen Personen wurde bisher von den Sozialämtern geprüft, ob die Angehörigen zum Unterhalt herangezogen werden können. Dies entfällt künftig weitgehend – Gott sei Dank –, das heißt, ältere Menschen können bei geringeren Alterseinkünften Ansprüche geltend machen, ohne befürchten zu müssen, dass ihre Angehörigen zum Unterhalt herangezogen werden.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Viele Menschen scheuten genau aus dieser Furcht heraus bisher den Gang zum Sozialamt, weil sie nämlich befürchtet haben, dass ihre Kinder dann zur Unterhaltssicherung herangezogen werden. Aufgrund dessen haben wir eine hohe Zahl von Menschen in verschämter Altersarmut.

Die bedarfsorientierte Grundsicherung ist deshalb ein ganz wichtiger sozialpolitischer Fortschritt, liebe Kolleginnen und Kollegen, und es ist erfreulich, dass die Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl auch darüber entschieden haben, dass die Pläne der Union, diesen sozialpolitischen Fortschritt wieder rückgängig zu machen, nicht verwirklicht werden, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Meine Damen und Herren, die bedarfsorientierte Grundsicherung wird nicht zu den behaupteten Mehrbelastungen der Kommunen führen.

(Unruhe bei der CDU)

(Ursula Haußmann)

Die Kampagne der CDU und die Kampagne der CDU-Landräte gegen dieses Gesetz sind deshalb vordergründige Parteipolitik auf dem Rücken der Betroffenen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Der Bundesgesetzgeber geht davon aus, dass die bedarfsorientierte Grundsicherung durch den Wegfall des Unterhaltsrückgriffs gegenüber der bisher gezahlten Sozialhilfe bei den Städten und Gemeinden bundesweit zu Mehraufwendungen in Höhe von 409 Millionen € pro Jahr führen wird.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Diesen Betrag stellt der Bund den Kommunen im Rahmen der Kostenerstattung nach dem Wohngeldgesetz in voller Höhe zur Verfügung.

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Auf Baden-Württemberg entfallen davon rund 32 Millionen €

(Abg. Alfred Haas CDU: Da müssen Sie selber lachen!)

– ich lache deshalb, weil Sie, Herr Haas, es wohl nie lernen –, und zuständig für die Verteilung dieser Mittel auf die Kommunen ist das Land. Ein Landesausführungsgesetz wird ja derzeit von der Landesregierung vorbereitet.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Landräte und CDU behaupten, dies reiche nicht aus und die Kosten lägen tatsächlich künftig viel höher.

(Zurufe der Abg. Ursula Lazarus und Zimmermann CDU)

Diese Behauptung ist aber bisher durch überhaupt nichts belegt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf der Abg. Ursula Lazarus CDU)

Grundlage des Erstattungsbetrags des Bundes in Höhe von 409 Millionen € ist eine Schätzung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

auf der Basis der Sozialhilfestatistik und anderer Sonderauswertungen und Erhebungen, wonach sich die Mehrausgaben zwischen 470,6 Millionen und 790,5 Millionen DM bewegen werden. Der Erstattungsbetrag – Sie haben es angenommen – liegt somit über dem oberen Rand der Schätzung.

Und selbst für den Fall, dass die Kosten ab 2003, wie hier vollmundig propagiert wurde, tatsächlich höher liegen sollten, hat die Bundesregierung dafür Sorge getragen, liebe Kollegen von der CDU, dass es zu keinen Mehrbelastungen für die Kommunen kommt. Denn es wurde festgelegt, dass die Höhe des Erstattungsbetrags alle zwei Jahre – und das wird erstmals am 31. Dezember 2004 erfolgen – bei Abweichungen, die mehr als 10 % betragen, entsprechend anzupassen ist.

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Die Behauptung, das Grundsicherungsgesetz führe zu Mehrbelastungen der Kommunen, ist also durch überhaupt nichts zu belegen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Selbstverständlich!)

Und selbst dann, wenn die Kosten höher liegen als von der Bundesregierung geschätzt, ist gesetzlich sichergestellt, dass der Bund den Kommunen über die Länder diese Mehrkosten erstattet. Die SPD-Fraktion wird deshalb dem Landesausführungsgesetz zur bedarfsorientierten Grundsicherung zustimmen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Budgets sind immer schlecht; auch diese Budgetregelung ist schlecht. Dieses Thema würde eigentlich eine ausführlichere Behandlung verdienen, aber ich habe leider nur 3 Minuten Redezeit.

(Heiterkeit)

Erster Punkt: Auch wir Liberalen sind für die Bekämpfung der verschämten Altersarmut.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber!)

Auch wir Liberalen sind für die Sicherung eines selbstbestimmten Lebens für Menschen mit Behinderungen und für die Entlastung der Eltern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir Liberalen sind uns darüber einig, dieses Ziel durch eine Neuordnung des Steuer- und Transferleistungsrechts, genannt Bürgergeld, zu erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Damit bin ich beim zweiten Punkt. Wenn wir dieses gemeinsame Ziel, zu dem ich hier öffentlich stehe, verwirklichen wollen, dann müssen wir es an der Stelle machen, wo es hingehört, nämlich entweder in einem Leistungsgesetz oder noch besser im Bürgergeld und, was die Rente betrifft, in der Rentensystematik, aber wir dürfen die Erreichung dieses Ziels nicht wieder in bewährter Manier auf andere abdrücken, nämlich auf die kommunale Ebene.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Damit bin ich beim zweiten Kritikpunkt. Sie haben also hoffentlich gehört, ich bin für die Bekämpfung der Altersarmut und für diese Bedarfsgrundsicherung.

(Zurufe von der SPD: Aber!)

– Nein. Aber der Weg, den Sie beschreiten, ist im Prinzip falsch. Übrigens, schon die Tatsache, dass Sie die Information über die Grundsicherung den Rentenversicherungsträgern auferlegen, und zwar als Pflicht, zeigt, dass Sie im Prinzip diese zwei Ebenen nicht sauber ordnungspolitisch trennen, sondern das total vermischen.

(Dr. Noll)

Deswegen bleibt diese Grundsicherung natürlich im Sozialhilfebereich und damit auch mit dem Makel der Sozialhilfe behaftet. Da können Sie sagen, was Sie wollen. Im Prinzip ist die Grundsicherung nichts anderes als Sozialhilfe, weil nämlich auch da Einkommensgrenzen gelten – das ist noch gar nicht gesagt worden –, nämlich 100 000 € pro Jahr.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das habe ich doch gesagt! Haben Sie wieder nicht zugehört?)

– Entschuldigung. Dann habe ich in der Eile nicht zugehört.
– Diese Grenze ist sehr hoch. Jedenfalls haben wir im Prinzip keine Neuordnung, wie wir sie uns vorstellen, im Sinne einer Bekämpfung der verschämten Altersarmut und der Stärkung der Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen. Wer wollte da dagegen sein?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Ich sage Ihnen: Eltern von Kindern mit Behinderungen sollten wir bei allen Problemen, die sie im Gegensatz zu anderen Eltern bewältigen müssen, die es auch schwer haben, aber normalerweise wissen, man kann ungefähr damit rechnen, dass mit 18 Jahren die Verantwortung auf die Kinder selber übergeht, ein Stück weit entlasten. Dieses Ziel sollten wir, glaube ich, gemeinsam verfolgen.

Der Weg scheint uns falsch. Jetzt standen wir vor der Abwägungsproblematik: Wollen wir diese älteren Menschen und diese Menschen mit Behinderungen quasi als Geiseln nehmen und sagen: „Weil uns der Weg nicht richtig erscheint, werden wir dem nicht zustimmen“? Vielleicht wissen es viele nicht, aber Baden-Württemberg hat dem Gesetz im Bundesrat zugestimmt, sodass es eigentlich fast müßig ist, darüber zu diskutieren. Vielmehr sind wir jetzt tatsächlich gezwungen, dieses Gesetz umzusetzen. Wir wollen sehr darauf achten, dass die Versprechungen, die gemacht worden sind, wonach die Kosten voll erstattet werden,

(Abg. Alfred Haas CDU: Geht doch gar nicht!)

eingehalten werden. Das werden wir einfordern. Aber eines muss man schon sagen: Der Streit entzündet sich ja an den unterschiedlichen Schätzungen. „Schätzen kann fehlen“, sagt man im Schwäbischen. Möglicherweise liegen beide Seiten falsch.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Unsere Schätzung ist am oberen Rand, das müssen Sie mir zugestehen!)

Die einen überziehen es. Aber selbst wenn die Schätzungen in etwa stimmen, werden in der derzeitigen Situation, wenn Sie sagen, nach zwei Jahren werde es korrigiert, die Landkreise bzw. die kommunale Ebene auf jeden Fall in Vorfinanzierung treten müssen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Die kriegen nichts nachträglich!)

Schon das ist heute nicht mehr zumutbar. Außerdem ist für die sächlichen und die Personalkosten kein Ausgleich vorgesehen. Deswegen nehmen wir die Kritik sehr ernst.

Das Gesetz ist beschlossen. Wir haben ihm im Bundesrat nur knirschend zugestimmt, obwohl wir das Ziel für richtig

halten. Wir werden das Gesetz in den weiteren Beratungen begleiten und versuchen, auf Landesebene den Weg, den die kommunale Ebene einvernehmlich mit uns besprochen hat, umzusetzen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich verrate Ihnen nichts Neues, wenn ich sage, dass sich die Grünen in der Koalition immer für die neue Grundsicherung ausgesprochen haben, dass wir es sehr begrüßen, dass das Grundsicherungsgesetz jetzt verabschiedet worden ist, und dass wir sehr gern diesem Ausführungsgesetz zustimmen werden.

Auf die Gründe dafür ist Frau Kollegin Haußmann vorhin eingegangen. Der Hauptgrund ist, dass man alten Leuten, die in verschämter Armut leben, einen Schritt entgegenkommt, da viele keine Sozialhilfe beantragen, weil sie Angst haben, dass ihre Kinder zum Unterhalt herangezogen werden.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache über den Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz zur Ausführung des Grundsicherungsgesetzes und zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes –, Drucksache 13/1436, beendet.

Der Gesetzentwurf wird zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss und federführend an den Sozialausschuss überwiesen. – Es ist so beschlossen.

Punkt 10 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 11:**

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Multimedia-offensive für die Schulen – Drucksache 13/372

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Käppeler, bitte.

Abg. Käppeler SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Veröffentlichung der PISA-Studie ist ein Jahr alt, und schon beginnt sie wieder in Vergessenheit zu geraten. Zur Erinnerung: 95 % der deutschen Lehrer haben einen Computer zu Hause. Damit gehören wir zur Spitzengruppe in Europa;

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

wir belegen den dritten Platz. Aber nur 42 % nutzen den Computer auch in der Schule.

(Käppeler)

72 % der deutschen Lehrer verfügen zu Hause über einen Internetanschluss. Auch damit liegen wir über dem EU-Durchschnitt. Aber nur 25 % nutzen einen solchen Anschluss auch in der Schule.

44 % der deutschen Schüler nutzen den Computer täglich zu Hause. Aber nur magere 3 % nutzen ihn täglich in der Schule. Damit belegen wir den vorletzten Platz unter den Ländern, die in der PISA-Studie untersucht wurden.

Jetzt noch eine Information, die im Zusammenhang mit der Multimediaoffensive an Schulen eine nicht unwesentliche Rolle spielt: 60 % der deutschen Schüler spielen überwiegend mit dem Computer. Damit liegen wir im europäischen Vergleich im oberen Viertel. Vor allem sind es die Jungen, die sich zum Zeitvertreib besonders mit Reaktionsspielen beschäftigen.

Fazit der PISA-Studie: In der Nutzung von Computer und Internet haben deutsche Schüler besonders wenig Erfahrung.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die Multimediaoffensive der Landesregierung kommt mir vor wie die Ankündigung von Aggressivfußball ohne eine Sturmspitze.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf des Abg. Röhm CDU)

Im Jahr 2000 wurde auf dem Landesparteitag der CDU eine Multimediaoffensive beschlossen – berauscht vom Milliardenerlös aus dem Verkauf der EnBW-Anteile. Jeder Schüler ab Klasse 7 sollte einen Laptop erhalten. Im Entwurf des Haushaltsplans 2002/03 fanden sich schließlich noch rund 50 Millionen €. Kultusministerin Schavan gab die neue Marschrichtung vor: Medienecken in den Klassenzimmern, für jeweils zehn Schüler einen PC.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Versprechen gebrochen!)

Als es bei den Haushaltsberatungen zum Schwur kam, versagte ihr die Regierungsfraktion die Gefolgschaft und ließ sie im Regen stehen.

(Abg. Göschel SPD: Versprochen, gebrochen!)

1997 hat das Land den Sachkostenbeitrag um umgerechnet rund 12,5 Millionen € erhöht, um die Kommunen in die Lage zu versetzen, ihre Schulen mit multimediafähigen Computern und mit Netzwerken auszustatten.

(Beifall des Abg. Röhm CDU)

Dieser Beitrag reicht bei weitem nicht aus, schon gar nicht, um die Schulen zu vernetzen. Vor ziemlich genau einem Jahr erfuhr die interessierte Öffentlichkeit vom Durchbruch. Ministerpräsident Erwin Teufel höchstpersönlich verkündete die Einigung mit den kommunalen Landesverbänden: Der Sachkostenbeitrag zur Verbesserung der Medienausstattung an Schulen wird um 50 Millionen € erhöht. Das hört sich nicht schlecht an.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ist es auch nicht!)

Aber, Herr Staatssekretär Rau, der Berg kreißte und gear eine Maus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es drehte sich nicht um zusätzliches Geld. Die kommunale Investitionszuschuss wurde um keinen Cent erhöht. Die Schulträger sind rechtlich nicht einmal verpflichtet, die Sachkostenbeiträge in voller Höhe unmittelbar für die Schulen zu verwenden.

Meine Damen und Herren von der Regierungsbank, Sie reichen enorme Aufgaben an die Kommunen weiter, ohne für eine entsprechende Finanzierung zu sorgen.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Eine Ausnahme stellen allerdings die beruflichen Schulen dar. Dort wurden in den vergangenen zwei Jahren allein rund 35 Millionen € in die Multimediaausstattung investiert. Leider ist dies nicht Ihr Verdienst. Dieses Geld aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm für berufliche Schulen wurde von der rot-grünen Bundesregierung bereitgestellt.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist eine freiwillige Leistung und gleichzeitig eine Entlastung des Landes, die Sinn macht und zeigt, welchen Stellenwert die Bundesregierung diesem Thema beimisst.

(Beifall bei der SPD)

Zur Lehrerfortbildung: Für die weiterführenden Schulen je einen Multimedia- und einen Netzwerkberater auszubilden reicht nicht aus. Die Kolleginnen und Kollegen fragen Fortbildungen nach; sie wollen den PC in den Schulen häufiger einsetzen. Erst wenn alle Lehrerinnen und Lehrer im Umgang mit dem Computer geschult sind, kann die einzelne Schule ihre eigene Konzeption entwickeln. Zu Recht hat Frau Schavan erkannt, dass die beste Ausstattung nichts nützt, wenn Lehrerinnen und Lehrer den Computer im Unterricht nicht einsetzen.

Wenn aber Not am Mann bzw. an der Frau ist, haben wir in Baden-Württemberg ja immer noch die Landesstiftung. Leider schielte unsere Ministerin umsonst nach dem Füllhorn, weil – ich zitiere aus der Stellungnahme des Ministeriums – die Frage der Gemeinnützigkeit von Lehrerfortbildungen noch nicht abschließend geklärt ist. Schade, denn es besteht ein dringender Bedarf. Bitte erinnern Sie sich an das, was ich eingangs sagte.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich erzähle noch etwas aus der Praxis. – Das Zeitbudget erlaubt es nicht; deshalb lassen wir die Praxis außen vor.

(Heiterkeit – Abg. Wacker CDU: Das ist aber jammer-schade!)

Dann kommt mein Schlusssatz. Das hochgejubelte Informations- und Kommunikationszeitalter hat seine Unschuld verloren. Ich hoffe nicht, dass es der Multimediaoffensive an Schulen so geht wie dem Neuen Markt an der Börse: Es gibt ihn nicht mehr.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Röhm.

(Abg. Wacker CDU: Und dann kommt der versammelte Arbeitskreis der Grünen!)

Abg. Röhm CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Baden-Württemberg ist mit der Medienoffensive in Sachen Multimedia auf einem richtigen und zukunftsweisenden Weg,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wacker CDU: Sehr gut!)

den wir mit der gebotenen Sorgfalt im Interesse unserer Schulen weitergehen werden.

Ich danke.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dem Antrag der SPD merkt man sein Alter an. Schon vor einem Jahr war es ein zum Scheitern verurteilter Versuch, den Nachweis führen zu wollen, dass sich das Land Baden-Württemberg der großen Zukunftsaufgabe einer zeitgemäßen Ausstattung der Schulen mit moderner Kommunikationstechnologie entziehen würde – so die Begründung des SPD-Antrags. Richtig war und ist, dass Baden-Württemberg damals hinsichtlich des Mitteleinsatzes für Multimedia in den Schulen mit weitem Abstand vor allen anderen Bundesländern rangierte. In Baden-Württemberg sind bereits in den Jahren 1996 bis 1999 insgesamt 83 Millionen DM dafür bereitgestellt worden,

(Beifall der Abg. Röhm und Wacker CDU)

in Nordrhein-Westfalen waren es 13 Millionen DM. Mit Ausnahme Thüringens mit 14 Millionen DM lagen alle anderen Bundesländer darunter, meist deutlich darunter.

Weitere Mittel und Maßnahmen sind seither dazugekommen. In der Stellungnahme der Landesregierung ist dies im Einzelnen aufgegliedert. Sie hat den Stand November 2001 – inzwischen schreiben wir November 2002.

Ehe ich darauf zurückkomme, sei erwähnt: Richtig ist – da gebe ich der SPD Recht –, dass Baden-Württemberg vor zwei Jahren im internationalen Vergleich Nachholbedarf hatte. Die Maßzahl „Schüler je Computer“ betrug in den innerhalb der EU führenden skandinavischen Ländern ca. 8; in Baden-Württemberg lag sie zwischen 13 und 14, in den Hauptschulen allerdings schon damals bei 9.

Vor diesem Hintergrund sind ehrgeizige Ziele formuliert worden, darunter solche, über deren Sinn sich so gut streiten lässt wie über ihre Realisierbarkeit. Ich erinnere an die Diskussion über den Laptop für jeden Schüler. Hierzu gehören aber auch ausgefeilte Detailplanungen, deren Umsetzung der einzelnen Schule genaue Vorgaben für die Geräteausrüstung und damit zusammenhängende Einrichtungen gemacht hätte. Ich bin heilfroh, dass dieses Modell im Ergebnis vom Kopf auf die Füße gestellt worden ist, dass nun

also, wie es sinnvoll ist, Schule und Schulträger darüber entscheiden, wie und in welcher Weise sie sich im Einzelnen ausstatten und einrichten.

Die Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden, auf die der SPD-Antrag mehrfach abhebt, haben zum Ergebnis gehabt, dass wir den Kommunen – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – ab dem Haushaltsjahr 2002 im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs 50 Millionen € je Jahr für die Medienausstattung der Schulen zur Verfügung stellen. Das Land kommt also seiner Verpflichtung in diesem Bereich gegenüber den Schulträgern und gegenüber den Schulen voll und ganz nach.

(Abg. Zeller SPD: Das war eine Umschichtung von der linken Tasche in die rechte!)

An die Schulträger ist in diesem Zusammenhang der Appell zu richten, die für die Medienausstattung ihrer Schulen bestimmten Mittel auch entsprechend für Medien einzusetzen.

(Abg. Zeller SPD: Das waren KIF-Mittel!)

– Wir wissen doch, dass es eine Kürzung bei den KIF-Mitteln war. Diese war aber doch erforderlich, weil die Mittel aus dem KIF gar nicht abgeflossen sind.

Im Rahmen seiner Zukunftsoffensive hat das Land den Multimediabereich, wie ich meine, zu einem seiner Politikschwerpunkte gemacht.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Röhm CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich der Kollegin Rastätter.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Computereinsatz an den Schulen in Baden-Württemberg ist noch nicht befriedigend gelöst.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Der ist nie befriedigend gelöst!)

Wir brauchen mehr qualifizierte schulbezogene Fortbildung für die Lehrer und Lehrerinnen. Wir brauchen eine Lösung für das Netzwerkproblem, damit dieses nicht auf dem Rücken der Lehrer ausgetragen wird. Und wir brauchen Konzepte, wie das Problem der sozialen Kluft zwischen Schülern mit Zugang zum Computer daheim und Schülern ohne diesen Zugang gelöst wird, zum Beispiel im Ergänzungsbereich und in der Grundschule.

Abschließend noch ein Satz: Wer in seiner Partei beschließt, dass für die Schüler Laptops angeschafft werden sollen, wie Sie das in der CDU tun, wer eine Multimediaoffensive im Umfang von 2 Milliarden € ankündigt und dann ausschließlich den Kommunen 50 Millionen € im Jahr aufgrund von Umschichtungen im kommunalen Finanzausgleich zumutet, der hat noch keine Glaubwürdigkeit in diesem Bereich.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen nach der Aussprache zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags.

(Staatssekretär Rau meldet sich zu Wort.)

– Entschuldigung, Herr Staatssekretär. Mir ist Ihre Wortmeldung nicht weitergegeben worden. Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

(Abg. Fischer SPD: Herr Rau, jetzt machen Sie es auch so kurz!)

Staatssekretär Rau: Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag, den die SPD heute hier auf die Tagesordnung hat setzen lassen, hat ja schon ein bisschen Schimmel angesetzt. Er ist ein Jahr alt. Wir reden über Multimediaausstattung. Da ist eine so dynamische Entwicklung zu konstatieren, dass man natürlich auf der Basis der Auskünfte von vor einem Jahr schlecht diskutieren kann.

(Abg. Zeller SPD: Aber die Rede war hoch aktuell!)

Sie haben auch gesagt, dass Sie die Praxis außen vor lassen würden, Herr Käppeler. Das ist bei der SPD oft so. Deswegen will ich Sie doch einmal ein bisschen aufs Laufende bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Göschel SPD: Sie haben halt freie Redezeit und wir nicht! Das ist jetzt unfair! – Abg. Fischer SPD: Aus Fairness haben wir das gemacht!)

Der sachgerechte Umgang mit neuen Medientechnologien, die Förderung der Medienkompetenz und der Einsatz der Medien als Werkzeug für das Lehren und das Lernen haben bildungspolitisch einen hohen Stellenwert, aber sie sind kein Selbstzweck. Es reicht nicht aus, Computer in die Schule zu stellen und zu meinen, es ginge dann irgendwie von selbst. Ausstattung allein genügt nicht. Wir brauchen ein pädagogisches Konzept zum Umgang mit Computer, Internet und Multimedia. Deswegen haben wir neben der technischen Ausstattung immer auch die qualitative Weiterentwicklung des Konzepts und die qualitative Weiterentwicklung in der Lehrerfortbildung im Auge gehabt.

(Beifall der Abg. Rech und Sieber CDU – Abg. Kaufmann SPD: Aber die Computer gibt es nicht erst seit gestern!)

Ich will Ihnen jetzt nur zur Aktualisierung die Erfolgsbilanz des letzten Jahres noch kurz darstellen, damit Sie wissen, dass nach wie vor die Aussage gilt, dass wir hier an der Spitze der Entwicklung in Deutschland stehen. Das wird sich auch in den nächsten Jahren so fortsetzen.

Die „Medienoffensive I“ im Umfang von rund 30 Millionen € hat die Grundlagen gelegt und gute Ausgangspositionen geschaffen. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, dass die neuen Medien in den Schulen eingesetzt werden, dass Lehrerinnen und Lehrer über die erforderlichen Qualifikationen verfügen, dass Schulen vernetzt sind, dass das Internet zur Grundausstattung der Schulen gehört, dass schulge-

rechte Software verfügbar ist und dass medienpädagogische Konzeptionen und Handreichungen vorliegen, die einen sinnvollen multimedialen Unterricht ermöglichen.

Die „Medienoffensive I“ ist außerordentlich erfolgreich verlaufen. Die Schulen selbst haben das gezeigt, indem sie etwa 2 300 innovative Schulprojekte entworfen haben. Sie haben durch diese eigene Entwicklung von Praxismodellen an der Weiterentwicklung des Multimediaeinsatzes selbst Anteil genommen. 4 500 Multimediaberaterinnen und -berater wurden als schulinterne Multiplikatoren qualifiziert. Damit wird in die Schulen hineingetragen, was in der Lehrerfortbildung zentral angeboten wird. 2 900 Netzwerkberaterinnen und Netzwerkberater wurden für die Betreuung der schulischen Netze ausgebildet.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

30 000 Lehrerinnen und Lehrer wurden in einer Kooperation mit Intel fortgebildet. Ich habe gerade einen neuen Kooperationsvertrag mit Intel unterschrieben, der die Fortführung dieser Lehrerfortbildung sicherstellt. Kein anderes Land hat eine vergleichbare Fortbildungsinitiative gestartet, weder quantitativ noch qualitativ.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Röhm CDU: Bravo!)

Auch die Ausstattung der Schulen mit multimediafähigen Computern hat sich in den zurückliegenden Jahren wesentlich verbessert. Waren Ende 1996 zum Beispiel nur 6 % der PCs an den Schulen multimediafähig, so sind es Ende 2001 in Baden-Württemberg bereits 77 % gewesen. Wir gehen davon aus – die Statistik wird derzeit erstellt –, dass es heute rund 85 % sind; deutschlandweit sind es 61 %.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Deswegen, Herr Kollege Käppeler: Was wollen Sie denn mit PISA-Aussagen, die für ganz Deutschland gelten? Sie sind für Baden-Württemberg – wie auch andere PISA-Daten – nicht repräsentativ.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Hier zählt, was jedes Land tut, und wir liegen eindeutig um mehrere zehn Prozent über dem Bundesschnitt und damit vor allen anderen Bundesländern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Wacker CDU: Sehr gut! – Abg. Röhm CDU: Bravo!)

Ende 2001 standen bereits über 40 000 der rund 110 000 Computer für den Unterrichtseinsatz an Schulen außerhalb der Computerräume zur Verfügung. Deswegen ist nicht die Frage, ob Sie den Begriff „Medienecken“ gebrauchen oder ob Sie ihn weglassen. Die Frage ist, ob wir auf dem Weg dazu sind, den Computer als Medium der Information und der Kommunikation in den Unterricht einzubauen. Das ist, wie diese Zahlen nachweisen, geschehen.

In der beruflichen Bildung haben wir mittlerweile fast 90 % multimediafähige Computer. Auch da liegen wir bundesweit

(Staatssekretär Rau)

deutlich an der Spitze. Es hat also nicht in erster Linie etwas mit UMTS zu tun,

(Abg. Wintruff SPD: Mit Bundesgeldern! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

wenn andere Bundesländer 20 % oder 30 % hinter uns liegen. Das hat etwas mit unseren Anstrengungen und mit dem gemeinsam mit den Schulträgern entwickelten Konzept zu tun.

In den weiterführenden Schulen haben wir den Schlüssel von 1 : 10, der Grundlage der Vereinbarungen mit den kommunalen Landesverbänden war, mittlerweile erreicht. Deutschlandweit liegt der Schlüssel bei 1 : 18. Auch dieses Verhältnis macht deutlich, dass die Partnerschaft mit den Kommunen Früchte getragen hat und dass wir die Zielsetzungen, die wir uns gestellt haben, durch entsprechende Anstrengungen auch erreichen können.

Übrigens sind bei uns im Land Baden-Württemberg mittlerweile 100 % der weiterführenden Schulen mit Internetanschluss versehen; auch das ist nicht mehr zu steigern. Bei 100 % haben es alle geschafft.

Zur weiteren Verbesserung der Medienausstattung an den Schulen und zur Vernetzung der Schulgebäude wurden die Sachkostenbeiträge um jährlich – nicht einmalig, sondern jährlich – 50 Millionen € erhöht. Diese Sachkostenbeiträge schreiben sich – wenn Sie das Prinzip der Sachkostenbeiträge kennen, wissen Sie das – nach der Einführungsphase selbsttätig fort, sodass wir von einer dauerhaften Erhöhung der Investitionen für Multimedia ausgehen können.

Diejenigen Schulen, die aufgrund der technischen Voraussetzungen – alte Schulgebäude oder Ähnliches – nicht in der Lage sind, eine moderne Vernetzung herzustellen, haben durch die EnBW eine Hilfskonstruktion in Form von Powerline erhalten. Ich höre, dass auch dies mittlerweile in einer ganzen Reihe von Schulen Eingang findet.

Ziel in dieser Legislaturperiode ist die Integration der neuen Medien in den Unterricht in allen Klassenstufen der weiterführenden Schulen. Die digitalen Medien sollen den Unterricht in den Fächern unterstützen, neue Zugangs- und Arbeitsmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler eröffnen und insgesamt zu einer Verbesserung des Unterrichts beitragen. Erst wenn der Computer im Fach Deutsch, in den Fremdsprachen, in den Naturwissenschaften und in allen Lernbereichen der Schulen zu einem alltäglichen Werkzeug des Unterrichts geworden ist, haben wir unser Ziel wirklich erreicht. Dafür brauchen wir einen langen Atem. Wir müssen den Weg in wohlgeplanten und entwicklungsgerechten Schritten gehen, und das ist genau das, was wir jetzt mit der „Medienoffensive II“ tun.

Ohne ein ausgebautes flächendeckendes und leistungsfähiges Unterstützungssystem können wir unsere Ziele nicht erreichen. Schon für die bedarfsgerechte Ausstattung der Schulen ist dringend eine qualifizierte Beratung erforderlich. Unterstützung und Beratung müssen aber auch in medienpädagogischen und medientechnischen Fragen jederzeit und schulnah verfügbar sein. Das ist eines der Hauptziele der „Medienoffensive II“, die mit rund 30 Millionen € ausge-

stattet ist. Wir haben die ersten Tranchen im laufenden Doppelhaushalt eingestellt und rufen sie ab.

Ich möchte Ihnen die Schwerpunkte nennen. Da ist zum einen die Bereitstellung schulgeeigneter multimedialer Inhalte und multimedialer Lernsoftware. Das ist deswegen so wichtig, weil sich auf dem Markt der Entwicklung von Lernsoftware die freien Unternehmen noch sehr schwer tun, zu investieren. Sie können noch nicht erkennen, wo der Nutzen für sie liegen wird. Deswegen brauchen wir hier den Impuls durch Programme der öffentlichen Hand.

(Abg. Fischer SPD: Normalerweise müssen jetzt die Fraktionen noch einmal Redezeit bekommen!)

Wir haben Kontakte zur Europäischen Union, die in diesem Bereich ebenfalls Förderprogramme auflegt. Wir werden uns dort als Partner einbringen.

Wir entwickeln Musterlösungen für Netzwerke an den Schulen. Diese Musterlösungen sind die Voraussetzung dafür, dass sie den zentral gesteuerten Support der Schulen leisten können. Das ist ungeheuer wichtig, damit hier Mittel eingespart werden können, die für die Ausstattung der Schulen dringend gebraucht werden. Das ist eine herausragende Dienstleistung für die Schulträger und die Kommunen.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

– Herr Kollege Fischer, wollen Sie eine Zwischenfrage stellen?

(Abg. Fischer SPD: Ich habe nur gesagt: Sie reden mehr als alle Fraktionen zusammen! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Schwafeln!)

– Ich habe heute Mittag gesagt: Weil der Antrag so alt ist, könnte man ihn auch absetzen.

(Abg. Fischer SPD: Dann hätten Sie Ihre Rede doch jetzt zu Protokoll geben können!)

Wenn wir schon auf der Basis eines Antrags von vor einem Jahr debattieren, will ich wenigstens die aktuellen Daten einführen können.

(Beifall bei der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Geben Sie die Rede zu Protokoll! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

(Abg. Döpfer CDU: Der verlängert es jetzt noch einmal!)

Abg. Zeller SPD: Herr Kollege Rau, ist Ihnen bekannt, dass Fraktionsanträge einen bestimmten Vorlauf haben und im Verfahren erst zu einem bestimmten Zeitpunkt an die Reihe kommen? Wenn Sie bereit gewesen wären, das Thema früher zu behandeln, hätten wir den Antrag gerne früher behandelt.

(Zeller)

Und würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass der Kollege Käppeler sehr wohl einen aktuellen Redebeitrag geleistet hat?

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Herr Rau, Sie haben nicht zugehört!)

Staatssekretär Rau: Herr Kollege Zeller, es hängt nicht von der Regierung ab, wann ein Antrag auf die Tagesordnung kommt. Das haben Sie sich schon selber zuzuschreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Alfred Haas CDU: Dämliche Frage! – Abg. Göschel SPD: Von der Regierung nicht, aber von der Mehrheit!)

Lassen Sie mich jetzt

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Zum Schluss kommen!)

die Fakten, die zur „Medienoffensive II“ gehören, noch kurz darstellen. Ich habe über Musterlösungen für Netzwerke und über den zentralen Support gesprochen. Das ist eine ganz wichtige Dienstleistung, die das Landesmedienzentrum für alle Schulen und Schulträger erbringt. Es geht ferner um die Entwicklung weiterer medienpädagogischer Inhalte und Konzeptionen, um das Thema „Multimedia an den Grundschulen“ und um neue Technologien in der pädagogischen Förderung Behinderter – ein ganz wichtiges Thema.

(Abg. Käppeler SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Abg. Rech CDU: Frau Präsidentin, klingeln! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Staatssekretär, erlauben Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Käppeler?

Staatssekretär Rau: Gern. Ich gebe gerne Auskunft.

Abg. Käppeler SPD: Herr Staatssekretär, Sie haben mir zweimal vorgeworfen, nicht aktuell zu sein. Ich habe in der Ausschusssitzung – da ging es auch um Musterlösungen für Netzwerke – nach der so genannten Thin-Client-Lösung gefragt. Ich warte die ganze Zeit darauf, dass Sie etwas dazu sagen, inwieweit Sie diese Angelegenheit fortentwickeln.

Staatssekretär Rau: Mittlerweile liegen drei Musterlösungen auf der Basis von Linux, Novell und Windows 2000 vor. Diese bieten wir den Schulen an. Wenn sie ihre Netzwerke darauf aufbauen, erhalten sie einen zentralen Support durch das Landesmedienzentrum.

Ich möchte Ihnen sagen, dass sich die Zusammenarbeit mit den Kommunen außerordentlich bewährt hat. Wir mussten zueinander finden. Das, was Sie in Ihrem Antrag zuletzt zur Abstimmung gestellt haben, ist längst erfüllt. Wir haben mit den Kommunen einen gemeinsamen Entwicklungsplan für das Land Baden-Württemberg, für die Schulen dieses Landes beschlossen. Wir haben mit dem neu konstruierten Landesmedienzentrum ein entscheidendes Instrument geschaffen, um die Entwicklung voranbringen zu können. Wir bleiben an der Spitze der Entwicklung in Deutschland.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Röhm CDU: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags der Fraktion der SPD – Multimediaoffensive für die Schulen –, Drucksache 13/372.

(Zuruf: Erledigt!)

– Es ist vorgeschlagen, den Antrag für erledigt zu erklären.
– Sie stimmen zu.

Punkt 11 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 12:**

- a) **Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Sanierung und Instandhaltung von Bahnhof- und Haltepunktanlagen im Schienenpersonennahverkehr – Drucksache 13/430**
- b) **Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Vergabe von Leistungen des Schienenpersonennahverkehrs in Wettbewerbsverfahren – Drucksache 13/907**
- c) **Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Verwendung der Regionalisierungsmittel für den Schienenverkehr nach der erfolgten Neufestlegung der Zuweisungen des Bundes – Drucksache 13/1054**

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass sich die Fraktionen darauf geeinigt haben, dass jede Fraktion zwei Minuten zusätzliche Redezeit bekommen soll,

(Abg. Rech CDU: Oh! Zehn Sekunden!)

damit die Grünen überhaupt noch in der Lage sind, zu ihren Anträgen Stellung zu nehmen.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Stellungnahme der Landesregierung zeigt, dass die Sanierung und Instandhaltung von Bahnhof- und Haltepunktanlagen im Schienenpersonennahverkehr noch immer ein aktuelles und wichtiges Thema ist. Auch dieser Antrag hat schon ein paar Monate auf dem Buckel. Damals war es besonders auffällig, dass eine gewisse Verwahrlosung unserer Bahnhöfe zu beobachten war. Inzwischen hat die Direktion Süd ein spezielles Programm zur Beseitigung dieser Verwahrlosung vorgestellt. Es wird einiges getan. Wir halten das für sehr wichtig.

Insbesondere gibt es – ich werde mich kurz fassen – bezüglich Sauberkeit, Sicherheit und Service ein so genanntes 3-S-Programm der Bahn, das wir sehr begrüßen. Dieses Programm ist auch Grundlage für die Gründung von so genannten Ordnungspartnerschaften zwischen der Bahn, den Kommunen und der Polizei, die wir für sehr sinnvoll halten. Eine solche Ordnungspartnerschaft gibt es bereits im Bahnhof Ludwigsburg. Im Rems-Murr-Kreis ist eine solche Ordnungspartnerschaft aufgrund einer Initiative unseres Kollegen Hofer für das kommende Jahr vorgesehen.

(Beifall der Abg. Dr. Noll und Kleinmann FDP/DVP)

(Heiderose Berroth)

Noch eine Anmerkung zum Thema „Schließung von Fahrkartenschaltern“: Die Bahn hat ja vor, ein Drittel der 148 Schalter zu schließen. Wir halten das nur dort für akzeptabel, wo ein Ersatz vorgesehen wird. Das heißt, wenn dort im Bahnhof zum Beispiel ein Reisebüro einzieht, dann ist das überhaupt kein Problem. Das hat nämlich in der Regel länger geöffnet als der Fahrkartenschalter.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist richtig! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Oder ein Blumenladen!)

Es ist auch kein Problem, wenn die Fahrkarten an einem Kiosk vertrieben werden. Wir halten es aber nicht für gut, wenn dort nur ein Automat bleibt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Denn der kann eben keine Beratung vornehmen, und das ist sehr schlecht.

Für besonders gut halten wir das System, das in der Klett-Passage praktiziert wird, in der unten im Hauptfußgängerbereich Fahrplanberater vorhanden sind. Das ist ein hervorragendes System. Man kann ohne Schwellenangst auf sie zugehen und bekommt seine Fragen sofort und freundlich beantwortet. Das ist nachahmenswert.

Die FDP/DVP-Fraktion wird beim Thema „Sanierung von Bahnhöfen“ weiterhin am Ball bleiben. Wir stehen dazu in Kontakt. Ich denke, damit ist dieser Punkt eigentlich im Moment vorgestellt worden. Wir sind mit der Beantwortung unserer Fragen durch die Landesregierung zufrieden. Zu den anderen Anträgen werde ich nachher noch kurz Stellung nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Palmer. Aber ganz kurz, bitte!

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Zehn Sekunden! – Weitere Zurufe von der CDU, u. a.: Die Zeit läuft! – Abg. Walter GRÜNE: Ich habe gestern meine Rede nicht gehalten, die Redezeit kriegt er noch dazu!)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich soll zwei Anträge in 2 Minuten und 15 Sekunden begründen.

Der erste Antrag bezieht sich auf das bekannte Thema der Regionalisierungsmittel. Wir haben Auskunft begehrt über die Verwendung der Mittel, die der Bund dem Land zuweist. Sie erinnern sich an die lange Diskussion darüber. Ich glaube, Sie sind heute mit uns einig, dass es angesichts der aktuellen Finanzlage ein großer Erfolg gewesen ist, die Mittel nicht nur auf Rekordniveau zu verstetigen, sondern auch für die künftigen Jahre Zuwächse zu garantieren. Darüber können wir wirklich froh sein. Das schreiben wir uns als Grüne auf die Fahnen.

Die Landesregierung gibt keine Auskunft darüber, wofür sie die freien Mittel, die Differenz von 70 Millionen € – 631 Millionen € wurden im letzten Jahr verausgabt; dieses Jahr stehen 704 Millionen € zur Verfügung – ausgeben will. Die angeführten Gründe überzeugen nicht. Die drohende Rückzah-

lungsforderung des Bundes ist durch Gesetz entfallen. Der Interregioverkehr wurde bereits in den letzten beiden Jahren durch Zuschüsse für die Sanierung von Fahrzeugen, von Waggons, finanziert.

Schließlich sind die Verkehrsausweitungen, die Sie anführen, zum Fahrplanwechsel am 15. Dezember vorgesehen. Sie können ja wohl in zwei Wochen nicht für Mehrausgaben in Höhe von 70 Millionen € verantwortlich gemacht werden. Sie haben also nach wie vor eine Rechenschaftspflicht gegenüber dem Landtag nicht erfüllt. Was machen Sie mit Mitteln in Höhe von 70 Millionen €, für die Sie bisher keinen Nachweis der Ausgabeverwendung vorgelegt haben? Wir verlangen von Ihnen, dass Sie uns diese Rechnung vorlegen.

So viel zum ersten Antrag.

Im zweiten Antrag geht es um die Ausschreibung von Leistungen des Schienenpersonennahverkehrs im Wettbewerbsverfahren.

(Abg. Alfred Haas CDU: Uhrzeit!)

– Noch habe ich 33 Sekunden. – Sie lassen Spielräume zur Kostensenkung ungenutzt, weil Sie nach wie vor viel zu wenig ausschreiben. In der Stellungnahme, die Sie uns vortragen, bekennen Sie sich zwar zum Wettbewerb. Es heißt auch, Sie seien bereit, in dem Verkehrsvertrag mit der Deutschen Bahn Abbestellungen vorzusehen. Allerdings haben Sie, Herr Staatssekretär Mappus, im Ausschuss gesagt, dass Sie auf zehn Jahre maximal 20 % ausschreiben wollen – ich übersetze es einmal so in meine Worte. Ich denke, dass Sie sich hier ein Vorbild an Schleswig-Holstein nehmen sollten, das in zehn Jahren insgesamt 100 % abbestellt: vollständige Ausschreibung in zehn Jahren. Wir erwarten von Ihnen –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Sehr geehrter Herr Palmer, ich möchte Sie bitten, zu beachten, dass Ihre Sprechzeit zu Ende ist,

(Abg. Walter GRÜNE: Was heißt Sprechzeit?)

und die Geduld der Fraktionen, die freundlicherweise vereinbart haben, Ihnen überhaupt noch die Chance zu geben, zu sprechen, nicht zu sehr zu strapazieren.

(Lebhafte Unruhe)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich möchte Sie bitten, bei der Regierung im gleichen Maße auf die Regeln zu achten wie bei den Fraktionen.

(Lebhafte Zurufe, u. a. Abg. Dr. Lasotta CDU: Ruhig bleiben! – Abg. Fischer SPD: Jetzt werden wir aber frech!)

Die Redezeit der Regierung betrug 2 Stunden und 22 Minuten. Das ist das Dreifache der Fraktionsredezeit. Ich hatte 15 Sekunden überzogen, und ich war gerade bei meinem Schlusssatz. Ich halte das für überzogen. Verzeihen Sie bitte.

(Unruhe)

(Boris Palmer)

Unsere Forderung lautet lediglich, dass Sie einen größeren Anteil zur Ausschreibung bringen, um diese Rationalisierungspotenziale zu erschließen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Christine Rudolf SPD – Abg. Dr. Lasotta CDU: Der Ton der Grünen ist der Frau Präsidentin unangemessen!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schebesta. – Herr Hauk, zur Geschäftsordnung.

Abg. Hauk CDU: Frau Präsidentin, ich würde Sie bitten, den Kollegen Palmer zu rügen. Die Redezeit der Regierung ist nicht begrenzt, und die Regierung hat ein verfassungsmäßiges Recht, jederzeit und so lange zu reden, wie sie es für nötig hält.

(Beifall bei der CDU – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Kretschmann, zur Geschäftsordnung.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Ich bitte Sie, den Kollegen Palmer nicht zu rügen. Das wäre völlig überzogen.

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, angesichts der fortgeschrittenen Zeit bin ich der Meinung, wir sollten jetzt nicht über Kleinigkeiten diskutieren, sondern in der Debatte fortfahren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Herr Abg. Schebesta.

Abg. Schebesta CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Hinter den Argumenten, die vom Kollegen Palmer im Ausschuss oder in Plenarsitzungen schon mehrfach vorgetragen wurden, steckt ja der Vorwurf, dass bei den Fahrgästen nichts oder zu wenig – wie auch immer die Wortwahl gerade ist – von dem Geld ankommt. Die Verbindung der drei Anträge, die wir unter Tagesordnungspunkt 12 vor uns haben, zeigt, dass da nichts dran ist.

In den letzten fünf Jahren ist das Angebot im Schienenpersonennahverkehr um mehr als 30 % ausgeweitet worden. Deutlich mehr als 30 % betrug die Zunahme bei den Fahrgastzahlen. Die Maßnahmen für den Neu- und Ausbau sowie die Modernisierung an Bahnhöfen und Haltepunkten sind in der Drucksache unter Buchstabe a des Tagesordnungspunkts aufgeführt. Durch diese Maßnahmen wird die Attraktivität des Schienenpersonennahverkehrs verbessert. Größere Projekte stehen an. Sie mussten in der Finanzplanung berücksichtigt werden. Die Zeit der Verwirklichung konnte nicht genau gefasst werden: Regio-S-Bahn Rhein-Neckar, Regio-S-Bahn Freiburg, Ringzug usw. Deshalb brauchen Sie, Herr Kollege Palmer, uns bei der Finanzplanung nicht zu helfen.

Dass die Situation in Baden-Württemberg so gut ist, liegt auch am Wettbewerb. Wir brauchen im Schienenpersonennahverkehr immer mehr Wettbewerb, aber wir müssen auch darauf achten, dass die Losgrößen entsprechend sind, da-

mit es auch tatsächlich zu Wettbewerb kommen kann und dass Strecken immer nur nach und nach ausgeschrieben werden. Deshalb setzen wir auf die von der Regierung angesprochene Möglichkeit, den Verkehrsvertrag mit der DB abzuschließen und dort eine Abstellquote vorzusehen. Das halten wir für den richtigen Weg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kaufmann.

Abg. Kaufmann SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, wir sollten hier eher um bessere Ideen kämpfen, als kleinkariert um die Redezeit zu feilschen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Eine kurze Eingangsbemerkung. Wir hatten heute Vormittag die Situation der öffentlichen Haushalte erörtert, und vor diesem Hintergrund ist es als Glücksfall zu bezeichnen, dass die Bundesregierung trotz knapper Kassen und trotz der entsprechenden Sparbemühungen hinter dem schienengebundenen Personennahverkehr steht. Sie hat als Eigentümerin der Bahn dafür gesorgt, dass die notwendigen Investitionen vorgenommen werden. Dies können Sie an den entsprechenden Schlagzeilen ablesen. Ich zitiere die „Stuttgarter Nachrichten“: „Bahn investiert Rekordsumme im Land“, „Baden-Württemberg wird Investitionsschwerpunkt der Bahn“. Wenn Sie immer an die Verantwortlichkeit des Bundes für die Unternehmenspolitik der Bahn appellieren, so sei noch einmal herausgestellt, dass der Bund als Eigentümer hier seine Pflicht tut.

Aber die Eisenbahn muss Kunden gewinnen. Ich sage bewusst „Eisenbahn“ und nicht nur „Bahn“. Bahnhöfe sind dabei – da haben Sie Recht – die Visitenkarten, und die müssen entsprechend einladend ausgestaltet werden. Sie müssen attraktiv und kundenfreundlich sein. Hier haben wir mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass in den letzten Jahren jährlich 50 Millionen DM in den Neubau und in die Modernisierung gegangen sind und Mehdorn auch für die Zukunft wieder eine erhebliche Summe zur Revitalisierung der Bahnhöfe angekündigt hat. Wir hoffen, dass sich diese positive Entwicklung dynamisch fortsetzt.

Wir kennen aber auch die Probleme. Es gibt Entbehrlichkeitsprüfungen und entsprechende Verkaufslisten. Das möchte ich nicht verschweigen. Aber es sei an dieser Stelle noch einmal daran erinnert, dass wir die Bahnhöfe als vernünftiges Entree brauchen, um auch den Schienenpersonennahverkehr attraktiv zu machen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heiderose Berthold FDP/DVP)

Baden-Württemberg verfügt in diesem Jahr über 704 Millionen € Regionalisierungsmittel. Darauf wurde vorhin eingegangen. Das sind 73 Millionen € mehr, als im letzten Jahr ausgegeben wurde. Deshalb sollte man, Herr Staatssekretär, davon absehen, in jeder zweiten Presseerklärung noch ein-

(Kaufmann)

mal den Kompromiss über die Zuteilung der Regionalisierungsmittel zu bejammern und zu beklagen und darzustellen, wie schlecht Baden-Württemberg weggekommen sei. Es war ein fairer Kompromiss, den wir in diesem Jahr gefunden haben. Es war eine vernünftige Regelung, die im Bundestag parteiübergreifend Zustimmung gefunden hat.

Man kann natürlich immer sagen: Wir wollen mehr Geld. Aber ich komme noch einmal auf mein Eingangsstatement zurück: Wir kennen die Situation der öffentlichen Haushalte, und wir haben mehr Geld als in der Vergangenheit für den SPNV. Wir haben Zuwächse, die konjunkturunabhängig und garantiert sind. Deshalb geht es jetzt darum, dass das Land seine Hausaufgaben macht und hier die notwendigen Maßnahmen anpackt.

(Beifall bei der SPD)

Was den Einkauf der Nahverkehrsleistungen durch das Land betrifft, haben wir auch in den Ausschusssitzungen immer darauf hingewiesen: Wir wollen mehr Wettbewerb, und wir wollen den Wettbewerb stärken. Wettbewerb sorgt für Sparpotenziale in diesem Bereich und ermöglicht ein besseres Angebot. Dies wäre notwendig, und da sehen wir noch eine Zurückhaltung bei der Landesregierung.

Wir haben jetzt zur Kenntnis genommen, dass die Schwarzwaldbahn, die Strecke zwischen Karlsruhe und Konstanz, als Erstes ausgeschrieben wird. Da sind wir schon lange dran. Wir haben Ihnen gesagt: Hätten Sie das vernünftig vorbereitet, dann hätten wir die Ausschreibung schon in diesem Jahr vorantreiben können und wären ein ganzes Stück weiter. Sie haben sich unseres Erachtens aber hinter formale Argumente – Fragen der Zuständigkeit – zurückgezogen und haben damals gesagt: „Wir lassen das mal offen; wer weiß, wie das mit den Regionalisierungsmitteln ausgeht“, obwohl für jeden von uns klar war, dass hier eine vernünftige Regelung gefunden werden wird. Insoweit Stärkung des Wettbewerbs.

Die neue Vergabeordnung hat den Übergang in den Wettbewerb festgeschrieben. Wir können im Moment nicht alles ausschreiben; das ist durchaus richtig. Wir müssen sinnvolle Teilnetze, entsprechende Losgrößen finden, damit auch die Mitbewerber der Bahn im wahrsten Sinne des Wortes „zum Zuge“ kommen können.

Insoweit können wir auch die Anträge der Grünen hier durchaus unterstützen. Aus den Erläuterungen der Landesregierung geht ja hervor, dass Sie im Prinzip in dieselbe Richtung gehen wollen. Ich habe den Eindruck, Sie stimmen nur deshalb nicht zu, weil der Antrag von der Opposition kommt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, ich erteile das Wort Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Noch kurz eine Stellungnahme zu den drei Grünen-Anträgen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Zwei! Ich habe zwei gestellt!)

– Drei! – Herr Palmer, Sie haben vergessen, zu sagen, dass der Antrag unter Buchstabe b dieses Tagesordnungspunkts inzwischen obsolet geworden ist. Denn das Land und der Verband Region Stuttgart haben sich ja geeinigt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Verzeihung! Das ist nicht auf der Tagesordnung! – Abg. Kaufmann SPD: Kommt weg!)

– Gut. Dann nehmen wir es doch auch weg.

(Abg. Kaufmann SPD: Das stand da nie drauf!)

– Pardon, im Tagesordnungsentwurf war er noch enthalten gewesen.

Vergabe von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr: Es kommt immer wieder der Vorwurf: Warum habt ihr bisher nicht ausgeschrieben? Ich gehe davon aus, dass der Herr Staatssekretär Ihnen das genau sagen wird.

Aber, Herr Kaufmann, ich bin schon froh, wenn die Landesregierung formale Gründe einhält.

(Abg. Kaufmann SPD: Es geht um das Vorbereiten!)

Ich möchte hören, was Sie sagen, wenn wir formale Gründe nicht einhielten.

(Abg. Kaufmann SPD: Es geht um das Vorbereiten!)

Dann würden Sie zu Recht protestieren. – Die Vorbereitung ist doch erfolgt; sonst könnte es ja jetzt noch nicht rausgehen.

Wir haben mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass es eine neue Verordnung zur Änderung der Vergabeordnung gibt. Das ist eindeutig ein Schritt in die falsche Richtung. Wohl wieder auf Druck von Herrn Mehdorn soll die Bahn erneut vor gefährlichem Wettbewerb von Mitbewerbern geschützt werden und will ihre De-facto-Monopolposition weiterhin festigen. Dem kann man wirklich nicht zustimmen. Das ist nicht in Ordnung.

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Frau Abg. Berroth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Palmer hat eine Frage. Bitte sehr.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Frau Abg. Berroth, ist Ihnen bewusst, dass die von Ihnen gerade kritisierte Verordnung dem Land nicht verbietet, Ausschreibungen vorzunehmen?

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber sie ist ein Schritt in die falsche Richtung.

(Zurufe der Abg. Boris Palmer GRÜNE und Kaufmann SPD)

– Ich glaube, wir unterhalten uns einmal extra darüber, bevor Sie wieder Dinge behaupten, die in die falsche Richtung führen.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

(Heiderose Berroth)

Ganz klar: Die FDP/DVP-Fraktion ist für Wettbewerb, soweit es irgend möglich ist. Wir haben das seit vielen Jahren gefordert. Wir fordern auch, dass es, wenn es irgendwie geht, eine Ausschreibung in kleineren Losen gibt, damit ein Auftrag eventuell auch aufgeteilt werden kann.

(Abg. Kaufmann SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Frau Abg. Berroth, gestatten Sie eine Zwischenfrage –

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nein, jetzt möchte ich bitte fertig reden. Die Strategie ist nämlich klar erkennbar.

(Abg. Fischer SPD: Wir verstehen sowieso nichts mehr!)

Wir unterstützen – zusammengefasst – jede Aktivität, die zu mehr Wettbewerb im öffentlichen Personennahverkehr führt. Wir bitten allerdings auch darum, darauf zu achten, dass es dadurch keine Einbußen in der Qualität gibt.

Zum letzten Antrag der Grünen, zu dieser gebetsmühlenhaft wiederholten Forderung der Grünen bezüglich der Regionalisierungsmittel: Im Regionalisierungsgesetz von 1993 ist ganz klar geregelt, dass mit dem Geld *i n s b e s o n d e r e* der Schienenpersonennahverkehr zu finanzieren sei. Weshalb Sie das immer wieder vorbringen, obwohl Sie das doch genau wissen, muss man sich schon fragen.

Viel wichtiger wäre es, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Berlin verstärkt dafür einsetzt, dass die Bundesländer mehr Regionalisierungsmittel bekommen. Denn so, wie Sie es gerade angeführt haben, dass das eine Rekordzahl wäre, ist es ja nun auch nicht. Es braucht noch eine ganze Menge, um eine ausreichende Bedienung mit Verkehrsleistungen sicherzustellen.

Wir stimmen ausdrücklich den in der Stellungnahme des Ministeriums genannten Verwendungszwecken für zusätzliche Regionalisierungsmittel zu, weil damit ja auch Interregio-Ersatzverkehre finanziert werden und ein weiterer Beitrag zur Umsetzung des Integralen Taktfahrplans gewährleistet wird.

Wir würden uns sehr freuen, wenn es auch einen weiteren Schritt in Richtung Vereinheitlichung und Vernetzung von Verbänden gäbe, was man sicherlich gleichzeitig bedenken sollte.

Zum Schluss noch eine Bitte an die Landesregierung: Wir bitten Sie, Ihre Aktivitäten zu verstärken, dass es beim Abfluss der Fördermittel nur geringstmögliche Verzögerungen gibt, wobei natürlich der Haushaltsgrundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit auch in diesem Bereich strikt zu beachten ist.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Mappus.

Staatssekretär Mappus: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes ist jetzt ein knappes Jahr alt. Man kann es unterschiedlich interpretieren. Man kann natürlich sagen, vor dem Hintergrund der jetzigen Finanzverfassung von Bund, Ländern und Kommunen ist es ein Erfolg. Man kann allerdings auch die Position vertreten, Herr Palmer, die die Verkehrsministerkonferenz noch im Oktober letzten Jahres einstimmig vertreten hat. Es waren die Verkehrsminister von allen A- und B-Ländern, die diesen Vorschlag für unzureichend erachtet haben. Warum die gleichen Verkehrsminister aus den A-Ländern ein Vierteljahr später im Bundesrat genau das Gegenteil beschlossen haben, das überlasse ich jetzt Ihrer Interpretation. Tatsache ist, dass es auf der Basis des neuen Regionalisierungsgesetzes zum Beispiel in diesem Jahr 20 Millionen € weniger gibt, als es gegeben hätte, wenn das alte Gesetz weiter gegolten hätte. Für die Jahre 2002 bis 2006 ergeben sich in der Summe 300 Millionen € weniger an Zuschüssen aus Regionalisierungsmitteln, als dies ursprünglich der Fall war.

Hinzu kommt – das wissen Sie auch – ein Mehr an Aufgaben. Sie haben das schlicht und ergreifend nicht vollständig gesagt. Wir bekommen keinen vollen Ausgleich für die Interregioverkehre, allenfalls für den Betrieb, nicht für die Investitionen. Das heißt, unter dem Strich haben wir eine ganze Menge weniger Geld. In diesem Jahr sind es in der Summe 704,3 Millionen €. Die Dynamisierung liegt bei 1,5 %. Sie wissen dies. Deshalb ist es unter dem Strich weniger Geld als bisher.

Unser Vorteil ist es nun, dass wir diese Mittel in den vergangenen Jahren kostenbewusst dargestellt haben. Es gibt in der Tat aus den letzten Jahren einen leichten Überschuss. Allerdings haben wir bereits in diesem Jahr keinen Überschuss mehr, und ab dem nächsten Jahr müssen wir die Mittel sukzessive abrufen, weil wir weniger Geld bekommen. Insofern ist das eine Veränderung und war es richtig, in den vergangenen Jahren so zu wirtschaften, wie wir es getan haben.

Im Übrigen gibt es eine große Unbekannte. Das neue Gesetz ist befristet bis zum Jahr 2007. Ich wage einmal die Prognose, dass die dann fällige Überarbeitung des Gesetzes nicht gerade zu mehr Mitteln, sondern im Zweifel zu einem gewaltigen Minus führen wird. Deshalb war die Strategie richtig, das Geld vorsichtig auszugeben.

Jetzt zum Thema Verkehrsvertrag, meine Damen und Herren, zu dem Herr Kollege Palmer – wenn ich es einmal so direkt formulieren darf, ich drücke es einmal vorsichtig aus – eine Menge Halbwahrheiten verbreitet hat.

(Abg. Hauk CDU: Ein Wunder, wie man in so kurzer Zeit so viele Halbwahrheiten sagen kann!)

Zunächst einmal ist es Tatsache, dass wir seit dem Jahr 1996 sukzessive Wettbewerb aufgebaut haben. Wir haben, gemessen an den Status-quo-Verkehren, in der Zwischenzeit 25 % in wettbewerbliche Verfahren eingebracht. 20 % der Bahnen in Baden-Württemberg werden von nicht bundeseigenen Betrieben gefahren – elf an der Zahl –, das heißt nur 80 % von der Deutschen Bahn AG. Es gibt kein anderes Bundesland, das einen so hohen Anteil an nicht bundesei-

(Staatssekretär Mappus)

genen Verkehren hat. Im Übrigen verfolgen Sie ja, dass wir kräftig Druck machen, auch mit dem Verkehrsvertrag, den wir im Moment mit der DB Regio AG aushandeln.

Im Übrigen, Herr Palmer, ist es schlicht und ergreifend nicht wahr, dass ich letzte Woche im Ausschuss gesagt haben soll, dass wir innerhalb der nächsten zehn Jahre maximal 20 % ausschreiben werden. Ich wage auch die Prognose, dass es mehr sein wird. Vielmehr habe ich auf Ihre Frage, ob es mehr als 10 % sein werden, eindeutig gesagt: Es werden innerhalb der nächsten zehn oder zwölf Jahre – je nachdem, wie lange der Vertrag laufen wird – deutlich mehr sein.

Im Übrigen noch eine weitere Vergleichszahl: Ich habe gerade gesagt, dass wir in Baden-Württemberg 20 % an nicht bundeseigenen Verkehren haben. Im Bundesdurchschnitt, wohlgemerkt, sind es 8 %.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist aber historisch bedingt, kein Verdienst der Landesregierung!)

Das heißt, alle anderen Länder kommen auf einen Anteil von 7 % oder weniger. Insofern denke ich, dass der bei uns erreichte Anteil hervorragend ist.

Nun zum Thema Ausschreibungen, meine Damen und Herren. Zunächst einmal: Wenn wir im Moment alles so ausschreiben würden, wie Sie es wünschen – das ginge im Übrigen gar nicht, denn Sie können diese Masse an Verkehren nicht von heute auf morgen ausschreiben –, gäbe es ein einziges Unternehmen, das diese Masse so kurzfristig überhaupt anbieten könnte. Das ist genau der Betrieb, den Sie eigentlich ständig mit dem Argument bekämpfen: Man soll ausschreiben, damit die DB AG nicht mehr alles an Verkehren bekommt.

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

Staatssekretär Mappus: Von Herrn Palmer immer gern.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Staatssekretär, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir von Ihnen nicht die Ausschreibung auf einen Schlag, sondern einen Stufenplan über zehn Jahre verlangen?

Staatssekretär Mappus: Das ist gemessen an dem, was Sie bisher gesagt haben, neu.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das steht in dem Antrag, zu dem Sie reden!)

– Ja, aber wenn Sie reden, sagen Sie natürlich etwas anderes. Das gilt auch für den Ausschuss: Auch da haben Sie etwas anderes gesagt.

(Abg. Kaufmann SPD: Das steht in der Drucksache!)

Wir sind ja gar nicht so weit auseinander – auch gemessen an dem, was ich gerade gesagt habe –, da wir innerhalb der nächsten zehn Jahre deutlich mehr als 20 % ausschreiben werden. Aber ich bitte Sie, dann auch zur Kenntnis zu nehmen – das wissen Sie im Übrigen auch –, dass nicht alle Strecken ausschreibungsfähig sind. Vielmehr gibt es Pakete,

die auch Strecken umfassen müssen, die – bringen wir es einfach einmal auf den Punkt – kein Mensch befahren will. Wenn Sie also alles ausschreiben würden, würden diese Strecken schlicht und ergreifend nicht mehr befahren. Ich glaube nicht, dass dies das Ziel ist, das Sie letztlich anstreben.

Im Übrigen darf ich darauf hinweisen, dass durch genau die Maßnahmen, die wir bisher vollzogen haben, auch Spareffekte größerer Art möglich sind. Ich denke an die Wieslautalbahn, bei der wir das im letzten Jahr in einem Preisangebotsverfahren – in einer beschränkten Ausschreibung, wenn Sie so wollen – entsprechend umgesetzt haben. Die Kosten wurden im Vergleich zu bisher deutlich reduziert.

Nun komme ich zu einem Thema – Stichwort Vergabeordnung –, zu dem in den letzten Wochen viel gesagt wurde, darunter auch viel Mist. Ich weiß, dass das Ganze ordnungspolitisch nicht unproblematisch ist. Wenn wir einen voll funktionsfähigen Markt hätten – diesen haben wir nicht; das ist genau das, was ich Ihnen die ganze Zeit zu erklären versuche –, wäre die Änderung der Vergabeordnung – so, wie sie die Bundesregierung jetzt mit Zustimmung des Landes Baden-Württemberg auch durchgeführt hat – in der Tat nicht korrekt.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Aber auf der Basis dessen, was gegenwärtig möglich ist, halte ich mit einem gewissen Bauchgrimmen die Vergabeordnung für die einzige Möglichkeit, das ganze Verfahren noch einigermaßen in den Griff zu bekommen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das erzählen Sie Frau Berroth! Frau Berroth muss das verstehen, nicht ich! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

– Herr Palmer, immer ganz ruhig bleiben! Es ist ungesund, sich so aufzuregen. Wenn Sie noch einige Jahre Zug fahren wollen, sollten Sie ein bisschen aufpassen.

(Heiterkeit – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Was das Thema Ausschreibungen angeht: Wir haben gegenwärtig den kompletten Nordschwarzwald europaweit ausgeschrieben. Anfang November gingen die Ausschreibungsunterlagen hinaus. Sie wissen, dass wir die Schwarzwaldbahn jetzt ausschreiben. Es handelt sich um ein Volumen von weit über 2 Millionen Zugkilometern. In diesem Sinne machen wir letztlich genau das, was Sie lange gefordert haben. Insofern sollten Sie das auch nicht die ganze Zeit kritisieren.

Ein letzter Punkt: Es erscheint mir sehr wichtig und kommt bei Ihnen überhaupt nie zur Sprache, dass wir die Angebotsqualität deutlich verbessern. Das hat zunächst einmal überhaupt nichts mit Ausschreibung zu tun.

Wir sind auch nicht sehr glücklich darüber, dass man plötzlich entdeckt, dass der Herbst eingekehrt ist, dass Laub auf die Schienen fällt und deshalb plötzlich reihenweise Züge ausfallen – übrigens nur bei einem Unternehmen; bei den anderen funktioniert es. Ich glaube auch nicht, dass der

(Staatssekretär Mappus)

Herbst so sonderlich überraschend einfällt. Das ist ein relativ regelmäßig auftretendes Phänomen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr gut!)

Ich denke, dass wir uns in Zukunft deutlich mehr um das Thema Qualität bemühen müssen.

(Abg. Kaufmann SPD: Ja, das ist vernünftig!)

Das machen wir, und wir tun das zuallererst bei der Sanierung von Bahnhöfen, bei der Steigerung der Attraktivität von Bahnhöfen, wozu das Land allein in den letzten fünf Jahren 110 Millionen € an Zuschüssen gegeben hat, damit wir dies tun können.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Das lässt sich sehen!)

Um es schlicht und ergreifend einmal anzukündigen: Wir legen ein Filstalprogramm auf, weil wir dort, wo der größte Bedarf besteht, anfangen wollen. Das wird unmittelbar umgesetzt. Die Gespräche mit der DB Station & Service AG laufen.

Fazit: Ich glaube, dass wir den Finanzbedarf richtig geplant haben. Wir haben gut daran getan, zu sparen, und können jetzt auf die Rücklagen zurückgreifen. In spätestens fünf Jahren haben wir keine Rücklagen mehr, Herr Palmer, und werden uns dann darüber unterhalten, woher das ganze Geld für die weiteren wichtigen Projekte kommt. Ich hoffe – sofern Sie bis dahin noch die Verantwortung im Bund tragen, was ich allerdings nicht hoffe –,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Lachen des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

dass zumindest dann im Bereich der Regionalisierungsmittel eine Steigerung einsetzen wird.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Umgekehrt gilt das auch!)

Denn so, wie sich der Mittelzuwachs jetzt gestaltet, werden wir in den nächsten Jahren zumindest gewisse Probleme bekommen. Ich gehe davon aus, dass Sie sich, sofern Sie dazu noch die Möglichkeit haben, dafür einsetzen, dass die Mittel mindestens so hoch bleiben wie im Moment.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge.

Kann der Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/430, durch die Aussprache für erledigt erklärt werden? – Das ist der Fall.

Der Abschnitt I des Antrags der Fraktion GRÜNE – Vergabe von Leistungen des Schienenpersonennahverkehrs in

Wettbewerbsverfahren – ist ein Berichtsantrag und kann wohl ebenfalls durch die Aussprache für erledigt erklärt werden. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Über den Beschlussteil des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/907, den Abschnitt II, lasse ich abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Enthaltungen? – Gegenstimmen? – Der Abschnitt II wurde mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag der Fraktion GRÜNE – Verwendung der Regionalisierungsmittel für den Schienenverkehr nach der erfolgten Neufestlegung der Zuweisungen des Bundes –, Drucksache 13/1054.

Dieser Antrag besteht ebenfalls aus einem Berichtsteil und einem Beschlussteil. Ich gehe davon aus, dass Abschnitt I, der Berichtsteil, durch die Aussprache für erledigt erklärt werden kann. – Das ist der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung über Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/1054, den Beschlussteil. Wer dem Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Abschnitt II wurde mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 12 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr zu der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt und Verkehr vom 26. September 2002 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Mitteilung der Kommission „Besteuerung von Personenkraftwagen in der Europäischen Union – Handlungsmöglichkeiten auf nationaler und gemeinschaftlicher Ebene“ (KOM(2002)431) – Drucksachen 13/1362, 13/1457

Berichterstatterin: Abg. Heiderose Berroth

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Ich rufe **Punkt 14** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 2. Oktober 2002 – Energiebericht 2001 – Drucksachen 13/1368, 13/1402

Berichterstatter: Abg. Capezzuto

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Ich rufe **Punkt 15** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport zu der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 23. Juli 2002 – Entwurf einer Änderung der Verordnung über die Schultypen des Gymnasiums – Drucksachen 13/1234, 13/1400

Berichterstatter: Abg. Kiefl

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

(Stellv. Präsidentin Beate Fauser)

Ich rufe **Punkt 16** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 20. September 2002 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2003 bis 2006 – Drucksachen 13/1346, 13/1419

Berichterstatter: Abg. Capezutto

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Ich rufe **Punkt 17** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu der Mitteilung der Landesregierung vom 21. Mai 2002 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Einzelplan 14 des Staatshaushaltsplans 2002/2003 – Bericht zur Organisationsstruktur des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Drucksachen 13/1001, 13/1339

Berichterstatter: Abg. Pfister

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Ich rufe **Punkt 18** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 10. Juli 2002 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Förderung der Vertragsforschungseinrichtungen an Universitäten – sog. An-Institute – und der Institute der Hahn-Schickard-Gesellschaft für angewandte Forschung e. V. – Drucksachen 13/1212, 13/1405

Berichterstatterin: Abg. Veronika Netzhammer

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Ich rufe **Punkt 19** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 9. Oktober 2002 – Tauschvertrag Polizeirevier Metzingen – Drucksachen 13/1385, 13/1404

Berichterstatter: Abg. Dr. Steim

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Ich rufe **Punkt 20** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/1438, 13/1439, 13/1440, 13/1441, 13/1442

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 21** auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/1401

Hier liegt zur laufenden Nummer 17, der Empfehlung des Innenausschusses zu dem Antrag der Abg. Reinhold Gall u. a. SPD – Mittelbereitstellung für die Feuerwehren –, Drucksache 13/1203, der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1487, vor, über den ich nach einer Wortmeldung von Herrn Abg. Heinz abstimmen lasse.

(Abg. Alfred Haas CDU: Er hat aber nur noch 5 Minuten und 47 Sekunden!)

– Er hat noch sehr viel Zeit.

Abg. Heinz CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich werde diese Zeit nicht ausschöpfen. Ich habe nicht vor, Sie auf die Folter zu spannen, aber es geht um folgendes Problem: Wir haben im Innenausschuss einem entsprechenden Antrag des Kollegen Gall zugestimmt. Ich habe damals gesagt, dass der Antrag eigentlich zu 75 % erledigt sei. Aber, oh Wunder, wir mussten in Pressemitteilungen lesen, dass wir das alles der SPD verdanken, was da geschehen ist, dass die Mittel freigegeben worden sind.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Das stimmt nicht. Das ist nicht korrekt, und deshalb wollen wir das jetzt einfach korrigieren und sagen: Die damaligen Mittel, die im Haushaltsplan standen, sind alle schon freigegeben gewesen. Das dokumentieren wir in der Ziffer 1.

(Zuruf von der SPD)

– Ja, klar, aber nach außen verkauft haben Sie es anders.

Wir wollen das einfach korrigieren und bitten Sie um Zustimmung zu diesem Antrag, den wir Ihnen seitens der CDU und der FDP/DVP heute vorgelegt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Gall SPD meldet sich zu Wort.)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Die SPD hat keine Redezeit mehr.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Palmer hat auch zusätzliche Redezeit bekommen! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Ich protestiere förmlich! Wir haben extra zu einem Punkt nicht gesprochen! – Weitere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, wir haben allen Fraktionen zwei Minuten zusätzlich zugestanden.

(Abg. Fischer SPD: Das haben wir herbeigeführt, Herr Haas! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Die sind schon verbraucht! Die sind schon herum!)

Herr Abg. Fischer, zur Geschäftsordnung.

Abg. Fischer SPD: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten vorhin dazu beigetragen, dass eine Verlängerung der Redezeit möglich war. Es müsste doch möglich sein, dass der Kollege Gall das jetzt kurz begründet. Ich darf doch wirklich herzlich bitten.

(Widerspruch bei der CDU)

Stelly. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, die zwei Minuten zusätzliche Redezeit sind von der SPD bereits ausgenutzt worden. Wenn es hier keine Einigung unter den Fraktionen gibt, tut es mir Leid.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das kann es wohl nicht sein!)

Dann kann ich eine zusätzliche Redezeit für die Fraktion der SPD nicht zulassen.

Deshalb, meine Damen und Herren, lasse ich jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1487, abstimmen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So kleinlich! Das ist ja unglaublich!)

Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? –

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Das war jetzt schon sehr kollegial! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Der Gipfel der Kollegialität!)

Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dem Änderungsantrag Drucksache 13/1487 ist mehrheitlich zugestimmt.

Kann ich davon ausgehen, dass Sie den übrigen Beschlussempfehlungen der Drucksache 13/1401 gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung zustimmen, wonach das gleiche Abstimmungsverhalten wie im Ausschuss unterstellt wird? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 11. Dezember 2002, statt und beginnt schon um 9:30 Uhr mit dem Festakt des Staatsgerichtshofs.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung. Kommen Sie gut nach Hause.

Schluss: 18:54 Uhr